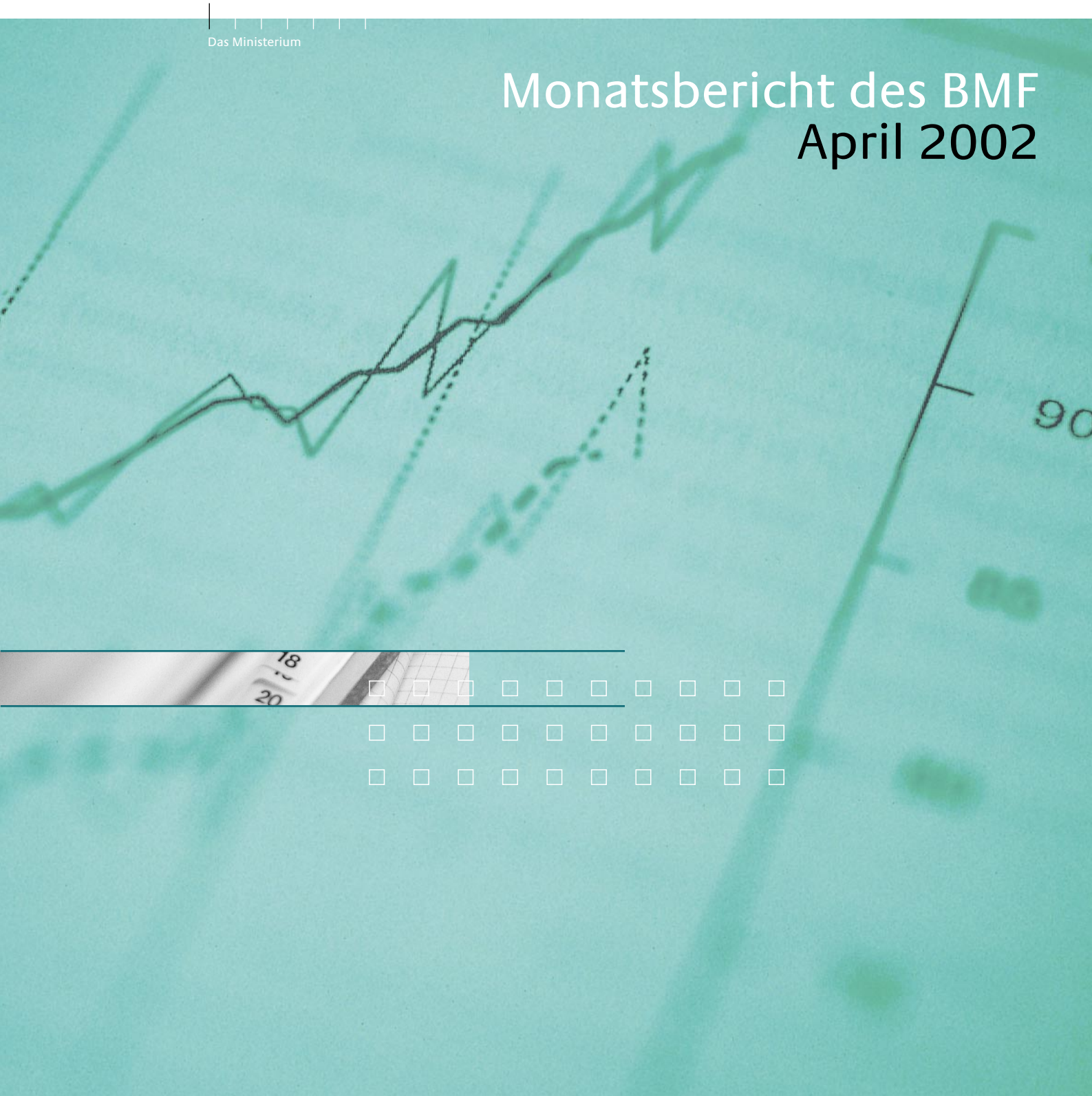
Bundesministerium
der Finanzen

Fachblick

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF
April 2002



Monatsbericht des BMF
April 2002

Inhaltsverzeichnis

Editorial 7

Übersichten und Termine 9

Überblick zur wirtschaftlichen Lage 11
Finanzwirtschaftliche Lage 13
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes 22
Entwicklung der Länderhaushalte 25
Termine 26

Analysen und Berichte 29

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland 31
Steuerpolitik für mehr Wachstum, Beschäftigung und Ökologie 35
Finanzmarktkrisen – Ursachen und Lösungsmöglichkeiten 47
Vereinbarkeit von Lenkungsbesteuerung mit der Tragfähigkeit der Finanzpolitik 67
Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Bundesverwaltung 77
Erblastentilgungsfonds, Aufgaben und aktuelle Entwicklung 81
Das Europäische Prognose-Netzwerk: Auf dem Weg zu einer Gemeinschaftsdiagnose für den Euro-Raum 85

Statistiken und Dokumentationen 87

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage 92
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 124
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 144

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage 151
(Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de)

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

eine erfolgreiche Finanzpolitik muss in einer sich wandelnden Welt die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven für die nachfolgende Generation erhalten und verbessern. Insbesondere um Spielräume für unvorhergesehene Belastungen zu gewinnen, brauchen wir einen klar eingegrenzten Entscheidungsrahmen für eine langfristig angelegte wirtschafts- und finanzpolitische Konzeption. Für die Finanzpolitik sind neben der grundsätzlichen Solidität insbesondere die Verbesserung der Qualität der Ausgaben und die dauerhafte Tragfähigkeit zentrale Herausforderungen.

Schuldenabbau mit einer strikten Ausgabenbegrenzung ist eine wesentliche Leitplanke unserer Finanzpolitik. Einen Aspekt dieses Themas greifen wir in einem Artikel zum Erblastentilgungsfonds auf. In diesem Fonds, der durch das Föderale Konsolidierungsprogramm geschaffen wurde, werden die wesentlichen Elemente der finanziellen Erblasten der ehemaligen DDR zusammengefasst, verzinst und getilgt. In unserem Artikel finden Sie umfassende Informationen über die Aufgabenstellung, den Schuldenstand und die Finanzierung des Fonds.

Der Ausbau eines tragfähigen und gerechten Steuer- und Abgabensystems bildet die andere Leitplanke, an der wir uns orientieren. Insgesamt fügt sich unsere Steuerpolitik nahtlos in den finanz- und wirtschaftspolitischen Gesamtansatz ein. Durch die Reformmaßnahmen wird die private Nachfrage gestärkt, die wirtschaftliche Dynamik angeregt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Steuersystems verbessert. Mit den auf den Weg gebrachten steuerlichen Reformen haben wir die Voraussetzungen für eine dauerhaft tragfähige und nachhaltige Finanzpolitik geschaffen.

Die Frage der Tragfähigkeit der Finanzpolitik im Zusammenhang mit der Gestaltung des Steuersystems wurde in einem Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts Köln untersucht. Meist wird die tragfähige Finanzpolitik mit Blick auf die Dynamik öffentlicher Schulden und die ausgabepolitischen Konsequenzen des demographischen Wandels betrachtet. Betrachtet man jedoch die Einnahmeseite, stellt sich die Frage: Kann, wenn Steuern nicht ausschließlich zu fiskalischen, sondern auch zu lenkenden Zwecken eingesetzt werden, die langfristige Ergiebigkeit der Steuereinnahmen leiden? Die wesentlichen Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Untersuchung möchten wir Ihnen vorstellen.

Nach den Währungskrisen in einigen asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern und nach der jüngsten Argentinienkrise ist die Frage nach den Ursachen und Lösungsmöglichkeiten solcher Fehlentwicklungen erneut aktuell geworden. Von Globalisierungsskeptikern bzw. -gegnern wird die Verantwortung dafür spekulativen, von gesamtwirtschaftlichen Faktoren losgelösten grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen zugeschrieben. Sie fordern eine Regulierung und Besteuerung der internationalen Finanzströme mit dem Ziel, kurzfristige spekulative Kapitalbewegungen zu unterbinden. In unserem Beitrag werden die Zusammenhänge zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft analysiert. Anhand der Genese der Finanzkrisen der 90er-Jahre wird zudem gezeigt, dass wegen ihrer vielfältigen Ursachen die Reduktion der Diskussion auf nur ein einziges Instrument nicht angemessen ist. Erfolgversprechender ist der von der Bundesregierung im Rahmen der weltweiten wirtschafts- und währungspolitischen Zusammenarbeit unterstützte umfassende Reformansatz zur Verhinderung von Instabilitäten auf den Kapital- und Devisenmärkten. Dazu zählen tragfähige makroökonomische Politiken, effiziente Finanzmarktaufsicht, glaubwürdige Wechselkursregime und Fragen der Liberalisierung des Kapitalverkehrs.

Auch für die Arbeit in der Bundesverwaltung gewinnt die Wirtschaftlichkeit bei der Aufgaben-

erfüllung mehr und mehr Bedeutung. Wir wollen effektiv und kostengünstig arbeiten und dabei gleichzeitig einen hohen Anspruch an die gebotene Qualität wahren. Schwerpunkte sind dabei zum Beispiel die bestmögliche Nutzung moderner Technik auf allen Ebenen, eine aufgabenbezogene, flexible Organisation der Arbeit mit eindeutigen Zuständigkeiten und eine bedarfsgerechte und flexible Personalsteuerung. Dafür setzen wir das Instrument der Kosten- und Leistungsrechnung ein. Eine höhere Transparenz ist ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Schaffung moderner und leistungsfähiger Organisationsstrukturen.

Die Mitarbeiter in der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar. Die Kontaktaufnahme ist am einfachsten über:
Bundesministerium der Finanzen
Redaktion Monatsbericht
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
http://www.bundesfinanzministerium.de
Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

Übersichten und Termine

Überblick zur wirtschaftlichen Lage 11

Finanzwirtschaftliche Lage 13

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes 22

Entwicklung der Länderhaushalte 25

Termine 26

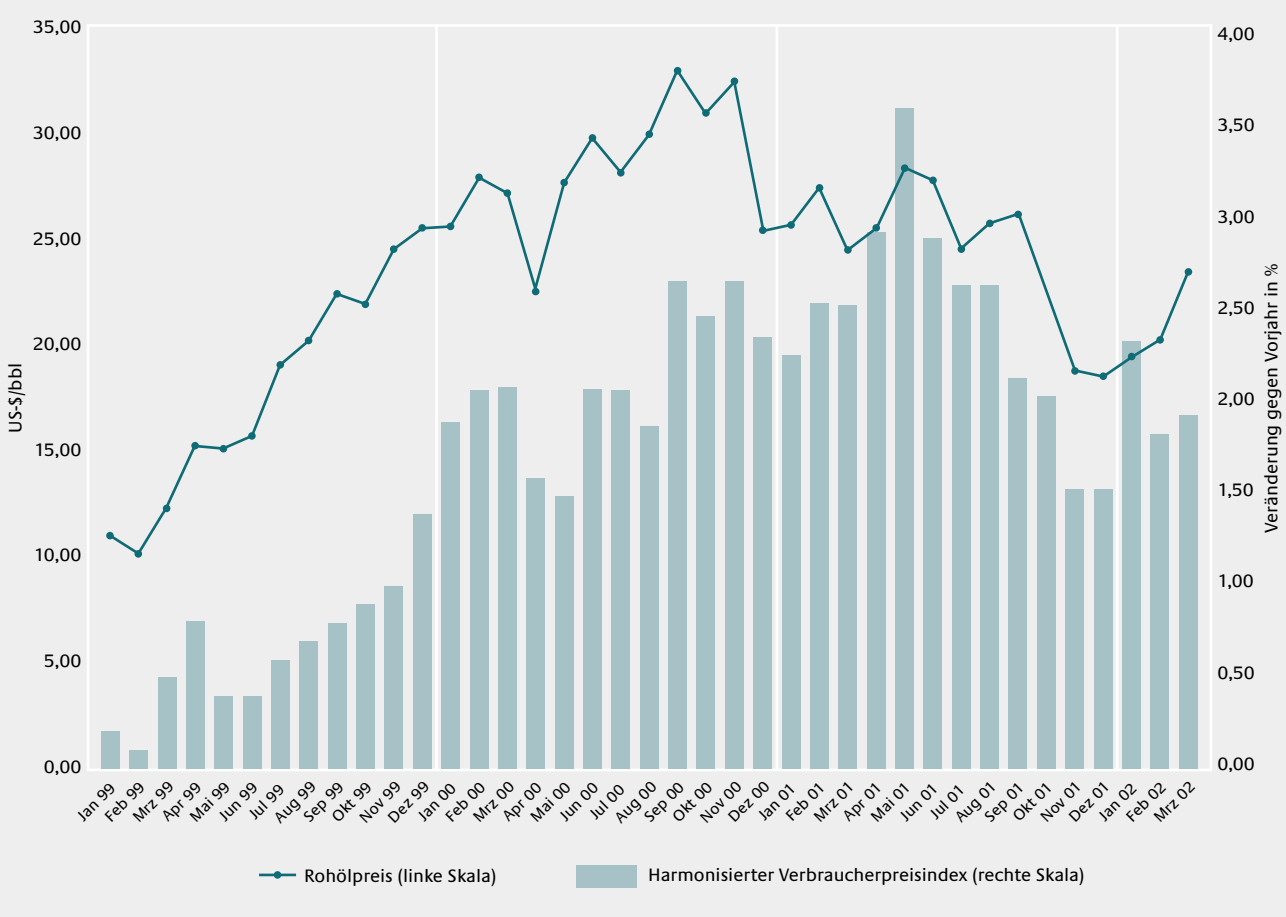
Überblick zur wirtschaftlichen Lage[1]

Die konjunkturelle Erholung in Deutschland kommt in Gang. Während bislang die Erwartung eines konjunkturellen Aufschwungs durch eine Verbesserung bei den Stimmungsindikatoren gestützt wurde, zeigten in den ersten Monaten des neuen Jahres auch bereits einige „harte" Wirtschaftsdaten positive Veränderungen.

- Im Produzierenden Gewerbe ist die Erzeugung letztmalig im November zurückgegangen. Im Januar/Februar 2002 stieg der Produktionsindex gegenüber dem vorangegangenen Zweimonatszeitraum um 0,5 %. Dabei belief sich der Zuwachs in der Industrie auf 0,6 %, während die Bauproduktion stagnierte. Die Entwicklung in den neuen Ländern war dabei spürbar günstiger als in den alten Ländern.
- Die Nachfrage nach deutschen Industrieprodukten war trotz zuletzt schwächerer Ergebnisse tendenziell weiter aufwärts gerichtet. Im Zweimonatsdurchschnitt (Januar/Februar) erhöhte sich der Auftragseingang in der Industrie um 0,4 %. Dagegen blieb die Baunachfrage gedrückt.
- Die Stimmung in den deutschen Industrieunternehmen hat sich weiter verbessert. Laut ifo-Konjunkturtest vom März erhöhte sich bei

[1] In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. April 2002 vorlagen.

Entwicklung Rohölpreis – Verbraucherindex



den Geschäftserwartungen das Übergewicht der Optimisten deutlich und auch die aktuelle Lageeinschätzung fiel etwas günstiger als zuvor aus.

- Die Einzelhandelsumsätze blieben schwach. Im Januar/Februar gingen sie preis- und saisonbereinigt um 2,7 % zurück. Jedoch haben sich die Geschäftserwartungen bei den Einzelhändlern aufgehellt.
- Der Exportmotor kommt offenbar allmählich wieder auf höhere Touren. Im Januar/Februar legten die Warenausfuhren saisonbereinigt um 1,1 % zu und erreichten im Februar fast wieder ihr hohes Vorjahresniveau.
- Die Arbeitslosenzahl in Deutschland sank im März um 140 000. Unter Ausschaltung von Saisoneinflüssen kam es zu einem Rückgang um 8 000. Diese Entlastung ist auch im Zusammenhang mit der Umsetzung des Job-AQTIV-Gesetzes zu sehen. Eine auch konjunkturell bedingte Belebung ist im weiteren Jahresverlauf zu erwarten. Im März gab es 4,16 Mio. registrierte Arbeitslose, 156 000 mehr als ein Jahr zuvor.
- Die Preisentwicklung verläuft weiterhin sehr moderat. Im März betrug der jährliche Anstieg der Verbraucherpreise in nationaler Abgrenzung + 1,8 % und in international vergleichbarer Abgrenzung (HVPI) + 1,9 %. Deutschland gehört damit weiterhin zu den europäischen Ländern mit einer unterdurchschnittlichen Inflationsrate.

Konjunkturindikatoren im internationalen Vergleich

	Jahr				1999				2000				2001			
	1998	1999	2000	2001	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt real[1, 2]																
Deutschland	1,7	1,7	3,2	0,8	0,7	1,0	2,0	3,0	2,9	4,4	3,2	2,5	1,8	0,7	0,4	0,0
Eurozone (EUR-12)[4]	2,9	2,6	3,4	1,5	2,0	2,2	2,8	3,6	3,6	3,9	3,2	2,8	2,4	1,6	1,4	0,6
Europäische Union (EU-15)	2,9	2,6	3,4	1,6	2,0	2,2	2,7	3,5	3,5	3,8	3,2	2,8	2,5	1,7	1,5	0,8
Japan	– 1,1	0,8	1,5	– 0,4	– 0,4	1,0	2,1	0,4	2,4	1,0	0,3	2,3	1,4	– 0,6	– 0,5	– 1,9
Kanada	4,0	5,1	4,6	1,1	3,7	4,3	5,4	5,2	5,1	5,1	4,7	3,6	2,1	1,7	0,3	0,2
USA	4,3	4,1	4,1	1,2	4,0	3,9	4,0	4,4	4,2	5,2	4,4	2,8	2,5	1,2	0,5	0,5

	Jahresdurchschnitt			2001									2002			
	1999	2000	2001	Mrz	Apr	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz
Arbeitslosenquoten in %[2, 3]																
Deutschland	8,6	7,9	7,9	7,8	7,8	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9	8,0	8,0	8,0	8,1	8,1	8,1
Eurozone (EUR-12)[4]	9,9	8,9	8,4	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,3	8,4	8,4	8,4	8,4	*
Europäische Union (EU-15)	9,1	8,2	7,7	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,6	7,7	7,7	7,7	*
Japan	4,7	4,7	5,0	4,7	4,8	4,9	4,9	5,0	5,0	5,3	5,4	5,4	5,5	5,3	5,3	*
Kanada	7,6	6,8	7,2	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0	7,2	7,2	7,3	7,5	8,0	7,9	7,9	7,7
USA	4,2	4,0	4,8	4,3	4,4	4,4	4,5	4,5	4,9	5,0	5,4	5,6	5,7	5,6	5,5	5,7
Verbraucherpreise[1, 3]																
Deutschland	0,6	2,1	2,4	2,5	2,9	3,6	3,1	2,6	2,6	2,1	2,0	1,5	1,5	2,3	1,8	1,9
Eurozone (EUR-12)[4]	1,1	2,3	2,6	2,6	2,9	3,4	3,0	2,8	2,8	2,5	2,4	2,1	2,0	2,7	2,4	2,5
Europäische Union (EU-15)	1,2	2,1	2,4	2,3	2,6	3,1	2,8	2,6	2,6	2,4	2,2	1,8	1,9	2,5	2,3	2,3
Japan	– 0,3	– 0,7	– 0,5	– 0,4	– 0,4	– 0,5	– 0,5	– 0,8	– 0,5	– 0,7	– 0,6	– 0,9	– 1,2	– 1,4	– 1,6	*
Kanada	1,7	2,7	2,5	2,5	3,6	3,9	3,3	2,6	2,8	2,6	1,9	0,7	0,7	1,3	1,5	*
USA	2,1	3,5	2,8	2,9	3,3	3,6	3,2	2,7	2,7	2,6	2,1	1,9	1,6	1,1	1,1	1,5

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.
[1] Veränderung in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresergebnis.
[2] Saisonbereinigt.
[3] Harmonisiert.
[4] Bis einschließlich Berichtsjahr 2000 EUR-11.

Finanzwirtschaftliche Lage

Der Zuwachs der Ausgaben verbleibt im März auf dem Niveau des Vormonats: Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum haben sich die Ausgaben mit +3,3 % – nominal um 2,2 Mrd. € – auf insgesamt 69,6 Mrd. € erhöht. Nahezu die Hälfte der Ausgaben (49,7 %) entfallen auf die Soziale Sicherung.

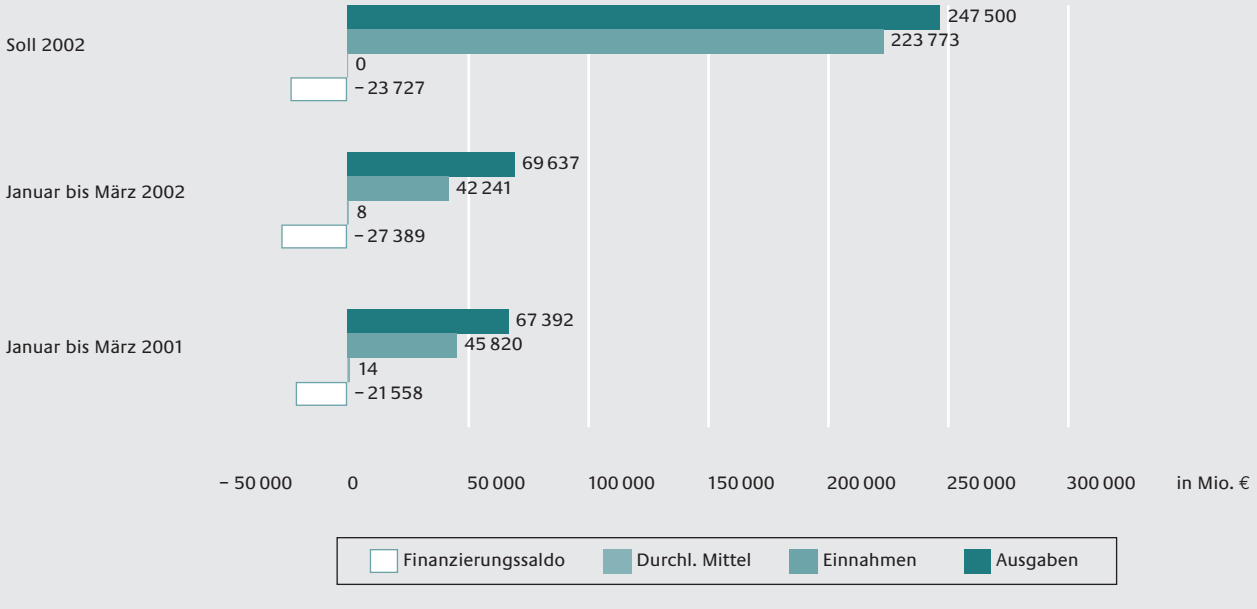
Bei den Einnahmen (42,2 Mrd. €) zeichnet sich weiterhin eine rückläufige Tendenz ab: Insgesamt verringern sie sich in Relation zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 3,6 Mrd. € oder 7,8 %.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2002	Ist-Entwicklung[1] Januar bis März 2002
Ausgaben (Mrd. €)	247,5	69,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,8	3,3
Einnahmen (Mrd. €)	223,8	42,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,6	– 7,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	199,2	38,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,8	– 7,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 23,7	– 27,4
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 24,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 2,7	– 0,3
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	– 21,1	– 2,8

[1] Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



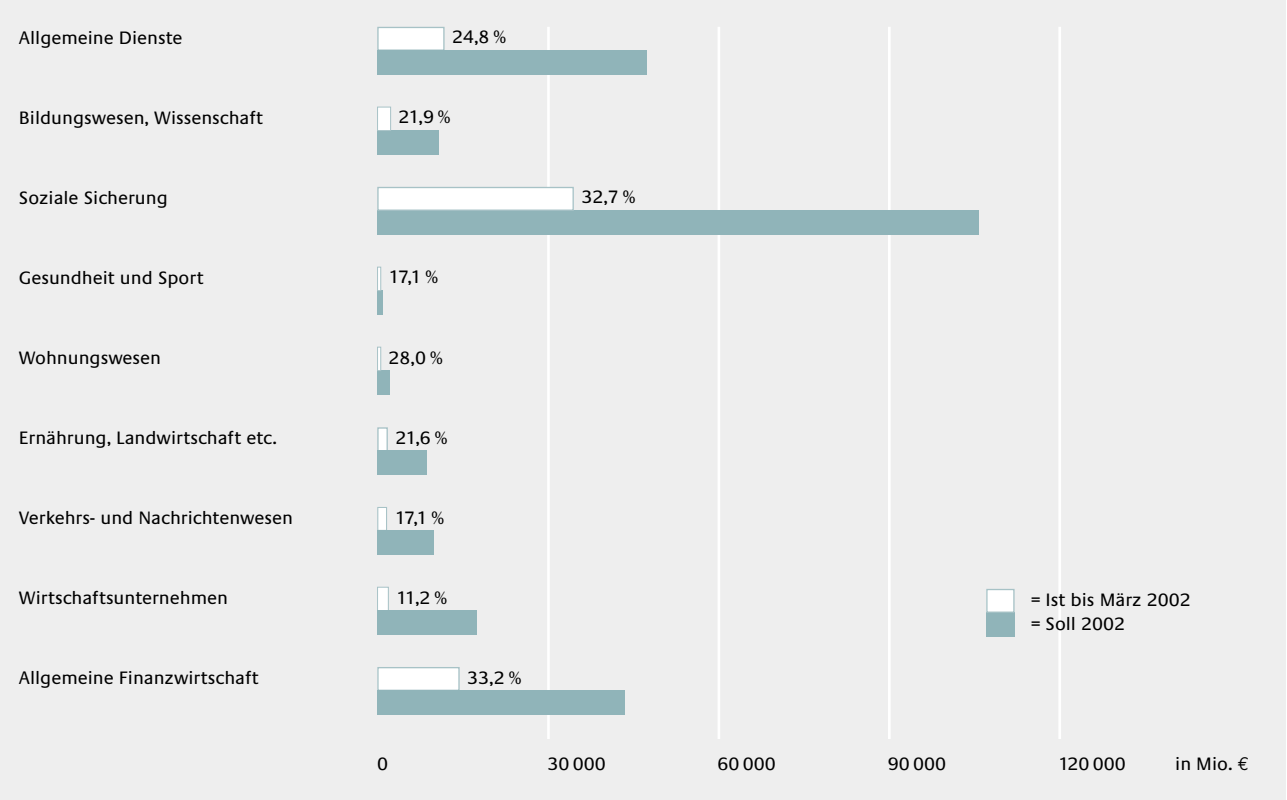
Rund 3 Mrd. € (– 7,3 %) hiervon entfallen auf das Steueraufkommen. Bis März 2002 hat der Bund 38,2 Mrd. € eingenommen; im Vorjahr flossen dem Bund zum gleichen Zeitpunkt Steuereinnahmen in Höhe von 41,2 Mrd. € zu. Die Verwaltungseinnahmen liegen mit 4,1 Mrd. € um 0,6 Mrd. € oder 12,1 % unter den Erlösen des Vorjahres (4,7 Mrd. €). Die Abschwächung ist jedoch unter Berücksichtigung des Soll-Ergebnisses zu relativieren. Mit einem um rund 7 % verringerten Ansatz sieht der Bundeshaushaltsplan insgesamt Erlöse in Höhe von 24,5 Mrd. € vor.

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von 27,4 Mrd. € können keine Rückschlüsse auf den weiteren Jahresverlauf gezogen werden.

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2002	Ist 2002 Januar bis März		Ist 2001 Januar bis März		Veränderungen ggü. Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
Allgemeine Dienste	47 634	11 831	17,0	12 646	18,8	– 6,4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 621	851	1,2	1 075	1,6	– 20,8
Verteidigung	27 485	7 066	10,1	7 674	11,4	– 7,9
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 898	2 145	3,1	2 276	3,4	– 5,8
Finanzverwaltung	2 970	707	1,0	–	–	–
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	10 944	2 394	3,4	2 228	3,3	+ 7,5
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 100	218	0,3	228	0,3	– 4,4
BAföG	810	283	0,4	211	0,3	+ 34,1
Forschung und Entwicklung	6 778	1 382	2,0	1 280	1,9	+ 8,0
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	105 997	34 611	49,7	32 865	48,8	+ 5,3
Sozialversicherung	70 187	22 260	32,0	21 277	31,6	+ 4,6
Arbeitslosenversicherung	2 000	3 423	4,9	3 237	4,8	+ 5,7
Arbeitslosenhilfe	13 000	3 314	4,8	3 005	4,5	+ 10,3
Wohngeld	2 100	532	0,8	415	0,6	+ 28,2
Erziehungsgeld	3 458	846	1,2	834	1,2	+ 1,4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 764	1 212	1,7	1 308	1,9	– 7,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 012	173	0,2	219	0,3	– 21,0
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 075	580	0,8	665	1,0	– 12,8
Wohnungswesen	1 611	540	0,8	624	0,9	– 13,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	8 775	1 895	2,7	3 059	4,5	– 38,1
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	227	0,3	1 044	1,5	– 78,3
Kohlenbergbau	2 929	1 043	1,5	1 350	2,0	– 22,7
Gewährleistungen	2 200	214	0,3	298	0,4	– 28,2
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 965	1 708	2,5	1 523	2,3	+ 12,1
Straßen (ohne GVFG)	5 540	739	1,1	692	1,0	+ 6,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	17 510	1 954	2,8	1 343	2,0	+ 45,5
Postunterstützungskassen	5 423	95	0,1	0	0,0	+ 0,0
Bundeseisenbahnvermögen	6 211	1 185	1,7	566	0,8	+ 109,4
Deutsche Bahn AG	4 682	349	0,5	440	0,7	– 20,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	43 589	14 492	20,8	12 844	19,1	+ 12,8
Fonds „Deutsche Einheit“	2 462	615	0,9	826	1,2	– 25,5
Zinsausgaben	38 887	13 642	19,6	11 812	17,5	+ 15,5
Ausgaben zusammen	**247 500**	**69 637**	**100,0**	**67 392**	**100,0**	**+ 3,3**

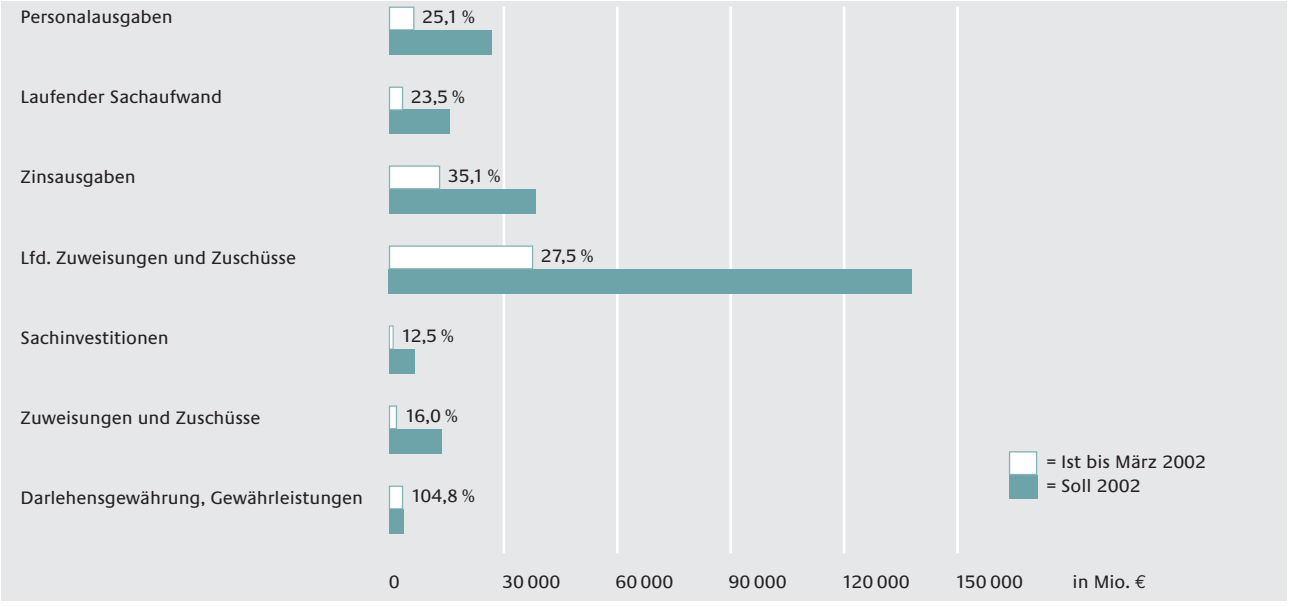
Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis März 2002



Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2002	Ist 2002 Januar bis März		Ist 2001 Januar bis März		Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %		in %
Konsumtive Ausgaben	**220 978**	**62 469**	**89,7**	**59 240**	**87,9**	+	**5,5**
Personalausgaben	27 132	6 819	9,8	6 895	10,2	–	1,1
Aktivbezüge	20 620	5 032	7,2	5 120	7,6	–	1,7
Versorgung	6 513	1 786	2,6	1 774	2,6	+	0,7
Laufender Sachaufwand	16 069	3 774	5,4	4 230	6,3	–	10,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 592	258	0,4	248	0,4	+	4,0
Militärische Beschaffungen	7 331	1 935	2,8	2 454	3,6	–	21,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 147	1 581	2,3	1 527	2,3	+	3,5
Zinsausgaben	38 887	13 642	19,6	11 812	17,5	+	15,5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	138 443	38 141	54,8	36 043	53,5	+	5,8
an Verwaltungen	14 859	3 336	4,8	2 740	4,1	+	21,8
an andere Bereiche	123 584	34 780	49,9	33 279	49,4	+	4,5
darunter							
Unternehmen	16 865	3 112	4,5	3 210	4,8	–	3,1
Renten, Unterstützungen u. a.	20 651	5 494	7,9	5 313	7,9	+	3,4
Sozialversicherungen	82 311	25 203	36,2	23 918	35,5	+	5,4
Sonstige Vermögensübertragungen	446	94	0,1	261	0,4	–	64,0
Investive Ausgaben	**25 041**	**7 168**	**10,3**	**8 152**	**12,1**	–	**12,1**
Finanzierungshilfen	18 238	6 318	9	7 245	10,8	–	12,8
Zuweisungen und Zuschüsse	13 905	2 223	3,2	3 203	4,8	–	30,6
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 699	3 878	5,6	3 846	5,7	+	0,8
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	634	217	0,3	196	0,3	+	10,7
Sachinvestitionen	6 803	850	1,2	907	1	–	6,3
Baumaßnahmen	5 586	667	1,0	697	1,0	–	4,3
Erwerb von beweglichen Sachen	787	121	0,2	145	0,2	–	16,6
Grunderwerb	430	62	0,1	65	0,1	–	4,6
Globalansätze	**1 481**	**0**		**0**			
Ausgaben insgesamt	**247 500**	**69 637**	**100,0**	**67 392**	**100,0**	+	**3,3**

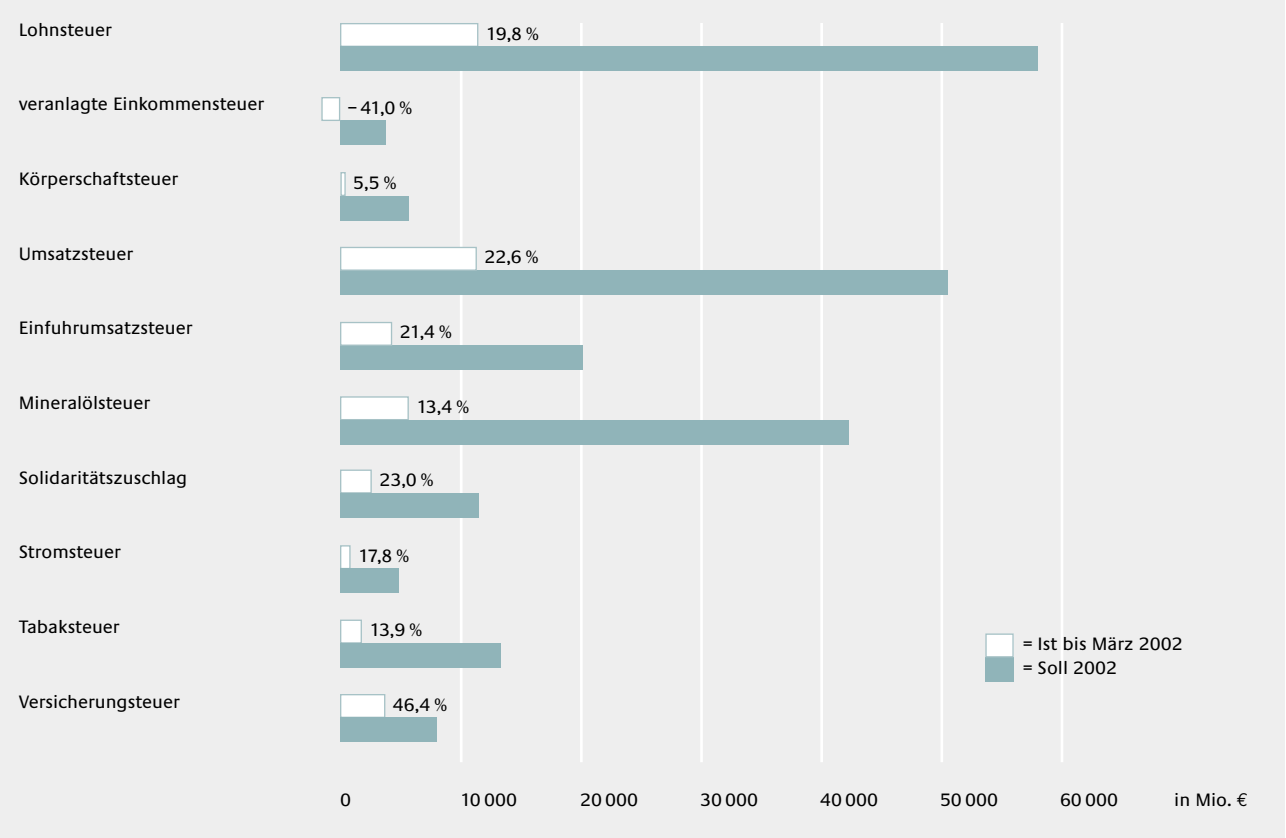
Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis März 2002



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2002	Ist 2002 Januar bis März		Ist 2001 Januar bis März		Veränderungen gegenüber Vorjahr
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	in %
I. Steuern	**199 239**	**38 159**	**90,3**	**41 176**	**89,9**	**– 7,3**
Bundesanteile an:	150 272	30 184	71,5	33 384	72,9	– 9,6
Einkommen– und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	77 229	14 349	34,0	16 832	36,7	– 14,8
davon:						
Lohnsteuer	58 225	11 540	27,3	12 031	26,3	– 4,1
veranlagte Einkommensteuer	3 781	– 1 549	– 3,7	993	– 2,2	+ 56,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	5 500	2 317	5,5	3 255	7,1	– 28,8
Zinsabschlag	3 973	1 723	4,1	1 700	3,7	+ 1,4
Körperschaftsteuer	5 750	317	0,8	840	1,8	– 62,3
Umsatzsteuer	50 755	11 458	27,1	11 451	25,0	+ 0,1
Einfuhrumsatzsteuer	20 281	4 337	10,3	5 076	11,1	– 14,6
Gewerbesteuerumlage	2 007	41	0,1	24	0,1	+ 70,8
Versicherungsteuer	8 100	3 755	8,9	3 485	7,6	+ 7,7
Solidaritätszuschlag	11 550	2 656	6,3	2 846	6,2	– 6,7
Tabaksteuer	13 400	1 857	4,4	2 077	4,5	– 10,6
Kaffeesteuer	1 050	259	0,6	248	0,5	+ 4,4
Branntweinsteuer	2 075	337	0,8	349	0,8	– 3,4
Mineralölsteuer	42 500	5 713	13,5	5 461	11,9	+ 4,6
Stromsteuer	4 950	883	2,1	774	1,7	+ 14,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	– 15 715	– 3 897	– 9,2	– 3 334	– 7,3	+ 16,9
BSP-Eigenmittel der EU	– 12 700	– 2 397	– 5,7	– 2 544	– 5,6	– 5,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	– 6 731	– 1 287	– 3,0	– 1 682	– 3,7	– 23,5
II. Sonstige Einnahmen	**24 534**	**4 082**	**9,7**	**4 644**	**10,1**	**– 12,1**
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 095	166	0,4	178	0,4	– 6,7
Zinseinnahmen	1 055	256	0,6	986	2,2	– 74,0
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 296	1 725	4,1	1 374	3,0	+ 25,5
Einnahmen zusammen	**223 773**	**42 241**	**100,0**	**45 820**	**100,0**	**– 7,8**

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis März 2002



Steuereinnahmen im März 2002

Die sich andeutende Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft in Deutschland hat sich in den Steuereinnahmen des Monats März noch nicht niedergeschlagen. Diese sind vielmehr geprägt durch eine relativ schwache Entwicklung des privaten Verbrauchs und durch niedrige Vorauszahlungen bei Einkommen- und Körperschaftsteuer, die sich an der schlechten Gewinnsituation des Jahres 2001 orientieren.

Die **Steuereinnahmen insgesamt** (ohne Gemeindesteuern) lagen im März 2002 um **– 10,7** % unter dem Ergebnis des März 2001. Sowohl bei den gemeinschaftlichen Steuern (– 13,4 %) als auch bei den reinen Ländersteuern (– 14,6 %) waren erhebliche Rückgänge zu verzeichnen. Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern stagnierten im Vorjahresvergleich (– 0,2 %).

Die **kumulierte Veränderungsrate** Januar bis März 2002 der **Steuereinnahmen insgesamt** liegt mit **– 5,8** % zurzeit deutlich unter dem für das Gesamtjahr prognostizierten Zuwachs von **+ 4,8** % (um die Auswirkungen zwischenzeitlich wirksam gewordener Steuerrechtsänderungen bereinigte Steuerschätzung vom November 2001).

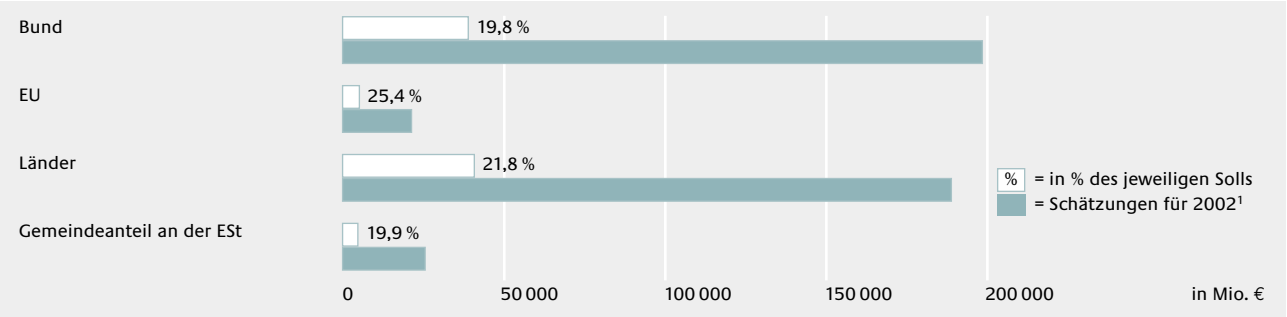
Die **Steuereinnahmen des Bundes** unterschritten das Vorjahresergebnis im März 2002 um **– 11,6 %.** Insgesamt lagen die Steuereinnahmen des Bundes im Zeitraum Januar bis März 2002 um **– 6,7** % unter den Einnahmen im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Wie bereits im Vormonat waren die **Lohnsteuereinnahmen** im März 2002 gegenüber dem Vorjahresmonat leicht rückläufig (– 0,4 %). Dieser Rückgang ist auf die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Kindergelderhöhung zurückzuführen. Vor Abzug des Kindergeldes nahm das Bruttoaufkommen der Lohnsteuer um + 1,9 % zu.

Die Einnahmen aus der **veranlagten Einkommensteuer** werden jeweils im März durch die Einbeziehung eines weiteren Förderjahrgangs in die Eigenheimzulage gemindert. Im vergangenen Monat erhöhte sich die ausgezahlte Eigenheimzulage um + 19,8 % bzw. rund 1,2 Mrd. €. In der gleichen Größenordnung verringerte sich das Einkommensteueraufkommen. Vor Abzug von Zulagen und Erstattungen ergab sich ein Rückgang des Aufkommens der veranlagten Einkommensteuer um – 3,9 %.

Sehr schwach hat sich im Vorauszahlungsmonat März die **Körperschaftsteuer** entwickelt.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis März 2002



[1] Ergebnis AK Steuerschätzungen (November 2001).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind die Einnahmen um – 37,5 % zurückgegangen. Dieser Rückgang ist offensichtlich auf infolge der schlechten Gewinnentwicklung des Vorjahres deutlich nach unten angepasste Vorauszahlungen zurückzuführen. Allerdings liegen die Körperschaftsteuereinnahmen mit 1,9 Mrd. € über den Einnahmen des letzten Vorauszahlungsmonats Dezember 2001 (1,4 Mrd. €).

Der ebenfalls starke Rückgang der Einnahmen bei den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** im Berichtsmonat (– 52,2 %) entspricht den Erwartungen, die auf eine Normalisierung des Ausschüttungsverhaltens in diesem Jahr gerichtet sind.

Ein leichter Zuwachs ist bei den **Steuern vom Umsatz** zu verzeichnen. Im Vergleich zum März 2001 stieg das Aufkommen um 1,0 %. Während die Einnahmen aus der Umsatzsteuer deutlich zulegten (+ 7,5 %), waren die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer mit – 13,9 % erneut stark rückläufig. Letzteres korrespondiert mit dem im Vorjahresvergleich starken Rückgang der Einfuhren aus Nicht-EU-Staaten.

Bei den **reinen Bundessteuern** ergibt sich ein uneinheitliches Bild mit starken monatlichen Schwankungen. Es ist daher sinnvoll, hier zugleich die Entwicklung im 1. Quartal 2002 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu betrachten. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer stiegen im März um + 13,5 % (1. Quartal: + 4,6 %). Die Stromsteuer legte im Vormonat + 2,2 % zu (1. Quartal: + 14,0 %). Mindereinnahmen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ergaben sich im März hingegen bei der Versicherungsteuer (– 4,0 %) und der Tabaksteuer (– 17,1 %). Während in der Betrachtung des 1. Quartals 2002 bei der Versicherungsteuer ein Zuwachs von + 7,8 % zu verzeichnen ist, waren die Einnahmen aus der Tabaksteuer auch in der Quartalsbetrachtung mit – 10,6 % rückläufig. Der Solidaritätszuschlag erbrachte – 8,8 % weniger als im Vorjahresmonat. Insgesamt gingen die Einnahmen aus den Bundessteuern im März leicht um – 0,2 % zurück.

Die **reinen Ländersteuern** entwickelten sich im März fast durchweg negativ. So sank das Aufkommen von Kraftfahrzeugsteuer (– 17,8 %), Erbschaftsteuer (– 20,4 %) und Grunderwerbsteuer (–11,9 %) ebenso wie das Aufkommen von Rennwett- und Lotteriesteuer (– 1,8 %) und Biersteuer (– 1,4 %). Lediglich die vom Aufkommen her unbedeutenden sonstigen Ländersteuern nahmen um 29,3 % zu.

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr[1]

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)

2002	März	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis März	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €[4]	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer[2]	9 486	– 0,4	30 382	– 2,6	137 004	3,3
veranlagte Einkommensteuer	– 1 762	.	– 3 644	.	9 434	7,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	996	– 52,2	4 635	– 28,8	11 000	– 47,3
Zinsabschlag	509	4,1	3 917	1,4	9 030	0,8
Körperschaftsteuer	1 914	– 37,5	665	– 60,4	11 400	.
Steuern vom Umsatz	10 091	1,0	34 532	– 1,6	145 630	4,8
Gewerbesteuerumlage	7	8,7	92	.	4 533	33,1
erhöhte Gewerbesteuerumlage	3	– 39,2	48	.	2 219	5,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	**21 244**	**– 13,4**	**70 627**	**– 7,1**	**330 250**	**4,8**
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 461	13,5	5 713	4,6	42 500	4,4
Tabaksteuer	1 109	– 17,1	1 857	– 10,6	13 400	11,0
Branntweinsteuer	224	– 19,8	337	– 3,5	2 075	– 3,2
Versicherungsteuer	544	– 4,0	3 755	7,8	8 100	9,1
Stromsteuer	427	2,2	883	14,0	4 950	14,5
Solidaritätszuschlag	1 115	– 8,8	2 656	– 6,7	11 545	4,3
übrige Bundessteuern	143	– 14,4	355	– 1,8	1 538	– 1,0
Bundessteuern insgesamt	**7 023**	**– 0,2**	**15 556**	**1,3**	**84 108**	**6,1**
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	222	– 20,4	666	– 12,6	3 153	2,7
Grunderwerbsteuer	429	– 11,9	1 247	– 6,9	5 120	5,5
Kraftfahrzeugsteuer	680	– 17,8	2 112	– 7,0	8 280	– 1,1
Biersteuer	150	– 1,8	482	2,9	820	– 1,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	58	– 1,4	180	1,0	1 973	2,9
übrige Ländersteuern	28	29,3	136	– 6,3	296	0,9
Ländersteuern insgesamt	**1 583**	**– 14,6**	**4 899**	**– 6,8**	**19 842**	**1,1**
EU-Eigenmittel						
Zölle	251	– 3,9	688	– 12,7	3 225	1,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	844	8,2	2 499	6,8	6 000	– 29,5
BSP-Eigenmittel	780	– 7,7	2 383	– 6,3	12 700	58,1
EU-Eigenmittel insgesamt	**1 875**	**– 0,6**	**5 570**	**– 1,8**	**21 925**	**11,1**
Bund[3]	**13 891**	**– 11,6**	**39 567**	**– 6,7**	**199 472**	**3,1**
Länder[3]	**12 906**	**– 10,9**	**41 435**	**– 5,5**	**189 957**	**6,2**
EU	**1 875**	**– 0,6**	**5 570**	**– 1,8**	**21 925**	**11,1**
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	**1 429**	**– 10,7**	**5 198**	**– 5,8**	**26 073**	**3,6**
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	**30 102**	**– 10,7**	**91 769**	**– 5,8**	**437 427**	**4,8**

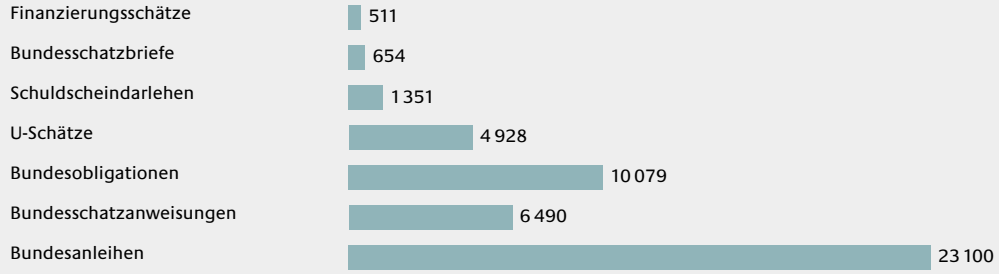
[1] Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern, rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.
[2] Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.
[3] Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt.
[4] Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2001 bereinigt um folgende, mittlerweile in Kraft getretene Steuerrechtsänderungen: Gesetz zur Finanzierung der Terrorbekämpfung; Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz; Steueränderungsgesetz 2001; Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

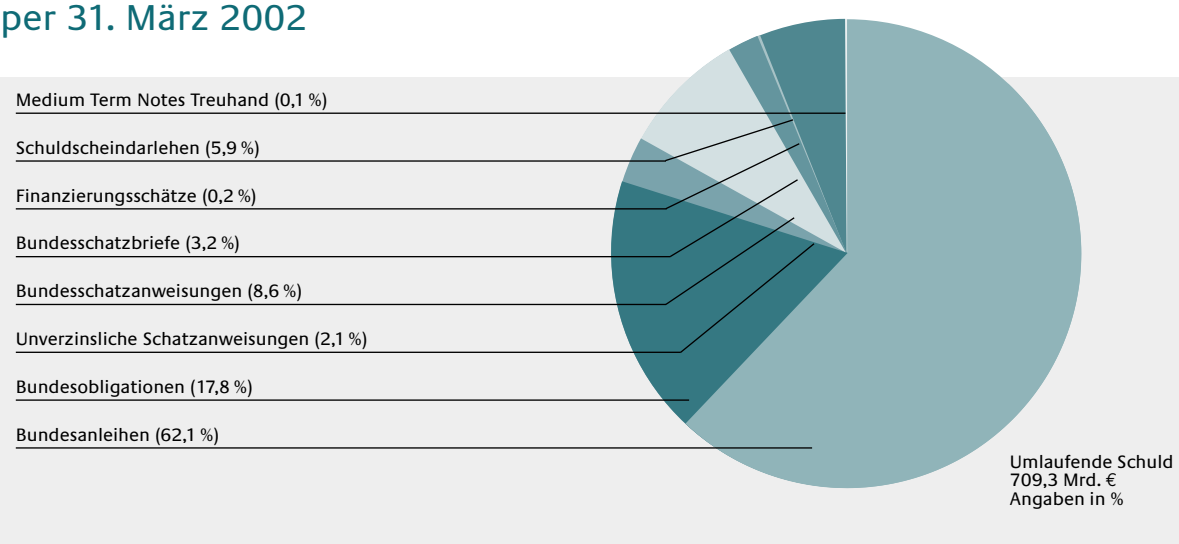
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten drei Monaten dieses Jahres 37,1 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 47,1 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2001 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis

Bruttokreditaufnahme des Bundes im März 2002 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. März 2002



zum 31. März 2002 um ca. 1,1 % auf 709,3 Mrd. € erhöht. Dieser Betrag umfasst auch die seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Der Bund beabsichtigt, im zweiten Quartal 2002 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der Emissionskalender für das dritte Quartal 2002 wird in der dritten Dekade Juni 2002 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes[1] und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP-Sondervermögen belaufen sich im zweiten Quartal 2002 auf insgesamt 29,6 Mrd. € (darunter 2,9 Mrd. € für die Sondervermögen).

Emissionsvorhaben des Bundes im zweiten Quartal 2002

Wertpapier	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 697 Aufstockung	3. April 2002	Restlaufzeit: 1 Jahr, 11 Monate fällig 12. März 2004 Zinslaufbeginn: 12. März 2002 erster Zinstermin: 12. März 2003	ca. 5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 442 Aufstockung	15. April 2002	6 Monate fällig 16. Oktober 2002	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe („Bunds“) WKN 113 519 Aufstockung	24. April 2002	Restlaufzeit: 9 Jahre, 9 Monate fällig 4. Januar 2012 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2002 erster Zinstermin: 4. Januar 2003	ca. 5 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 443 Aufstockung	13. Mai 2002	6 Monate fällig 13. November 2002	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligationen (Bobls) WKN 114 139 Aufstockung	15. Mai 2002	Restlaufzeit: 4 Jahre, 9 Monate fällig 16. Februar 2007 Zinslaufbeginn: 22. August 2001 erster Zinstermin: 16. Februar 2003	ca. 8 Mrd. €*
Unverzinsliche Schatzanweisungen („Bubills“) WKN 111 444 Aufstockung	10. Juni 2002	6 Monate fällig 11. Dezember 2002	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisungen („Schätze“) WKN 113 698	26. Juni 2002	2 Jahre fällig 25. Juni 2004 Zinslaufbeginn: 25. Juni 2002 erster Zinstermin: 25. Juni 2003	ca. 7 Mrd. €*
Zweites Quartal 2002 insgesamt			**ca. 40 Mrd. €**

* Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

[1] Einschließlich der seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Tilgungen im zweiten Quartal 2002 (in Mrd. €)

	April	Mai	Juni	2. Quartal 2002
Anleihen des Bundes	–	–	–	–
Bundesobligationen	–	6,6	–	6,6
Bundesschatzanweisungen	–	–	5,0	5,0
U-Schätze des Bundes	10,1	–	–	10,1
Bundesschatzbriefe	0,1	0,9	1,6	2,6
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Anleihe ERP	–	2,6	–	2,6
Schuldscheindarlehen	1,2	–	1,2	2,4
Insgesamt	**11,5**	**10,2**	**7,9**	**29,6**

Entwicklung der Länderhaushalte

Die Einnahmen und Ausgaben der Länder von Januar bis Februar 2002 stellen sich zusammengefasst wie in der nachfolgenden Tabelle dar.

Auf die grafische Darstellung der Zuwachsraten und Anteile am Soll wird verzichtet, da diese derzeit noch keine Aussagekraft haben bzw. derzeit noch nicht vollständig vorliegen (Haushaltssoll 2002).

Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)	Flächenländer (Ost)	Stadtstaaten	Länder insgesamt
Bereinigte Einnahmen	**24 114**	**6 581**	**3 894**	**33 538**
darunter:				
Steuereinnahmen	19 645	4 721	2 798	27 164
übrige Einnahmen	4 469	1 860	1 096	6 374
Bereinigte Ausgaben	**27 950**	**8 003**	**6 268**	**41 170**
darunter:				
Personalausgaben	13 222	2 400	2 369	17 991
Bauausgaben	166	114	124	404
übrige Ausgaben	14 562	5 489	3 775	22 775
Finanzierungssaldo	**– 3 836**	**– 1 422**	**– 2 374**	**– 7 632**

(Länderzusammenfassungen ohne Zahlungen der Länder untereinander).

Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

3. Mai 2002	–	Zolljahrespressekonferenz Köln
6. bis 7. Mai 2002	–	EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
16. Mai 2002	–	Steuerschätzung
24. Mai 2002	–	Amtseinführung des neuen Präsidenten des Bundesrechnungshofs, Prof. Dr. Engels
3. bis 4. Juni 2002	–	EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
12. Juni 2002	–	Finanzplanungsrat
15. Juni 2002	–	G-7 Finanzministertreffen in Halifax/Kanada
18. Juni 2002	–	Jahrestreffen Wirtschaft, Politik und Bundesunternehmen
21./22. Juni 2002	–	Europäischer Rat in Sevilla

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

Klarsicht	–	**Reisezeit – Ihr Weg durch den Zoll**
Innenansichten	–	**Das Bundesministerium der Finanzen/ (Englische und Französische Ausgabe)**
Fachblick	–	**Vor einem neuen Aufschwung Verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen – Jahreswirtschaftsbericht 2002 – (Deutsche und Englische Ausgabe)**
Fachblick	–	**Das System der Öffentlichen Haushalte**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim
Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96
Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29
Internet: http://www.bundesfinanzministerium.de

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2002	Mai	April 2002	27. Mai 2002
	Juni	Mai 2002	24. Juni 2002
	Juli	Juni 2002	25. Juli 2002
	August	Juli 2002	26. August 2002
	September	August 2002	26. September 2002
	Oktober	September 2002	25. Oktober 2002
	November	Oktober 2002	25. November 2002
	Dezember	November 2002	23. Dezember 2002

Terminplanung für die Aufstellung des Entwurfs zum Bundeshaushalt 2003 und für die Finanzplanung 2002 bis 2006

20. Dezember 2001	–	BMF-Rundschreiben an die Ressorts zur Aufstellung des Haushalts 2003 und des Finanzplans (2002 bis 2006)
bis 1. März 2002	–	Übersendung der Haushaltsvoranschläge der Ressorts an das BMF
bis Ende Mai 2002	–	Verhandlungen zwischen BMF und den Ressorts auf Arbeitsebene
14. bis 16. Mai 2002	–	Steuerschätzung
Anfang Juni 2002	–	Haushaltsverhandlungen auf Ministerebene (Chefgespräche)
12. Juni 2002	–	Finanzplanungsrat (Koordination der Finanzplanung von Bund, Ländern und Gemeinden)
19. Juni 2002	–	**Kabinettbeschluss zum Haushaltsentwurf und zum Finanzplan**

Analysen und Berichte

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland 31

Steuerpolitik für mehr Wachstum, Beschäftigung und Ökologie 35

Finanzmarktkrisen – Ursachen und Lösungsmöglichkeiten 47

Vereinbarkeit von Lenkungsbesteuerung mit der Tragfähigkeit der Finanzpolitik 67

Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Bundesverwaltung 77

Erblastentilgungsfonds, Aufgaben und aktuelle Entwicklung 81

Das Europäische Prognose-Netzwerk: Auf dem Weg zu einer Gemeinschaftsdiagnose für den Euro-Raum 85

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland[1]

1 Gesamtwirtschaft 31
2 Produzierendes Gewerbe 31
3 Privater Konsum 32
4 Außenwirtschaft 33
5 Arbeitsmarkt 33
6 Preise 34

1 Gesamtwirtschaft

Nach den vorliegenden Daten für die ersten Monate des laufenden Jahres haben sich die Anzeichen dafür verdichtet, dass der konjunkturelle Erholungsprozess in Deutschland eingesetzt hat. Die Stimmungsindikatoren, die bereits seit November 2001 auf ein bevorstehendes Ende der konjunkturellen Talfahrt hindeuteten, haben sich kontinuierlich verbessert. Dies betrifft nun nicht mehr nur die Erwartungskomponente, sondern zunehmend auch die Beurteilung der aktuellen Lage. Inzwischen weisen auch wichtige „harte" Wirtschaftsdaten Verbesserungen auf, die auf den Beginn des Aufschwungs hinweisen.

So waren Produktion und Nachfrage in der Industrie in den ersten beiden Monaten des Jahres zusammengenommen tendenziell aufwärts gerichtet. Im Baugewerbe haben sich die Aktivitäten auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Dagegen dürfte der Export – der traditionelle Konjunkturmotor – bereits wieder angesprungen sein. Die Februar-Zahlen signalisierten, dass die deutsche Exportwirtschaft ihren Absatz wieder ausweiten konnte. Dies dürfte im weiteren Verlauf der konjunkturellen Erholung auch auf andere Bereiche der Wirtschaft ausstrahlen. Damit profitiert Deutschland offenbar früher als andere Länder von der weltwirtschaftlichen Erholung. Allerdings verbleiben durch die politischen Ereignisse, insbesondere im Nahen Osten, auch Risiken für die Weltkonjunktur. Dies war an den zeitweise stark anziehenden Rohöl-Notierungen abzulesen.

Im Inland ist bislang der Private Konsum noch nicht in Schwung gekommen. Darauf deuten zumindest die Umsatzzahlen des Einzelhandels bis Februar hin. Jedoch zeichnet sich im März bei den Einzelhandelsunternehmen eine deutliche Stimmungsverbesserung ab, sodass im weiteren Jahresverlauf auch die Verbrauchskonjunktur besser in Fahrt kommen dürfte.

Am Arbeitsmarkt ist seit Februar eine Stabilisierung eingetreten. Mit einer durchgreifenden Belebung des Arbeitsmarktes ist zu rechnen, wenn die Konjunktur weiter an Kraft gewinnt.

Konjunkturstützend wirkte sich die moderate Preisentwicklung auf allen Stufen aus. Sofern von der Ölpreisentwicklung keine weiteren negativen Einflüsse ausgehen, dürfte das anhaltend ruhige Preisklima das Vertrauen der Verbraucher und Investoren festigen und so den Konjunkturaufschwung stärken.

2 Produzierendes Gewerbe

Zu Beginn des Jahres ist der Produktionsindex für das gesamte **Produzierende Gewerbe** auf einen leichten Aufwärtstrend eingeschwenkt. Bereits im Dezember 2001 war er nicht mehr weiter zurückgegangen und im Januar und Februar zusammengenommen erhöhte er sich gegenüber dem vorangegangen Zweimonatszeitraum saisonbereinigt[2] um 0,5 %. Dabei verlief die Entwicklung in den einzelnen Bereichen durchaus differenziert.

[1] In diesem Bericht wurden statistische Zahlen verwendet, die bis zum 17. April 2002 vorlagen.
[2] Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten Zahlen um Berechnungen nach dem Census-Verfahren.

In der **Industrie** hatten sich die **Produktionsaktivitäten** im Januar kräftig belebt, um dann im Februar wieder etwas abzuflauen. Im Zweimonatsdurchschnitt ergibt sich saisonbereinigt ein Produktionsanstieg um 0,6 %. Stabil war allerdings das Produktionswachstum im Vorleistungsgüterbereich (Januar/Februar + 2,6 %), was typisch für eine frühe Phase des Aufschwungs ist. Insbesondere die Chemische Industrie und die Metallerzeugung und -bearbeitung zeigten beachtliche Zuwachsraten (+ 10,3 % bzw. + 6,6 %). Auch die Verbrauchsgüterherstellung verstärkte sich (+ 2,0 %). Dagegen blieb die Erzeugung von Investitionsgütern sowie insbesondere von Gebrauchsgütern vergleichsweise schwach (– 1,5 % bzw. – 4,8 %). Im Vorjahresvergleich erreichte die gesamte Industrieproduktion im Januar/Februar 2002 allerdings noch nicht wieder ihren Stand vor Jahresfrist (arbeitstäglich bereinigt – 5,5 %).

Beim **Auftragseingang** in den Unternehmen der Industrie, der im November und Dezember 2001 zum Teil beträchtlich angeschwollen war, ergibt sich im Zweimonatsvergleich (Januar/Februar) in preis- und saisonbereinigter Rechnung ein Orderplus von 0,3 %. Dabei war die Auftragsvergabe aus dem Ausland weiterhin recht lebhaft (+ 1,5 %), während die Inlandsbestellungen etwas nachgaben (– 0,3 %).

Innerhalb der Industrie ragten die Vorleistungsgüterproduzenten – wie bei der Produktion – mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten heraus (insgesamt + 2,7 %).

In den **neuen Ländern** verlief die aktuelle Produktions- und Nachfrageentwicklung in der Industrie – wie bereits im gesamten Jahr 2001 – günstiger als im früheren Bundesgebiet. In Ostdeutschland erhöhte sich die Industrieproduktion im Januar/Februar saisonbereinigt um 1,8 %, womit sie nur noch wenig unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis blieb. Der Auftragseingang stieg gleichzeitig um 4,8 %.

Die verbesserten realwirtschaftlichen Daten haben sicherlich zur weiteren Stimmungsaufhellung in den Industrieunternehmen beigetragen. Nach den März-Ergebnissen des **ifo-Konjunkturtests** hat sich das Geschäftsklima im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe zum fünften Mal in Folge erwärmt. Ausschlaggebend dafür war ein verstärkter Optimismus bei den Geschäftserwartungen. Aber auch die aktuelle Geschäftssituation wurde relativ günstiger eingestuft als im Vormonat. Auch in der ostdeutschen Industrie hielt die Verbesserung des Geschäftsklimas an.

Im **Bauhauptgewerbe** sind – anders als in der Industrie – noch keine Anzeichen einer konjunkturellen Belebung auszumachen. Auch am aktuellen Rand war kein Zuwachs der Bauproduktion festzustellen (Januar/Februar ± 0). Dies korrespondiert mit der anhaltenden Schwäche der Baunachfrage. Im Dezember 2001/Januar 2002 verringerte sich das Volumen der Bauaufträge im Zweimonatsvergleich saisonbereinigt um 5,5 %. Auch das Geschäftsklima in den Bauunternehmen blieb im März stark unterkühlt.

3 Privater Konsum

Für eine Einschätzung der aktuellen Entwicklung der privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr stehen derzeit nur Teilindikatoren zur Verfügung. Hierfür wird üblicherweise der **Einzelhandelsumsatz** herangezogen, der jedoch infolge des Strukturwandels zur Dienstleistungsgesellschaft einen immer geringeren Anteil am Privaten Konsum repräsentiert. In den Monaten Januar/Februar 2002 verringerte sich das Verkaufsvolumen des gesamten Einzelhandels gegenüber November/Dezember 2001 saisonbereinigt um 2,7 %. Damit lagen die Umsätze real um 1,4 % unter ihrem vergleichbaren Vorjahresstand. Besonders starke Umsatzeinbußen mussten binnen Jahresfrist die Branchen Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat sowie Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Musikinstrumente hinnehmen. Dagegen hat das Verkaufsvolumen

der Tankstellen und des Kfz-Handels seinen Vorjahresstand leicht übertroffen.

Inzwischen scheint sich aber eine gewisse Belebung der Verkaufstätigkeit anzukündigen. Nach dem ifo-Konjunkturtest für März hat sich die **Stimmung bei den westdeutschen Einzelhändlern** signifikant aufgehellt. Insbesondere die Erwartungskomponente wurde erheblich weniger skeptisch benotet als noch im Februar.

4 Außenwirtschaft

Die allgemein erwartete Erholung der Weltkonjunktur hat sich offenbar bereits in der Entwicklung der deutschen Exporte bemerkbar gemacht. Zunächst hatten sich die Auslandsaufträge und die Exporterwartungen der Industrie wieder erholt. Nunmehr ergibt sich für die aktuellen Daten über den **Warenexport** – nach dem Rückschlag vom vergangenen Herbst – wieder eine klare Aufwärtstendenz. Saisonbereinigt erhöhte sich der Wert der deutschen Ausfuhren im Januar/Februar gegenüber dem vergangenen Zweimonatsdurchschnitt um 1,1 %. Damit lagen die Exporte um 1,8 % unter ihrem sehr hohen Vorjahresniveau, wobei sich im Februar für sich genommen der Vorjahresabstand bereits auf – 0,5 % verringert hat. Offensichtlich entwickeln sich dabei die Ausfuhren in die Länder außerhalb der Europäischen Union besonders günstig. Während im Januar/Februar die Exporte in die EU-Länder noch um 4,5 % hinter dem entsprechenden Vorjahresstand zurückblieben, lagen die Lieferungen in Drittländer bereits um 1,9 % darüber.

Bei den **Importen** waren im vergangenen Jahr wegen der schwachen Binnenkonjunktur und der gedämpften Exportdynamik starke Einbußen zu verzeichnen. Auch in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres war die Importentwicklung weiter abwärts gerichtet (saisonbereinigt – 3,7 %). Allerdings haben die Einfuhrwerte für den Monat Februar kräftig zugelegt (saisonbereinigt + 6,9 %). Im Vorjahresvergleich wiesen die Importe im Januar/Februar weiterhin ein deutliches Minus auf (– 10,5 %).

Bei den Einzelposten der **Leistungsbilanz** hat sich die Entwicklung der vergangenen Monate fortgesetzt: Die Überschüsse in der Handelsbilanz erhöhten sich vor allem wegen der schwachen Importentwicklung. Die Defizite bei den unsichtbaren Transaktionen (Dienstleistungen, Erwerbs- und Vermögenseinkommen, laufende Übertragungen) haben sich etwas verringert. Im Ergebnis dessen wies die Leistungsbilanz, die im vergangenen Jahr insgesamt erstmals wieder seit über zehn Jahren mit einem leichten Plus abgeschlossen hatte, in den beiden ersten Monaten des Jahres bereits einen Überschuss von 3,9 Mrd. € auf, nach – 4,5 Mrd. € zur gleichen Zeit des Vorjahres.

5 Arbeitsmarkt

Im März setzte die übliche Frühjahrsbelebung ein. Die Zahl der **Arbeitslosen** sank um 140 000. Damit waren bundesweit 4,16 Mio. Personen als arbeitslos gemeldet, 156 000 mehr als ein Jahr zuvor. Auch nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlichen Einflüsse ergibt sich für März eine leichte Abnahme der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat (– 8 000). Dies dürfte aber noch nicht auf den beginnenden Aufschwung zurückzuführen sein, da der Arbeitsmarkt erfahrungsgemäß mit einiger Verzögerung auf konjunkturelle Veränderungen reagiert (nachlaufender Indikator). So dürfte die Verringerung der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl insbesondere mit den Auswirkungen des am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen **Job-AQTIV-Gesetzes** zusammenhängen. Darauf deuten vor allem die Zahlen für die Zu- und Abgänge aus der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal hin.

Im **früheren Bundesgebiet** ist die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im März um 5 000 zurückgegangen. Nach den Ursprungszahlen waren 2,68 Mio. Arbeitslose registriert, 144 000 mehr als vor Jahresfrist. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 8,0 %.

In den **neuen Ländern** sank im März die Arbeitslosigkeit in saisonbereinigter Rechnung ebenfalls (– 3 000), wobei möglicherweise demographische Faktoren eine größere Rolle als im Westen spielten. Insgesamt gab es 1,47 Mio. Arbeitslose, das waren 13 000 mehr als im März des Vorjahres. Die Arbeitslosenquote betrug 18,8 %.

Die Zahl der **Kurzarbeiter** ist außergewöhnlich stark angestiegen. Im März gab es bundesweit 258 000 Kurzarbeiter, das waren 128 000 mehr als vor Jahresfrist (+ 99 %). Der Anstieg konzentrierte sich auf die alten Länder und betraf vor allem das Verarbeitende Gewerbe.

Der Bestand an **offenen Stellen** hat sich zuletzt bundesweit kaum verändert (saisonbereinigt + 3 000 gegenüber Februar). Im Vorjahresvergleich fiel das Angebot aber um 51 000 geringer aus.

Die **Erwerbstätigkeit,** für die Zahlen erst bis Januar vorliegen, war bis dahin weiter rückläufig. Saisonbereinigt verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vormonat um 24 000. Dies dürfte aber – wie schon bei den saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen für Januar – witterungsbedingt überzeichnet sein. Insgesamt belief sich im Januar die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland auf 38,21 Mio. Dies waren 128 000 weniger als vor Jahresfrist (– 0,3 %).

6 Preise

Das Preisklima blieb in den ersten Monaten des neuen Jahres weitgehend spannungsfrei. So stiegen zwar die **Einfuhrpreise** von Januar auf Februar um 0,5 % an, aber sie lagen damit zuletzt immer noch um 3,5 % unter dem Stand vor Jahresfrist. Zu der Erhöhung gegenüber dem Vormonat trugen vor allem die wieder anziehenden Preise für Rohstoffe bei. Im Februar bewegten sich allerdings die Rohölpreise auf dem Weltmarkt noch auf einem relativ niedrigen Niveau, (20 bis 21 US-$/barrel), während sie bis Mitte April in der Spitze bis auf 27 US-$/barrel anzogen. Dieser Anstieg dürfte erfahrungsgemäß ohne große Verzögerungen auch die folgenden Preisstufen beeinflussen.

Im Februar gab es bei den **Erzeugerpreisen für gewerbliche Produkte** kaum Veränderungen gegenüber dem Vormonat (+ 0,1 %). Der Vorjahresabstand belief sich auf – 0,3 %.

Auch auf der Verbraucherstufe hielten sich die Preisveränderungen in engen Grenzen. Der **Preisindex für die Lebenshaltung,** für den aktuellere Werte vorliegen, stieg von Februar auf März um 0,2 %. Maßgeblich hierfür waren vor allem die stark anziehenden Preise für Kraftstoffe und für Heizöl. Auch Gebrauchsgüter verteuerten sich merklich, während Nahrungsmittel billiger wurden. Die jährliche Teuerungsrate belief sich im März insgesamt auf + 1,8 % nach + 1,7 % im Februar.

Der für internationale Vergleiche berechnete **Harmonisierte Verbraucherpreisindex** (HVPI) erhöhte sich im März gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,9 % (Februar + 1,8 %). Damit gehört Deutschland weiterhin zu den Ländern mit der niedrigsten Inflationsrate innerhalb der EU. Im Durchschnitt der 15 Mitglieder betrug der jährliche Verbraucherpreisanstieg + 2,3 % und in der Euro-Zone + 2,5 %.

Steuerpolitik für mehr Wachstum, Beschäftigung und Ökologie

1 Ausgangslage – Reformziel 35
2 Einkommen- und Körperschaftsteuerreform 35
2.1 Steuerreform 2000 36
2.2 Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts 39
3 Ökologische Steuerreform 39
3.1 Warum eine ökologische Steuerreform? 39
3.2 Die steuerrechtlichen Maßnahmen im Einzelnen 40
4 Beurteilung der Reformmaßnahmen 41
5 Fazit 45

1 Ausgangslage – Reformziel

Deutschland galt in den 90er-Jahren als Hochsteuerland und somit für ausländische und für inländische Unternehmen gleichermaßen als unattraktiv. Die Standortprobleme bremsten das Wirtschaftswachstum und führten zu einem stetigen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Deshalb wurde wiederholt eine Steuerreform gefordert, um Investitionen und somit Beschäftigung und Wachstum zu fördern und um Deutschland im internationalen Wettbewerb wieder besser zu positionieren.[1] Aber nicht nur die hohe Steuerbelastung beeinträchtigte die deutsche Position. Auch die immer weiter steigende Belastung des Faktors Arbeit durch Sozialabgaben wirkte sich nachteilig auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Die hohen Sozialabgaben verteuerten die Produktionskosten, sodass zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit entweder Standorte ins Ausland verlagert wurden oder der Faktor Arbeit durch den Faktor Kapital substituiert wurde. Gleichzeitig sorgten die hohen Sozialversicherungsbeiträge und die hohe Steuerbelastung dafür, dass sich die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen immer mehr weitete und somit die Binnennachfrage schwach blieb.

Die Bundesregierung hat die zentralen steuerpolitischen Aufgaben gelöst und Deutschland wieder zukunftsfähig gemacht. Insbesondere wurde die Ertragsteuerbelastung weit reichend und nachhaltig um mehr als 56 Mrd. € reduziert. Die Einkommen- und Körperschaftsteuersätze wurden stark gesenkt, sodass die Chancen Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb verbessert worden sind. Das deutsche Steuersystem ist international wieder konkurrenzfähig. Die Steuerentlastungen und strukturellen Verbesserungen berücksichtigen besonders die Belange des Mittelstands. Alle Maßnahmen stärken sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite. Nun rechnen sich wieder Investitionen von Unternehmen in Deutschland; Gleiches gilt für die Tätigkeit von Arbeitnehmern. Die Senkung der Einkommensteuer in Stufen schafft auch für die Zukunft gleichermaßen Planungssicherheit für Privathaushalte wie für Investoren. Die bereits umgesetzten Maßnahmen wirken nachhaltig vertrauensbildend und sind ein Aktivposten angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Unsicherheiten. Durch entsprechende Verwendung des Aufkommens aus der ökologischen Steuerreform konnte nicht nur der weitere Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge gemindert werden, es kam erstmals seit vielen Jahren sogar zu einer Senkung der Gesamtbeitragsbelastung. Dadurch konnte der Faktor Arbeit entlastet und der Standort Deutschland weiter gestärkt werden.

2 Einkommen- und Körperschaftsteuerreform

Die Bundesregierung hat mit der **Steuerreform 2000** in Deutschland eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung

[1] Vergleiche: Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Vor weit reichenden Entscheidungen“, Jahresgutachten 1998/99, Stuttgart 1998, S. 223.

eingeleitet. Damit wurden die steuerlichen Investitionsbedingungen für Unternehmen deutlich verbessert. Mit dem **Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts** wird der laufende Reformprozess auf der Basis der neu geschaffenen Strukturen fortgesetzt und abgerundet.

2.1 Steuerreform 2000

Tarifreform

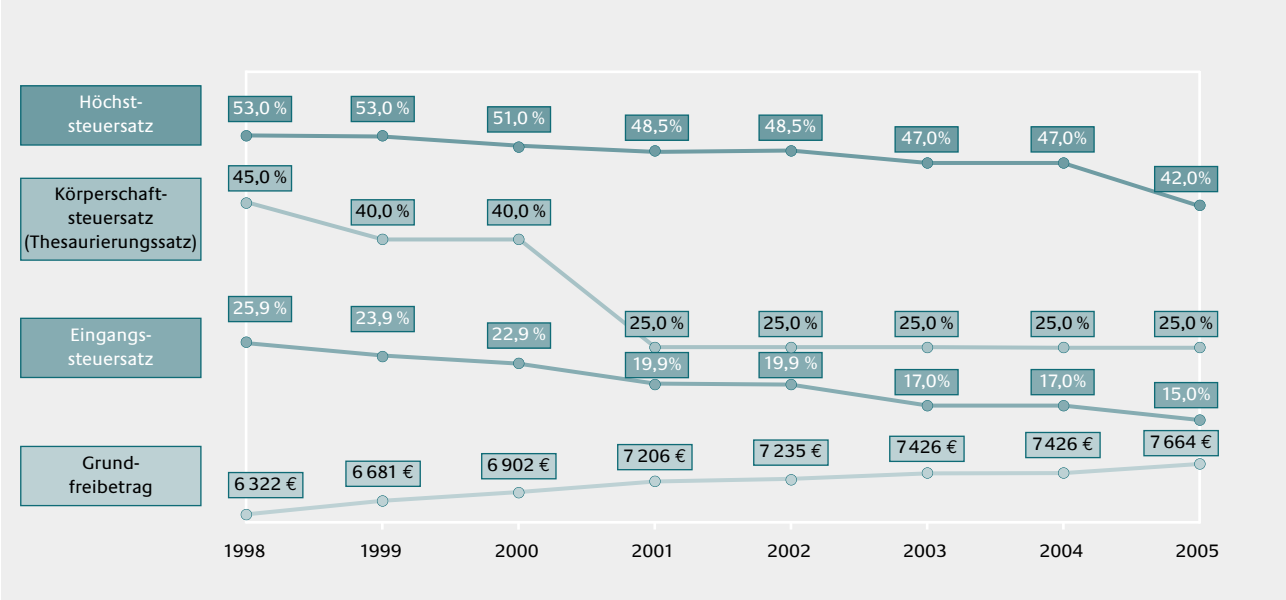
Ein zentrales Element der Steuerreform 2000 ist die nachhaltig wirkende Tarifreform. Bei der **Einkommensteuer** werden stufenweise sowohl der Höchststeuersatz als auch der Eingangssteuersatz gesenkt sowie der Grundfreibetrag erhöht.

Der Grundfreibetrag steigt von 6 322 € in 1998 auf 7 664 € in 2005. Damit wird auch in Zukunft das Existenzminimum von der Einkommensteuer freigestellt bleiben. Der Eingangssteuersatz, wird in Stufen von 25,9 % auf 15 % im Jahr 2005 gesenkt. Dies ist der geringste Eingangssteuersatz in der Bundesrepublik. Dem Bürger verbleiben dann vom ersten über dem Grundfreibetrag liegenden Euro 85 Cent. Der Höchststeuersatz wird von 53 % stufenweise auf 42 % im Jahr 2005 gesenkt.

Bei der **Körperschaftsteuer** wird die Differenzierung der Steuersätze nach einbehaltenen und ausgeschütteten Gewinnen aufgegeben und der Steuersatz auf einheitlich 25 % gesenkt.

Die Wirtschaft in Deutschland ist mittelständisch geprägt. Allein die mittelständischen Unternehmen beschäftigen rund zwei Drittel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und 80 % aller Auszubildenden. Es lag also auf der Hand, dass der Mittelstand steuerlich entlastet werden musste, wenn es zu einem Mehr an Beschäftigung kommen soll. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, dass mittelständische Unternehmen vor allem Personenunternehmen sind (rund 83 % aller der Unternehmen werden als Personenunternehmen geführt), deren Gewinne der Einkommensteuer unterliegen, hat die Bundesregierung ein Reformschwergewicht auf die Einkommensteuer gelegt. Aus der Einkommensteuerstatistik ist erkennbar, dass die Gewinne von rund 78 % der Personenunternehmen in Deutschland unter 52 000 € pro Jahr liegen. Unsere Tarif-

Steuerpolitische Gesamtstrategie: Konsequente Steuersenkung in kalkulierbaren Stufen von 1998 bis 2005

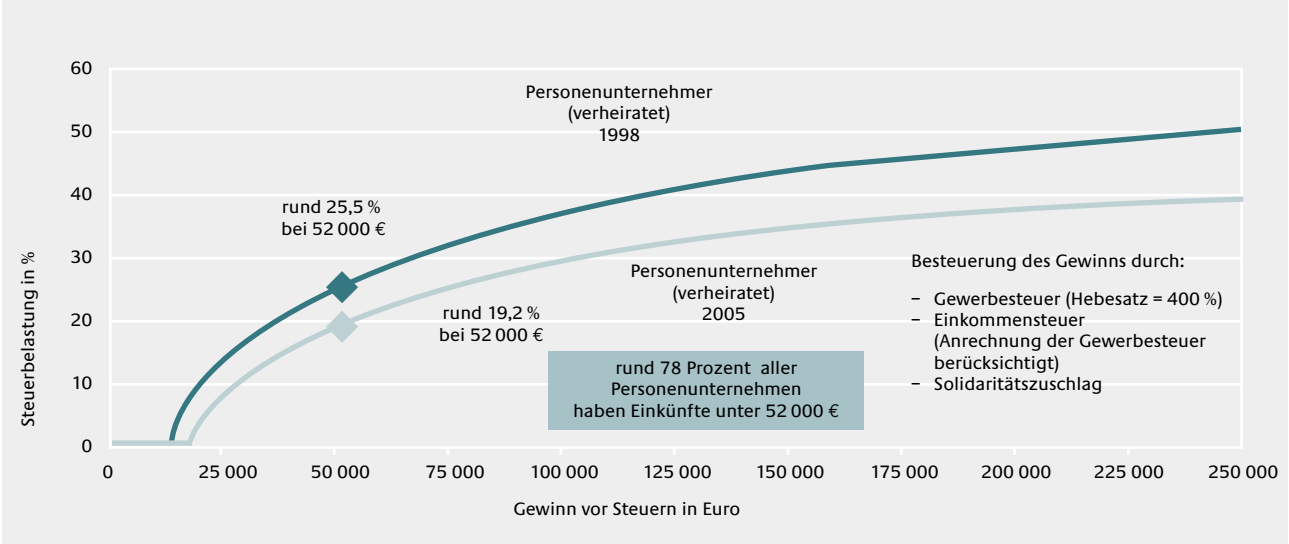


reform stützt gerade die vielen weniger ertragstarken mittelständischen Betriebe nachhaltig, wie die unten stehende Abbildung zeigt.

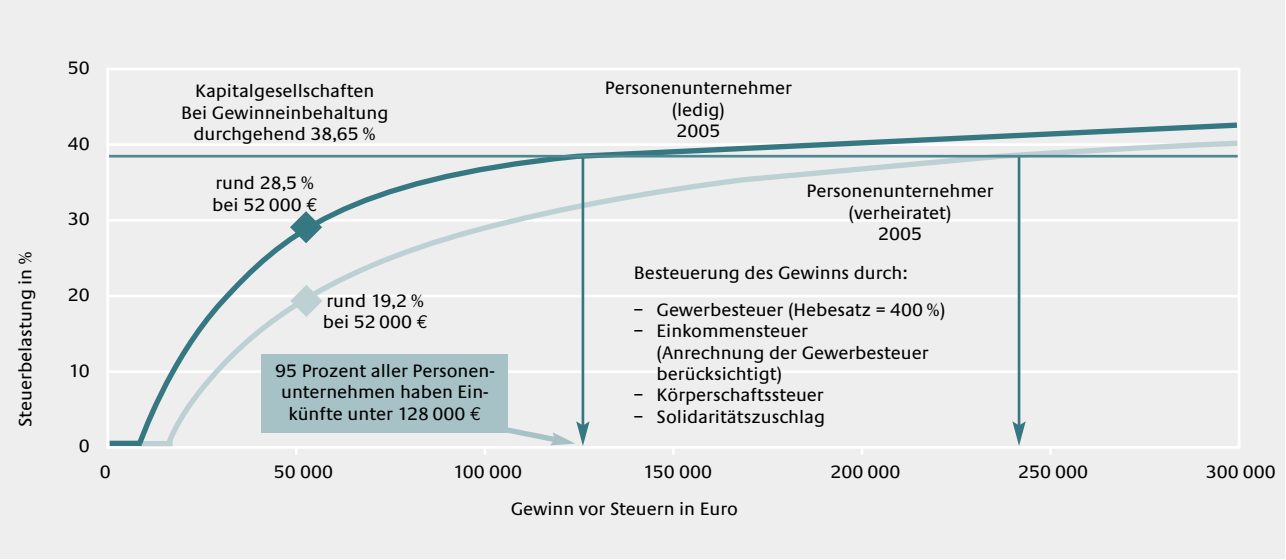
Die Kapitalgesellschaften wiederum profitieren von der spürbaren Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von bisher 30 % für ausgeschüttete bzw. von bisher 40 % für einbehaltene Gewinne auf einheitlich 25 %. Die Begünstigung der im Unternehmen belassenen Gewinne erhöht die Eigenkapitalquote, die bisher in Deutschland auch aufgrund des Steuerrechts im internationalen Vergleich sehr gering gewesen ist. Die dadurch verbesserte Innenfinanzierung kann bei der Überbrückung finanzieller Krisensituationen helfen und gleichzeitig die Abhängigkeit von Entscheidungen der Kreditgeber verringern.

In der Gesamtschau gewinnen Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen durch die Steuerreform 2000. Kleinen und mittleren Personenunternehmen verbleiben dennoch klare Vorteile gegenüber Kapitalgesellschaften. Dies zeigt die Betrachtung der Gesamtsteuerbelastung des Gewinns eines Personenunternehmens bzw. einer Kapitalgesellschaft. Der Gewinn einer Kapitalgesellschaft wird zwar insgesamt nur mit rund 38,65 % steuerlich belastet (Körperschaft-, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag). Im Gegensatz zum Personenunternehmen wird aber bereits der 1. Euro Gewinn in dieser Höhe besteuert. Für Personenunternehmen ist hingegen der Einkommensteuertarif anzuwenden, der bis 2005 stufenweise über den gesamten Tarifverlauf mittelstandsfreundlich gesenkt wird, mit folgendem Ergebnis: Damit ein Personenunternehmen 2005 eine den Körperschaften entsprechende durchschnittliche Gesamtbelastung von 38,65 % erreicht, muss ein lediger Personenunternehmer einen Gewinn von rund 128 000 € bzw. ein verheirateter Unternehmer einen Gewinn von rund 245 000 € erwirtschaften. Einen Gewinn dieser Größenordnung erzielen aber die wenigsten mittelständischen Personenunternehmen – nämlich nur rund 5 %. Damit steht auch fest: Die allermeisten Personenunternehmen werden nicht – wie von vielen behauptet – mit dem Höchststeuersatz von 42 % (im Jahr 2005) oder 48,5 % (im Jahr 2001) belastet.

Drastische Senkung der Steuerbelastung von Personenunternehmen von 1998 bis 2005



Klarer Vorteil für kleine und mittlere Personenunternehmen gegenüber Kapitalgesellschaften in 2005



Strukturreform

Die Steuerreform 2000 geht jedoch über rein tarifliche Änderungen weit hinaus. Es handelt sich bei den Maßnahmen um eine grundlegende Strukturreform, die perspektivisch auch substanzielle Änderungen bei der Gewerbesteuer mit einschließt.

Besteuerung von Körperschaften und ihren Anteilseignern

Ein steuersystematisches Schwergewicht der Steuerreform 2000 ist die Abschaffung des seit 1977 praktizierten körperschaftsteuerlichen Vollanrechnungsverfahrens.[2] Mit dem seit Beginn des Jahres geltenden **Halbeinkünfteverfahren**[3] hat auch Deutschland endlich ein modernes, effizientes Instrument, mit dem die „Doppelbesteuerung" von Gewinnen einer Kapitalgesellschaft einfach und wirkungsvoll vermieden werden kann: Pauschal über eine jeweils ermäßigte Besteuerung der Körperschafts- und der Anteilseignerebene. Die bessere Überschaubarkeit und bestechende Einfachheit des neuen Verfahrens kommt primär kleineren Unternehmen zugute, die nicht wie die großen Konzerne über eine eigene Steuerabteilung verfügen. Zudem ist das Halbeinkünfteverfahren auch weniger missbrauchsanfällig als das Anrechnungsverfahren, da es Gestaltungsmöglichkeiten unterbindet, die ebenfalls primär nur von großen Kapitalgesellschaften genutzt werden konnten. Auch ist das Halbeinkünfteverfahren europatauglich, da im Gegensatz zum Vollanrechnungsverfahren Beteiligungen im Ausland nicht mehr steuerlich diskriminiert werden. Gleichzeitig wird die Diskriminierung von ausländischen Investoren in Deutschland abgeschafft.

Besteuerung von Personenunternehmern

Die einkommensteuerliche Tarifentlastung der Personenunternehmer ist ein zentrales mittel-

[2] Beim Vollanrechnungsverfahren stellt die Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gewinne faktisch eine Vorauszahlung der Einkommensteuer ist. Die ausgeschütteten Gewinne unterliegen somit letztlich dem individuellen Steuersatz.
[3] Beim Halbeinkünfteverfahren ist die Belastung mit Körperschaftsteuer definitiv. Um eine Doppelbelastung der ausgeschütteten Gewinne mit Körperschaft- und Einkommensteuer zu vermeiden, wird nur die Hälfte der mit Körperschaftsteuer belasteten Ausschüttung in die Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer einbezogen und dann mit dem individuellen Steuersatz belastet.

standsfreundliches Element der Steuerreform 2000. Zumindest genauso richtungsweisend und tief greifend wie die Abschaffung des Anrechnungsverfahrens bei der Körperschaftsteuer ist für die Personenunternehmer die wirtschaftliche Neutralisation der Gewerbesteuer. Über die pauschale Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld in Höhe des 1,8fachen Gewerbesteuermessbetrags werden die meisten Personenunternehmen in **vollem Umfang von der Gewerbesteuer entlastet.** Allein mit dieser Maßnahme hat die Bundesregierung bereits im Rechnungsjahr **2001** ein Entlastungsvolumen in Höhe von netto 3,5 Mrd. € für den Mittelstand mobilisiert.

Die Bundesregierung macht damit deutlich, dass sie auf berechtigte Belange der mittelständischen Wirtschaft eingeht. Das kommt auch in einer Reihe weiterer, gezielter Mittelstandskomponenten der Steuerreform zum Ausdruck, wie z. B. der Beibehaltung der **Ansparabschreibung** für Neuinvestitionen von kleinen und mittleren Unternehmen.

2.2 Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts

Da in vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland in den nächsten Jahren das Thema der Nachfolge ganz oben auf der Tagesordnung steht, wurden mit der Steuerreform 2000 und dem Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz **Betriebsübergaben und Kooperationen** bei mittelständischen Unternehmen durch Wiederbelebung der Grundsätze des **Mitunternehmererlasses** erleichtert. Aus dem Berufsleben ausscheidenden Unternehmern wird ab dem Veranlagungszeitraum 2001 mit Vollendung des 55. Lebensjahres bzw. bei dauernder Berufsunfähigkeit alternativ zur „Fünftelungsregelung“ einmal im Leben der so genannte **„halbe Steuersatz“** gewährt. Aufgrund der **Reinvestitionsrücklage** dürfen Personenunternehmer jetzt Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften bis zu einem Höchstbetrag von 500 000 € steuerfrei für spätere Wiederanlagen vorübergehend in eine Investitionsrücklage einstellen. Voraussetzung ist, dass diese zurückgestellten Mittel binnen vier Jahren in Gebäude oder binnen zwei Jahren in abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter oder aber neue Kapitalbeteiligungen reinvestiert werden.

3 Ökologische Steuerreform

3.1 Warum eine ökologische Steuerreform?

Die Bundesregierung hat mit der ökologischen Steuerreform eine schon häufig formulierte Idee aufgegriffen und damit die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung gestellt. Gleichzeitig hat sie damit die Lösung zweier unterschiedlicher Probleme angepackt: Ressourcen- und Klimaschutz einerseits und hohe Lohnnebenkosten andererseits.

Der Verbrauch der westlichen Industrieländer an fossilen Energieträgern wie Öl, Gas und Kohle ist immens. Sie stehen aber langfristig nur begrenzt zur Verfügung. Darüber hinaus führt ihre Verbrennung zum Ausstoß klimaschädlicher Gase und bewirkt dadurch ein Aufheizen der Erdatmosphäre. Auf der Grundlage dieser Erkenntnis ist deshalb von der Wissenschaft mit zunehmendem Nachdruck ein Gegensteuern gefordert worden. Auf diese Forderung hat die Bundesregierung unter anderem mit der ökologischen Steuerreform reagiert.

Auch international ist das Problem in mehreren Klimakonferenzen erörtert und sind Lösungsansätze entwickelt worden. Mit dem Protokoll von Kyoto haben sich eine Vielzahl von Staaten dazu verpflichtet, klimaschädliche Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Im Rahmen des europäischen „Burden Sharing“ hat die Bundesregierung zugesagt, ihren CO_2-Ausstoß bis zur Zielperiode 2008/2010 um 21 % gegenüber 1990 zu senken. Zur Einhaltung dieser Zusage hat sie eine

nationale Klimaschutzstrategie entwickelt, deren fester Bestandteil die ökologische Steuerreform geworden ist.

Ein zusätzliches Problem stellen die hohen Lohnnebenkosten dar. Sie belasten seit langem den Arbeitsmarkt in Deutschland und führen zu einem Standortnachteil für die inländische Wirtschaft. Um hier Abhilfe zu schaffen und gleichsam „zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen", verwendet die Bundesregierung nahezu vollständig das Ökosteueraufkommen zur Senkung und Stabilisierung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung. Somit wird ein Anreiz gegeben, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Denn durch die Verteuerung der Energie und die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung wird der Faktor Arbeit billiger und der Faktor Umwelt verteuert. Dadurch wird bei den Unternehmen der Rationalisierungsdruck von den Arbeitsplätzen weg auf den Produktionsfaktor Energie hin verlagert. Ähnliche Regelungen gibt es auch in anderen EU-Staaten. So wird etwa auch in Belgien, Großbritannien, Dänemark und Frankreich das Renten- bzw. das Sozialversicherungssystem aus dem Energiesteueraufkommen mitfinanziert.

3.2 Die steuerrechtlichen Maßnahmen im Einzelnen

In der ersten Stufe der ökologischen Steuerreform zum 1. April 1999 wurden die Mineralölsteuersätze erhöht:

- für Kraftstoffe um 6 Pfennig (3,07 Cent) je Liter,
- für Heizöl um 4 Pfennig (2,05 Cent) je Liter,
- für Erdgas um 0,32 Pfennig (0,164 Cent) je Kilowattstunde

und eine Stromsteuer mit einem Regelsteuersatz von 2 Pfennig (1,02 Cent) je Kilowattstunde eingeführt.

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform wurden bzw. werden seither in vier weiteren Stufen jeweils zum 1. Januar 2000, 2001, 2002 und 2003 der

- Mineralölsteuersatz auf Kraftstoffe um 6 Pfennig bzw. 3,07 Cent je Liter und der
- Stromsteuersatz um 0,5 Pfennig bzw. 0,26 Cent je Kilowattstunde

erhöht.

Am 1. November 2001 wurde zusätzlich eine vom Schwefelgehalt abhängige Spreizung des Mineralölsteuersatzes für Benzin und Diesel eingeführt. Der Unterschied beträgt 1,53 Cent/l (3 Pf/l). „Schwefelarm" ist Kraftstoff mit einem Schwefelgehalt bis 50 mg/kg. Dieser wird am 1. Januar 2003 auf 10 mg/kg gesenkt („schwefelfrei"). Damit leistet die ökologische Steuerreform einen weiteren wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Schadstoffen. Da die Mineralölwirtschaft ihr Angebot entsprechend umgestellt hat, kam es für die Verbraucher dadurch nicht zu einer Preiserhöhung.

Neben steigenden Rohölpreisen und schwankendem Dollarkurs hat die Ökosteuer und nicht zuletzt die durch sie entfachten Diskussionen deutlich gemacht, dass Energie nicht unbegrenzt und auf Dauer billig zu haben ist. Die Verbraucher reagieren entsprechend. Die Ökosteuer trägt somit bei Verbrauchern und Produzenten zu einem langfristigen Umdenken im Umgang mit Energie bei, der zukünftig von Energieeinsparung und Orientierung an der Energieeffizienz geprägt sein wird. Sie können ihr Verbrauchsverhalten anpassen und dadurch ihre persönliche Ökosteuerbelastung beeinflussen. Die gewünschte Lenkungswirkung auf den Energieverbrauch ist bereits nach kurzer Zeit feststellbar gewesen. Erstmals seit langem ist der Benzinverbrauch in Deutschland rückläufig. Er minderte sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa um 2,8 % im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr.

Generell steigt die Nachfrage nach energiesparenden Produkten. Besonders deutlich wird dies

beim Neuwagenkauf, bei dem der Benzinverbrauch zu einem wesentlichen Kriterium der Kaufentscheidung geworden ist. Ein niedriger Energieverbrauch zählt inzwischen verbreitet zu den werbewirksamen Argumenten. Heizungsanlagenbauer und Hausgerätehersteller profitieren von diesem Trend. Die ökologische Steuerreform leistet zudem einen wichtigen Beitrag zur Senkung der CO_2-Emissionen. Das DIW hat ein Minderungspotenzial von etwa 2 bis 3 % des Gesamtausstoßes an CO_2 in Deutschland gegenüber einem Vergleichsszenario ohne ökologische Steuerreform errechnet.

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie Arbeitsplätze in der deutschen Wirtschaft zu sichern, sind Steuerermäßigungen und Ausnahmeregelungen zugunsten der Industrie eingeführt worden. Solange die Energiebesteuerung in Europa nicht harmonisiert ist, wird man hierauf nicht verzichten können, auch wenn dies zulasten der ökologischen Lenkungswirkung geht. Die EU hat für die Ökosteuer die bis März 2002 genehmigten Ausnahmen (etwa für energieintensive Unternehmen) um 10 weitere Jahre verlängert. Für den so genannten Spitzenausgleich[4] wurde die Genehmigung bis zum Jahresende 2005 erteilt und gleichzeitig eine Anschlussgenehmigung in Aussicht gestellt.

4 Beurteilung der Reformmaßnahmen

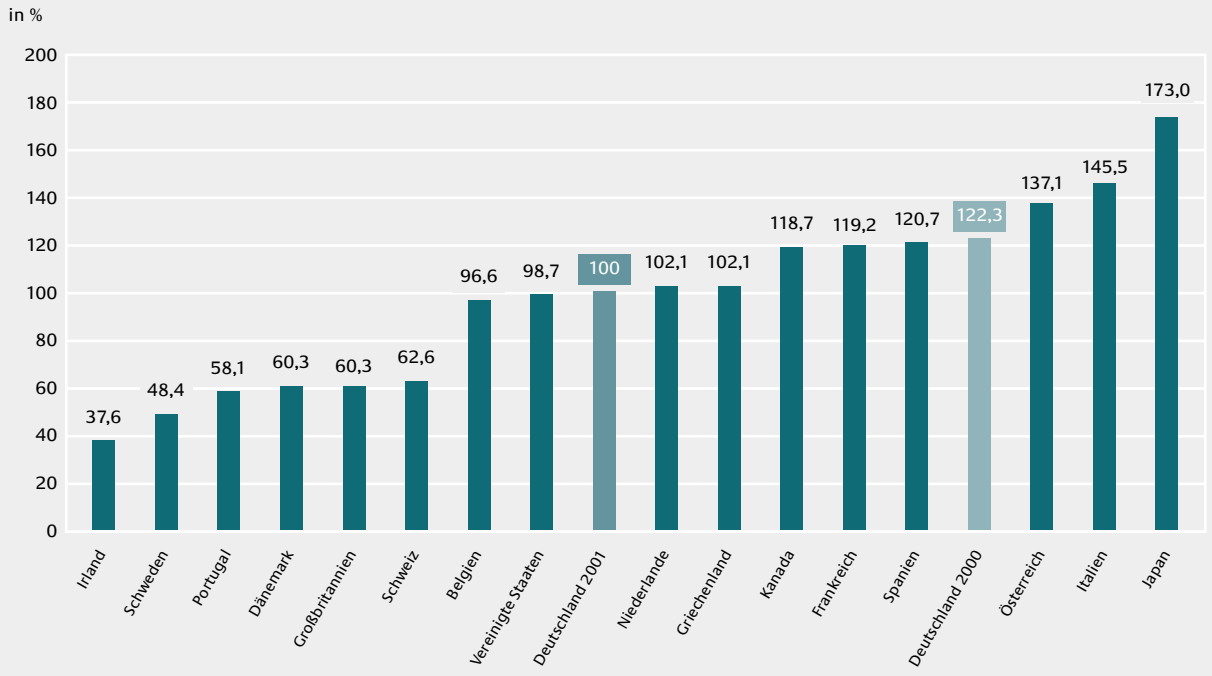
Die Steuerreform 2000 stärkt die Attraktivität des Standorts Deutschland und entlastet Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen gleichwertig – dies bestätigt auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2001/2002 vom November 2001. Dort wird auch hervorgehoben, dass sich das aufgrund der Steuerreform gestiegene verfügbare Einkommen stabilisierend auf die konjunkturelle Entwicklung auswirkt. Nach einer Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung führt allein die Steuerreform in den Jahren 2001 und 2002 zu einem Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von durchschnittlich 0,5 Prozentpunkten. Infolge dieser Entwicklung steigt die Zahl der Erwerbstätigen um 100 000 (2001) bzw. um 270 000 (2002). Auch die Ökosteuer wirkt sich über die Senkung der Lohnnebenkosten positiv auf die Beschäftigtenzahlen aus. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, dass der Nettoeffekt der ökologischen Steuerreform mittelfristig bei bis zu 250 000 neuen Arbeitsplätzen liegen wird.

Neben diesen eher kurzfristigen konjunkturellen Impulsen sind noch längerfristig wirkende Veränderungen zu berücksichtigen. Durch die Steuerreform hat sich die Position des Standortes Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb verbessert. Dies bestätigen verschiedenste Untersuchungen. So kommt die EU-Kommission zu dem Ergebnis, dass Deutschland bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften innerhalb einer Rangliste der EU-Staaten zum Mittelfeld aufgeschlossen hat. Das Institut der Deutschen Wirtschaft stellt der Steuerreform ein noch besseres Zeugnis aus. Danach hat sich die deutsche Position bei den für ein Industrieland wichtigen Investitionen in Maschinen und Anlagen merklich verbessert. Deutschland ist nicht mehr wie noch 1998 Hochsteuerland, sondern hat sich fest im Mittelfeld verankert.

Bei den genannten internationalen Vergleichen wurde allerdings ausschließlich die ertragsteuerliche Belastung von Kapitalgesellschaften betrachtet. In Deutschland sind aber nur

[4] Abgesehen von einer Sockelbelastung von 1 022 € wird der Teil der Stromsteuer und der Mineralölsteuererhöhung (ohne Kraftstoffe), der das 1,2fache der Entlastung des Unternehmens durch die Senkung der gesetzlichen Rentenversicherungsbeiträge übersteigt, auf Antrag vergütet.

Effektive Grenzsteuerbelastung des beweglichen Anlagevermögens bei Kapitalgesellschaften



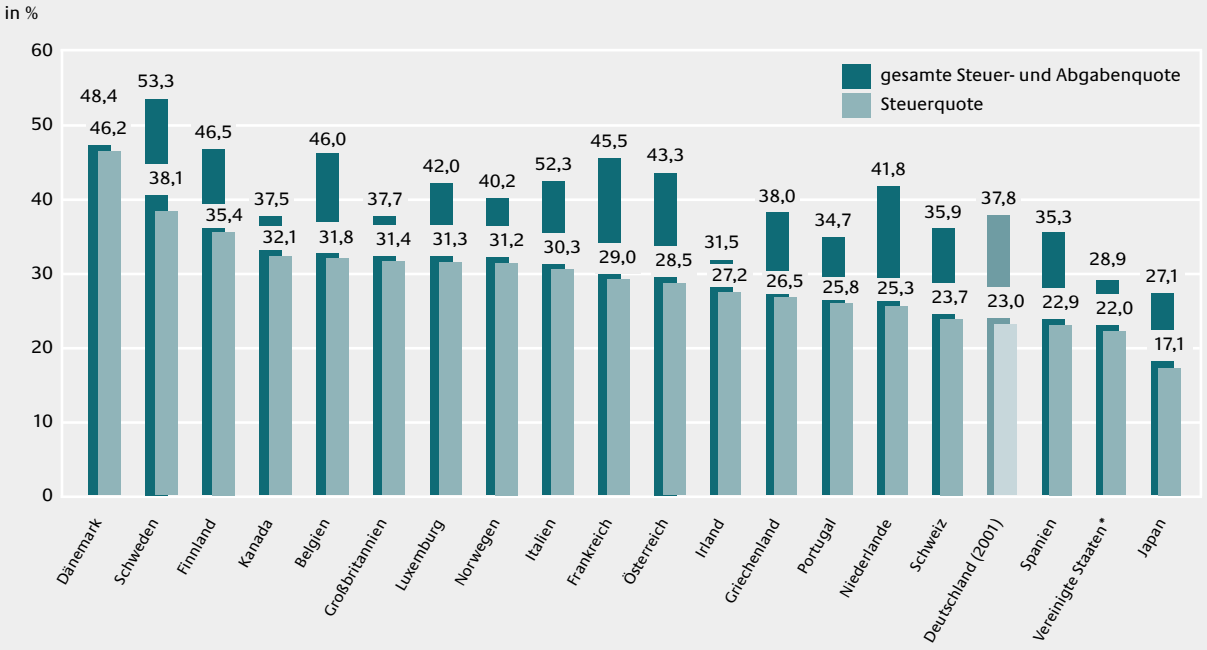
Deutschland 2001 gleich 100.
Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, 20. Jahrgang, 2002, Heft 2.

16 % der Unternehmen Kapitalgesellschaften. Die Masse der Unternehmen sind Personenunternehmen. Durch die Steuerreform werden aber schwerpunktmäßig die Personenunternehmen entlastet und im Ergebnis nahezu alle Personenunternehmen in Deutschland geringer besteuert als Kapitalgesellschaften. Die Situation der deutschen Unternehmen ist also noch besser, als in den Untersuchungen dargestellt.

Investitionsentscheidungen von Unternehmen werden allerdings nicht nur durch die Steuerbelastung beeinflusst. Entscheidend ist letztlich die Gesamtrendite nach Abzug aller Kosten. Sind etwa die Kosten des Faktors Arbeit sehr hoch, so wirkt sich dies negativ auf die Gesamtrendite der Investitionen aus. Deshalb muss ein Belastungsvergleich neben der Steuerbelastung auch die Belastung durch Sozialabgaben berücksichtigen. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass für das Jahr 2000 die Abgabenbelastung in Deutschland auch unter Einbeziehung der Sozialversicherungsbeiträge eine mittlere Position einnimmt. Auf mittlere Sicht stabilisiert sich die Abgabenquote auf dem derzeitigem Niveau.

Weiterhin sind die Wirkungen der ökologischen Steuerreform auf das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt zu berücksichtigen. Der maßgebliche Anteil des Ökosteueraufkommens wird zur Stabilisierung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung verwendet. Dadurch wird der Faktor Arbeit in Deutschland entlastet und wieder wettbewerbsfähig. Dies führt zu mehr Arbeitsplätzen. Ohne die Einnahmen aus der Ökosteuer wären die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung um die in der auf Seite 44 stehenden Abbildung angegebenen Beitragssatzpunkte höher.

Steuer- und Abgabenquoten im internationalen Vergleich nach Abgrenzung OECD



* Vereinigte Staaten ohne Steuern der Bundesstaaten und ohne örtliche Steuern.
Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

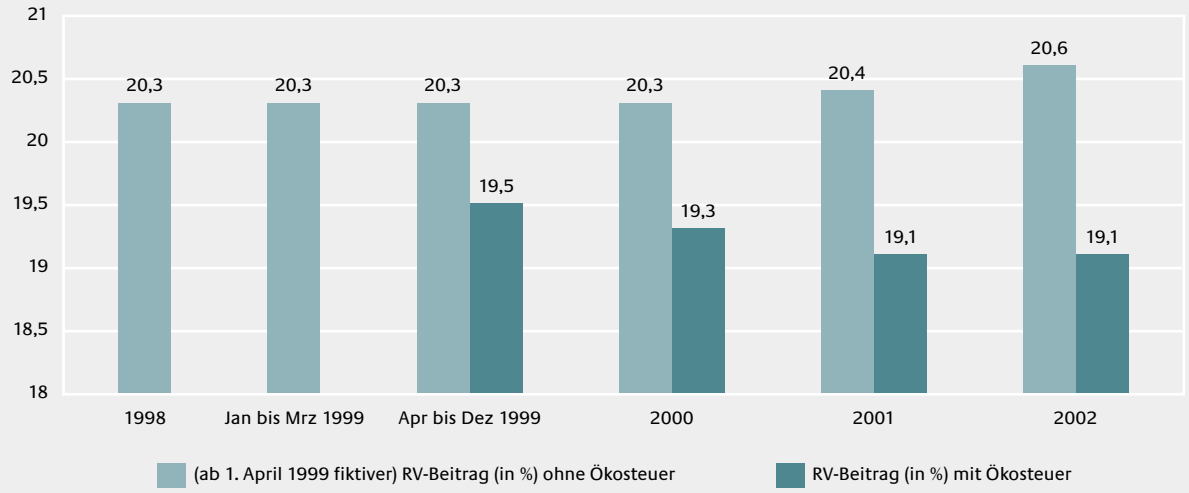
Die Ökosteuer hat neben der Senkung der Lohnnebenkosten noch einen weiteren wirtschaftspolitischen Vorteil. Es werden durch die Ökosteuer nämlich Investitionen zur Einsparung von Energie ebenso angeregt wie die Entwicklung umweltfreundlicher Zukunftstechniken. Deutschland kann so seine international führende Position im Bereich der Umweltschutzgüter weiter ausbauen. Auch dies ist ein Beitrag zur Modernisierung und Stärkung der deutschen Volkswirtschaft und verschafft ihr einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil im weiter wachsenden Markt für Umwelttechnologie. Dieser Wettbewerbsvorsprung wird zukünftig zu neuen Arbeitsplätzen führen.

Die Steuerreform 2000 und die ökologische Steuerreform haben somit das Umfeld für Investitionen in Deutschland stark verbessert. Die gewachsene Attraktivität Deutschlands hat in den letzten Jahren zu zusätzlichen Investitionen aus dem Ausland geführt. So sind seit 1998 die ausländischen Direktinvestitionen durchschnittlich jedes Jahr um fast 25 % gestiegen, in den Jahren zuvor waren es nur knapp 9 % (siehe Abbildung Seite 44 unten). Diese Entwicklung wird sich auch in Zukunft fortsetzen, denn mit dem europatauglichen Halbeinkünfteverfahren wurde die Diskriminierung von ausländischen Investoren in Deutschland beendet.

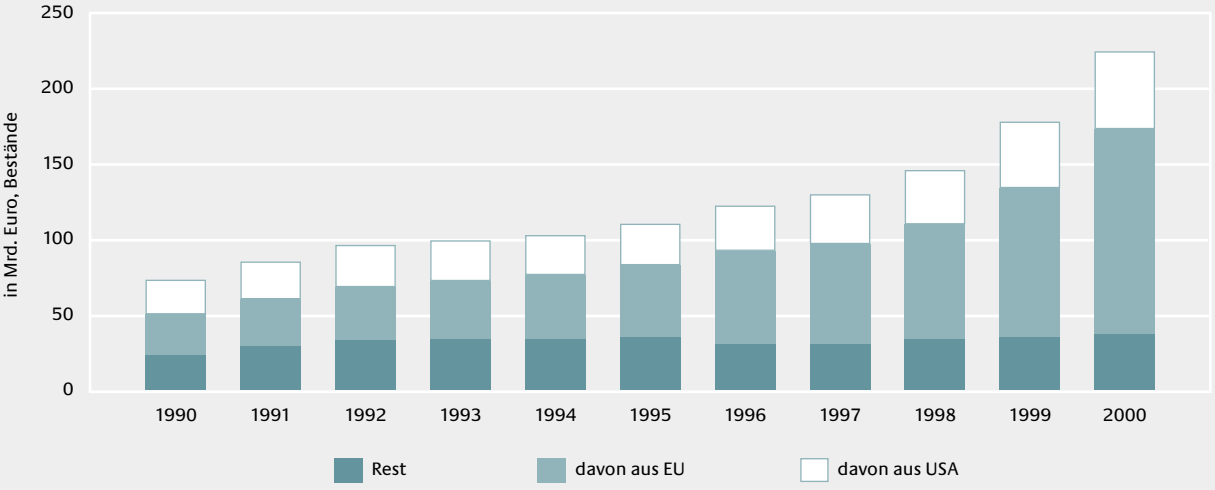
Dieser Anstieg der ausländischen Investitionen und auch der sich abzeichnende Aufschwung im Inland wurden maßgeblich durch die Steuerpolitik beeinflusst. Damit hat sich die Möglichkeit eröffnet, über ein nachhaltiges Wachstum die Arbeitslosigkeit zu senken. Die derzeitige unbefriedigende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist nur von kurzer Dauer und vor

allem konjunkturell bedingt – wie auch verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren. Längerfristig wird es durch die strukturellen Verbesserungen im Steuersystem zu einem nachhaltigen Zuwachs der Erwerbstätigen kommen, wie er sich schon vor dem konjunkturellen Einbruch abgezeichnet hat. So stieg die Zahl der Beschäftigten seit 1999 um mehr als 1 Mio., in den Jahren zuvor war die Zahl um fast 1 Mio. gesunken.

Senkung des Rentenversicherungsbeitrags durch die Ökosteuer

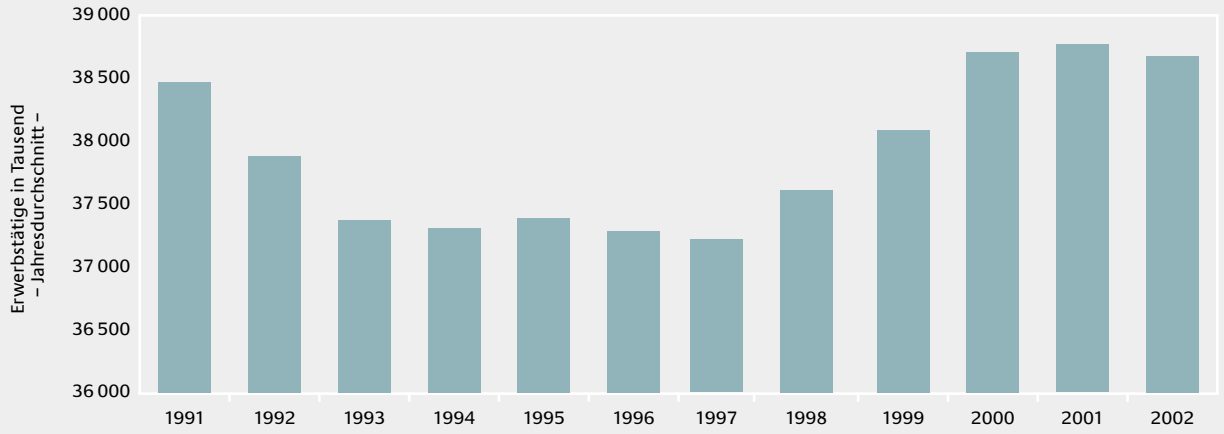


Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland



Stand zum Jahresende.
Quelle: Deutsche Bank; Stand: Mai 2001.

Erwerbstätigkeit in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; 2002 Projektion Bundesministerium der Finanzen.

5 Fazit

Die Bundesregierung ist mit dem Ziel angetreten, den Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb wieder fit zu machen. Dieses selbst gesteckte Ziel hat sie erfüllt. Die Steuerreform 2000 ist das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Durch die seit 1999 in Kraft gesetzten steuerlichen Maßnahmen werden die Steuerzahler ab 2005 mit einem jährlichen Volumen von **rund 56,1 Mrd. €** entlastet, davon entfallen knapp 16,7 Mrd. € auf mittelständische Unternehmen und ca. 41,1 Mrd. € auf die privaten Haushalte. Deutschland ist nun für Unternehmen wieder ein attraktiver Standort. Dazu trägt auch die ökologische Steuerreform mit der Senkung der Lohnnebenkosten bei. Viele Studien namhafter Institutionen stützen unsere Einschätzung und stellen die positiven Wirkungen der Steuerreformen heraus. Dabei wird offensichtlich: Deutschland kann dank der Steuerreformen im internationalen Standortwettbewerb wieder gut mithalten.

Finanzmarktkrisen – Ursachen und Lösungsmöglichkeiten

1 Empirische Belegbarkeit der Abkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft 47
1.1 Devisentransaktionen und Außenhandel 47
1.2 Marktbewertung der Finanzaktiva und Realwirtschaft 48
2 Theoretische Zusammenhänge zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft 49
2.1 Investitionsverhalten der Unternehmer 49
2.2 Verhalten des Bankensektors 49
2.3 Vermögenseffekte 50
2.4 Außenwirtschaftliche Übertragungsmechanismen 50
3 Rolle der Erwartungen 50
4 Genese der Finanzkrisen der 90er-Jahre 51
4.1 Mexiko (1994) 51
4.2 Thailand- und Asienkrise (1997 und 1998) 52
4.3 Russland (1998) 54
4.4 Argentinien (2001 und 2002) 55
4.5 Zwischenbilanz 55
5 Politische Handlungsnotwendigkeiten 56
5.1 Desintegration der Finanzmärkte 56
5.2 Stabilitätsgerechte Rahmenbedingungen für Finanzmärkte 58
5.3 Fazit 64

Nach den Währungskrisen in einigen asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern und nach der jüngsten Argentinienkrise ist die Frage nach den Ursachen dieser Fehlentwicklungen erneut aktuell geworden. Von Globalisierungsskeptikern bzw. -gegnern wird die Verantwortung dafür spekulativen, von gesamtwirtschaftlichen Faktoren losgelösten grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen zugeschrieben. Für sie haben sich die Finanzmärkte weitgehend von der realen Wirtschaft losgelöst und führen ein Eigenleben, da nur noch ein Bruchteil der Devisentransaktionen der Finanzierung des internationalen Handels dient oder im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen steht. Da die Finanzmärkte aber gleichzeitig gravierende negative Auswirkungen auf die reale Ökonomie haben können, fordern sie eine Regulierung und Besteuerung **(„Tobin-Steuer“)** der internationalen Finanzströme mit dem Ziel, insbesondere kurzfristige spekulative Kapitalbewegungen zu unterbinden.

Die klassische Kapitalmarkttheorie geht dagegen von der Annahme aus, dass die Finanzmärkte nur intermediäre Funktionen gegenüber der Realwirtschaft ausüben. Sie stellen Kapital der privaten Haushalte zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung und bieten dem Sparer geeignete Anlagemöglichkeiten zur intertemporalen Optimierung seines Konsums. Demnach müsste die von den Globalisierungskritikern infrage gestellte Beziehung zwischen Konjunkturzyklus und Finanzzyklus gegeben sein, was im Folgenden dargestellt wird.

1 Empirische Belegbarkeit der Abkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft

1.1 Devisentransaktionen und Außenhandel

Als Beleg für die These von der Verselbstständigung internationaler Kapitalbewegungen im internationalen Bereich wird einmal das **Volumen** der Transaktionen an den internationalen Devisenmärkten angeführt. Die Umsätze an den Devisenmärkten haben sich innerhalb der vergangenen Dekade verdreifacht, während sich der Welthandel in diesem Zeitraum nur verdoppelt hat. Devisentransaktionen übersteigen heute das Umsatzvolumen an den Ex- und Import-Märkten um das 20- bis 25fache, d. h. nur rund 4 % des Devisenhandels entfallen auf Transaktionen in

der Handelsbilanz, der Rest auf Kapitaltransaktionen. In den Industrieländern stiegen die Kapitalimporte für Direktinvestitionen von Mitte der 70er-Jahre bis Ende der 90er-Jahre auf fast das 30fache. Die Zuströme für Portfolioinvestitionen wuchsen in diesem Zeitraum fast auf das 50fache. Allein in Deutschland stieg das Volumen grenzüberschreitender Wertpapiertransaktionen von 4,5 % des BIP Anfang der 70er-Jahre auf 450 % des BIP in 2000.

Bei einer solchen Betrachtung muss jedoch berücksichtigt werden, dass auch die folgenden Transaktionen an den Devisenmärkten letztlich „fundamental" motiviert sind:

Realwirtschaftlich determinierte Kapitaltransaktionen

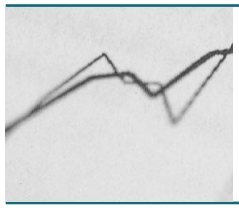
Die Beschränkung der Klassifizierung „fundamental" auf den in der Handelsbilanz erfassten Güterhandel ist irreführend. Auch ein großer Teil des internationalen Kapitalverkehrs, wie u. a. Handelskredite, Direktinvestitionen sowie Zins- und Dividendenzahlungen stehen in gewissem Zusammenhang mit Warentransaktionen.

Gebrauch einer Währung als „Vehikel-Währung"

Tauschvorgänge zwischen zwei Ländern mit weniger liquiden Währungen werden typischerweise über eine dritte Währung abgewickelt mit der Folge einer Erhöhung der Devisenumsätze bei gleichem Handelsvolumen. Beispiel: Export aus Russland nach Thailand und Bezahlung des russischen Exporteurs durch den thailändischen Importeur in US-Dollar, die der Exporteur in Rubel umtauscht. Diese Transaktionen dienen ausschließlich der Durchführung von Handelsgeschäften.

Kurssicherungsgeschäfte

Kurssicherungsgeschäfte sind bei flexiblen Wechselkursen, z. B. wegen unsicherer Transaktionszeitpunkte, erforderlich. Beispiel: Die für einen Import benötigten US-Dollar werden in der Regel zunächst auf einen grob geschätzten Termin gekauft, nach Bekanntwerden des tatsächlichen Termins wird diese Position geschlossen und erneut auf den bekannten Termin hin gekauft. Die Transaktion dient ausschließlich der Vermeidung eines Risikos, das mit Devisenkurs- oder Preisschwankungen des zugrunde liegenden Handelsgeschäfts verbunden ist.



Positionsweitergabe

Offene Währungspositionen werden zwischen Banken, die als „Market Maker" am Devisenmarkt die Kurse stellen, partiell und mehrfach weitergereicht, bis sie auf eine endgültige Gegenseite treffen. Dieser Such- und Risikoverteilungsprozess dient der Bereitstellung von Liquidität auf den Devisenmärkten, was den Gütertausch erleichtert. Positionsweitergaben beeinflussen die Devisenumsatzquote ganz erheblich. Sie wirken wie ein Multiplikator für alle Devisentransaktionen, sowohl für fundamentale als auch für Anlagezwecke.

Die Polarisierung „Außenhandelsumsätze von Unternehmen" versus „spekulative" Portfolioinvestitionen ist somit wenig geeignet, die Transaktionen auf den Devisenmärkten zu erklären.

1.2 Marktbewertung der Finanzaktiva und Realwirtschaft

Zum anderen wird als Beleg für die Abkoppelung der Kapitalströme vom zugrunde liegenden makroökonomischen Umfeld angeführt, dass auch die **Preise** von Finanzaktiva wie Aktien-, Anleihe-

und Wechselkurse (sowie von Immobilien) sich kurz- und mittelfristig deutlich von den Werten entfernen können, die auf Basis traditioneller Fundamentalfaktoren als gerechtfertigt erscheinen. Insofern verlaufen Konjunkturzyklus und Finanzzyklus asynchron. Beleg für diese Dichotomie zwischen Realsektor und Börsenbewertung sind u. a. die Preisinflation an den japanischen Aktien- (und Immobilien-) Märkten sowie das folgende Platzen dieser Asset-Preisblase Anfang der 90er-Jahre, ferner die Finanzkrisen Südamerikas und Südostasiens in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre sowie die Deflation der New Economy-Blase in den USA und Europa ab Mitte 2000.

2 Theoretische Zusammenhänge zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft

Für eine systematische Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Finanzzyklus und Realwirtschaft ist zu analysieren, über welche Transmissionskanäle einerseits Ungleichgewichte auf den Finanzmärkten auf die reale Wirtschaft übergreifen und andererseits fundamentale Schieflagen zu Finanzmarktkrisen führen können.

2.1 Investitionsverhalten der Unternehmer

Bei niedrigen Kreditzinsen und steigenden Aktienkursen wird die Finanzierung der Investitionstätigkeit erleichtert, sodass ein Investitionsboom einsetzt, bei dem zunehmend auch Investitionen mit geringen Grenzerträgen rentabel erscheinen. Es kommt zum Einsatz des verfügbaren Kapitals auch in solchen Bereichen, die nachhaltig keine ausreichende Rentabilität abwerfen.

Umgekehrt können fundamentale Ungleichgewichte zu Finanzmarktkrisen führen. Bei steigenden Finanzierungskosten werden Investitionen unrentabel und die aufgebaute Kapazität überflüssig mit der Folge einer deutlichen Investitions- und Wachstumsschwäche. Die vorausgegangene Börsenhausse wird fundamental nicht untermauert, sodass es zusammen mit einer stark ausgeprägten Risikoaversion der Kapitalgeber zu einem Kollaps an den Aktienmärkten kommt. Die im Sommer 2000 einsetzende Abkühlung der Euphorie über die New Economy und der drastische Preisverfall an der NASDAQ und am Neuen Markt in Deutschland sind Beleg für die Korrektur der vorangegangenen Übertreibungen.

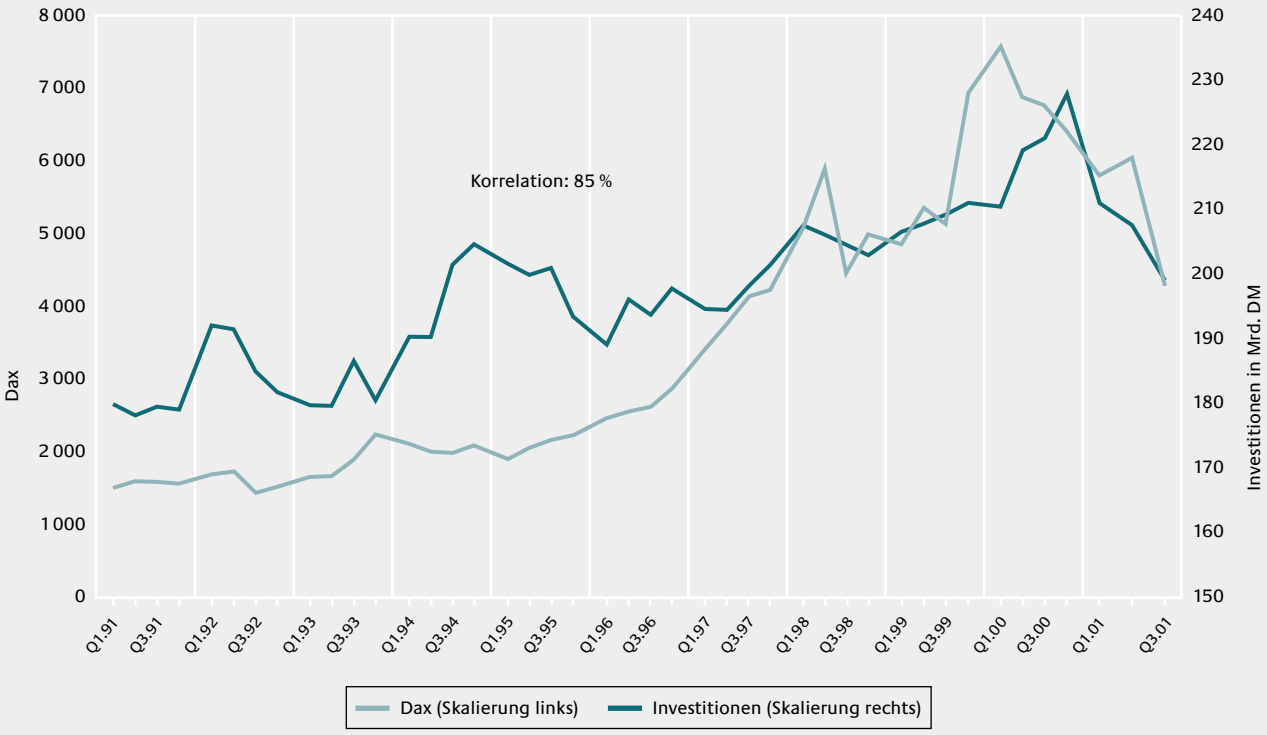
Abgesehen von solchen exzessiven Kursbewegungen ist in der Regel aber eine enge Korrelation (nicht Kausalität) zwischen Investitionstätigkeit und Aktienmarktentwicklung festzustellen (siehe Grafik Seite 50).

2.2 Verhalten des Bankensektors

Auch über die Kreditgewährung der Banken können sich Auswirkungen auf die Realwirtschaft ergeben, die die Synchronisierung zwischen Konjunktur- und Finanzzyklus unterbrechen. In einer Boom-Phase mit steigenden Aktienkursen und Immobilienpreisen erhöhen sich die Verschuldungsmöglichkeiten von Haushalten und Unternehmen. Bei den Kreditinstituten ihrerseits erfolgt eine weniger sorgfältige Kreditvergabe, da sie durch die steigenden Asset-Preise besichert erscheint.

Umgekehrt wird beim Platzen der Spekulationsblase die Kreditvergabe wegen geringerer Kreditsicherheiten zurückgeführt, was zu sinkenden Investitionen und Insolvenzen führt, die die Bonität der Schuldner verschlechtern und die Anzahl der notleidenden Kredite bei den Banken erhöhen, wodurch deren Kreditgeschäft weiter gedrosselt wird (so genannter credit crunch). Das Verhalten des Bankensektors bei der Kreditgewährung kann somit prozyklisch und ggf. krisenverstärkend wirken. Beispiel für diese prozyklische Wirkung der Kreditfinanzierung ist die seit einem Jahrzehnt stagnierende japanische Volkswirtschaft.

Investitionen und Aktienkurse in Deutschland 1. Quartal 1991 bis 3. Quartal 2001



Quelle: Deutsche Bank und Deutsche Börse.

2.3 Vermögenseffekte

Bei steigenden Aktienkursen kommt es zu einer Erhöhung des Finanzvermögens der privaten Haushalte, die den privaten Konsum ankurbelt, sofern der Vermögenseffekt als dauerhaft angesehen wird. Diese unmittelbaren Vermögenseffekte dürften in Europa angesichts nur geringer Bestände an börsennotierten Aktien bei den Haushalten nur schwach ausfallen im Unterschied zu den USA, wo die marginale Konsumquote aus dem Aktienvermögen auf 0,03 bis 0,07 geschätzt wird, d. h. bei einem Vermögenszuwachs um 1 % steigen die Konsumausgaben um 0,03 bis 0,07 %.

2.4 Außenwirtschaftliche Übertragungsmechanismen

Auch über außenwirtschaftliche Verflechtungen können sich Veränderungen im Finanzsektor auf die Realwirtschaft auswirken. Bei einem positiven Zinsvorlauf oder einer stark ausgeprägten Aktienhausse in einem Land kann es zu Nettokapitalzuflüssen und realer Wechselkursaufwertung kommen, die nicht mehr an den Fundamentaldaten des betreffenden Landes orientiert ist.

Konsequenz wäre ein Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit, der zu einer anhaltenden Passivierung der Leistungsbilanz führt, falls er nicht mehr durch Produktivitätsgewinne aufgefangen werden kann. In der Realwirtschaft können dann deutliche Kontraktionsprozesse eintreten, verbunden mit einer Umkehr der Kapitalströme und Wechselkursabwertungen. Die Währungskrisen in Asien von 1997/98 dürften auf diese Ursachen zurückzuführen sein.

3 Rolle der Erwartungen

Mittels der erläuterten Transmissionsmechanismen sind Finanzmärkte und Realwirtschaft

miteinander verbunden. So gesehen ist die These von einer generellen Verselbstständigung der internationalen Kapitalbewegungen auch theoretisch nicht haltbar. Allerdings kann es auf den Finanzmärkten kurz- und mittelfristig durchaus zu übertriebenen Reaktionen nach oben und nach unten kommen. Finanzmärkte neigen in der Tat immer wieder zu Übertreibungen. Spekulative Blasen an Aktienmärkten, wie zuletzt in Deutschland am Neuen Markt zu beobachten, anhaltende Ungleichgewichte auf den Devisenmärkten und übertriebene Risikoaversion auf Anleihemärkten sind wiederkehrende Beispiele dafür. Diese Phasen des Over- bzw. Under-Shooting, deren Grundlage aber jeweils gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen sind, vermitteln dann den Eindruck einer Verselbstständigung der Finanzmärkte.

Solche Phasen beruhen im Kern auf einem gewissen Versagen der Finanzmärkte. Auf ihnen werden aufgrund von Gegenwartsdaten Erwartungen über die Zukunft gehandelt, die naturgemäß unsicher sind und sich nur ex post als richtig oder falsch erweisen. In einigen Fällen ist die teilweise abrupte Umkehr kurzfristiger Zahlungsströme auf die kollektive Orientierung an den Erwartungen anderer Akteure zurückzuführen. Ein solches Herdenverhalten ist dann für eine Selbstverstärkung krisenhafter Entwicklungen verantwortlich. Für die Politik stellt sich damit das Problem, wie exzessive Kursbewegungen bzw. Übertreibungen an den Finanzmärkten, die fundamental nicht gerechtfertigt sind, vermieden werden können.

4 Genese der Finanzkrisen der 90er-Jahre

Auch die Finanzkrisen der 90er-Jahre werden vielfach als Beleg für die Verselbstständigung und auch für das Versagen der Finanzmärkte herangezogen. Insbesondere wird die hohe Volatilität der kurzfristigen Kapitalströme dafür verantwortlich gemacht, dass Länder mit scheinbar solider Makropolitik und -lage in schwere Finanzkrisen gerieten.

Auch diese These hält einer kritischen Überprüfung nicht stand, wie sich an der Entwicklung von Finanzmarktkrisen in einigen Schwellenländern zeigen lässt:

4.1 Mexiko (1994)

Bei dem Aufbau struktureller Ungleichgewichte, die in Mexiko im Jahr 1994 schließlich zu einer Währungskrise führten, spielten zwei Faktoren eine herausragende Rolle:

- Zwischen 1987 und 1994 hatte die mexikanische Regierung zwar eine Senkung der Inflationsrate von jährlich 130 % auf jährlich 7 % erreicht. Die Anti-Inflationspolitik ging einher mit dem Bemühen um eine Stabilisierung des Peso-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar. Auch wenn die interne Preisstabilisierung – gemessen an früheren mexikanischen Inflationsraten – erfolgreich war, reichte sie nicht aus, um – bei einem stabilen Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar – die Wettbewerbsfähigkeit der mexikanischen Exportwirtschaft über Bremsung des Kostenanstiegs oder Produktivitätssteigerungen zu sichern. Daher hatte bis zum Jahr 1994 sowohl der reale Wechselkurs des Peso deutlich aufgewertet als auch das mexikanische Leistungsbilanzdefizit – finanziert durch externe Kapitalzuflüsse – stetig zugenommen.
- Gleichzeitig hatte die mexikanische Regierung im Zuge der wirtschaftspolitischen Reformpolitik das Bankensystem von staatlichen Kontrollen befreit. Die steigenden Kapitalzuflüsse trafen somit auf ein noch junges wettbewerbsorientiertes Bankensystem, das die Zuflüsse zu einer massiven Ausweitung des internen Kreditangebots nutzte.

Hohe Raten des Wirtschaftswachstums von durchschnittlich 3,9 % in 1990 bis 1994 beschieden dieser wirtschaftlichen Öffnungspolitik zunächst sichtbaren Erfolg. Dabei blieb aber vielfach unbeachtet, dass die Kapitalzuflüsse weniger

durch produktive Investitionen absorbiert wurden, als mehr und mehr zur Finanzierung einer steigenden privaten Konsumquote dienten. Die Verschuldung mexikanischer Banken gegenüber ausländischen Kreditgebern erfolgte zu einem großen Teil kurzfristig und in ausländischer Währung. Dabei verließen sich mexikanische Schuldner auf das Bemühen ihrer Regierung um einen stabilen Peso-Kurs.

Im Frühjahr 1994 kam es jedoch bei den ausländischen Investoren zu Zweifeln an der Stabilität der innen- und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Mexiko und an der Festkursillusion gegenüber dem US-Dollar. Zuflüsse ausländischen Portfoliokapitals sanken abrupt von zunächst 8 Mrd. US-$ im ersten auf 1,5 Mrd. US-$ im zweiten Quartal 1994. Die mexikanische Regierung war um eine Stabilisierung der ökonomischen Entwicklung wegen der im selben Jahr anstehenden Wahl bemüht. Zu diesem Zweck weitete sie ihre Kreditaufnahme mithilfe kurzfristiger, an den Wechselkurs des US-Dollar gebundener Wertpapiere („Tesobonos“) stark aus, von 2 Mrd. US-$ Ende 1993 auf 21 Mrd. US-$ Ende 1994. Nachdem es erneut zu innenpolitischen Unruhen kam, begannen ausländische Anleger, Kapital verstärkt abzuziehen. Die mexikanische Kapitalbilanz drehte von einem Nettokapitalimport in einen Kapitalexport. Da diesen Abflüssen nicht sofort entsprechende Exporterlöse gegenüberstanden, war dieser Kapitalexport bei stabilem Wechselkurs zunächst nur auf Kosten der Währungsreserven zur finanzieren. Schließlich war die mexikanische Regierung jedoch zur Aufgabe der Bindung des Peso an den US-Dollar gezwungen.

Die Peso-Abwertung führte zu akuten Problemen bei der Bedienung der Dollar-Verbindlichkeiten, insbesondere aus Tesobonos. Nur durch die Hilfe der Internationalen Finanzinstitutionen und der internationalen Staatengemeinschaft konnte Mexiko die Zahlungsunfähigkeit verhindern.

4.2 Thailand- und Asienkrise (1997 und 1998)

Auch bei den Währungskrisen in Asien in 1997/1998 spielte das Anwachsen von Fremdwährungsverbindlichkeiten im Banken- und Unternehmenssektor eine entscheidende Rolle.

Das inländische Kreditwachstum ging in allen betroffenen Staaten ursprünglich auf eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und das Vertrauen in fortgesetzt hohe Wachstumsraten von durchschnittlich über 7 % zwischen 1986 und 1996 zurück. Ausländische Investoren und inländische Kreditnehmer waren durch die enge Bindung der betroffenen Währungen an den US-Dollar von Wechselkursrisiken abgeschirmt.

In Thailand verdreifachten sich die ausländischen Kapitalzuflüsse von durchschnittlich 3,1 % des BIP 1983 bis 1988 auf durchschnittlich 10,2 % des BIP 1989 bis 1995. Zu Beginn des Jahres 1994 unternahmen die thailändischen Behörden den Versuch, Offshore-Aktivitäten thailändischer Kreditinstitute ins Inland zurückzuverlagern durch Lockerung bzw. Aussetzung von Vorschriften zur Begrenzung des Fremdwährungsrisikos im Bankenbereich. Daraufhin erhöhte sich rapide die Auslandsverschuldung thailändischer Banken 1993 um 3,3 Mrd. US-$, 1994 um 13,3 Mrd. US-$ und nochmals um 10,5 Mrd. US-$ im Jahr 1995.

Das Risiko dieser hohen Fremdwährungspositionen wurde zunächst dadurch verdeckt, dass die Kreditvergabe seitens der thailändischen Banken durch Aktien und Immobilien besichert wurde. Der dabei einsetzende Boom in Aktien- und Immobilienwerten steigerte noch die Buchwerte der in den Bankbilanzen befindlichen Sicherheiten, machte jedoch das Bankensystem verwundbar bei sinkenden Wechselkursen, bei Zinsanhebungen zwecks Wechselkursstabilisierung oder bei einem Preisverfall an den Aktien- und Immobilienmärkten.

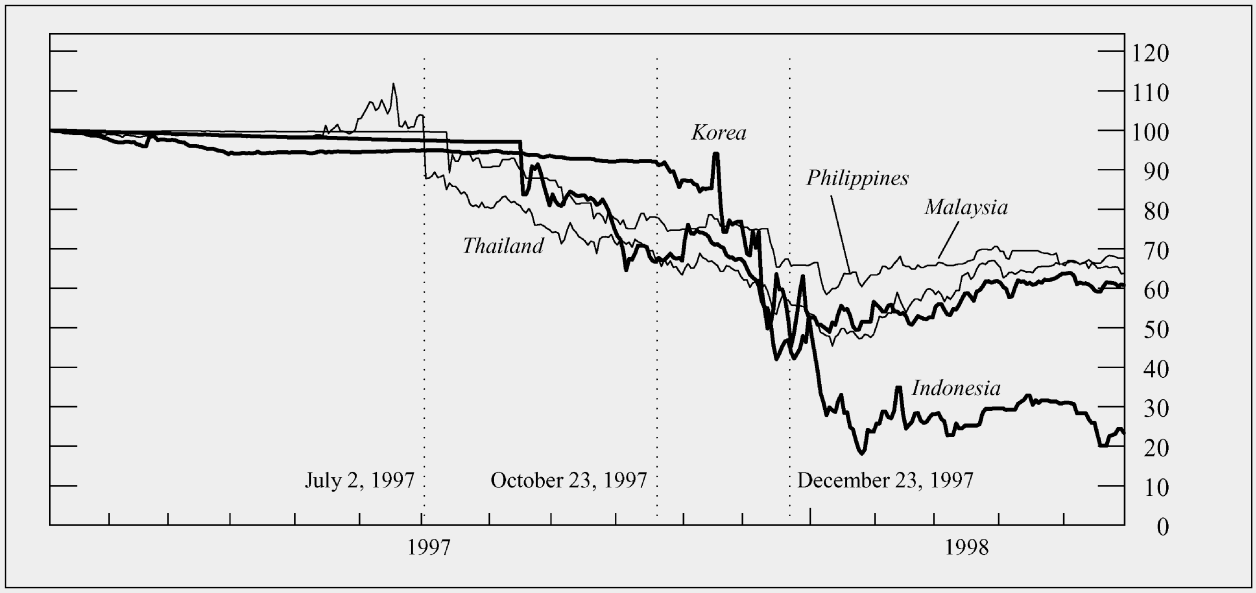
Nachdem sowohl die Zusammensetzung als auch die Besicherung der Bilanzen des thailändischen Bankensektors fragil geworden war, trübten sich die externen Rahmenbedingungen für die thailändische Wirtschaft 1996 durch mehrere Faktoren ein: Aufwertung des US-Dollar, Preisverfall für Halbleiter am Weltmarkt, neue Konkurrenz an thailändischen Exportmärkten durch die VR China, Zinsanstieg bzw. Kursverfall an den japanischen Wertpapiermärkten.

Es kam zu einer Verringerung der thailändischen Exporterlöse und zum Preisrückgang an den thailändischen Aktien- und Immobilienmärkten. Zur Verteidigung des Baht-Kurses war die thailändische Regierung zum Verkauf von Devisenreserven und zu Zinsanhebungen gezwungen. Diese Maßnahmen setzten das thailändische Bankensystem zusätzlich unter Druck und ausländische Investoren, deren Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des thailändischen Bankensystems nachhaltig erschüttert war, zogen weiteres Kapital aus Thailand ab.

Schließlich gab die thailändische Regierung im Juli 1997 den Versuch auf, den Wechselkurs des Baht zu verteidigen. Erst nach einer Abwertung konnte ein IWF-Programm – mit der Zusage substanzieller Reformen im Finanzsektor durch die thailändischen Behörden – die Lage an den thailändischen Finanzmärkten stabilisieren.

Die Abwertung des Baht um zunächst mehr als 10 % führte bei den internationalen Investoren entsprechend dem oben beschriebenen Herdenverhalten zu einem Vertrauensschock auch in die Stabilität der Wechselkurse anderer asiatischer Länder, deren Währungen vom Abwertungsstrudel des Bath erfasst wurden. Diese Staaten, deren Wechselkurse ebenfalls mehr oder weniger starr an den US-Dollar gebunden waren, mussten schließlich ebenfalls abwerten.

Wechselkursentwicklung ausgewählter Schwellenländer 6. Januar 1997 bis 29. Mai 1998



Quelle: IWF, International Capital Markets, 1998

Die thailändische Finanzkrise schwappte damit wie ein Flächenbrand auf die Nachbarländer über. Ebenso wie in Thailand führten diese Abwertungen zu einer Krise der Bankensektoren der betroffenen Staaten, deren Verbindlichkeiten zu einem großen Anteil auf Fremdwährungen lauteten und daher entsprechend der Abwertungen zunahmen.

Währungszusammensetzung der Verbindlichkeiten der jeweiligen Bankensysteme Ende 1997

	US-Dollar	Yen
Thailand	32 %	45 %
Malaysia	56 %	28 %
Indonesien	24 %	35 %
Philippinen	34 %	35 %

Quelle: Conrad, Stahl, „Risikomanagement an internationalen Finanzmärkten", Stuttgart (2000).

4.3 Russland (1998)

In Russland ging der Währungs- und Finanzkrise von 1998 das Bemühen um ausländische Kapitalzuflüsse zur Finanzierung hoher Haushaltsdefizite in Höhe von zuletzt 5,6 % des BIP voraus.

Die russische Regierung hatte 1995 angekündigt, Kursschwankungen des Rubel gegenüber dem US-Dollar in engen Bandbreiten zu stabilisieren. Obwohl die Schwierigkeiten der russischen Regierung, ihre Steuereinnahmen zu steigern, auch internationalen Investoren bekannt waren, erleichterte diese Doktrin eines stabilen Wechselkurses noch bis Ende 1997 die erfolgreiche Platzierung von Rubel-Verbindlichkeiten an den internationalen Kapitalmärkten.

Innenpolitische Turbulenzen zu Beginn des Jahres 1998 führten vor dem Hintergrund einer steigenden öffentlichen Verschuldung jedoch zu Zweifeln internationaler Anleger an der innenpolitischen Durchsetzbarkeit eines weiterhin stabilen Rubelkurses und zu einer Zurückhaltung beim Erwerb von Rubel-Anleihen. Die russische Regierung reagierte darauf mit der Ausgabe von kurzfristigen Dollar-Bonds.

Nachdem Zins- und Tilgungstermine auf russische Rubel- und Dollarstaatspapiere sich in der zweiten Jahreshälfte 1998 und der ersten Jahreshälfte 1999 häuften, geriet der russische Staatshaushalt in Liquiditätsschwierigkeiten. Die russische Regierung vereinbarte daraufhin im Juli 1998 mit dem IWF ein Strukturanpassungsprogramm, das auch Maßnahmen zur Restrukturierung des Bestandes an Rubel-Schuldverschreibungen umfasste.

Das Angebot, kurzfristige Rubel-Schuldverschreibungen in langfristige Dollar-Bonds zu einem niedrigeren Zinssatz umzutauschen, wurde jedoch von den Inhabern der betroffenen Schuldverschreibungen nur zu einem geringen Teil angenommen. Stattdessen gingen einige Anleger davon aus, dass ein neuerliches Engagement der Internationalen Finanzinstitutionen die russische Regierung zur pünktlichen Bedienung ihrer Zins- und Tilgungsversprechen in die Lage versetzen würde. Diese Anleger schlossen – statt an dem o. g. Schuldenrestrukturierungsprogramm teilzunehmen – zusätzlich Fremdwährungs-Swapgeschäfte mit russischen Kreditinstituten ab, in denen Rubel-Schuldverschreibungen als Kreditsicherheit hereingenommen wurden. Diese Anlagestrategie wurde von Marktteilnehmern selber als „moral hazard play" bezeichnet.

Nachdem das Ausbleiben von Wirtschaftsreformen und Schwierigkeiten bei der Umsetzung des IWF-Programms bekannt wurden, fiel der Kurs dieser Schuldverschreibungen an den internationalen Finanzmärkten. Russische Banken mussten Abschlagszahlungen auf die als Sicherheiten gegebenen Schuldverschreibungen aufbringen, deren Bedienung den Rubelkurs weiter unter Druck setzte.

Schließlich war die russische Regierung zur Aufgabe der Dollar-Anbindung des Rubels ge-

zwungen. Diesen Währungsverfall flankierte sie mit einer Aussetzung des Handels in staatlichen Schuldverschreibungen, einem Zahlungsverzug (default) auf eigene Zins- und Tilgungsversprechen und anschließenden Verhandlungen mit öffentlichen und privaten Gläubigern über eine Schuldenrestrukturierung.

Dieses Vorgehen der russischen Regierung veranlasste internationale Anleger zu einer substanziellen Neubewertung ihrer Engagements auch in Schwellenländern und führte – unabhängig von der jeweiligen Schuldnerbonität – zu einer Abnahme des privaten Kapitalflusses in die Volkswirtschaften der Emerging Markets weltweit.

4.4 Argentinien (2001 und 2002)

Die geschilderten Währungs- und Finanzkrisen in Asien und Russland gingen dem argentinischen Zahlungsmoratorium vom 23. Dezember 2001 und dem default auf internationale Anleihen voraus und stellen eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung dar.

Nach der Einführung eines „currency board" 1991, d. h. einer Eins-zu-eins-Anbindung an den US-Dollar bei Verzicht auf autonome Geldschöpfung der Zentralbank, verzeichnete Argentinien – mit Ausnahme des Jahres 1995 – bis 1998 hohe Wachstumsraten von durchschnittlich 7 % zwischen 1991 und 1994 und durchschnittlich 5,8 % von 1996 bis 1998.

Der weltweite Anstieg des Dollarkurses in der zweiten Hälfte der letzten Dekade führte jedoch zu einem Verfall der Wettbewerbfähigkeit argentinischer Exporte und zu einer Verschlechterung der argentinischen Leistungsbilanz. Von 1997 bis 2001 wertete der Peso real um 15 % auf. Anfang 1999 traf der Kursverfall des brasilianischen Real argentinische Exporte auf ihren wesentlichen Absatzmärkten in Südamerika. Zunächst nahm die argentinische Regierung die daraufhin einsetzende Rezession mit dem Ziel hin, die Wettbewerbsfähigkeit argentinischer Exportgüter durch fallende Preise im Inland wieder herzustellen.

Anfang des vergangenen Jahres zeigten jedoch innenpolitische Turbulenzen, dass diese Strategie nicht durchhaltbar sein würde. Eine mittlerweile von 42,6 % des BIP in 1997 auf über 50 % des BIP Anfang 2001 gestiegene Auslandsverschuldung und anstehende Schuldentilgungen in Höhe von 30 Mrd. US-$ in 2003 veranlassten internationale Rating-Agenturen zur Herabstufung argentinischer Schuldverschreibungen, und es kam zum Abzug ausländischen Kapitals. Der Zinsunterschied zwischen argentinischen und US-Anleihen vergrößerte sich daraufhin um mehr als 3 Prozentpunkte und stieg bis zum Jahresende 2001 sogar auf über 45 Prozentpunkte.

Um eine Abwertung des Real zu umgehen, kündigte die argentinische Regierung im Oktober 2001 eine Schuldenumstrukturierung an. Da diese Maßnahme zur Wiederherstellung der argentinischen Zahlungsfähigkeit nicht ausreichte, war die Regierung schließlich zur Erklärung des default und zur Freigabe des Peso-Kurses gezwungen.

4.5 Zwischenbilanz

Die Ursachen und der Verlauf der Finanzkrisen in den 90er-Jahren zeigen deutlich, dass gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen bereits in ihrem Vorfeld bestanden und maßgeblich zu den Währungskrisen beigetragen haben. Sie sind damit nicht das Ergebnis spekulativer, von makroökonomischen Ungleichgewichten losgelöster Kapitalbewegungen. Zwar haben sich diese gesamtwirtschaftlichen Schieflagen nicht im gleichen Tempo wie die abrupten Kapitalabflüsse entwickelt. Sie haben sich vielmehr über Jahre hinweg aufgebaut und sich dann quasi eruptiv entladen. So gesehen haben sie erst die Anreize für exzessive Kapitalbewegungen geschaffen.

5 Politische Handlungsnotwendigkeiten

5.1 Desintegration der Finanzmärkte

Kritiker der Globalisierung empfehlen zur Vermeidung von Finanzmarktkrisen eine strenge Kontrolle der Finanzmarktakteure und eine Regulierung der grenzüberschreitenden Finanzströme, u. a. durch kapitalverkehrsbeschränkende Maßnahmen. Eine solche Entliberalisierung des Kapitalverkehrs bzw. Segmentierung der Wertpapiermärkte ist jedoch abzulehnen, da sie die wohlfahrtssteigernde Integration der Finanzmärkte behindert. Integrierte Wertpapiermärkte erweitern das Anlagespektrum, verringern die Kapitalkosten und tragen zu größerer Marktliquidität, Preiseffizienz und Risikoverteilung bei. Außerdem würden Beschränkungen des Kapitalverkehrs die Sensorfunktion der Märkte für Fehlentwicklungen aushebeln.

Preispolitische Beschränkungen des Kapitalverkehrs durch Besteuerung internationaler Devisentransaktionen werden seit geraumer Zeit wieder verstärkt diskutiert. Prominentestes Beispiel dafür ist die so genannte **Tobin-Steuer.**

Zur Ratio der Tobin-Steuer

1992 schlug James Tobin, Nobelpreisträger für Wirtschaft 1981, die **Besteuerung von internationalen Devisentransaktionen** zur Stabilisierung der Wechselkurse und Unterbindung kurzfristiger Spekulation vor. Der Grundgedanke dieser häufig als Tobin-Tax bezeichneten Steuer ist folgender: Jeder Devisentausch wird mit einer geringfügigen Steuer belegt, sowohl beim Kauf als auch beim Verkauf einer Währung. Tobin dachte an einen Steuersatz von 1 %. Dadurch werden alle Devisentransaktionen, die auf geringfügige Kursdifferenzen abzielen, wie insbesondere kurzfristige Spekulationen, unrentabel und damit nicht mehr durchgeführt. Tobin selbst beschrieb dies mit „Sand in das Getriebe der internationalen Finanzmärkte streuen“. Die Verwendungsseite, also die Frage, für welchen Zweck man die anfallenden Steuereinnahmen ausgeben sollte, spielte in den anfänglichen Überlegungen nur eine untergeordnete Rolle.

Tobins Vorschlag fand über 20 Jahre kaum Beachtung. Dies änderte sich mit den Finanzkrisen in den 90er-Jahren. Man suchte nach einem geeigneten Mittel, um den Kapitalverkehr zu regulieren, langfristige und produktive Investitionen und zugleich Wechselkursstabilität zu fördern. Des Weiteren sollte der Spielraum für die nationale Geld- und Fiskalpolitik erweitert werden.

Bedenken gegen die Tobin-Steuer

Eine Unterscheidung zwischen spekulativen Kapitalbewegungen und anderen Kapitalströmen dürfte kaum möglich sein. Nicht alle kurzfristigen Devisentransaktionen sind unerwünscht bzw. von spekulativer Natur. Vielfach handelt es sich dabei auch um Arbitragegeschäfte, die zur Effizienzsteigerung und Stabilität der Finanzmärkte beitragen. Der kurzfristige Kapitalverkehr spielt zudem in Form von Handelskrediten eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des Leistungsverkehrs und trägt damit zur Ausweitung des Welthandels bei.

Es ist zweifelhaft, dass selbst hohe Steuersätze spekulativ ausgerichtete Devisentransaktionen verhindern. Solange die Gewinn- bzw. Verlusterwartungen der Marktteilnehmer die steuerliche Belastung übersteigen, werden solche Transaktionen auch durchgeführt. Selbst bei einer Begrenzung spekulativer Kapitalströme könnte die Volatilität an den Finanzmärkten durch Verknappung

der Liquidität sogar erhöht anstatt reduziert werden.

Es dürfte zudem schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein, eine derartige Steuer weltweit einzuführen und alle Devisentransaktionen lückenlos zu erfassen. Ein dazu erforderlicher internationaler Konsens ist nicht erkennbar. Nationale oder regionale Alleingänge würden zulasten des Finanzsektors in den Ländern gehen, die die Steuer einführen, und Ausweichreaktionen zugunsten jener Länder hervorrufen, die die Steuer nicht einführen. Außerdem könnte sie die Konzentration des internationalen Bankgeschäfts fördern, da Transaktionen im eigenen Haus steuerfrei blieben.

Tobin-Steuer als Finanzierungsquelle für zusätzliche Entwicklungshilfe

Neuerdings wird die Tobin-Steuer auch als Finanzierungsquelle für zusätzliche Entwicklungshilfe propagiert. Dabei wird jedoch der Zielkonflikt zwischen der **Einnahmefunktion** der Tobin-Steuer und ihrer **Lenkungsfunktion** durch die Drosselung der Devisennachfrage aufgrund der höheren Besteuerung übersehen. Entweder gelingt ein Zurückdrängen der Devisentransaktionen. Dann kommt es jedoch zu einer Erosion der Steuerbasis und damit einem Verfehlen der Einnahmefunktion. **Will man jedoch ein hohes Steueraufkommen erzielen, ist dies nur mit einem Scheitern der Lenkungsfunktion der Tobin-Steuer zu erreichen.**

Variante zur Tobin-Steuer

Zur Vermeidung dieser Nachteile der Tobin-Steuer hat Professor Spahn (Universität Frankfurt) im Januar 2002 ein **Gutachten zur Durchführbarkeit der Tobin-Steuer** erstellt, in dem er eine Variante in Form einer „doppelstöckigen" Devisentransaktionssteuer vorschlägt, mit der insbesondere die stabilisierende internationale Liquidität an den Devisenmärkten nicht verknappt werden soll. Nach dieser Variante sollten alle Devisentransaktionen mit einem niedrigen Steuersatz von 0,005 % besteuert werden, bei denen die Wechselkurse einen noch festzulegenden Korridor um einen Referenzwert nicht überschreiten. Dieser Teil würde den Liquiditätshandel nicht beeinträchtigen und hätte hauptsächlich fiskalische Funktion. Alle Devisentransaktionen bei Wechselkursen außerhalb des Zielkorridors sollten mit einem Steuersatz zwischen 50 % und 100 % belegt werden auf denjenigen Teil des Kurses, der über den Korridor hinausschießt. Dieser Teil der Steuer soll speziell spekulative Devisenbewegungen unterbinden und hätte keine fiskalische Zielsetzung.

Diese Zusatzsteuer sollte nur von Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern eingeführt werden sowie von Industrieländern, sofern sie nicht einem der Großwährungsräume angehören (Dollar, Euro) und eine Wechselkursanbindung an eine Leitungswährung praktizieren. Die USA und Euroland sollten diese Steuer nicht erheben, da die Europäische Zentralbank bzw. die US-amerikanische Zentralbank bzw. die Kursausschläge durch Interventionen glätten könnten.

Die Anwendung der Steuer sollte wegen der Konzentration der Devisengeschäfte auf ein zeitzonenbezogenes Zentrum nur multilateral erfolgen, weil sonst Ausweichreaktionen innerhalb einer Zeitzone möglich wären, d. h. z. B. nur für die EU als Ganze einschließlich London und Zürich.

Bei der Erhebung der Steuer gibt Spahn der Erfassung bei der Abrechnung bzw. Zahlung den Vorzug gegenüber einer Erfassung am Handelsplatz, da bei der Besteuerung am Handelsplatz mit einem aufwendigen Berichtswesen zu rechnen sei. Wegen der bei den Notenbanken zentralisierten Abwicklungssysteme wären diese für die Erhebung der Steuer verantwortlich. Das ihnen zufließende Steueraufkommen müsste z. B. für Europa gepoolt und für einen gemeinsamen Zweck verwendet werden. Das Steueraufkommen

betrüge nach seinen vorsichtigen Schätzungen für Europa und die Schweiz etwa 17 bis 20 Mrd. € jährlich.

Bewertung der „Spahn-Variante“

Die von Professor Spahn entwickelte **Variante** versucht zwar, die Nachteile der ursprünglichen Tobin-Steuer zu vermeiden. Es ist jedoch **fraglich,** ob dies tatsächlich gelingt.

Zunächst sind **Zweifel an der Machbarkeit dieser Variante** berechtigt. Es ist **nicht erkennbar, wie ein Konsens innerhalb der EU und mit der Schweiz** über die Einführung einer internationalen Steuer erreicht werden kann. Dies haben die Beratungen des EU-Ministerrates am 5. März 2002 bestätigt, bei der die Minister die Studie der Europäischen Kommission vom 14. Februar 2002 zur Globalisierung einschließlich der Tobin-Steuer begrüßt haben. Die EU-Kommission hat in dieser Studie letztlich festgestellt, dass die Tobin-Steuer als Instrument zur Stabilisierung der Devisenmärkte nicht geeignet und kaum praktikabel ist. Ebenso wenig konsensfähig dürfte der Vorschlag sein, den nationalen Zentralbanken bzw. der Europäischen Zentralbank fiskalische Funktionen zur Steuererhebung zu übertragen.

Weiter ist kritisch zu fragen, ob mit seinem Vorschlag die Ziele der Tobin-Steuer tatsächlich erreicht werden. Die **Lenkungsfunktion** für den Devisenhandel kann in seiner Variante letztlich **nicht als garantiert** angesehen werden. Bei spekulativen Kapitalbewegungen außerhalb des Zielkorridors wird bei hohen Gewinnerwartungen auch ein hoher Steuersatz nicht ausreichen, diese Transaktionen zu unterbinden. Das Problem der Wechselkursvolatilität bliebe damit ungelöst. **Professor Spahn hat ausdrücklich konstatiert, dass eine Tobin-Steuer die Finanzkrisen der 90er-Jahre nicht verhindert hätte.**

Zudem ist offen, wie weit der von ihm vorgeschlagene Steuersatz die **internationale Liquidität an den Devisenmärkten verknappt.** Die Europäische Kommission stellt in ihrer Studie zur Globalisierung fest, dass alle Schätzungen über das **Steueraufkommen der Tobin-Steuer völlig hypothetisch** sind, da die Nachfrageelastizität des Devisenhandels bei Erhöhung der Transaktionskosten völlig unbekannt ist. Demnach ist auch die von ihm unterstellte Einkommenserzielung und damit letztlich die Realisierung der Einkommensfunktion der Tobin-Steuer fraglich.

Damit ist die Tobin-Steuer sogar **entwicklungspolitisch fragwürdig.** Die Zweckbindung dieser Steuer an entwicklungspolitische Aufgaben verletzt das so genannte Non-Affektations-Prinzip. Damit würde die Höhe der Entwicklungshilfe letztlich von der in ihrer Höhe völlig ungewissen Akquirierung zusätzlicher Finanzmittel aus der Tobin-Steuer abhängen.

Grundsätzlich ist gegen die Tobin-Steuer sowie gegen die von Professor Spahn entwickelten Variante einzuwenden, **dass die Frage nach den Ursachen für starke Wechselkursschwankungen überhaupt nicht gestellt wird.** Diese liegen – wie die Währungskrisen in den 90er-Jahren und die jüngste Argentinien-Krise belegt haben – in **fundamentalen Fehlentwicklungen und wirtschaftspolitischem Fehlverhalten.** Die Tobin-Steuer setzt jedoch nicht an den Ursachen an, sie kuriert letztlich nur die Symptome. Wegen der vielfältigen Ursachen für Finanzmarktkrisen ist die Reduktion der Diskussion über die Stabilisierung der Devisenmärkte auf nur ein einziges Instrument **nicht angemessen.**

5.2 Stabilitätsgerechte Rahmenbedingungen für Finanzmärkte

Zur Stabilisierung der Finanzmärkte ist ein geeigneter und international abgestimmter Rahmen erforderlich, an dem sich Marktteilnehmer bei ihren **Transaktionen** und bei der **Bildung von Erwartungen** verlässlich orientieren können. Diesem Ziel dienen insbesondere die Arbeiten des IWF und des Forums für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF).

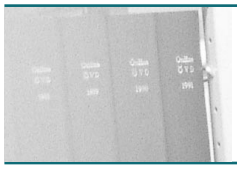
Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Prävention von Finanzkrisen

Der IWF konzentriert sich in seiner laufenden wirtschaftspolitischen Überwachungstätigkeit („surveillance“) stärker als bisher auf die Vermeidung von Finanzkrisen. Krisenprävention hat eindeutig Vorrang vor Krisenmanagement. Seine Initiativen zielen deshalb darauf ab, seine Überwachungstätigkeit insgesamt und seine Krisenpräventionsfunktion zu stärken: Durch verbesserte Beurteilung externer Belastungsfaktoren für den Finanzsektor, durch größere Transparenz seiner Aktivitäten und seiner Prüfungsergebnisse sowie der Politiken seiner Mitgliedsländer, durch Förderung der Umsetzung internationaler Standards und Kodizes und durch intensive Beobachtung des Finanzsektors. Zu diesem Zweck hat der IWF unter anderem Indikatoren zur Beurteilung des Zustandes von Finanzsektoren (Financial Soundness Indicators, FSIs) identifiziert und Verfahren zur Analyse des Finanzsektors unter Aufsichtsaspekten entwickelt. Die Ergebnisse seiner Analysen und der Überprüfungen der Finanzsektoren einzelner Länder fließen in die regelmäßige Diskussion des IWF mit einzelnen Ländern oder mit internationalen Gremien ein. Weiterhin wurden die IWF-Fazilitäten den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst, um dazu beizutragen, die Effektivität der IWF-Maßnahmen zur Unterstützung seiner Mitglieder bei der Verhinderung und Lösung von Krisen zu verbessern.

Zu den weiteren Reformmaßnahmen zur Krisenvorbeugung zählen die Wahl des **Wechselkursregimes,** die **Liberalisierung des Kapitalverkehrs** und die **Einbeziehung des Privatsektors** in die Krisenvorbeugung und -bewältigung.

Die Wahl des angemessenen **Wechselkursregimes** hängt von den individuellen Umständen eines Landes ab, z. B. vom Grad seiner außenwirtschaftlichen Verflechtung und Integration in das internationale Finanz- und Währungssystem sowie von den institutionellen Gegebenheiten, wie z. B. der Frage der Unabhängigkeit der Zentralbank. Der IWF sollte die jeweilige Entscheidung eines Landes für ein bestimmtes Wechselkursregime nicht einfach als Datum akzeptieren, sondern eine eigene Haltung zur Angemessenheit des unterhaltenen Wechselkursregimes entwickeln.

Ein **freier Kapitalverkehr** fördert den effizienten Einsatz von Ressourcen. Gerade in weniger entwickelten Ländern kann Auslandskapital ein höheres Investitionsvolumen finanzieren als die inländische Spartätigkeit. Wichtig für eine erfolgreiche Liberalisierung sind ein angemessenes Tempo und die richtige Gestaltung der verschiedenen Liberalisierungsschritte („sequencing“). Der IWF sollte den Prozess der „geordneten“ Liberalisierung des Kapitalverkehrs im Rahmen seiner makroökonomischen Überwachung und Politikberatung aktiv begleiten.



Bei allen Krisenfällen, vor allem bei hohem Finanzierungsbedarf, sollte zunächst von einer **Einbeziehung des Privatsektors** ausgegangen werden. Dazu sollte das Gleichbehandlungsprinzip umgesetzt werden, wonach ein Schuldnerland von seinen Privatgläubigern Umschuldungsbedingungen erhalten muss, die mit den vom Pariser Club gewährten Konditionen vergleichbar sind. Außerdem sollte der IWF in bestimmten Fällen trotz Zahlungsrückständen eines Landes gegenüber privaten Gläubigern Auszahlungen im Rahmen der IWF-Fazilitäten tätigen („lending into arrears“). Ferner ist an die Einführung und Verbreitung von Umschuldungsklauseln zu denken, die bei Anleihen Regelungen für den Krisenfall vorsehen, mit denen durch Mehrheitsbeschluss der Gläubigerversammlung eine temporäre Aufgabe oder Beschränkung von Gläubigerrechten, insbesondere eine Zinsermäßigung oder eine Stundung des Schuldendienstes, herbeigeführt werden kann.

Derartige Klauseln dienen der Abwendung einer Zahlungseinstellung oder eines Insolvenzverfahrens und können die Bewältigung von Finanzkrisen erleichtern. Darüber hinaus ist der Vorschlag der Geschäftsleitung des IWF, einen neuen Mechanismus zur Restrukturierung öffentlicher Schulden zu schaffen, ein willkommener Schritt voran, der aufmerksame Prüfung verdient. Mit diesem Vorschlag bestätigt der IWF erstmals – übereinstimmend mit der europäischen Haltung – explizit den Bedarf für ein geordneteres Verfahren, einschließlich der Möglichkeit von „standstills" und der Notwendigkeit, den Umfang öffentlicher Hilfen eindeutig zu begrenzen. Allerdings wirft die Umsetzung eines solchen Mechanismus viele technische und rechtliche Fragen auf, die der Diskussion und Klärung bedürfen.

Stabilitätsgerechtes Verhalten und Rahmenbedingungen durch Standards und Kodizes

Bedeutung von Standards und Kodizes. Die Finanzkrisen der 90er-Jahre sind – wie oben gezeigt – auf makroökonomische Ungleichgewichte, auf wirtschaftspolitisches Fehlverhalten und auf Defizite in den nationalen und internationalen Finanzsystemen, so beispielsweise bei der Finanzmarktaufsicht, zurückzuführen. Die internationale Gemeinschaft wie die G7, G20, Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF), IWF, Weltbank und Aufsichtsbehörden, haben daraus die Schlussfolgerung gezogen, zur Krisenprävention die Transparenz und Verantwortlichkeit der gesamtwirtschaftlichen Politik zu erhöhen und die Solidität nationaler Finanzinstitutionen, der Finanzmärkte und ihrer Infrastrukturen zu stärken. Diesem Ziel dient die Aufstellung und Umsetzung international vereinbarter Standards und Kodizes.

Standards und Kodizes sind damit ein wichtiger Baustein zur Stärkung der internationalen Finanzarchitektur. Ihre konsequente Umsetzung leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wirtschaftspolitik der Länder, zur Erhöhung der Transparenz sowie zur Steigerung der Stabilität der Finanzmärkte und damit zur Verminderung der Krisenanfälligkeit der Finanzsysteme. Sicherlich werden sich auch mit der Implementierung von Standards künftige Finanzkrisen nicht vollständig verhindern lassen. Standards und Kodizes können eine solide Makropolitik und angemessene Wechselkursregime allenfalls ergänzen, sie aber nicht ersetzen. Jedoch werden Krisen umso unwahrscheinlicher und die mit ihnen einhergehenden volkswirtschaftlichen Kosten umso geringer, je robuster und widerstandsfähiger die nationalen Finanzsysteme sind.

Die Arbeiten zur Identifizierung der wichtigsten Standards und Kodizes sowie Ansätze zur Förderung ihrer Implementierung wurden insbesondere vom 1999 durch die G7 eingesetzten FSF initiiert. Das FSF hat im März 2000 im Rahmen einer Strategie zur Förderung der Implementierung internationaler, für intakte Finanzsysteme bedeutsamer Standards aus einem Kompendium von etwa 60 den Finanzsektor betreffenden Standards 12 Schlüsselstandards festgelegt, die eine zentrale Rolle bei der Verbesserung und Sicherstellung der Finanzmarktstabilität spielen und die dementsprechend vorrangig umgesetzt werden sollten. Die Priorisierung der 12 Schlüsselstandards wurde sowohl von der G7 und der G20 als auch von den Internationalen Finanzinstitutionen (IFIs) – insbesondere IWF und Weltbank – befürwortet.

Die Erarbeitung von Standards und Kodizes wurde und wird in verschiedenen Institutionen und Gremien entsprechend der jeweiligen Fachkompetenz und Zuständigkeit vorgenommen. Standardisierungsgremien sind neben internationalen Institutionen wie IWF, Weltbank und OECD u. a. auch die internationalen Gremien der Aufsichtsbehörden und Zentralbankexperten. Von einigen Seiten wird kritisiert, dass die Standards lediglich von einem kleinen Kreis von Industrieländern entwickelt werden. Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt. Soweit den standardsetzenden Gremien nicht bereits Schwellen- und Entwicklungsländer angehören, wurden zur Erarbei-

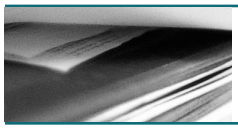
tung der Schlüsselstandards teilweise spezielle Arbeitsgruppen mit Vertretern aus Schwellen- und Entwicklungsländern gebildet. Zudem ist es üblich, vor der Verabschiedung von Standards breite Konsultationsverfahren durchzuführen, um auch Ländern, die an der Erarbeitung nicht beteiligt waren, die Möglichkeit zu bieten, ihre Interessen einzubringen.

Die vom FSF identifizierten **zwölf Schlüsselstandards** können in drei große Kategorien unterteilt werden (vergleiche Tabelle Seite 65):

– **Gesamtwirtschaftliche Politik und Datentransparenz**

In dieser ersten Kategorie sind drei Standards enthalten. Sie basieren auf der Überlegung, dass klar definierte und transparente Verfahren und Ziele im Bereich der Geld-, Finanz- und Fiskalpolitik die gesamtwirtschaftliche Stabilität erhöhen und die zeitnahe Veröffentlichung aussagefähiger gesamtwirtschaftlicher Daten die Funktionsfähigkeit und Stabilität der Kapitalmärkte erhöht.

Der vom IWF entwickelte **„Verfahrenskodex**



zur Transparenz der Geld- und Finanzpolitik“ enthält anzustrebende Praktiken zur Verbesserung der Transparenz über die Tätigkeit von Zentralbanken bei der Durchführung der Geldpolitik und von sonstigen Finanzorganen bei der Ausführung der Finanzpolitik, d. h. in diesem Zusammenhang die Regulierung, Beaufsichtigung und Überwachung von Finanz- und Zahlungsverkehrssystemen.

Dem Ziel größerer Transparenz dient der ebenfalls vom IWF entwickelte **„Verfahrenskodex zur fiskalischen Transparenz“,** der für eine umfassende Information der Öffentlichkeit über den Aufbau und die Aufgaben der Regierungen, die fiskalischen Absichten und die öffentlichen Haushalte sorgen soll.

Der **„Spezielle Datenveröffentlichungsstandard“** des IWF enthält Anforderungen für die Aufstellung und Veröffentlichung gesamtwirtschaftlicher Statistiken von Ländern, die Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten haben oder erreichen wollen.

Das weniger anspruchsvolle **„Allgemeine Datenveröffentlichungssystem“** des IWF wurde alternativ für Länder entwickelt, die nicht an den internationalen Kapitalmärkten teilnehmen und auch keinen Zugang suchen.

– **Aufsicht im Finanzsektor**

Die zweite Kategorie umfasst drei Standards für eine wirksame Aufsicht im Banken-, Wertpapier- und Versicherungssektor. Dabei handelt es sich um die **„Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht“** des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, die **„Ziele und Grundsätze der Wertpapieraufsicht“** der internationalen Organisation der Wertpapieraufseher (IOSCO) und die **„Grundsätze für die Versicherungsaufsicht“** der internationalen Vereinigung der Versicherungsaufseher (IAIS). Diese drei Standards befassen sich insbesondere mit der Organisation der Aufsichtsbehörden, dem Inhalt zentraler Aufsichtsvorschriften, Berichtspflichten, Eingriffsbefugnissen und der Aufsicht bei grenzüberschreitenden Geschäften.

Die **„Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht“** des Basler Ausschusses enthalten 25 Prinzipien, die folgende Bereiche betreffen: Grundvoraussetzungen für eine wirksame Bankenaufsicht, Erlaubnisverfahren und Genehmigung von Strukturänderungen, laufende Bankenaufsicht, Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörde und grenzüberschreitende Bankgeschäfte.

Die **„Ziele und Grundsätze der Wertpapieraufsicht“** der IOSCO nennen als die drei Ziele der Wertpapieraufsicht den Anlegerschutz, die Gewährleistung fairer, effizienter und transparenter Märkte und die Verringerung des Systemrisikos und umfassen 30 Grundsätze zur Erreichung dieser Ziele.

Die **„Grundsätze für die Versicherungsaufsicht“** der IAIS bestehen aus 17 Prinzipien, zu denen u. a. die Organisation der Aufsicht und der Inhalt zentraler Aufsichtsvorschriften zählen.

– **Infrastruktur der Institute und Märkte**

Die in der dritten Kategorie aufgeführten fünf Standards sollen dafür sorgen, dass den Transaktionen in den Instituten und auf den Märkten eine robuste Infrastruktur und faire Regeln zugrunde liegen.

Die von der OECD erarbeiteten **„Grundsätze der Unternehmenssteuerung und -kontrolle“** sollen der Verbesserung des rechtlichen, institutionellen und ordnungspolitischen Rahmens der Unternehmenssteuerung und -kontrolle dienen.

Die vom Ausschuss für internationale Rechnungslegungsstandards (IASB) erarbeiteten **„Internationalen Standards der Rechnungslegung“** sind bei der Erstellung von Jahresabschlüssen zu beachten. Bislang wurden 41 Einzelstandards verabschiedet, die laufend aktualisiert werden.

Auch die **„Internationalen Standards der Wirtschaftsprüfung“** der Internationalen Vereinigung der Wirtschaftsprüfer (IFAC) umfassen zahlreiche Einzelstandards; diese sind bei der Prüfung von Jahresabschlüssen zu befolgen und auf die Prüfung anderer Angaben und damit zusammenhängender Dienstleistungen anzuwenden.

Die vom Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) verabschiedeten **„Grundprinzipien für Zahlungsverkehrssysteme, die für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsam sind“,** zeigen die wesentlichen Kriterien auf, denen alle für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsamen Zahlungsverkehrssysteme genügen sollten. Es ist geplant, im Bereich „Zahlungsverkehr und Abwicklung“ auch die kürzlich gemeinsam von CPSS und IOSCO verabschiedeten „Empfehlungen für Wertpapierabwicklungssysteme“ als weiteren Schlüsselstandard anzuerkennen.

Die **„Vierzig Empfehlungen der Financial Action Task Force (FATF)“** schaffen den grundlegenden Rahmen für Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche. Sie umfassen die Strafgesetzgebung und Strafverfolgung, das Finanzsystem und die Finanzaufsicht sowie die internationale Zusammenarbeit. Es ist geplant, die in Reaktion auf die Anschläge am 11. September 2001 kürzlich verabschiedeten „Speziellen Empfehlungen zur Finanzierung des Terrorismus“ ebenfalls als Schlüsselstandard anzuerkennen.

– **Insolvenzverfahren**

Ein Standard zur Durchführung ordnungsgemäßer Insolvenzverfahren im Unternehmenssektor wird derzeit von der Weltbank erarbeitet; die Weltbank hat den „Entwurf von Prinzipien und Leitlinien für wirksame Insolvenzverfahren“ vorgelegt.

Einhaltung von Standards und Kodizes. Für die frühzeitige Erkennung von Schwachstellen für die Finanzstabilität ist es wichtig zu wissen, in welchen Bereichen die Praktiken einzelner Länder wesentliche Defizite gegenüber den Anforderungen internationaler Standards aufweisen. In einigen Ländern werden als ein erster Schritt

men. Selbstbewertungen tragen dazu bei, dass sich Länder Standards und Kodizes zu Eigen machen und Schwachstellen frühzeitig erkennen.

Sie können Bewertungen durch externe Stellen jedoch nicht ersetzen. IWF und Weltbank spielen bei der externen Bewertung eine zentrale Rolle. Sie erstellen unter Beteiligung von Experten aus nationalen Behörden und internationalen Fachgremien Berichte über die Umsetzung von Standards, die in so genannten **Reports on the Oberservance of Standards and Codes (ROSC)** zusammengefasst werden. ROSCs bestehen aus mehreren Teilberichten, so genannten Modulen, in denen die Praktiken eines Landes auf jeweils einem Gebiet beschrieben und bewertet werden; ergänzend wird erforderlichenfalls aufgezeigt, welche weiteren Umsetzungsschritte prioritär erforderlich sind. Die Erstellung und Veröffentlichung von ROSCs erfolgt auf freiwilliger Basis. Bis Dezember 2001 wurden rund 200 ROSCs für 67 Länder erstellt und 141 ROSCs veröffentlicht. Etwa 200 weitere ROSCs für 70 Länder sind im laufenden Jahr geplant.

Umfassende Bewertungen der Stärken, Risiken und Schwachstellen des Finanzsystems eines Landes werden von IWF und Weltbank im Rahmen des so genannten Financial Sector Assessment Program (FSAP) vorgenommen. Bei der Erstellung von FSAP-Berichten wird u. a. auch die Umsetzung der für das jeweiligen Finanzsystem besonders relevanten Standards und Kodizes geprüft. Darüber hinaus berücksichtigen FSAP-Berichte weitere Faktoren, die die Stabilität eines Finanzsystems beeinflussen, einschließlich makoökonomischer Rahmenbedingungen, und zeigen ggf. Reformnotwendigkeiten auf. Auch die Teilnahme am FSAP und die Veröffentlichung der Prüfungsergebnisse ist freiwillig. Als ein weiterer Schritt zur Stärkung des Finanzsystems ist es wichtig, dass ROSCs und FSAPs Eingang in die regelmäßigen Artikel IV-Konsultationen finden.

Die G20 haben sich bereits 1999 dazu verpflichtet, an FSAPs teilzunehmen und ROSCs zu erstellen sowie diese zu veröffentlichen, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Derzeit wird für Deutschland ein ROSC zur Umsetzung des Verfahrenskodizes zur fiskalischen Transparenz erstellt. Darüber hinaus hat Deutschland seine Teilnahme an einer FSAP-Untersuchung bereits zugesagt; sie soll wegen der derzeitigen Umstrukturierung der deutschen Finanzaufsicht jedoch erst in 2003 durchgeführt werden.

Anreize zur Umsetzung von Standards und Kodizes. Die Umsetzung internationaler Standards und Kodizes trägt dazu bei, Finanzkrisen und die damit verbundenen hohen Kosten zu vermeiden. Aber auch die Leistungsfähigkeit des Finanzsystems wird durch die Implementierung von Standards und Kodizes erhöht. Dies führt zu einer besseren Allokation von Ersparnissen und Krediten, einer effizienteren Bereitstellung von Finanzdienstleistungen und letztlich zu einer Steigerung des Volkseinkommens. Es liegt somit im **Eigeninteresse der Länder,** Standards und Kodizes entschlossen umzusetzen. Zusätzlich zum Eigeninteresse können jedoch Anreize durch den öffentlichen Sektor und den Markt dazu beitragen, dass Standards und Kodizes zügig Eingang in nationale Regelungen finden. **Anreize des öffentlichen Sektors** können darin bestehen, dass die Einhaltung von Standards und Kodizes bei Marktzugangsentscheidungen, bei der Aufsicht über Zweigstellen und Töchter von Finanzinstituten im Ausland, bei der Mitgliedschaft in internationalen Gremien, bei der Überwachungstätigkeit des IWF oder bei der Bereitstellung technischer Hilfe berücksichtigt wird. **Marktanreize** werden durch Marktteilnehmer ausgeübt, indem Informationen über die Einhaltung von Standards und Kodizes Einfluss auf die Bewertung von Risiken nehmen und sich in der Höhe von Kreditzinsen oder der Kreditvergabepraxis niederschlagen sowie Einfluss auf Anlageentscheidungen ausüben oder in die Bewertungen von Ratingagenturen eingehen.

Eine **Arbeitsgruppe des Forums für Finanzstabilität** unter Leitung des für internationale Finanzmarkt- und Währungspolitik zuständigen

Abteilungsleiters des Bundesministeriums der Finanzen hat untersucht, wie die Nutzung von Anreizen verbessert werden kann. Auf offizieller Seite kann bspw. die internationale Gemeinschaft Länder ermutigen, Bewertungen durchzuführen und deren Ergebnisse offen zu legen. IWF und Weltbank können zusammen mit Experten aus nationalen Behörden und internationalen Fachgremien Länder bei der Umsetzung von Standards und Kodizes durch die Entsendung von Experten und Schulungsmaßnahmen unterstützen. Die Wirksamkeit von Marktanreizen hängt entscheidend davon ab, dass den Marktteilnehmern die Bedeutung von Standards bewusst ist und ihnen aktuelle und aussagefähige Informationen über die Einhaltung von Standards zugänglich sind. Umfragen der FSF-Arbeitsgruppe haben gezeigt, dass der Kenntnisstand der Marktteilnehmer über Standards in den letzten Jahren zwar zugenommen hat, jedoch noch weitere Anstrengungen notwendig sind, damit Informationen über die Einhaltung von Standards bei Investitionsentscheidungen stärker berücksichtigt werden. Zur Verbesserung des Kenntnisstandes von Marktteilnehmern führen IWF und Weltbank in wichtigen Finanzzentren Seminare zu Standards und Kodizes durch, so im Februar 2002 in Frankfurt für Vertreter des Finanzsektors in Deutschland.

Positive Erfolgsbilanz. Die internationale Kooperation zur Krisenprävention durch die Aufstellung und Einhaltung von Standards und Kodizes ist ein völlig neuer Prozess. Zuverlässige Bewertungen seines Beitrags zur Stabilität des internationalen Finanzsystems sind noch verfrüht. Jüngere Entwicklungen sind jedoch ein ermutigendes Zeichen. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sich die Umsetzung von Standards und Kodizes in geringeren Kapitalkosten auf den internationalen Märkten niederschlägt. So konnten für Länder, die sich zur Einhaltung des „Speziellen Datenveröffentlichungsstandards“ des IWF verpflichtet haben, laut IWF Kostenersparnisse von zwei bis drei Prozentpunkten bei der Kreditaufnahme festgestellt werden. Positiv zu verzeichnen ist ebenfalls, dass die jüngsten Krisen in der Türkei und Argentinien lokal begrenzt blieben und nicht auf andere Länder übergegriffen haben. Untersuchungen des IWF zeigen ferner, dass die Überkreuzkorrelation der Renditen auf den Anleihemärkten der Schwellenländer im Vergleich zu den Werten während der Krisen in Asien und Russland 1997 abgenommen hat. Obgleich die Voraussehbarkeit der Krisen in der Türkei und in Argentinien sowie das starke Engagement inländischer Investoren zu diesem Verlauf beigetragen haben, können diese Entwicklungen jedoch auch als Beleg dafür gewertet werden, dass sich erste Erfolge bei den Bemühungen zeigen, das internationale Finanzsystem durch die Umsetzung von Standards und Kodizes und Erhöhungen der Transparenz besser gegen Krisen zu wappnen.

5.3 Fazit

Die Erfahrungen mit den Finanzkrisen der letzten Jahre haben gezeigt, dass ein umfassender Reformansatz erforderlich ist, um Instabilitäten auf den Kapital- und Devisenmärkten entgegenzuwirken. Dazu zählen tragfähige makroökonomische Politiken, eine effiziente Finanzmarktaufsicht, glaubwürdige Wechselkursregime und Fragen der Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Diese komplexen Maßnahmen sind zwar wenig spektakulär, sie dürften jedoch zur Stabilisierung des internationalen Finanzsystems eher geeignet sein als die nur auf den ersten Blick genial erscheinende Verengung der Therapie von Finanzmarktkrisen auf ein einziges Instrument wie die Tobin-Steuer.

Zwölf Schlüsselstandards für solide Finanzsysteme

Themenbereich	Zentraler Standard	Verantwortlich
Makroökonomische Politik und Datentransparenz		
Transparenz der Geld- und Finanzpolitik	Verfahrenskodex zur Transparenz der Geld- und Finanzpolitik (Code of Good Practices on Transparency in Monetary and Financial Policies)	Internationaler Währungsfonds (IWF)
Transparenz der Fiskalpolitik	Verfahrenskodex zur Fiskalischen Transparenz (Code of Good Practices on Fiscal Transparency)	Internationaler Währungsfonds (IWF)
Veröffentlichung von Daten	Spezieller Datenveröffentlichungsstandard/Allgemeines Datenveröffentlichungssystem (Special Data Dissemination Standard [SDDS]/ General Data Dissemination System [GDDS])	Internationaler Währungsfonds (IWF)
Aufsicht im Finanzsektor		
Bankenaufsicht	Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht (Core Principles for Effective Banking Supervision)	Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS –)
Wertpapieraufsicht	Ziele und Grundsätze der Wertpapieraufsicht (Objectives and principles of Securities Regulation)	Internationale Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (International Organization of Securities Commissions – IOSCO –)
Versicherungsaufsicht	Grundsätze für die Versicherungsaufsicht (Insurance Core Principles)	Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors – IAIS –)
Infrastruktur der Institute und Märkte		
Unternehmensführung	Grundsätze der Unternehmenssteuerung und -kontrolle (Principles of Corporate Governance)	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
Rechnungswesen	Internationale Standards für die Wirtschaftsprüfung (International Accounting Standards)	Ausschuss für internationale Standards der Rechnungslegung (International Accounting Standards Committee – IASC –)
Prüfwesen	Internationale Standards der Rechnungslegung (International Standards on Auditing [ISA])	Internationale Vereinigung der Wirtschaftsprüfer (International Federation of Accountants – IFAC –)
Zahlungsverkehr und Abwicklung	Grundprinzipien für Zahlungsverkehrssysteme, die für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsam sind (Core Principles for Systemically Important Payment Systems)	Ausschuss für Zahlungsverkehrssysteme- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems – CPSS –)
Marktintegrität	Die vierzig Empfehlungen der FATF (The Forty Recommendations of the Financial Action Task Force on Money Laundering)	Financial Action Task Force (FATF)
Insolvenz	Entwurf von Prinzipien und Leitlinien für wirksame Insolvenzverfahren (Draft Principles and Guidelines for Effective Insolvency Systems)	Weltbank

Vereinbarkeit von Lenkungsbesteuerung mit der Tragfähigkeit der Finanzpolitik

Zusammenfassung eines Gutachtens des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts Köln (FiFo) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen – Das Gutachten wird in Kürze veröffentlicht –

1	Einleitung	67
2	Tragfähige Finanzpolitik, nachhaltige Finanzpolitik und dauerergiebige Besteuerung	68
3	Lenkende Besteuerung	70
4	Die Modellrechnungen: Überblick über die Ergebnisse	75

1 Einleitung

Die Frage lautet: Inwieweit können Einzelsteuern oder „Steuerbündel“ auch Lenkungsfunktionen übernehmen, ohne die Dauerergiebigkeit der Besteuerung und damit die Tragfähigkeit der Finanzpolitik zu gefährden? Im Folgenden wird die Studie „Vereinbarkeit von Lenkungsbesteuerung mit der Tragfähigkeit der Finanzpolitik“ des FiFo Köln kurz zusammengefasst. Sie führt bislang getrennt behandelte Fragen zusammen: die Debatte über Existenz und Ausmaß eines Konfliktes zwischen Lenkungs- und Fiskalzwecken der Besteuerung und die Fragen zur langfristigen Tragfähigkeit der Finanzpolitik hinsichtlich möglicher intergenerativer Umverteilungswirkungen der Staatsverschuldung und der Finanzierung der sozialen Sicherung in alternden Gesellschaften.

Die Finanzpolitik soll dauerhaft tragfähig und darüber hinaus nachhaltig sein – oder werden. Diese Anforderung stellt sich vor allem aus wirtschafts- und währungspolitischer sowie aus demographischer Perspektive. Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt haben sich EWWU-Teilnehmerstaaten u. a. verpflichtet, die verschuldungspolitischen Aufnahmekriterien zur Währungsunion auch dauerhaft zu erfüllen. Die Verpflichtung auf eine „auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand“ findet sich auch in Artikel 121 des EG-Vertrages. Zudem gefährden in vielen OECD-Ländern stagnierende Geburtenziffern und wachsende durchschnittliche Lebenserwartung die Tragfähigkeit der gesamtstaatlichen Finanzpolitik: Die unveränderte Fortführung gegenwärtiger sozialer Sicherungssysteme könnte bei demographischer „Überalterung“ nur durch starke Erhöhungen von Abgaben oder Verschuldung finanziert werden – beides Maßnahmen, die der Zukunftsfähigkeit der Finanzpolitik und der intergenerativen Gerechtigkeit zuwiderlaufen.

Die Frage nach der Tragfähigkeit der Finanzpolitik wird zumeist mit Blick auf die Dynamik öffentlicher Schulden und mit Blick auf die ausgabepolitischen Konsequenzen des demographischen Wandels (des so genannten „Ageing-Problems“) untersucht. Dagegen wird in bisherigen Untersuchungen zur „fiscal sustainability“ ein weiteres Element des gesamtstaatlichen Budgetausgleichs, die Steuer- und Abgabenseite, nicht gesondert betrachtet. Doch auch auf dieser Seite können unter Umständen spezielle Tragfähigkeitsrisiken entstehen: Wenn Steuern nicht ausschließlich zu fiskalischen, sondern auch zu lenkenden Zwecken eingesetzt werden, könnte die langfristige Ergiebigkeit der Besteuerung beeinträchtigt werden.

Ein solcher Konflikt wurde im Zuge der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen zur ökologischen Steuerreform vielfach behauptet:[1] Steuern, die bewirken sollen, dass

[1] Einen aktuellen Überblick über diese vorwiegend – wenn auch nicht ausschließlich – auf steuerjuristischer Seite geführte Diskussion gibt Gawel, E. (2001): Steuerinterventionismus und Fiskalzweck der Besteuerung – Lenkung und Finanzierung als Problem lenkender (Umwelt-)Steuern, in: Steuer und Wirtschaft, H. 1, S. 26–41.

ihre Bemessungsgrundlage schwächer wächst oder schrumpft, sind auf den ersten Blick kaum als dauerergiebig zu kennzeichnen. Das Problem fiskalischer und nicht fiskalischer Funktionsbündelung in Steuern weist jedoch weit über die Ökobesteuerung hinaus.

2 Tragfähige Finanzpolitik, nachhaltige Finanzpolitik und dauerergiebige Besteuerung

Die „Tragfähigkeit" der Finanzpolitik wird hier als ein Unterziel nachhaltiger Finanzpolitik betrachtet, welche wiederum ein Teilbereich genereller Nachhaltigkeit der Politik ist. Der Begriff der Nachhaltigkeit ist multidimensional; die vom Brundlandt-Bericht[2] etablierte Trias „ökonomisch – ökologisch – sozial" gibt mittlerweile nur noch eine vage Vorstellung von der Breite und Zielvielfalt, mit der heute die Fragen intertemporal gerechter Verteilung von Chancen und Lasten diskutiert werden.[3]

Demgegenüber umfasst die Tragfähigkeit der Finanzpolitik „nur" die quantitative Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Beschränkung der öffentlichen Kreditaufnahme.[4] Sie schafft damit aber zugleich die Grundlage für einen Großteil der anderen genannten Maßnahmen. Ausgangspunkt der meisten Tragfähigkeitsanalysen ist die aktuelle Finanzpolitik des Gesamtstaates einschließlich der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme.[5] Mit dem Instrumentarium können aber ebenso mögliche finanzpolitische Reformen auf ihren positiven oder negativen Beitrag zur fiskalischen Tragfähigkeit untersucht werden. Die Frage „tragfähig oder nicht?" lässt sich vereinfacht stellen als: „Können wir finanzpolitisch so weitermachen wie bisher? Oder müssen hinsichtlich der absehbaren Belastungswechsel auch schon heute Anpassungen auf der Einnahmen- und/oder Ausgabenseite erfolgen?"

Die entscheidende Größe in Tragfähigkeitsrechnungen ist das so genannte Primärdefizit bzw. der Primärüberschuss, also die Differenz der Nicht-Zinsausgaben des Gesamtstaates eines Jahres und der Einnahmen aus Steuern und Abgaben[6] derselben Periode. In einem Jahr ohne Nettokreditaufnahme entspricht der Primärüberschuss den Zinszahlungen auf die bestehende Staatsschuld. Im theoretischen Referenzmodell, einer unendlichen intertemporalen Betrachtung, ist eine Finanzpolitik tragfähig, wenn sie die so genannte No-Ponzi-Bedingung erfüllt, d. h. wenn der Gegenwartswert der zukünftigen Primärüberschüsse (mindestens) gleich der anfänglichen Höhe der Staatsverschuldung ist.

Natürlich werden Tragfähigkeitsrechnungen für die Praxis mit endlichen Bezugszeiträumen durchgeführt. Die Berücksichtigung des demographischen Wandels erfordert dabei eine langfristige Analyse: Projektionen von 40 bis 50 Jahren in die Zukunft sind notwendig, um das Problem umfassend zu betrachten. Analysen, die ihren Fokus eher auf die Wirkungen der Staatverschuldung richten, sind bislang vorrangig für die mittlere Frist (5 bis

[2] World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, Oxford u. a. O.
[3] Überblicke geben z. B.: Ewringmann, D. (1999): Sustainability – Leerformel oder Forschungsprogramm?, Universität zu Köln, Sonderforschungsbereich 419, Forschungsbericht Nr. 01-99, Köln; OECD (1999): Frameworks to Measure Sustainable Development, An OECD Expert Workshop, Paris; Schulz, W. F. u. a. (2001): Lexikon Nachhaltiges Wirtschaften, München/Wien.
[4] Was hier in Anlehnung an Artikel 121 EGV mit „Tragfähigkeit der Finanzpolitik" bezeichnet wird, wird in der Literatur ebenso häufig als „Nachhaltigkeit der Finanzpolitik" benannt. Beides sind Äquivalente zur „fiscal sustainability" in der englischen Literatur. Wir bevorzugen den „engeren" Begriff Tragfähigkeit, um den – ohnehin schon arg strapazierten – Begriff der Nachhaltigkeit nicht noch in einer weiteren, speziellen Interpretation nutzen zu müssen.
[5] In den Tragfähigkeitsrechnungen des zugrunde liegenden Gutachtens wurde ein Indikator genutzt, den E. Talvi und C. Végh (vgl. dies.: Fiscal Policy Sustainability: A Basic Framework, The Inter-American Development Bank, Research Network Working Paper No. 372, Washington D. C. 1999) in Anlehnung an O. Blanchards grundlegende Arbeit (ders.: Suggestions for a new set of fiscal indicators, OECD Working Papers No. 79, Paris 1990) entwickelt haben.
[6] Der Vereinfachung halber werden alle Staatseinnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung (Dividenden etc.), sofern sie stetig fließen, behandelt, als wären es Einnahmen aus Steuern und Abgaben.

10 Jahre) durchgeführt worden.[7] Mittelfristige Analysen dienen zumeist dazu, die Tragfähigkeit einer aktuellen Finanzpolitik zu „überprüfen". Einen solchen – ohnehin recht ehrgeizigen – Anspruch können und sollen langfristige Tragfähigkeitsanalysen nicht erheben. Angesichts der Unsicherheit derart weit reichender Projektionen, kann nicht sinnvoll gefragt werden, ob eine aktuelle Finanzpolitik für 40 oder mehr Jahre „wirklich" tragfähig ist und welche genaue Größe eine eventuelle Tragfähigkeitslücke hat. Eine solche Analyse kann jedoch eine ungefähre Vorstellung von den absoluten Dimensionen zukünftiger Einflüsse auf den Budgetausgleich vermitteln (die sich in keinem anderen Budgetindikator widerspiegeln). Die wesentliche Stärke der langfristigen Analyse liegt aber im relativen Vergleich denkbarer Pfade alternativer finanzpolitischer Entwicklungen und Entscheidungen. Solche Alternativen werden alle unter denselben Randbedingungen und methodischen Restriktionen betrachtet, und können darum – trotz der projektiven Unsicherheiten – hilfreiche Orientierungen für die langfristige Ausrichtung der Finanzpolitik bieten.

In der endlichen Analyse muss auch das Tragfähigkeitsziel exogen bestimmt werden, es lässt sich hier nicht aus der Theorie ableiten. Häufig gilt die fortgeschriebene aktuelle Finanzpolitik als tragfähig, wenn die gegenwärtige Schuldenstandsquote am BIP auch in der gewählten Endperiode nicht überschritten wird. Eine Berücksichtigung der Höhe der Schuldenquote findet sich zum Beispiel im „Maastricht-Kriterium" einer (Brutto-) Schuldenstandsquote von 60 % am BIP. Das Einhalten bzw. Wiedererreichen dieser Schuldenstandsquote in Anlehnung an den Stabilitäts- und Wachstumspakt dient auch in den Tragfähigkeitsrechnungen des zugrunde liegenden Gutachtens für eine stilisierte Finanzpolitik des deutschen Gesamtstaats (inklusive Sozialversicherungen) als Tragfähigkeitsziel. Um auch die ausgabeseitigen Konsequenzen des demographischen Wandels abbilden zu können, wurde eine Betrachtungszeitraum von 50 Jahren gewählt.[8]

Die Frage nach der dauerhaften Ergiebigkeit einzelner Steuern bzw. der gesamten Besteuerung wurde bislang in Tragfähigkeitsanalysen nicht gesondert gestellt. Im bisherigen „state of the art" wird für die Einnahmenseite i. d. R. vereinfachend angenommen, dass alle Steuern und Abgaben eine dauerhafte Gesamtaufkommenselastizität von 1 aufweisen.

Die Aufkommenselastizität setzt die relative Änderung des Steueraufkommens in Verhältnis zur relativer Änderung des Sozialprodukts. Eine Aufkommenselastizität von 1 zeigt, dass beide Größen im gleichen Tempo gewachsen sind, was – bezogen auf die gesamte Besteuerung – ceteris paribus erlaubt, die Staatsquote konstant zu halten. Vielfach wird dieser Wert als Daumenregel genutzt, um ein dauerergiebiges Steuersystem zu charakterisieren.[9]

Eine differenzierte Untersuchung (lenkungs-) steuerlicher Aufkommenseffekte macht es erforderlich, anstelle eine summarischen Einnahmenprojektion mit einer Aufkommenselastizität = 1 eine differenzierte Projektion für die einzelnen Steuern durchzuführen. Ein Vielsteuersystem wie das deutsche, das Aufkommen aus einem Konglomerat intertemporal ergiebiger und weniger ergiebiger Steuern schöpft, kann eine Gesamtaufkommenselastizität von 1 keineswegs endogen gewährleisten. Vielmehr muss der Steuergesetzgeber aktiv werden, sofern er eine Aufkommens-

[7] Die Tragfähigkeit der deutschen Finanzpolitik wurde bislang u. a. untersucht von: Blanchard, O. J. u. a. (1990): The Sustainability of Fiscal Policy: New Answers to an Old Question, OECD Economic Studies No. 15, Paris, S. 7–36; Heinemann, F. (1993): Sustainability of National Debt in Europe, in: Intereconomics, Vol. 28, S. 61–68; Franco, D., Munzi, T. (1997), Ageing and Fiscal Policy in the European Union, European Commission (Hrsg.): The Welfare State in Europe – Challenges and Reforms, European Economy, Reports and Studies No. 4, S. 239–388; Kitterer, W., Wiese, J. (1998): Zur Nachhaltigkeit der Finanzpolitik in den Ländern der Europäischen Union. European Taxpayers Institute of Public Finance. Mülheim/R.

[8] Wobei der genutzte Talvi-Végh-Indikator – bei anderem Erkenntnisinteresse – ebenso gut für kurz und mittelfristige Tragfähigkeitsanalysen verwendet werden kann.

[9] Siehe z. B. Schmölders, G., Hansmeyer, K.-H. (1980): Allgemeine Steuerlehre, 5. Aufl., Berlin, S. 123.

elastizität von 1 anstrebt bzw. erhalten will. Ursprünglicher Zweck der Tragfähigkeitsanalyse ist es dagegen, die Konsequenzen einer Fortschreibung gegenwärtiger Finanzpolitik, d. h. unter anderem die Konsequenzen unveränderter Besteuerung, aufzuzeigen. Soll mit einer Tragfähigkeitsrechnung u. a. zukünftiger steuerpolitischer Handlungsbedarf offen gelegt werden, so muss sie auf empirisch basierten Elastizitätspfaden beruhen, die zunächst die Wirkungen unveränderter Besteuerung simulieren.[10] Die Notwendigkeit der differenzierten Steuerprojektion wird auch dort offensichtlich, wo Aufkommenselastizitäten bewusst gesenkt werden: Ziel eines Steuersenkungspakets z. B. ist es zunächst, die Ergiebigkeit der Besteuerung zu schmälern. Dass ein daraus folgender Einnahmenpfad in der Tragfähigkeitsrechnung abbildbar sein muss, um seine Rückwirkungen auf die Tragfähigkeit der Finanzpolitik beurteilen zu können, liegt auf der Hand.

Der solcherart auf der Einnahmenseite „angereicherte“ Tragfähigkeitsansatz wird im Gutachten für die Betrachtung der Aufkommenswirkungen lenkender Besteuerung genutzt. Er ist aber auch in der Analyse vieler anderer Zukunftsfragen der Finanzpolitik auf Einnahmen- und Ausgabenseite einsetzbar. Jedoch müssen, wo auch immer Tragfähigkeitsrechnungen genutzt werden, ihre methodischen Grenzen berücksichtigt werden: Beispielsweise können sie, wie erwähnt, nur eine – wenn auch wichtige – Dimension der Nachhaltigkeit der Politik abbilden. Insofern können Tragfähigkeitsindikatoren auch nicht als alleinige Maßstäbe für die intertemporale „Güte“ einer Finanzpolitik verstanden werden.

3 Lenkende Besteuerung

Lenkende Besteuerung, also steuerliche Be- oder Entlastung zu Lenkungszwecken, lässt sich ökonomisch weder normativ noch wirkungsseitig eindeutig von ausschließlich fiskalisch motivierter Besteuerung trennen: Steuerliche Differenzierungen dienen nicht immer Lenkungs- bzw. „Sozialzwecken“; vielfach folgen sie auch aus der Umsetzung des Leistungsfähigkeitsprinzips. Insoweit ist die folgende Übersicht belastender und entlastender Lenkungszwecke bei deutschen Steuern als „konservative“ Zusammenstellung zu verstehen: Überall, wo eine steuerliche Differenzierung auch Ausdruck des Leistungsfähigkeitsprinzips sein kann, ohne unplausibel zu wirken und der sonstigen Steuergestaltung zu widersprechen, ist kein Lenkungszweck genannt.

Die Übersicht umfasst nur solche Lenkungszwecke, die sich an einzelne Bürger und private Haushalte richten, nicht aber Lenkungszwecke gegenüber Unternehmen. Viele der vorgenommenen Zuordnungen bedürfen kaum der vertiefenden Erläuterung. Die Erhöhungen der Mineralölsteuer und die Einführung der Stromsteuer sind Teil der Ökologischen Steuerreform; Alkohol- und Tabakbesteuerung wird traditionell mit dem Jugend- und Gesundheitsschutz gerechtfertigt. Rennwett-, Lotterie- und auch die Vergnügungsteuer sollen dem Jugendschutz dienen. Andere Lenkungszwecke beziehen sich nur auf einen Teil der potenziellen Bemessungsgrundlage, zum Beispiel sind die für die Grundsteuer genannten Schutzgüter den Steuerbefreiungen für Grundstücke unter Naturschutz und für die Liegenschaften von Krankenhäusern sowie karitativen Einrichtungen geschuldet.

Die umsatzsteuerliche Behandlung von Wohnungsmieten kann als erstes Beispiel für einen Konflikt zwischen steuerlicher Lenkung und Dauerergiebigkeit dienen. Neben den Aufkommenselastizitäten wurden für ausgewählte Steuern auch die Bemessungsgrundlagenelastizitäten für gleitende Stützbereiche von jeweils 10 Jahren regressionsanalytisch ermittelt. Eine Steuer, deren Bemessungsgrundlagenelastizität auf Dauer gleich oder größer 1 ist, kann als besonders dauerergiebig gelten, weil kontinuierliche Ergiebigkeit auch ohne Eingriffe in den Tarif oder Steuerprogression

[10] Wobei mit empirischer Basierung nicht die einfache Fortschreibung der in der Tabelle dargestellten Aufkommenselastizitäten gemeint ist. In diese sind schließlich auch die Wirkungen von Steueränderungen eingegangen.

Lenkungszwecke im deutschen Steuersystem

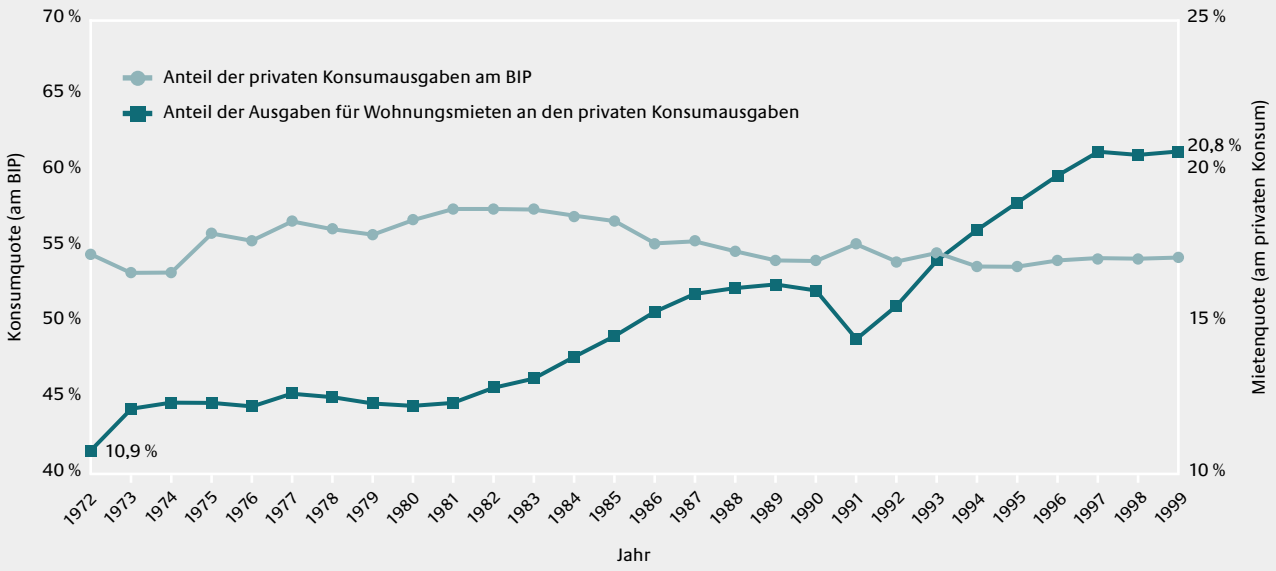
Zwecke / Steuer	Fiskal-zweck	Schutzgüter/Lenkungszwecke							
		Gesund-heit	Jugend-schutz	Umwelt-schutz	Familie	Wohnen	Denkmal-schutz	karitative und ähnliche Zwecke	Gefahren-abwehr
Biersteuer	X	X	X						
Branntweinsteuer	X	X	X						
Erbschaft-/Schenkungsteuer	X				X				
Grundsteuer	X	X		X				X	
Hundesteuer	X								X
Kraftfahrzeugsteuer	X			X					
Lohn- und Einkommensteuer	X					X	X	X	
Mineralölsteuer	X			X					
Rennwett- und Lotteriesteuer	X		X						
Schankerlaubnissteuer	X	X	X						
Schaumweinsteuer	X	X	X						
Stromsteuer	X			X					
Tabaksteuer	X	X	X						
Umsatzsteuer	X	X		X		X		X	
Vergnügungsteuer	X		X						

gewährleistet ist. Eine solche Steuer sollte die Umsatzsteuer sein: Bei konstanter volkswirtschaftlicher Konsumquote sollte die Bemessungsgrundlage der Steuer genauso stark wachsen wie das BIP, die entsprechende Elastizität läge bei 1. Empirisch war dies jedoch beginnend mit dem Stützbereich 1978 bis 1988 in Deutschland nicht mehr der Fall; die USt-Bemessungsgrundlagenelastizität ist ab 1980 sogar auf rund 0,9 gesunken.[11] Wie die auf Seite 72 folgende Abbildung zeigt, kann dies nicht auf kontinuierliches Sinken der Konsumquote zurückgeführt werden, diese schwankte im Betrachtungszeitraum 1972 bis 1999 zwar leicht, hat aber nicht merklich abgenommen.

Das Sinken der Bemessungsgrundlagenelastizität lässt sich primär durch graduelle Substitution umsatzsteuerpflichtigen Konsums durch steuerfreien Konsum erklären, d. h. die relativen Ausgaben der Haushalte insbesondere für Wohnzwecke sind deutlich gestiegen. Das ist hier nur am Beispiel der Mietausgaben an den privaten Konsumausgaben dargestellt: Bei recht konstanter Konsumquote hat sich der Anteil der Ausgaben der privaten Haushalte für Wohnungsmieten an ihren gesamten Konsumausgaben zwischen 1972 und 1999 von 10,9 % auf 20,8 % beinahe verdoppelt.[12] Auch wenn dieser Wandel in der Konsumstruktur nicht primär steuerlich verursacht sein muss, zeigt sich doch deutlich, wie der meritorisierende Zweck, mit dem bestimmte Gütergruppen von der Umsatzsteuer befreit werden, die Dauerergiebigkeit der Umsatzbesteuerung insgesamt untergraben kann.

[11] Der letzte berücksichtigte Stützzeitraum ist 1988 bis 1997.
[12] Daten ab 1991 für Gesamtdeutschland. Selbstredend kann eine Betrachtung allein der Mietenquote nur eine Teilerklärung liefern. Angesichts der Beinahe-Verdoppelung der Mietenquote dürfte deren Gewicht allerdings auch in einer vollständigen Erklärung recht hoch sein.

Konsumquote/Mietenquote 1972 bis 1999



Quelle: StBA, eigene Berechnungen.

In dieser Deutlichkeit werden solche Phänomene i. d. R. nur vorübergehend zu beobachten sein – Mietenquoten verdoppeln sich nicht immer wieder. Angesichts der absehbaren Steigerung der Altenquoten könnte in Zukunft eher die Umsatzsatzsteuerbefreiung von heilberuflichen und sozialen Leistungen die Dauerergiebigkeit der Umsatzsteuer belasten. Solche Risiken können natürlich durch kompensatorische Erhöhungen des USt-Regelsatzes fiskalisch abgefedert werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass mit jeder Anhebung des Regelsatzes die Steuerspreizung zum nicht besteuerten Konsum wächst – und damit auch der Substitutionsanreiz.

Eine andere Art von potenziellem Konflikt zwischen Lenkung und Dauerergiebigkeit findet man bei Lenkungssteuern im engeren Sinne – belastenden Steuern, die vom besteuerten Konsum „ablenken“ sollen. Als traditionelle Sozialzwecksteuern in diesem Sinne werden die Alkholsteuern auf Branntwein und Bier sowie die Tabaksteuer betrachtet; als vergleichsweise neue die zu ökologischen Lenkungszwecken erhöhte Mineralölsteuer.

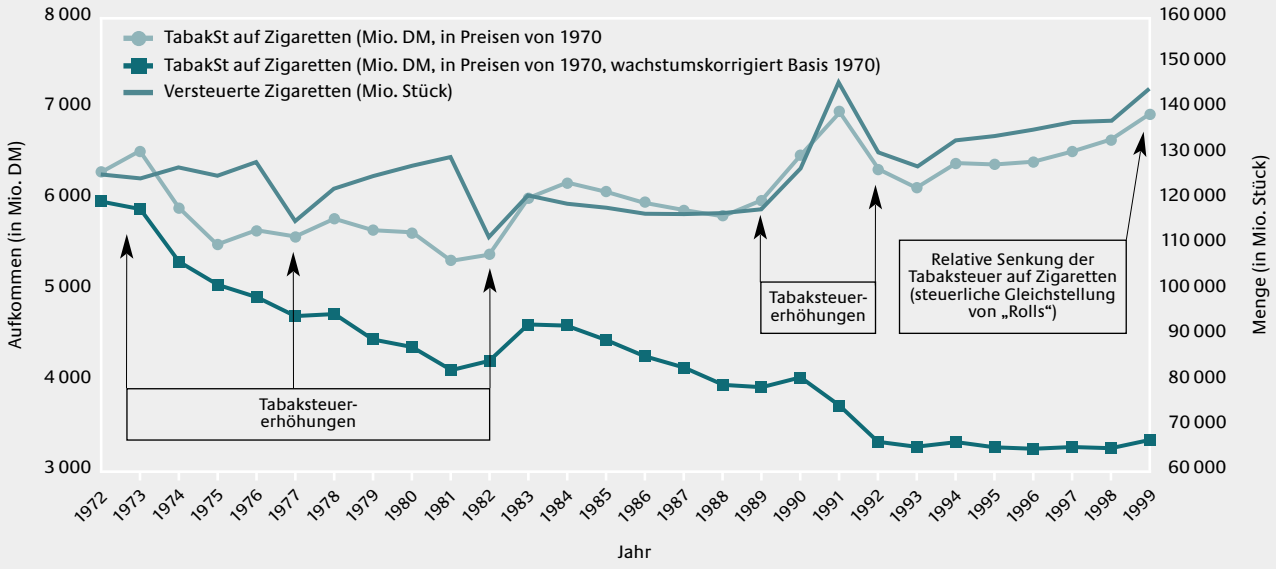
Tabak- und Mineralölsteuer sind in regelmäßigen Abständen erhöht worden bzw. werden dies auch aktuell. Welches politische Gewicht dabei jeweils expliziten Lenkungsabsichten oder „nur“ billigender Inkaufnahme von Lenkungswirkungen zukam, macht für die empirischen Lenkungs- und Aufkommenseffekte keinen Unterschied. Für unsere Untersuchungsfrage interessant sind vor allem die Unterschiede zwischen Tabak- und Mineralölsteuer.

Die nebenstehende Abbildung stellt die Menge versteuerter Zigaretten dem realen Aufkommenspfad der Tabaksteuer auf Zigaretten[13] (in Preisen von 1970) und einem Äquivalent dieses Aufkommenspfades gegenüber, bei dem von einem konstanten BIP ausgegangen wird. Verläuft dieser Graph genau waagerecht, hätte die Steuer einen konstanten Beitrag zu einem fiktiven Gesamtsteueraufkommen mit einer Aufkommenselastizität von 1 erbringen können.

Der Zigarettenabsatz verläuft in den betrachteten Jahren beinahe zickzackartig. Sieht man von

[13] Damit wird der größte Teil des Tabaksteueraufkommens erfasst: Der Anteil der Zigaretten an dem gesamten Steuerwerten der Tabaksteuer liegt in den betrachteten Jahren bei 92 % oder mehr.

Tabaksteuer auf Zigaretten: Bemessungsgrundlage und Realaufkommen 1972 bis 1999



Quelle: StBA, eigene Berechnungen.

der vereinigungsbedingten Spitze (Ausdehnung des Steuergebiets) ab, scheint er vor allem von der Steuergesetzgebung beeinflusst zu werden. Besonders die Tabaksteuererhöhungen 1977 und 1982 können eindeutig als die Ursachen für massive Absatzeinbrüche identifiziert werden. Das Gleiche gilt für die Steuererhöhung von 1989; in der Abbildung wird der Effekt von der Nachfrageausdehnung nach Öffnung der innerdeutschen Grenzen im Herbst 1989 überlagert.[14]

Ob die frühen Lenkungswirkungen nur als vorübergehende „Grolleffekte“ verstanden werden sollen, oder ob die Steuererhöhungen einen so genannten „Sperrklinkeneffekt“ bewirkt haben, d.h. den (weiterhin progressiven) Absatzpfad auf ein niedrigeres Niveau heruntergedrückt haben, kann im Nachhinein nicht mehr festgestellt werden. Von der 1982er Steuererhöhung hat sich im Gegensatz dazu der Zigarettenabsatz bis zur deutschen Vereinigung nicht mehr erholt. Hier scheint also ein steuerlicher Lenkungsimpuls auch einen lang anhaltenden Lenkungserfolg mit sich gebracht zu haben.[15]

Zur Frage nach der Dauerergiebigkeit der Tabaksteuer angesichts der Lenkungserfolge richtet sich der Blick auf die Unterschiede zwischen den Steuererhöhungen 1977 und 1982 und der Steuererhöhung von 1992. Die beiden länger zurückliegenden Erhöhungen zeigen, dass es in dieser Zeit keinen Konflikt zwischen Lenkungs- und Fiskalzweck gab, jeweils konnte das reale Aufkommen gesteigert werden, während zugleich ein merklicher Lenkungserfolg erzielt wurde. Die Steuererhöhung von 1992 dagegen war die erste, bei der ein wiederum umfangreicher Lenkungseffekt mit einem Absinken des realen Aufkommens

[14] Siehe hierzu Körner, J., Okada, H., Walle, S. (1996): Wirkungen von Tabaksteuererhöhungen und autonomen Preisänderungen auf den Absatz von Zigaretten, ifo-Studien zur Finanzpolitik Nr. 62, München. Körner und Koautoren zeigen auch, dass die deutlichen Lenkungswirkungen von Steuererhöhungen bei Zigaretten nur zum kleinen Teil auf Substitutionseffekte zugunsten preisgünstigerer Ersatze, zum größeren Teil auf echte Verbrauchseinschränkungen zurückzuführen sind.

[15] Zweifellos muss mit derartigen monokausalen Erklärungen vorsichtig umgegangen werden. Auf die Entwicklungen des Tabakabsatzes nehmen auch andere Faktoren Einfluss, zum Beispiel abnehmende soziale Akzeptanz des Rauchens und gewandeltes Gesundheitsbewusstsein. Angesichts der illustrierten, sehr eindeutigen Zusammenhänge kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass hohe Bruttopreise für Tabakwaren auch einen beschleunigenden Einfluss auf solchen Bewusstseinswandel genommen haben.

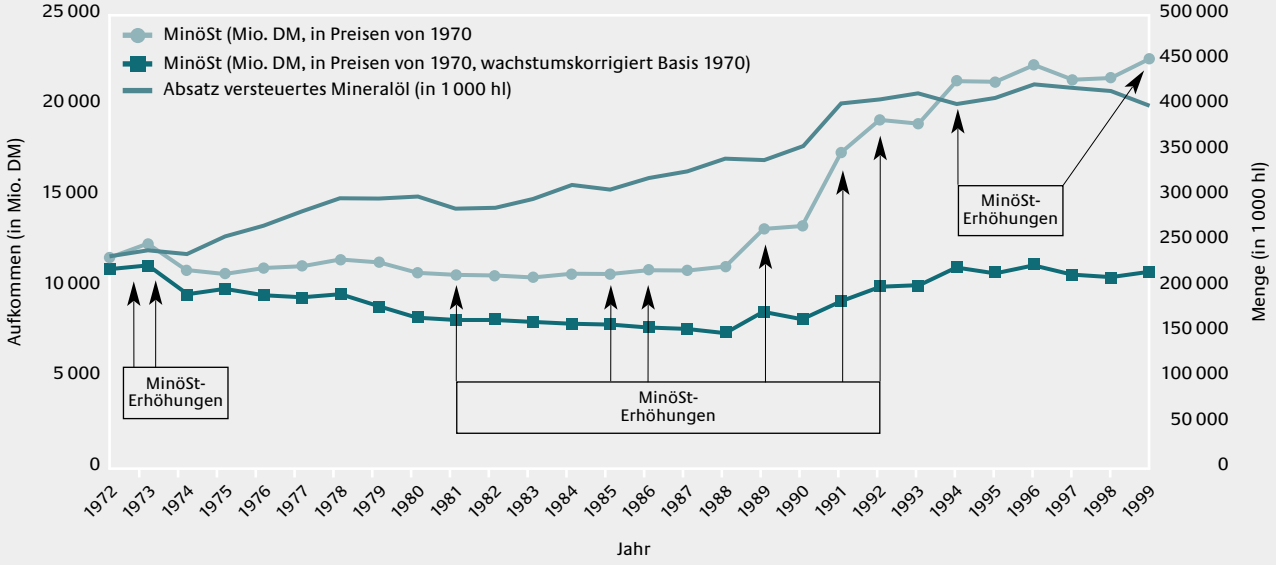
einherging, der Lenkungszweck geriet in Konflikt mit dem Fiskalzweck. Offensichtlich hat sich in der Zwischenzeit etwas geändert: Die durchschnittliche Preiselastizität der Zigarettennachfrage ist gestiegen. Es muss damit noch nicht angenommen werden, dass jede zukünftige Tabaksteuererhöhung ebenfalls einen fiskalischen „Rückschlag" bewirken wird. Dies wäre nur der Fall, wenn die durchschnittliche Preiselastizität der Nachfrage konstant hoch bliebe. Weitere Steuererhöhungen können aber gleichermaßen die relativ preiselastischen Raucher aus dem Markt drängen, sodass irgendwann ein „harter Kern" mit recht geringer Preiselastizität der Nachfrage übrig bliebe. Ab diesem Zeitpunkt würden weitere Steuererhöhungen wiederum ein real konstantes oder steigendes Aufkommen ermöglichen (allerdings auf niedrigerem Niveau).

Das Tabaksteuerbeispiel zeigt: Bei Lenkungssteuern, die sich auch durch regelmäßige Lenkungsaktivitäten des Steuergesetzgebers auszeichnen, kann der Lenkungszweck sowohl mit dem Fiskalzweck harmonieren, als auch mit diesem konfligieren.

Entscheidend für den langfristigen Beitrag einer Lenkungssteuer zur Tragfähigkeit der Finanzpolitik sind die zukünftigen Preiselastizitäten der Nachfrage bei den belasteten Gütern im Zusammenspiel mit der Intensität und Häufigkeit der steuergesetzlichen Lenkungsaktivitäten.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen: Die Besteuerung von Gütern oder Verhaltensweisen mit geringer Einkommenselastizität der Nachfrage (so auch Tabakwaren) steht per se im Konflikt mit dem Postulat der Dauerergiebigkeit. Ohne Steuererhöhungen – seien sie nun mit einer Lenkungsabsicht verbunden oder nicht – sind sie nicht geeignet, einen langfristig stetigen Beitrag zur Tragfähigkeit der Finanzpolitik zu leisten.

Mineralölsteuer: Bemessungsgrundlage und reales Aufkommen 1972 bis 1999



Quelle: StBA, eigene Berechnungen.

Bei der gleichen Gegenüberstellung für den Absatz versteuerten Mineralöls und des Realaufkommens der Mineralölsteuer zeigt sich ein anderer Zusammenhang zwischen Lenkungszweck[16] und Dauerergiebigkeit.

Für die Mineralölsteuer lässt sich empirisch ab dem Jahr 1990 kein Konflikt zwischen Fiskalziel und Lenkungsziel aufzeigen. Wäre die Steuer weiterhin nur defensiv erhöht worden, um die inflationäre Entwertung der Mengensteuersätze auszugleichen, wäre eine solche reale Aufkommenssteigerung nicht möglich gewesen. Erst die bewusste Inkaufnahme bzw. explizite Absicht, auch Lenkungswirkungen hervorzurufen, hat die Mineralölsteuer wieder zu einer Steuer gemacht, die sich als sehr ergiebig darstellt. Auch hier sind es jedoch die (ungewissen) zukünftigen Preis-Absatz-Elastizitäten, die bestimmen, ob und wann kontinuierliche Mineralölsteuererhöhungen dazu führen, dass das Realaufkommen erst stagniert und dann sinkt.

Die Mineralölsteuer unterscheidet sich in noch einem Aspekt als Lenkungssteuer deutlich von der Tabaksteuer: bei der Besteuerung von Substituten. Bei der Tabaksteuer ist der Steuertatbestand zugleich auch das sozial unerwünschte Verhalten, das über Lenkungsbesteuerung eingedämmt bzw. reduziert werden soll. Konsequenterweise werden auch alle Tabakwaren besteuert, es gibt keine (legalen) steuerfreien Substitute. Mineralölverbrauch dagegen ist nicht „Selbstzweck"; die unter seinem Einsatz erzeugten Güter (z. B. Mobilität, Heizungswärme) unterliegen an sich keinem Lenkungszweck. Weniger klimaschädliche Substitute – bei den Kraftstoffen sind dies derzeit Flüssig- und Erdgas – werden ermäßigt besteuert, um Anreize zum Wechsel zu setzen. Langfristig gesehen hängt damit die Aufkommensentwicklung der Mineralölsteuer nicht nur von der absatzdämpfenden Lenkungswirkung bei den besonders klimaschädlichen Kraftstoffen ab, sondern auch von den Substitutionselastizitäten hin zu weniger oder gar nicht besteuerten Ersatzstoffen.

In der langen Frist muss aber jede Steuer, bei der der Steuersatz aus Lenkungsabsichten regelmäßig gesteigert wird, irgendwann „umkippen", d. h. auf einen Pfad mit sinkender Aufkommenselastizität einschwenken. Ob die Mehrerträge aus regelmäßigen Steuererhöhungen vor diesem – nur grob zu projizierendem – Wendepunkt ausreichen, um die anschließenden relativen Mindererträge auszugleichen, kann nur mit einer intertemporalen Budgetanalyse untersucht werden.

4 Die Modellrechnungen: Überblick über die Ergebnisse

Im Folgenden werden im zugrunde liegenden Gutachten nach Steuerarten und Einzelsteuern differenzierte Steuerprojektionen in eine langfristige Tragfähigkeitsanalyse eingebracht. Als Beispiel dienen verschiedene, fiktive Lenkungssteuerszenarien zu umweltpolitischen Zwecken, die einer stilisierten Finanzpolitik des deutschen „Gesamtstaats" gegenübergestellt werden. Der demographische Wandel wird ebenfalls berücksichtigt. Die Methoden, Parameter und Ergebnisse der umfangreichen Rechnungen können hier nicht ausführlich hergeleitet und dargestellt werden.[17] Hier seien nur die wesentlichen Ergebnisse kurz skizziert:

- Es ist kein genereller Konflikt zwischen Lenkungsbesteuerung und Tragfähigkeit der Finanzpolitik festzustellen. Je nach Ausgestaltung der Lenkungssteuern und nach deren Lenkungswirkung können sie entweder einen Beitrag zur Senkung von Tragfähigkeitslücken liefern, oder aber diese vertiefen. In den Simulationen auftretende Tragfähigkeitslücken sind aber ursächlich auf die deutlich werdenden

[16] Mit einem expliziten, umweltpolitischen Lenkungszweck werden zwar erst die ab 1999 vorgenommenen Mineralölsteuererhöhungen im Rahmen der Ökologischen Steuerreform gerechtfertigt. Dass aber auch schon frühere Steuererhöhungen ebenso lenkend wirken konnten, liegt auf der Hand.
[17] Siehe Abschnitt E der Langfassung.

Ageing-Probleme – und nicht auf die Lenkungssteuerszenarios – zurückzuführen.

- Sehr wahrscheinlich ist ein Konflikt zwischen Tragfähigkeit und Lenkungsbesteuerung bei Steuerentlastung mit Lenkungsabsicht für sozial erwünschte Verhaltensweisen oder erwünschten Konsum. Wie am Beispiel der Umsatzsteuer gezeigt wurde, sind die faktischen Nullsteuersätze Wohnungsmieten durchaus geeignet, die ansonsten gute Dauerergiebigkeit dieser Steuer merklich zu belasten.
- Bei belastender Lenkungsbesteuerung müssen zwei Fälle unterschieden werden: (1) „alte" Lenkungssteuern, die zwar weiterhin als Sozialzwecksteuern gerechtfertigt werden, bei denen aber seit längerem kein steuerpolitische Lenkungsinteresse mehr festzustellen ist. Die Dauerergiebigkeit der Alkoholsteuern auf Branntwein und Bier ist tatsächlich sehr gering. Ursache dafür ist aber nicht die Lenkungsbesteuerung, sondern der Umstand, dass bei diesen Mengensteuern auf inferiore Güter die Steuersätze nicht einmal zum Inflationsausgleich angepasst werden. Bei anderen Mengensteuern, mit denen kein Sozialzweck verbunden ist (z. B. Kaffeesteuer), sind die gleichen Trends zu beobachten. (2) Lenkungsteuern, bei denen regelmäßige steuergesetzliche Lenkungsaktivitäten festzustellen sind, d. h. Steuererhöhungen, bei denen eine Lenkungswirkung zumindest billigend in Kauf genommen wird. Hier kann die Dauerergiebigkeit mithilfe tatsächlich lenkender Steuererhöhungen entweder gefährdet (Tabaksteuer in der jüngeren Vergangenheit) oder aber erst hergestellt werden (Mineralölsteuer).
- Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Tragfähigkeit der Finanzpolitik ein sehr wichtiges, aber bei weitem nicht das einzige Element im Zielspektrum nachhaltiger Politik ist. Wo der Lenkungszweck zugleich einem Nachhaltigkeitsziel dient – wie z. B. bei den Ökosteuern – geht jede Tragfähigkeitseinbusse aufgrund starker Lenkungswirkungen mit einem Nachhaltigkeitsgewinn in der ökologischen Dimension einher. Diesen Trade-off gibt es natürlich gleichermaßen, wenn wegen „nur" mäßiger Lenkungswirkung die Tragfähigkeit der Finanzpolitik weniger stark oder gar nicht beeinträchtigt wird.

Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Bundesverwaltung

1 Ziele des Einsatzes neuer Steuerungsinstrumente 77
2 Vorgehensweise in der Bundesverwaltung 77
3 Stand der KLR-Einführung 78
4 Koordinierungsmaßnahmen des Bundesministeriums der Finanzen 79
5 Produktorientierter Haushalt 79
6 Ergebnisse und Perspektive 80

1 Ziele des Einsatzes neuer Steuerungsinstrumente

Die Finanzwirtschaft der Bundesverwaltung basiert auf dem System der Kameralistik. Im Rahmen dieser Darstellung erfassen Haushaltspläne nur Einnahmen und Ausgaben, d. h. nur unmittelbar zahlungswirksame Geldströme. Die Kameralistik ist aufgrund ihrer umfassenden Funktionalitäten – vor allem ist sie grundlegendes Instrument zur Budgetbewilligung – als Organisationssystem eines öffentlichen Haushaltes unverzichtbar. Bestimmte, für eine Steuerung der Finanzmittel relevante Informationen werden durch sie jedoch nicht geliefert. Da das kamerale Rechnungswesen nur auf die Liquidität ausgerichtet ist, bleibt ein Teil des Ressourcenverbrauchs unberücksichtigt. So ist insbesondere der überjährige Ressourcenverzehr von Maßnahmen (der durch die so genannten kalkulatorischen Kosten wie z. B. Abschreibungen oder Pensionszuschläge abgebildet wird) aus einer kameralistischen Darstellung nicht erkennbar. Auch kann keine Aussage darüber getroffen werden, welche Leistungen in der Verwaltung wie viel Geld kosten. Daraus ergibt sich das Bedürfnis, als Ergänzung des kameralistischen Haushalts auch Kosteninformationen zu ermitteln. Das dafür angewandte Instrument ist die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR). Sie informiert über Kosten und verknüpft diese mit Leistungen. Dadurch kann das Verhältnis von eingesetzten Kosten und erzielten Arbeitsergebnissen (Produkten) ermittelt werden. Die KLR schafft damit höhere Transparenz hinsichtlich der Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen. Solche Kosteninformationen können zunächst verwaltungsintern als Grundlage von Controllingsystemen eingesetzt werden. Sie können aber auch extern – ergänzend zu der kameralistischen Darstellung – Kosten bestimmter Bereiche des Verwaltungshandelns (Produktgruppen) im Haushaltsplan abbilden.

2 Vorgehensweise in der Bundesverwaltung

Mitte der 90er-Jahre wurde im Bundesbereich begonnen, die KLR zu erproben. Hierauf aufbauend sollten betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente eingesetzt werden. Festgestellt werden sollte insbesondere, inwiefern in unterschiedlich arbeitenden Behörden nicht nur Kostenarten oder Kosten pro Kostenstelle (z. B. Referate) zu ermitteln seien, sondern auch auf die eigentlichen Arbeitsergebnisse – Produkte – bezogene Kosten festgestellt werden könnten. Nach einer ersten „Pilotierung“ in vier Behörden, aus der sich die grundsätzliche Anwendbarkeit der KLR ergab, legte das Bundesministerium der Finanzen im Jahr 1997 folgendes Vorgehensmodell fest:

- verbindliche Vorgabe eines KLR-Standards („Standard-KLR“, veröffentlicht in der Vorschriftensammlung Bundesfinanzverwaltung),
- darauf aufbauende behördenspezifische Ausgestaltung der KLR,
- haushaltsrechtliche Vorgabe (§ 7 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung) der KLR-Einführung in geeigneten Bereichen der Verwaltung,
- Förderung der Einführung u. a. durch Bereitstellung von Haushaltsmitteln für externe Beratungsunterstützung bei Pilotprojekten aus unterschiedlichen Verwaltungsbereichen.

Um einen möglichst umfassenden Eindruck über die Anwendbarkeit der KLR und darauf aufbauender Steuerungsinstrumente zu erreichen, wurden unterschiedliche Arbeitseinheiten pilotiert. Diese können nach ihrem Arbeitsbereich („traditionelle“ Verwaltungsbehörden, wissenschaftlich arbeitende Behörden bzw. Zuwendungsempfänger) und nach ihrer Organisationsform bzw. Stellung im Verwaltungsaufbau (Flächenbehörden, Oberbehörden, Oberste Bundesbehörden, Zuwendungsempfänger) unterteilt werden. Neben den eigentlichen Pilotprojekten haben weitere Behörden – ohne Pilotcharakter – KLR eingeführt.

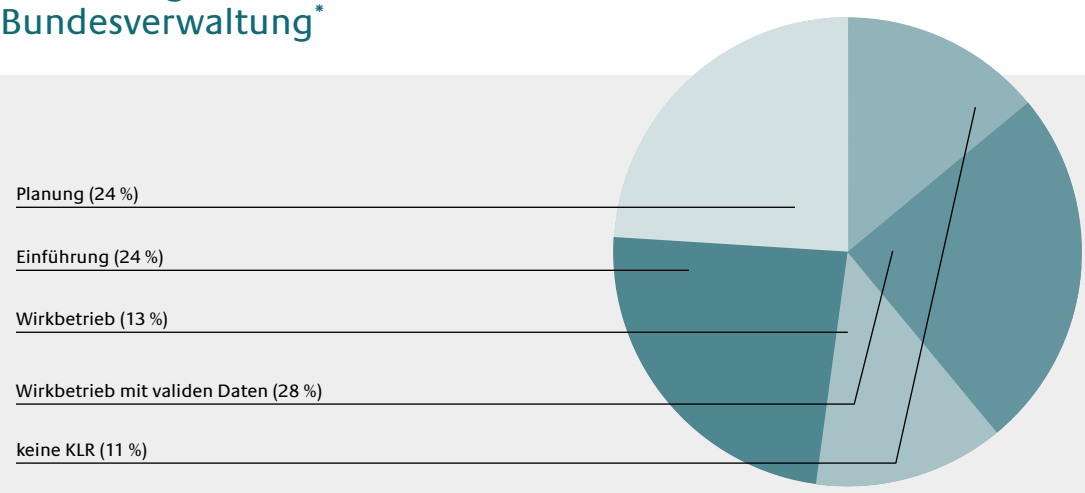
3 Stand der KLR-Einführung

Die bisherige Erprobung der KLR hat gezeigt, dass eine Einführung in Behörden prinzipiell möglich ist; für die KLR ungeeignete Bereiche konnten bislang nicht identifiziert werden. In den letzten Jahren hat sich dabei die Anzahl der Behörden, die die Einführung von KLR zumindest planen, kontinuierlich erhöht. Diese Behörden umfassen derzeit ca. 89 % des Stellen- und Planstellenbestandes der Bundesverwaltung (siehe Grafik).

Insbesondere findet auch im Bereich der obersten Bundesbehörden KLR/Controlling verstärkt Einzug:

- Das Projekt des Auswärtigen Amtes – eines der ersten KLR-Pilotprojekte in der Bundesverwaltung überhaupt – befindet sich in der Zentrale sowie an über 30 Auslandsvertretungen im Wirkbetrieb. Es ist davon auszugehen, dass weitere Auslandsvertretungen baldmöglichst in den Wirkbetrieb einbezogen werden.
- Im Bundesministerium des Innern ist für die Abteilung BGS ein Controlling-Konzept entwickelt worden, welches prinzipiell für das gesamte Ministerium als geeignet gilt.
- Im Bundesministerium der Finanzen ist ein umfassendes Controlling-System konzeptioniert worden. Die Haushaltsabteilung des Bundesfinanzministeriums hat hierbei als erste Abteilung mit der Umsetzung begonnen, die Zentralabteilung ist dem unmittelbar gefolgt. In beiden Abteilungen ist der Wirkbetrieb aufgenommen worden. Mit Beginn des Jahres 2002 werden im Rahmen des „Roll-outs“ auch die anderen Abteilungen einbezogen; das Projekt soll bis Mitte 2004 das gesamte Ministerium erfassen.
- Neben diesen „Pilotbehörden“ des Bundesministeriums der Finanzen haben auch andere oberste Bundesbehörden Controlling-Aktivitäten begonnen.
  - So wurde im Bundesministerium für Wirtschaft eine Controlling-Konzeption ent-

Einführungsstand der KLR in der Bundesverwaltung*



* Stellen-Soll im Bundeshaushalt 2001 = 100 %.

wickelt, die derzeit in zwei Pilotabteilungen praktisch erprobt wird und Elemente einer Kosten- und Leistungsrechnung enthält.
- Controlling im Bundesministerium der Verteidigung umfasst mit der im Frühjahr 2001 vorgenommenen Einrichtung des Stabes Leitungscontrolling nunmehr Controlling für die Leitung, alle Führungsstäbe und Abteilungen des Ministeriums sowie Rüstungsvorhaben.
- Das Bundeskanzleramt plant derzeit die Einführung eines KLR/Controlling-Projektes.

Aber auch in der nichtministeriellen Bundesverwaltung ist der KLR-Einführungsprozess erfolgreich. So wurde für die Flächenverwaltungen des Bundes festgelegt, dass die aufwändige grundlegende Konzeption der KLR jeweils nur in einem kleinen Teil der Verwaltung vorgenommen werden soll. Durch anschließendes „Ausrollen" wird dann – ressourcenschonend – die Einführung in der gesamten Flächenverwaltung erzielt. Dieser „Ausrollprozess" erstreckt sich z. B. bei der Zollverwaltung bereits auf mehrere OFD-Bezirke.

Damit werden in beinahe allen Ressortbereichen KLR-Verfahren angewandt. Auch sind Behörden mit unterschiedlicher sachlicher Ausgestaltung sowie von unterschiedlichen Hierarchiestufen erfolgreich pilotiert worden.

Auch außerhalb der unmittelbaren Bundesverwaltung, bei den institutionell geförderten Zuwendungsempfängern des Bundes, wird die KLR eingesetzt. Circa 78 % der größeren (mehr als 100 Beschäftigte) Zuwendungsempfänger beschäftigen sich mit Kosten- und Leistungsrechnungsverfahren. Damit wird die aus den Pilotprojekten des Bundesministeriums der Finanzen gewonnene Erfahrung bestätigt, dass die KLR auch für die Zuwendungsempfänger des Bundes ein geeignetes Steuerungsinstrument darstellt. Um eine Entscheidung über eine sinnvolle Einführung treffen zu können, ist jeweils die Situation der einzelnen Einrichtung zu beurteilen.

4 Koordinierungsmaßnahmen des Bundesministeriums der Finanzen

Durch die Verankerung der Kosten- und Leistungsrechnung im Haushaltsrecht obliegt die Koordination des Einführungsprozesses dem Bundesministerium der Finanzen.

Sowohl noch im Entwicklungsstadium befindliche als auch bereits im Wirkbetrieb stehende Pilotprojekte werden dabei in die fachliche Betreuung einbezogen.

Neue Pilotprojekte sollen generell bereits ein auf der KLR basierendes Controlling-System umfassen. Ziel ist es, die gewonnenen Erkenntnisse zu einem „Controlling-Leitfaden" für die Bundesverwaltung zusammenzustellen.

In der Betreuung der Einzelpilotprojekte unterstützt das Bundesministerium der Finanzen auch den Informationsaustausch zwischen den einzelnen Pilotbehörden. Dabei sollen Behörden, die durch ihre Organisationsstruktur oder fachliche Tätigkeit für die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung relevante Ähnlichkeiten aufweisen, Synergien im Einführungsprozess nutzen können. Darüber hinaus werden für die praktische Einführung relevante Themen in regelmäßigen Abständen im Kreis der „Ressortkoordinatoren" erörtert. Ebenso findet ein bundesweiter Erfahrungsaustausch auf den jährlich stattfindenden, so genannten „Bundescontrollertreffen" statt.

5 Produktorientierter Haushalt

Bereits im Haushaltsplan 2001 waren für die vier Pilotbehörden

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Kap. 0403)
- Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Kap. 0612)
- Kraftfahrt-Bundesamt (Kap. 1212)
- Eisenbahn-Bundesamt (Kap. 1221)

produktorientierte Haushaltsdarstellungen ohne Zahlen abgebildet. Im Regierungsentwurf 2002 sind als weitere Piloteinrichtungen die Zollverwaltung als Teil der Bundesfinanzverwaltung (Kap. 0804) und das Umweltbundesamt (Kap. 1605) hinzugekommen.

Das Pilotprojekt Produkthaushalt basiert auf der eingeführten KLR und lenkt den Blick auf die von einer Behörde „produzierten" Leistungen. Während für die Haushaltsbewilligung durch das Parlament der „Input" in Form der Ausgaben- und Verpflichtungsermächtigungen im Mittelpunkt des Interesses steht, rückt die produktorientierte Haushaltsdarstellung den „Output" der Behörde in den Vordergrund. Damit wird ein Instrument zur outputorientierten Steuerung geschaffen, bei der in erster Linie Aufgaben, Produkte und Wirkungen des Verwaltungshandelns betrachtet werden. Der produktorientierte Haushalt stellt eine Ergänzung zum bisherigen Haushaltsverfahren dar. Die Erkenntnisse aus den Pilotprojekten können für eine Fortentwicklung des Haushaltswesens genutzt werden.

6 Ergebnisse und Perspektive

- Das vom Bundesministerium der Finanzen gewählte Vorgehensmodell – Einführung von KLR in der Bundesverwaltung durch verbindliche Vorgabe eines KLR-Standards als Rahmen der behördenspezifischen Fachkonzepte – hat sich bewährt. Mittels der Verwendung des Standards, welcher neben inhaltlichen Vorgaben auch Hinweise zur praktischen Einführung der KLR gibt, konnten durch die entstehenden Synergieeffekte die Kosten für externe Beratung gering gehalten werden. Auch wurde die nötige Einheitlichkeit der KLR-Systeme sichergestellt, ohne deren behördenindividuelle Ausgestaltung zu behindern.
- Eine stärkere Detaillierung und Verbindlichkeit der im Standard festgelegten KLR-Vorgaben ist derzeit nicht sinnvoll. Da der Standard als Grundlage für die KLR der unterschiedlichsten Behörden der Bundesverwaltung dient, muss der nötige Spielraum zur individuellen Ausgestaltung vorhanden sein. Anderenfalls könnte die Akzeptanz einer Standardisierungslösung an sich infrage gestellt werden. Ergänzungen des Standards sind jedoch in Teilbereichen möglich.
- KLR ist ein internes Steuerungsinstrument der Verwaltung, welches die Behörden bei ihrer durch die Haushaltsflexibilisierung eingeräumten eigenverantwortlichen Ressourcensteuerung unterstützt. Nachdem der eigentliche KLR-Einführungsprozess keine grundsätzlich ungeeigneten Bereiche gezeigt hat, ist nunmehr der Schwerpunkt der Aktivitäten auf eine zielgerichtete und sinnvolle Nutzung der durch KLR zu ermittelnden Daten zu legen. Controlling-Systeme können, neben den „harten" KLR-Daten, auch „weiche" Daten, wie z. B. Mitarbeiterzufriedenheit, als Grundlage für Steuerungsentscheidungen heranziehen. Die Verknüpfung beider Datengrundlagen zu einem wirtschaftlich arbeitenden Steuerungssystem wird Gegenstand weiterer Erprobungen sein.

Ziel der weiteren Tätigkeit des Bundesministeriums der Finanzen ist es damit,

- KLR-Verfahren zu Controlling-Verfahren weiterzuentwickeln,
- Modelle zur Integration der KLR-Verfahren in das Haushaltsverfahren zu erproben,
- solche Verfahren in allen Ressortbereichen zu pilotieren sowie die Gesamteinführung zu koordinieren.

Trotz der zufrieden stellenden Entwicklung bei der Einführung von KLR/Controlling ist dennoch festzuhalten, dass die umfassende Anwendung betriebswirtschaftlicher Instrumente in der Bundesverwaltung noch Zeit beanspruchen wird.

Erblastentilgungsfonds, Aufgaben und aktuelle Entwicklung

1 Aufgabenstellung 81
2 Rechtlicher Status 81
3 Finanzierung (1995 bis 1998) 81
4 Integration des ELF in den Bundeshaushalt 82
5 Aktueller Schuldenstand des ELF 82
6 Wirtschaftsplan 2002 83

1 Aufgabenstellung

Der Erblastentilgungsfonds (ELF) wurde durch das Föderale Konsolidierungsprogramm geschaffen und fasst die wesentlichen Elemente der finanziellen Erblasten der ehemaligen DDR zusammen, verzinst und tilgt sie. Er hat 1995 und 1997 folgende Verbindlichkeiten übernommen:

- Die Verbindlichkeiten des Kreditabwicklungsfonds (Vorläufer des ELF) aus in der Wendezeit aufgenommenen Krediten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, aus der Zuteilung von Ausgleichsforderungen an Kreditinstitute und Außenhandelsbetriebe in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gegen den „Ausgleichsfonds Währungsumstellung“ (AFW) und aus den zur Bedienung obiger Schulden aufgenommenen eigenen Refinanzierungsverbindlichkeiten.
- Als Mitschuldner die bis zum 31. Dezember 1994 aufgelaufenen Verbindlichkeiten der Treuhandanstalt aus Wertpapieremissionen und sonstigen aufgenommenen Krediten, übernommenen Altkrediten und Ausgleichsforderungen von Treuhandunternehmen (im Innenverhältnis zur Treuhandanstalt ist der Fonds alleiniger Schuldner).
- Altverbindlichkeiten von Wohnungsunternehmen und privaten Vermietern von Wohnraum im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nach den Vorschriften des Altschuldenhilfe-Gesetzes.
- Die am 1. Januar 1997 bei der Gesellschaft für kommunale Altkredite und Sonderaufgaben der Währungsumstellung (GAW) zu Buche stehenden Kredite für den Bau gesellschaftlicher Einrichtungen. (Als Beitrag zur Tilgung dieses Kreditvolumens zahlen die neuen Bundesländer während der Zeit des Bestehens des ELF dem Bund jährlich einen Beitrag von 143 Mio. €.)

Der Gesamtbetrag der vom ELF übernommenen Verbindlichkeiten ohne Berücksichtigung zwischenzeitlicher Tilgungen (Schuldenhöchststand) beläuft sich aus heutiger Sicht auf ca. 181,3 Mrd. € und wird sich nur noch geringfügig erhöhen.

2 Rechtlicher Status

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms (Artikel 37: Gesetz über die Errichtung eines Erblastentilgungsfonds [Erblastentilgungsfonds-Gesetz – ELFG] vom 23. Juni 1993 [BGBl. I S. 984 ff.]) ist der ELF als Sondervermögen des Bundes errichtet worden. Das ELFG wurde neu gefasst durch Bekanntmachung vom 16. August 1999 (BGBl. 1999 S. 1882 ff.), diese wurde zuletzt geändert durch § 14 Abs. 3 des Bundeswertpapierverwaltungsgesetzes vom 11. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3519, 3522).

Der Fonds ist nicht rechtsfähig, kann aber unter seinem Namen im rechtsgeschäftlichen Verkehr handeln, klagen und verklagt werden. Das Bundesministerium der Finanzen verwaltet den Fonds (§ 3 ELFG). Der Bund haftet für die Verbindlichkeiten des Fonds (§ 4 ELFG).

Der Fonds wird nach Tilgung seiner Verbindlichkeiten durch das Bundesministerium der Finanzen aufgelöst (§ 11 ELFG).

3 Finanzierung (1995 bis 1998)

Zur Abdeckung seiner Zins- und Tilgungsverpflichtungen erhielt der ELF 1995 bis 1998 jährlich

Zuführungen aus dem Bundeshaushalt in Höhe von grundsätzlich 7,5 % der bis zum Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres übernommenen Brutto-Verbindlichkeiten. Hinzu kamen z. T. sehr hohe Anteile aus dem Bundesbankgewinn (1995 bis 1998 insgesamt 25 Mrd. DM). Angesichts der hohen Netto-Tilgungen des Fonds (1995: 7 Mrd. DM, 1996: 11 Mrd. DM) wurden die Zuführungen des Bundes 1997 um 6 Mrd. DM herabgesetzt und 1998 um 5,1 Mrd. DM gekürzt. Da das Gesamtvolumen der Zuführungen trotz dieser Kürzungen die Zinsverpflichtungen überstieg, konnten 1997 7 Mrd. DM und 1998 24 Mrd. DM zur Bedienung fälliger Tilgungsverbindlichkeiten verwendet werden. Ansonsten wurden diese durch Mittelaufnahmen am Kapitalmarkt anschlussfinanziert. Aus diesem Grund war das Bundesministerium der Finanzen gesetzlich ermächtigt worden, für den Fonds Kredite aufzunehmen (§ 5 Abs. 1 ELFG, alte Fassung). Zu einer (Netto-) Neuverschuldung des Fonds konnte es aufgrund der gesetzlichen Zuführungsregelungen nicht kommen.

Als Instrumente für die Kreditaufnahme wurden im Interesse flexibler Marktinanspruchnahme Schuldverschreibungen, Schatzwechsel oder auch Schuldscheindarlehen eingesetzt.

4 Integration des ELF in den Bundeshaushalt

Im Zuge der Integration der Schulden des ELF in die Bundesschuld gemäß Schuldenmitübernahmegesetz vom 21. Juni 1999 (BGBl. I S. 1384) wird der Schuldendienst für die Schulden des ELF ab 1. Januar 1999 im Rahmen des allgemeinen Schuldendienstes des Bundes unmittelbar aus dem Bundeshaushalt geleistet, d. h. der Bund übernimmt die Anschlussfinanzierung der ELF-Schulden entsprechend den Fälligkeiten.

Zum Zeitpunkt der Schuldenintegration (1. Januar 1999) hat der Bund die bestehenden ELF-Schulden in Höhe von rund 156 Mrd. € als Mitschuldner übernommen. Zum Abbau dieser Verbindlichkeiten leistet der ELF auch weiterhin eigene Beiträge, indem er den über 3,5 Mrd. € hinausgehenden Bundesbankgewinn und die oben in Abschnitt II 4 genannten Zahlungen der neuen Länder von jährlich rund 143 Mio. € zur Tilgung einsetzt.

Soweit der ELF eigene Einnahmen, z. B. aufgrund von Abführungen der Banken nach D-Mark-Bilanzgesetz oder aus der Abführung von Veräußerungserlösen von Wohnungsunternehmen erzielt, werden diese zunächst für Ausgaben im Zusammenhang mit der Abwicklung von Außenhandelsbetrieben eingesetzt. Ein verbleibender Überschuss wird an den Bundeshaushalt abgeführt (§ 6 Abs. 2 ELFG). Im Jahre 2001 waren dies rund 0,8 Mrd. €.

Ende 2000 betrugen die Schulden des ELF nur noch rund 126,6 Mrd. €. Anfang 2001 wurden unter Einsatz von Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen Verbindlichkeiten des AFW von rund 34 Mrd. € getilgt. Ende 2001 betrugen die ELF-Schulden nur noch ca. 84,4 Mrd. €. Die letzte planmäßige Verbindlichkeit des ELF steht 2011 zur Tilgung an.

Somit wird der ELF aufgrund der 1999 erfolgten Schuldenmitübernahme durch den Bund erheblich früher getilgt als innerhalb einer Generation, wie ursprünglich bei seiner Errichtung im Jahr 1993 vorgesehen worden war.

5 Aktueller Schuldenstand des ELF

Bis Ende 2001 wurden im ELF die aus Tabelle 1 ersichtlichen Verbindlichkeiten zusammengefasst.

Dieser Stand wird sich aufgrund weiterer Teilentlastungen nach Altschuldenhilfe-Gesetz und der Übernahme von Abwicklungskosten der Außenhandelsbetriebe noch geringfügig erhöhen.

Seit 1. Januar 1999 wird die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen und Tilgung der beim ELF zusammengefassten Schulden vom Bund übernommen.

Unter Berücksichtigung der bisherigen Tilgungen betrug der tatsächliche Schuldenstand Ende

2001 84,4 Mrd. €. Für den ELF muss der Bund 2002 auf den übernommenen Schuldenstand an Zinsen rund 5,4 Mrd. € und an Tilgungen rund 19,8 Mrd. € zahlen. Der voraussichtliche tatsächliche Schuldenstand wird nach geringfügiger Übernahme neuer Schulden am Jahresende 2002 etwa 59,2 Mrd. € betragen.

6 Wirtschaftsplan 2002

Dem ELF stehen 2002 planmäßig die in Tabelle 2 genannten Einnahmen zur Verfügung.

Der Gesamtbetrag der Einnahmen beläuft sich somit auf 350 Mio. €. Ländererstattung und Bundesbankgewinn werden zur Tilgung der Verbindlichkeiten des Fonds verwendet. Der Restbetrag wird für Ausgaben im Zusammenhang mit der Abwicklung von AHB verwendet (43 Mio. €) bzw. an den Bund abgeführt (164 Mio. €).

Im Wirtschaftsplan des ELF (Anlage zu Kap. 6003 des Bundeshaushalts) sind für 2002 die aus Tabelle 3 ersichtlichen Ausgaben eingestellt.

Tabelle 1 Gesamtbetrag der übernommenen Schulden

	in Mrd. €
Verbindlichkeiten des Kreditabwicklungsfonds (Schulden des DDR-Republikhaushalts aus Kreditaufnahme; Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausgleichsfonds Währungsumstellung)	58,2
Verbindlichkeiten der Treuhandanstalt aus aufgenommenen Krediten, übernommenen Altkrediten und Ausgleichsforderungen von Treuhandunternehmen	104,6
Altverbindlichkeiten von Wohnungsunternehmen der ehemaligen DDR nach dem Altschuldenhilfe-Gesetz	14,2
Altschulden von Kommunen für gesellschaftliche Einrichtungen nach dem Altschuldenregelungsgesetz	4,3
Insgesamt (Schuldenhöchststand – ohne Tilgungen)	**181,3**

Tabelle 2 Einnahmen des Fonds

	in Mio. €
Länderbeitrag wegen der vom ELF übernommenen kommunalen Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen	143
ELF-eigene Einnahmen (insbesondere Abführungen von Geldinstituten nach §§ 43 a ff. DMBilG und von Privatisierungserlösen der Wohnungsunternehmen)	207
Bundesbankgewinn, der einen Betrag von 3,5 Mrd. € übersteigt (im Soll Leertitel)[1]	0
Gesamt	**350**

[1] Im April 2001 hat der ELF einen Bundesbankgewinn-Anteil von 4,8 Mrd. € erhalten und weitergeleitet.

Tabelle 3 Ausgaben des Fonds

	in Mio. €
Erstattung Abwicklungskosten AHB	43
ELF-Abführung an den Bund	164
Tilgung von ELF-Verbindlichkeiten	143
Gesamt	**350**

Das Europäische Prognose-Netzwerk: Auf dem Weg zu einer Gemeinschaftsdiagnose für den Euro-Raum

1 Erster Bericht des Europäischen Prognose-Netzwerks 85
2 Entstehung und Aufgaben des Europäischen Prognose-Netzwerks 85

1 Erster Bericht des Europäischen Prognose-Netzwerks

Das Europäische Prognose-Netzwerk (EPN) hat am 27. März 2002 seinen ersten Bericht veröffentlicht. Das vom italienischen IGIER-Institut der Bocconi-Universität geführte Netzwerk setzt sich aus acht renommierten wirtschaftswissenschaftlichen, überwiegend universitären Einrichtungen aus sechs Ländern der Europäischen Union zusammen. Es umfasst je zwei italienische und spanische Institute sowie je eines aus Deutschland (Institut für Wirtschaftsforschung, Halle), Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden.

Der Bericht enthält eine eingehende Analyse der Wirtschaftslage und der weiteren Perspektiven einschließlich quantitativer Prognosen für den gesamten Euro-Raum sowie Untersuchungen zu wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Für das Jahr 2002 rechnet das EPN mit einer Belebung der wirtschaftlichen Aktivität im Euro-Raum. Aufgrund des geringen Ausgangsniveaus zu Beginn des Jahres werde die reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt aber lediglich 1,2 % betragen. Außerdem werde die Investitionsnachfrage noch durch hohe Investitionen in der vorangegangenen Boomphase belastet. Für 2003 wird eine Beschleunigung des Wachstums auf 2,2 % prognostiziert. Dieser Wert liegt eher am unteren Rand des aktuellen Prognosespektrums. Eine Ursache hierfür dürfte sein, dass in das der Schätzung zugrunde liegende ökonometrische Modell für die Entwicklung des BIP in den USA noch die alte, inzwischen aber deutlich nach oben revidierte Prognose des Internationalen Währungsfonds eingesetzt wurde.

In Simulationsrechnungen untersucht das EPN neben anderen Fragen (wie den Auswirkungen eines höheren Ölpreises oder eines erneuten Konjunktureinbruchs in den USA auf den Euro-Raum) auch die Wirkungsweise finanzpolitischer Maßnahmen. Dabei ergab sich in dem verwendeten Modell, dass hinsichtlich der Effizienz alternativer Maßnahmen im Euro-Raum eine Steuersenkungspolitik eher geeignet ist, die wirtschaftlichen Aktivitäten im Abschwung zu stabilisieren, als eine Erhöhung der Staatsnachfrage. Kurzfristig seien allerdings die stimulierenden Effekte beider Ansätze auf Wachstum und Beschäftigung begrenzt. Eine Senkung der Unternehmen- und Einkommensteuer stärke die Angebotsseite der Volkswirtschaften und habe positive Effekte auf die private Nachfrage. Demgegenüber führe eine Erhöhung der Staatsnachfrage tendenziell zu höheren Preisen und verdränge private Investitionstätigkeit. Um den zeitweiligen Preisanstieg zu umgehen, würden Ausgaben des privaten Sektors in die Zukunft verlagert.

2 Entstehung und Aufgaben des Europäischen Prognose-Netzwerks

Das im Jahr 2001 gegründete EPN geht zurück auf eine deutsch-französische Initiative, die auf dem deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat am 29. August 2000 in Eltville vereinbart wurde. Als Ergebnis dieser Initiative hat die Euro-Gruppe am 26. November 2000 der EU-Kommission ein Mandat zum Aufbau eines Europäischen Prognose-Netzwerks nach dem Vorbild der deutschen Gemeinschaftsdiagnose erteilt. Das EPN soll dazu beitragen, das Verständnis für die

tief greifenden Folgen der Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung des Euro für die Koordination der Wirtschaftspolitik im Euro-Raum zu verbessern und es den Wirtschaftsteilnehmern erleichtern, sich auf das neue wirtschaftliche Umfeld einzustellen. Die unabhängige, gemeinsame Beurteilung der wirtschaftlichen Lage durch das EPN soll die wirtschaftspolitischen Schlüsselprobleme im Euro-Raum verdeutlichen und einer breiten Öffentlichkeit vermitteln. Die Arbeit des EPN soll so gleichermaßen den politischen Entscheidungsträgern, den Wirtschaftsteilnehmern und der breiten Öffentlichkeit zugute kommen.

Der Euro-Raum ist eine Wirtschafts- und Währungsunion mit einer einheitlichen, unabhängigen Geld- und Währungspolitik und einer dezentralisierten, aber koordinierten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Diese wirtschaftlichen Bedingungen nach Vollendung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion erfordern eine eingehende, systematische und regelmäßige Überprüfung der aktuellen und zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der jeweiligen Risiken und wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht nur auf der Ebene der Mitgliedstaaten, sondern auch auf Ebene des Euro-Raums insgesamt. Der Europäische Rat in Barcelona hat noch einmal unterstrichen, dass es weiterer Anstrengungen zur Verbesserung der Beobachtung und Beurteilung der Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum bedarf. Insbesondere hat der ER Barcelona gefordert, den „Policy-mix“ im Euro-Raum, mit dem sich die Auswirkungen der Geld- und Finanzpolitik auf die wirtschaftlichen Entwicklungen im Euro-Raum, einschließlich Inflation, Lohnentwicklung, Investitionen sowie der Euro-Wechselkurse, beurteilen lassen, einer systematischen Analyse zu unterziehen. Das EPN leistet einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung dieses Auftrages des Europäischen Rates. Insbesondere wird das EPN dazu beitragen, dass in der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung sowie der öffentlichen Debatte zunehmend die breitere Perspektive des Euro-Raums einbezogen wird.

Das EPN wird im Auftrag der EU-Kommission dem für Wirtschaft und Finanzen zuständigen EU-Kommissar und dem Präsidenten der Euro-Gruppe jährlich zwei Berichte – jeweils im März und September – vorlegen und anschließend veröffentlichen. Der Zuschlag an das Netzwerk unter der Führung von IGIER-Bocconi erfolgte auf der Grundlage einer öffentlichen Ausschreibung der EU-Kommission. Die Teilnehmer des Netzwerks wurden für einen Zeitraum von drei Jahren ausgewählt. Es ist beabsichtigt, den Auftrag zum Aufbau bzw. Weiterführung eines EPN nach Ablauf dieser Frist erneut auszuschreiben.

Der Frühjahrsbericht 2002 des EPN kann im Internet unter http://www.iwh-halle.de/projects/efn/efn.htm abgerufen werden.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage 92

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 124

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 144

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage 151

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de enthalten.

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1	**Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**	**92**
2	**Produzierendes Gewerbe**	**94**
2.1	Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes	94
2.1.1	Bundesrepublik Deutschland	94
2.1.2	Früheres Bundesgebiet	96
2.1.3	Neue Länder und Berlin-Ost	98
2.2	Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes	100
2.2.1	Bundesrepublik Deutschland	100
2.2.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	102
2.3	Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes	104
2.3.1	Bundesrepublik Deutschland	104
2.3.2	Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost	106
3	**Privater Konsum**	**108**
4	**Außenwirtschaft**	**110**
5	**Arbeitsmarkt**	**112**
5.1	Bundesrepublik Deutschland	112
5.2	Früheres Bundesgebiet	114
5.3	Neue Länder und Berlin-Ost	116
6	**Preise**	**118**
6.1	Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise	118
6.2	Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise	120
7	**Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001**	**122**
7.1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	122
7.2	Preise	122
7.3	Außenwirtschaft	123
7.4	Einkommensverteilung	123

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	**Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen**	**124**
2	**Gewährleistungen**	**124**
3	**Bundeshaushalt 1997 bis 2002**	**125**
4	**Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002**	**126**
5	**Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002**	**128**
6	**Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002**	**132**
7	**Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002**	**134**
8	**Steuer- und Abgabenquoten**	**136**
9	**Entwicklung der öffentlichen Schulden**	**137**
10	**Steueraufkommen nach Steuergruppen**	**138**

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden 139
12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich 140
13 Steuerquote im internationalen Vergleich 141
14 Abgabenquote im internationalen Vergleich 142
15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002 143

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002 144
2 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder 145
3 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Februar 2002 146

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

Nur in der Online-Version unter www.bundesfinanzministerium.de/Monatsbericht-des-BMF-.686.htm enthalten.

@1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 149
@2 Produzierendes Gewerbe 150
@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes 150
@2.1.1 Bundesrepublik Deutschland 150
@2.1.2 Früheres Bundesgebiet 152
@2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost 154
@2.2 Auftragseingang der Industrie 156
@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland 156
@2.2.1.1 Werte 156
@2.2.1.2 Volumen 157
@2.2.2 Früheres Bundesgebiet 158
@2.2.2.1 Werte 158
@2.2.2.2 Volumen 159
@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost 160
@2.2.3.1 Werte 160
@2.2.3.2 Volumen 161
@2.3 Umsatz der Industrie 162
@2.3.1 Bundesrepublik Deutschland 162
@2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost 163
@2.4 Lage in der Bauwirtschaft 164
@2.4.1 Bundesrepublik Deutschland 164
@2.4.2 Früheres Bundesgebiet 165
@2.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost 166
@3 Löhne und Gehälter 167
@4 Außenwirtschaft 168
@4.1 Einfuhr nach Warengruppen 168
@4.2 Ausfuhr nach Warengruppen 169
@4.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern 170

@4.4	Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern	171
@4.7	Handelsbilanzsaldo	172
@4.6	Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr	172
@4.5	Struktur des Außenhandels nach Warengruppen	172
@4.9	Zahlungsbilanz und Währungsbestände	173
@4.8	Leistungsbilanzsaldo	173
@5	**Arbeitsmarkt**	**174**
@5.1	Früheres Bundesgebiet	174
@5.2	Neue Länder und Berlin-Ost	175
@6	**Preise**	**176**
@7	**Zinssätze**	**177**

Übersichten und Grafiken zur wirtschaftlichen Lage

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

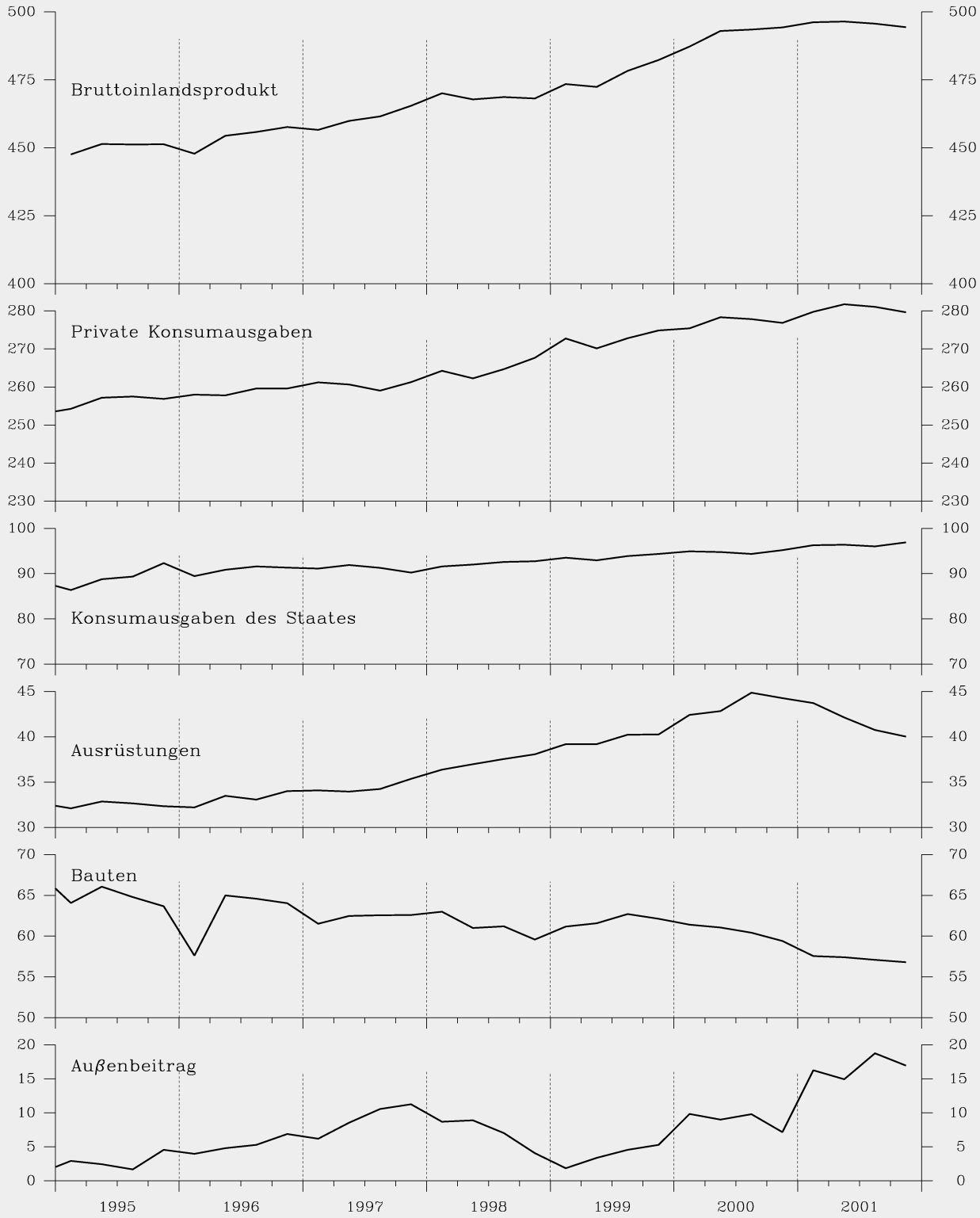
saisonbereinigte Zahlen[1], Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in %							
	2000				2001			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,2	- 0,3
Erwerbstätige [2]	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	0	0	- 0,1	- 0,1
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen, in Preisen von 1995) [3]	+ 0,6	- 0,3	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	- 0,6	- 0,4	+ 0,2
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995								
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	0	- 0,2	- 0,3
Inlandsnachfrage	+ 0,1	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	- 1,5	+ 0,3	- 1,0	+ 0,1
Private Konsumausgaben [4]	+ 0,2	+ 1,1	- 0,2	- 0,3	+ 1,0	+ 0,7	- 0,3	- 0,5
Konsumausgaben des Staates	+ 0,6	- 0,1	- 0,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,9
Ausrüstungen	+ 5,4	+ 1,0	+ 4,7	- 1,3	- 1,3	- 3,6	- 3,3	- 1,8
Bauten	- 1,2	- 0,5	- 1,0	- 1,7	- 3,1	- 0,2	- 0,5	- 0,5
Sonstige Anlagen	+ 2,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 3,5	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,7
Vorratsveränderung [5] [6]	- 0,5	+ 0,8	- 0,2	+ 1,0	- 1,8	+ 0,2	- 0,4	+ 0,4
Exporte	+ 4,4	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,6	- 1,1
Importe	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 5,3	- 5,4	+ 1,1	- 1,7	0
nachrichtlich: Außenbeitrag [6]	+ 0,9	- 0,2	+ 0,2	- 0,5	+ 1,8	- 0,3	+ 0,8	- 0,4
Preisentwicklung [3]								
Bruttoinlandsprodukt	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	- 0,4	+ 1,2
Inlandsnachfrage	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3
Private Konsumausgaben	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	0	+ 0,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer [2] [3]	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 1,0	+ 0,3	0	+ 0,2
Lohnkosten je Produkteinheit [2] [3]	- 0,2	+ 0,9	+ 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,4	0

Quellen: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.
[1] Saisonbereinigungsverfahren X12-Arima; der Kalendereinfluss ist, soweit in den Reihen nachweisbar, ebenfalls ausgeschaltet.
[2] Inlandskonzept.
[3] Kalendereinfluss nicht ausgeschaltet.
[4] Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.
[5] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
[6] Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

saisonbereinigte Zahlen[1)], Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

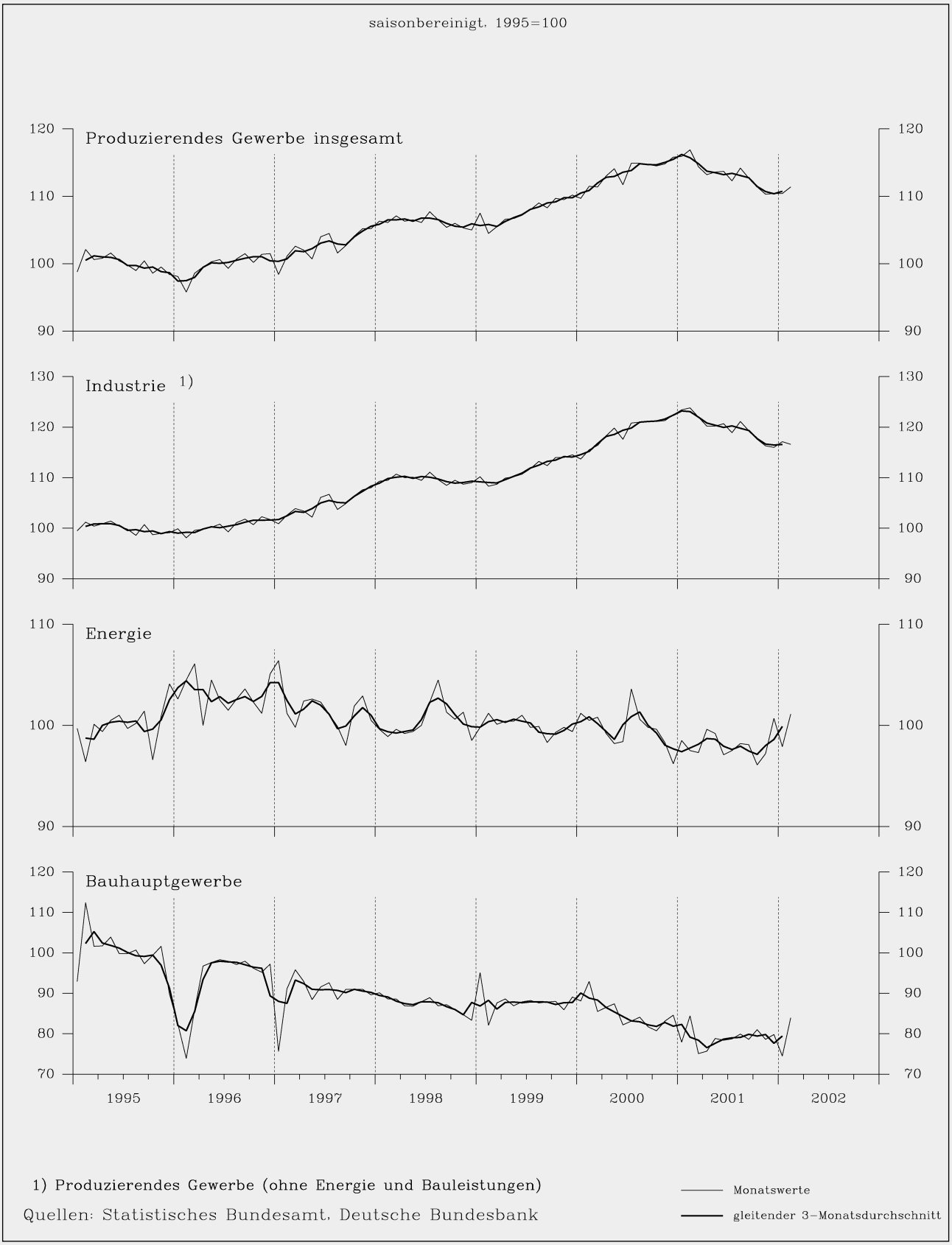
Produktion[2]	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt[1])				
	2001/2002				
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,0	+ 0,1	0	+ 0,9	+ 0,5
Industrie[3]	- 1,1	- 0,3	+ 0,9	- 0,4	+ 0,6
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,5	- 2,0	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,6
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,1	+ 0,5	0	- 3,5	- 1,5
- Konsumgüterproduzenten	- 2,1	+ 1,4	- 0,8	+ 1,5	+ 0,7
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 1,2	+ 6,5	- 6,3	- 3,0	- 4,8
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,3	+ 0,1	+ 0,7	+ 2,6	+ 2,0
Energie[4]	+ 1,1	+ 3,6	- 2,8	+ 3,3	+ 0,5
Bauhauptgewerbe [5]	- 3,0	+ 1,5	- 6,6	+ 12,6	0
Produktion[2]	Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in %[6]				
	2001/2002				
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 4,0	- 4,4	- 4,7	- 4,8	- 4,8
Industrie[3]	- 4,2	- 5,2	- 5,1	- 5,8	- 5,5
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 4,9	- 8,3	- 4,7	- 3,4	- 4,0
- Investitionsgüterproduzenten	- 3,6	- 4,1	- 6,9	- 9,6	- 8,2
- Konsumgüterproduzenten	- 3,9	- 1,6	- 2,5	- 2,9	- 2,7
- Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,7	+ 2,2	- 8,3	- 10,5	- 9,5
- Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,0	- 2,5	- 0,9	- 0,8	- 0,8
Energie[4]	- 1,0	+ 4,6	- 0,8	+ 3,5	+ 1,2
Bauhauptgewerbe [5]	- 5,3	- 6,7	- 5,3	- 0,7	- 2,9
Kapazitäts- und Geräteauslastung	**In % der betriebsüblichen Vollauslastung** (saisonbereinigt[7])				
	2000	2001			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kapazitätsauslaustung im **Verarbeitenden Gewerbe**	.	.	.	.	.
	2001			2002	
	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Geräteauslastung im **Bauhauptgewerbe**	.	.	.	.	.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.
[1] Verfahren Census X-12-ARIMA.
[2] 1995 = 100.
[3] Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.
[4] Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.
[5] Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.
[6] Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.
[7] Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.
[p] = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet

Produktion[2]	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt[1])				
	2001/2002				
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 0,9	+ 0,2	0	+ 0,6	+ 0,5
Industrie[3]	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	- 0,5	+ 0,4
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,5	- 2,0	+ 2,7	+ 1,6	+ 2,5
- Investitionsgüterproduzenten	- 1,2	+ 0,7	+ 0,2	- 3,6	- 1,3
- Konsumgüterproduzenten	- 1,9	+ 1,5	- 1,4	+ 1,3	0
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,4	+ 6,6	- 6,3	- 4,0	- 5,3
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,3	+ 0,2	0	+ 2,7	+ 1,5
Energie[4]	+ 1,3	+ 3,5	- 2,8	+ 3,0	+ 0,4
Bauhauptgewerbe[5]	- 2,8	+ 2,2	- 5,7	+ 11,3	+ 0,7

Produktion[2]	Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in %[6]				
	2001/2002				
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 4,3	- 4,7	- 4,9	- 5,2	- 5,0
Industrie[3]	- 4,5	- 5,5	- 5,3	- 6,2	- 5,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 5,1	- 8,6	- 4,8	- 3,6	- 4,2
- Investitionsgüterproduzenten	- 4,0	- 4,5	- 7,2	- 10,0	- 8,6
- Konsumgüterproduzenten	- 4,2	- 2,0	- 2,9	- 3,6	- 3,3
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 3,3	+ 2,5	- 7,6	- 10,8	- 9,3
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,5	- 3,0	- 1,6	- 1,6	- 1,6
Energie[4]	- 1,3	+ 4,3	- 1,0	+ 2,9	+ 0,8
Bauhauptgewerbe[5]	- 4,4	- 6,1	- 3,2	- 0,6	- 1,7

Kapazitäts- und Geräteauslastung	**In % der betriebsüblichen Vollauslastung** (saisonbereinigt[7])				
	2000	2001			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kapazitätsauslastung im **Verarbeitenden Gewerbe**[8]	87,9	87,0	85,6	84,6	82,8
	2001			2002	
	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Geräteauslastung im **Bauhauptgewerbe**	63,2	60,7	57,4	60,2	65,5

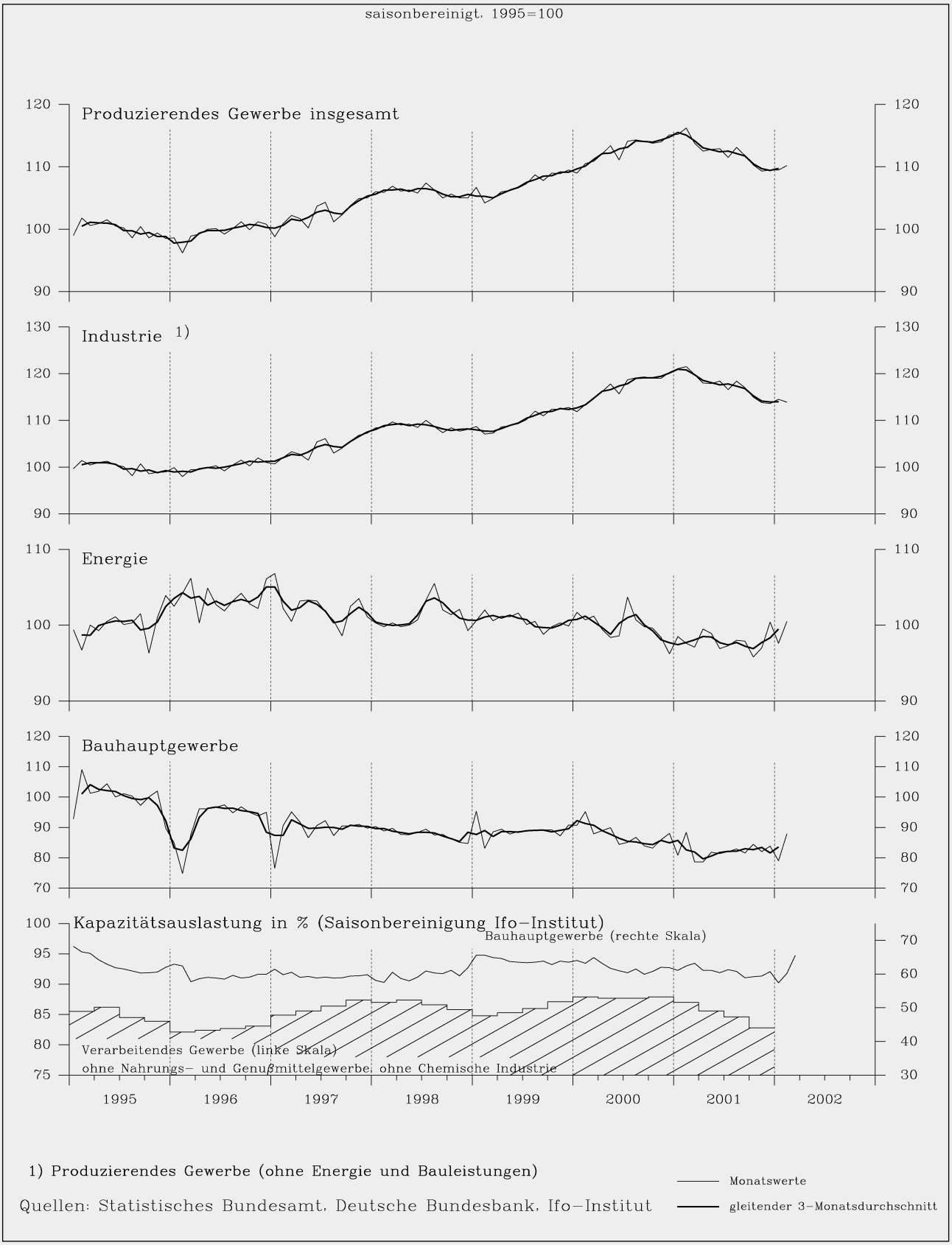
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

[1] Verfahren Census X-12-ARIMA.
[2] 1995 = 100.
[3] Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.
[4] Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.
[5] Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.
[6] Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.
[7] Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.
[8] Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie.
[p] = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.2 Früheres Bundesgebiet



1) Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen)

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Ifo-Institut

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

Produktion[2]	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt[1])				
	2001/2002				
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,5	- 0,6	- 0,8	+ 4,3	+ 1,0
Industrie[3]	- 1,2	- 1,1	+ 1,9	+ 1,0	+ 1,8
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,5	- 1,9	+ 3,2	+ 2,0	+ 3,3
- Investitionsgüterproduzenten	+ 1,8	- 1,3	- 2,6	- 2,0	- 4,2
- Konsumgüterproduzenten	- 3,9	+ 0,3	+ 4,8	+ 2,5	+ 6,2
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 10,0	+ 5,9	- 4,8	+ 9,2	+ 2,5
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 2,8	- 0,8	+ 6,5	+ 1,4	+ 6,8
Energie[4]	+ 0,8	+ 4,7	- 3,2	+ 5,6	+ 1,8
Bauhauptgewerbe[5]	- 3,5	- 1,5	- 10,9	+ 19,4	- 2,9

Produktion[2]	Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in %[6]				
	2001/2002				
	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Produzierendes Gewerbe insgesamt	- 1,8	- 1,4	- 2,5	+ 1,2	- 0,7
Industrie[3]	- 0,2	- 0,9	- 1,1	+ 0,4	- 0,3
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,4	- 5,4	- 3,1	- 0,1	- 1,6
- Investitionsgüterproduzenten	+ 2,9	+ 2,7	- 0,5	- 2,8	- 1,7
- Konsumgüterproduzenten	- 1,4	+ 1,9	+ 1,7	+ 4,6	+ 3,1
. Gebrauchsgüterproduzenten	- 8,2	- 1,6	- 15,7	- 6,4	- 11,0
. Verbrauchsgüterproduzenten	- 0,1	+ 2,5	+ 5,5	+ 7,0	+ 6,3
Energie[4]	+ 1,4	+ 7,4	+ 1,2	+ 9,2	+ 4,9
Bauhauptgewerbe[5]	- 8,9	- 9,6	- 13,7	- 0,9	- 7,1

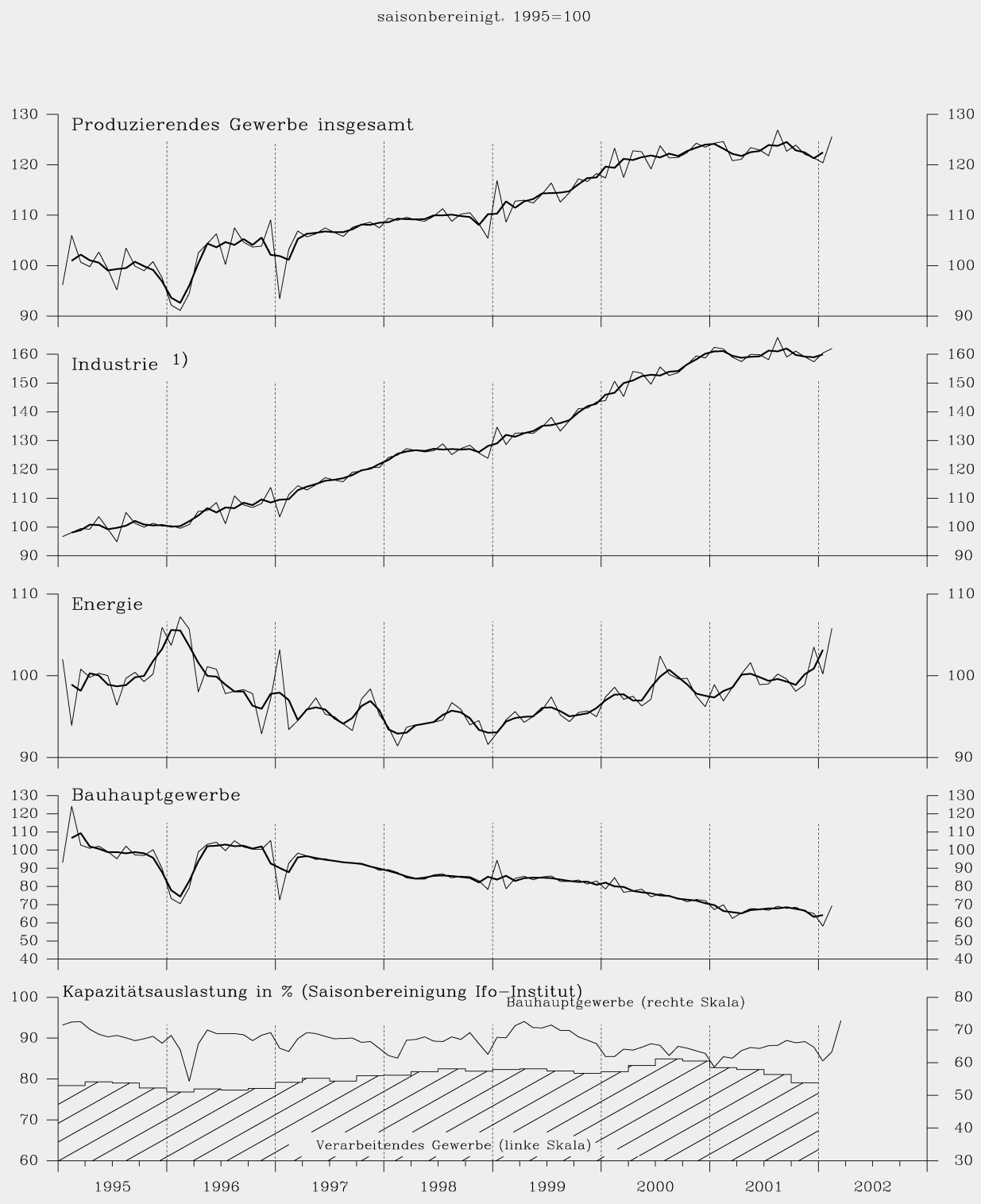
Kapazitäts- und Geräteauslastung	**In % der betriebsüblichen Vollauslastung** (saisonbereinigt[7])				
	2000	2001			
	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kapazitätsauslaustung im **Verarbeitenden Gewerbe**	84,4	82,8	82,3	81,1	79,1
	2001			2002	
	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Geräteauslastung im **Bauhauptgewerbe**	61,4	64,8	60,5	63,3	72,9

Quellen: Statistisches Bundesamt , Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.
[1] Verfahren Census X-12-ARIMA.
[2] 1995 = 100.
[3] Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden.
[4] Energieversorgung sowie insbesondere Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung.
[5] Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.
[6] Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt, Census X-12-ARIMA-Verfahren.
[7] Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.
[p] = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung des Produzierenden Gewerbes

2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost



1) Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Ifo-Institut

Monatswerte

gleitender 3-Monatsdurchschnitt

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang[2]	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt[1])							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Industrie insgesamt[3]	+ 3,4	- 0,4	- 1,2	+ 0,7	+ 3,3	- 0,7	- 1,0	+ 0,4
Inland	+ 3,7	- 0,9	- 2,1	- 0,2	+ 3,4	- 0,9	- 2,0	- 0,3
Ausland	+ 3,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,5	+ 3,1	- 0,2	+ 0,3	+ 1,5
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 2,5	- 0,5	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,5	- 0,4	+ 3,5	+ 2,7
Inland	+ 3,0	- 0,1	- 0,1	+ 1,4	+ 3,1	0	+ 0,3	+ 1,7
Ausland	+ 2,0	- 1,5	+ 8,5	+ 3,7	+ 1,9	- 0,8	+ 8,6	+ 4,4
Investitionsgüterproduzenten	+ 5,2	- 1,1	- 4,0	- 0,6	+ 4,8	- 1,6	- 4,0	- 1,2
Inland	+ 6,0	- 1,8	- 4,2	- 1,1	+ 5,4	- 2,1	- 4,4	- 1,8
Ausland	+ 4,7	- 0,5	- 3,8	- 0,2	+ 4,4	- 1,0	- 3,6	- 0,7
Konsumgüterproduzenten[4]	- 0,8	+ 1,8	- 2,7	+ 0,1	- 0,9	+ 1,7	- 2,5	0
Inland	- 0,1	- 1,3	- 1,7	- 2,2	- 0,4	- 1,2	- 1,6	- 2,2
Ausland	- 2,0	+ 8,3	- 4,6	+ 4,8	- 1,8	+ 7,7	- 4,0	+ 4,5

Auftragseingang[2]	Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in %[5]							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Industrie insgesamt[3]	- 10,0	- 4,3	- 5,6	- 5,0	- 10,1	- 4,3	- 5,3	- 4,8
Inland	- 8,4	- 5,0	- 7,5	- 6,2	- 8,6	- 4,9	- 7,4	- 6,2
Ausland	- 11,6	- 3,5	- 3,2	- 3,3	- 11,9	- 3,5	- 2,9	- 3,2
Vorleistungsgüterproduzenten	- 12,4	- 7,3	- 4,3	- 5,8	- 10,7	- 5,2	- 1,9	- 3,5
Inland	- 11,5	- 8,0	- 7,5	- 7,8	- 10,1	- 6,0	- 5,3	- 5,6
Ausland	- 13,5	- 6,4	+ 0,6	- 3,0	- 11,7	- 3,9	+ 3,5	- 0,4
Investitionsgüterproduzenten	- 9,0	- 2,3	- 6,9	- 4,6	- 10,2	- 3,9	- 8,3	- 6,1
Inland	- 6,4	- 1,9	- 8,3	- 5,1	- 7,7	- 3,5	- 9,7	- 6,6
Ausland	- 11,1	- 2,7	- 5,8	- 4,3	- 12,4	- 4,0	- 6,9	- 5,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 9,8	- 7,1	- 4,5	- 5,9	- 10,9	- 8,0	- 5,4	- 6,8
Inland	- 8,5	- 8,7	- 7,9	- 8,3	- 9,7	- 9,5	- 8,9	- 9,2
Ausland	- 12,5	- 3,5	+ 3,0	- 0,3	- 13,4	- 4,6	+ 2,4	- 1,2
Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,6	+ 0,7	- 3,6	- 1,6	- 5,8	- 0,5	- 4,7	- 2,7
Inland	- 4,0	- 2,1	- 4,9	- 3,5	- 5,9	- 3,0	- 5,9	- 4,6
Ausland	- 5,4	+ 6,0	- 1,0	+ 2,4	- 5,6	+ 4,9	- 2,1	+ 1,2
Nachrichtlich: Konsumgüterproduzenten[4]	- 7,7	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 9,0	- 5,1	- 5,1	- 5,1
Inland	- 6,5	- 5,9	- 6,5	- 6,2	- 8,1	- 6,8	- 7,6	- 7,2
Ausland	- 10,1	- 0,3	+ 1,6	+ 0,6	- 10,9	- 1,5	+ 0,7	- 0,4

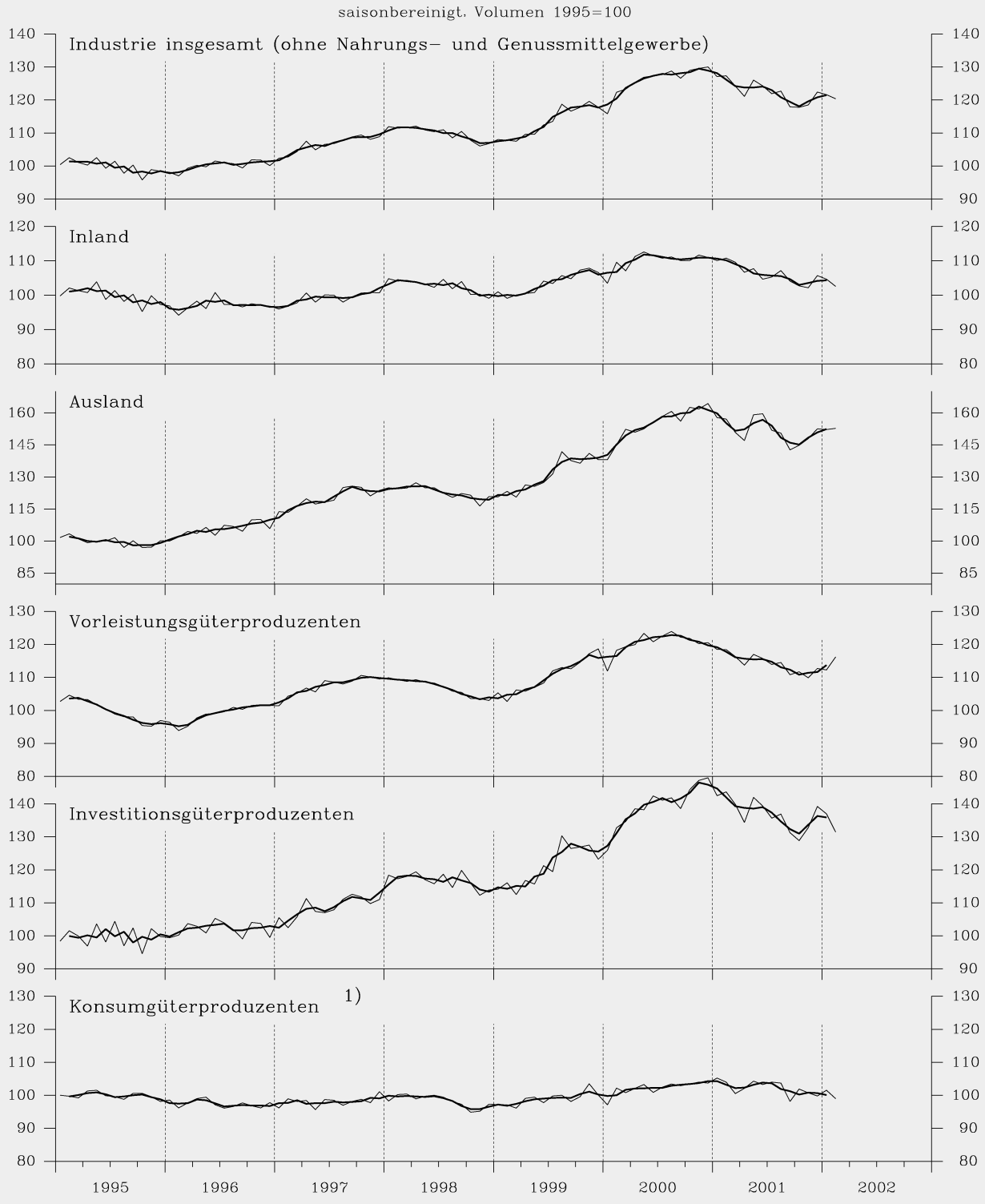
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt[6])							
	2000				2001			
	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	.	.	.	.	.	.	.	.
Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	.	.	.	.	.	.	.	.
Investitionsgüter prod. Gewerbe	.	.	.	.	.	.	.	.
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	.	.	.	.	.	.	.	.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.
[1] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.
[2] 1995 = 100.
[3] Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.
[4] Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.
[5] Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.
[6] Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.
[p] = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang[2]	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt[1])							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt[3]	+ 3,2	- 0,6	- 1,4	+ 0,2	+ 2,9	- 0,8	- 1,0	+ 0,1
Inland	+ 3,1	- 0,9	- 2,1	- 0,5	+ 3,0	- 1,1	- 2,0	- 0,6
Ausland	+ 3,2	- 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 3,0	- 0,5	- 0,2	+ 1,0
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,8	- 0,7	+ 4,1	+ 2,1	+ 2,0	- 0,4	+ 4,3	+ 2,7
Investitionsgüterproduzenten	+ 5,3	- 1,4	- 4,6	- 1,1	+ 4,8	- 1,7	- 4,8	- 1,8
Konsumgüterproduzenten[4]	- 1,0	+ 1,7	- 2,7	- 0,2	- 1,1	+ 1,5	- 2,5	- 0,3
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt[3]	+ 6,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 5,1	+ 7,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 4,8
Inland	+ 8,9	- 0,9	- 2,3	+ 2,1	+ 9,4	- 0,9	- 2,6	+ 2,1
Ausland	+ 1,4	+ 6,4	+ 8,9	+ 11,9	+ 1,4	+ 6,0	+ 9,2	+ 11,7
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,9	+ 0,8	- 3,6	+ 3,2	+ 9,5	+ 1,4	- 4,1	+ 3,8
Investitionsgüterproduzenten	+ 5,3	+ 0,7	+ 8,0	+ 7,4	+ 5,5	- 0,6	+ 8,3	+ 6,3
Konsumgüterproduzenten[4]	+ 2,4	+ 3,7	- 2,4	+ 3,7	+ 2,5	+ 3,8	- 2,4	+ 3,9

Auftragseingang[2]	Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in %[5]							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]	Dez.	Jan.	Febr.[p]	Jan./ Febr.[p]
Früheres Bundesgebiet								
Industrie insgesamt[3]	- 9,9	- 4,8	- 5,8	- 5,3	- 10,2	- 4,8	- 5,7	- 5,2
Inland	- 8,4	- 5,6	- 8,2	- 6,9	- 8,8	- 5,7	- 8,0	- 6,8
Ausland	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 3,4	- 11,8	- 3,8	- 2,8	- 3,3
Vorleistungsgüterproduzenten	- 13,4	- 8,6	- 4,0	- 6,4	- 11,7	- 6,5	- 1,6	- 4,1
Investitionsgüterproduzenten	- 8,1	- 2,3	- 7,6	- 4,9	- 9,5	- 3,8	- 8,9	- 6,4
Gebrauchsgüterproduzenten	- 9,7	- 6,7	- 3,8	- 5,3	- 10,8	- 7,7	- 4,6	- 6,2
Verbrauchsgüterproduzenten	- 4,5	- 0,2	- 4,3	- 2,4	- 5,7	- 1,3	- 5,4	- 3,5
nachrichtlich: Konsumgüterproduzenten[4]	- 7,6	- 4,1	- 4,0	- 4,1	- 8,8	- 5,2	- 4,9	- 5,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Industrie insgesamt[3]	- 11,0	+ 1,4	- 2,8	- 0,8	- 10,0	+ 2,5	- 1,8	+ 0,3
Inland	- 8,8	+ 1,9	- 1,3	+ 0,2	- 7,9	+ 3,1	- 0,4	+ 1,3
Ausland	- 15,1	+ 0,5	- 6,0	- 2,9	- 14,2	+ 1,5	- 4,7	- 1,8
Vorleistungsgüterproduzenten	- 1,0	+ 6,3	- 7,7	- 1,0	+ 1,4	+ 9,5	- 5,0	+ 2,0
Investitionsgüterproduzenten	- 18,9	- 4,6	+ 2,7	- 1,0	- 18,7	- 5,4	+ 2,4	- 1,5
Gebrauchsgüterproduzenten	- 10,8	- 11,3	- 13,9	- 12,6	- 12,1	- 12,1	- 15,1	- 13,7
Verbrauchsgüterproduzenten	- 5,7	+ 13,9	+ 9,7	+ 11,8	- 7,2	+ 13,1	+ 8,5	+ 10,8
nachrichtlich: Konsumgüterproduzenten[4]	- 8,8	- 1,8	- 5,2	- 3,5	- 10,1	- 2,5	- 6,3	- 4,4

Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt[6])							
	2000				2001			
	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Früheres Bundesgebiet								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt[7][8]	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9	3,0	2,8	2,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe[8]	2,4	2,4	2,5	2,5	2,5	2,7	2,5	2,4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,3	3,6	3,8	3,5	3,6	3,5	3,3	3,4
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	2,0	2,0	2,1	2,1	1,9	1,9	2,0	1,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,9	2,6	3,1	3,0	3,2	3,1	2,8	2,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	2,2	1,8	2,0	2,0	2,0	2,3	1,8	1,4
Investitionsgüter prod. Gewerbe	3,8	3,5	4,1	4,1	4,4	4,2	3,6	2,9
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	1,9	1,7	1,9	1,9	2,1	1,9	1,7	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

[1] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

[2] 1995 = 100.

[3] Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herst. und Verarbeit. von Spalt- und Brutstoffen.

[4] Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

[5] Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

[6] Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

[7] Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

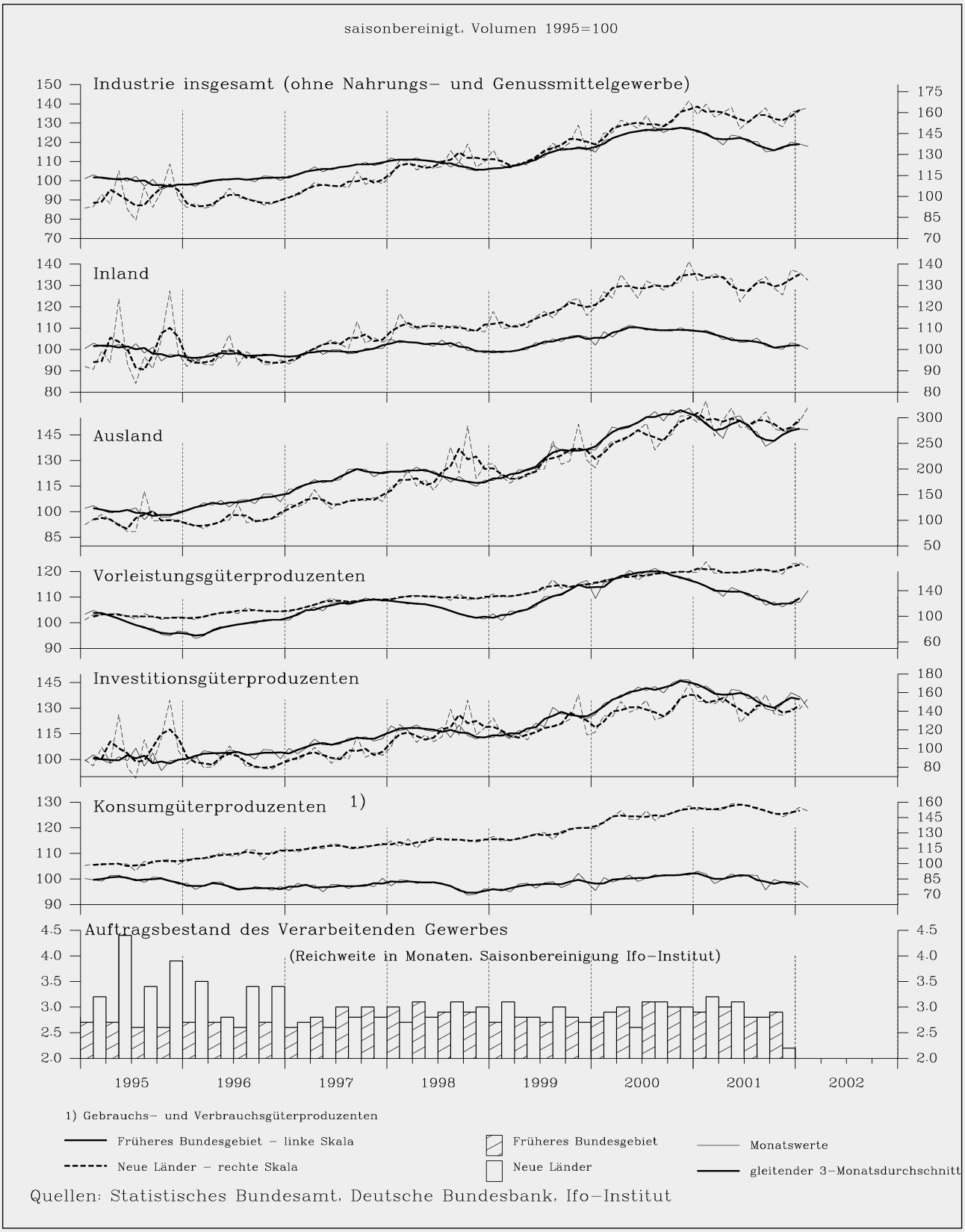
[8] Ohne Chemische Industrie.

[p] = Vorläufiges Ergebnis.

2 Produzierendes Gewerbe

2.2 Auftragseingang der Industrie/Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

2.2.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang [2]	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt [1])							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Nov.	Dez.	Jan.	Dez./ Jan.	Nov.	Dez.[p]	Jan.[p]	Dez./ Jan.[p]
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 3,6	- 9,4	+ 5,4	- 5,3	+ 3,6	- 9,5	+ 5,3	- 5,5
Hochbau	+ 0,6	- 9,5	- 2,5	- 10,3	+ 0,6	- 9,6	- 2,2	- 10,3
Wohnungsbau	- 8,8	- 8,5	+ 14,0	- 6,7	- 9,0	- 8,7	+ 13,7	- 7,1
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 5,6	- 10,0	- 10,0	- 12,2	+ 5,8	- 10,2	- 9,6	- 12,1
- Gewerblicher Hochbau	+ 13,6	- 8,9	- 12,8	- 9,3	.	.	.	.
- Unternehmen Bahn/Post	.	.	.	.	.	.	.	.
- Öffentlicher Hochbau	- 17,0	- 14,3	+ 1,4	- 21,8	.	.	.	.
Tiefbau	+ 7,2	- 9,0	+ 14,4	+ 1,0	+ 7,7	- 9,5	+ 14,5	+ 0,7
Straßenbau	+ 4,3	- 8,0	+ 17,6	+ 2,2	+ 4,9	- 8,5	+ 17,9	+ 2,1
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 8,9	- 9,5	+ 12,7	+ 0,4	+ 9,0	- 10,0	+ 13,0	0
- Gewerblicher Tiefbau	+ 7,6	- 23,9	+ 28,0	- 10,0	.	.	.	.
- Unternehmen Bahn/Post	.	.	.	.	.	.	.	.
- Öffentlicher Tiefbau	+ 9,9	+ 4,4	+ 1,9	+ 10,4	.	.	.	.

Auftragseingang [2]	Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in % [3]							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Nov.	Dez.	Jan.	Dez./ Jan.	Nov.	Dez.[p]	Jan.[p]	Dez./ Jan.[p]
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 3,3	- 14,0	- 5,8	- 10,5	- 2,4	- 13,4	- 5,2	- 9,8
Hochbau	- 7,7	- 18,4	- 18,5	- 18,5	- 6,9	- 17,6	- 17,6	- 17,6
Wohnungsbau	- 21,7	- 22,4	- 17,8	- 20,1	- 20,8	- 21,5	- 16,8	- 19,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 0,2	- 16,6	- 19,1	- 17,7	+ 1,2	- 15,7	- 18,2	- 16,7
- Gewerblicher Hochbau	- 0,7	- 10,6	- 22,8	- 16,1	.	.	.	.
- Unternehmen Bahn/Post	.	.	.	.	.	.	.	.
- Öffentlicher Hochbau	+ 4,4	- 37,1	+ 1,9	- 23,9	.	.	.	.
Tiefbau	+ 3,0	- 7,2	+ 17,5	+ 2,6	+ 3,8	- 6,6	+ 18,1	+ 3,3
Straßenbau	- 0,5	- 16,6	+ 29,8	- 0,5	- 0,1	- 16,3	+ 30,6	- 0,2
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 4,7	- 2,7	+ 13,3	+ 4,1	+ 5,5	- 2,0	+ 14,1	+ 4,7
- Gewerblicher Tiefbau	+ 7,6	- 12,0	+ 15,7	+ 0,6	.	.	.	.
- Unternehmen Bahn/Post	.	.	.	.	.	.	.	.
- Öffentlicher Tiefbau	+ 1,8	+ 5,2	+ 10,3	+ 7,2	.	.	.	.

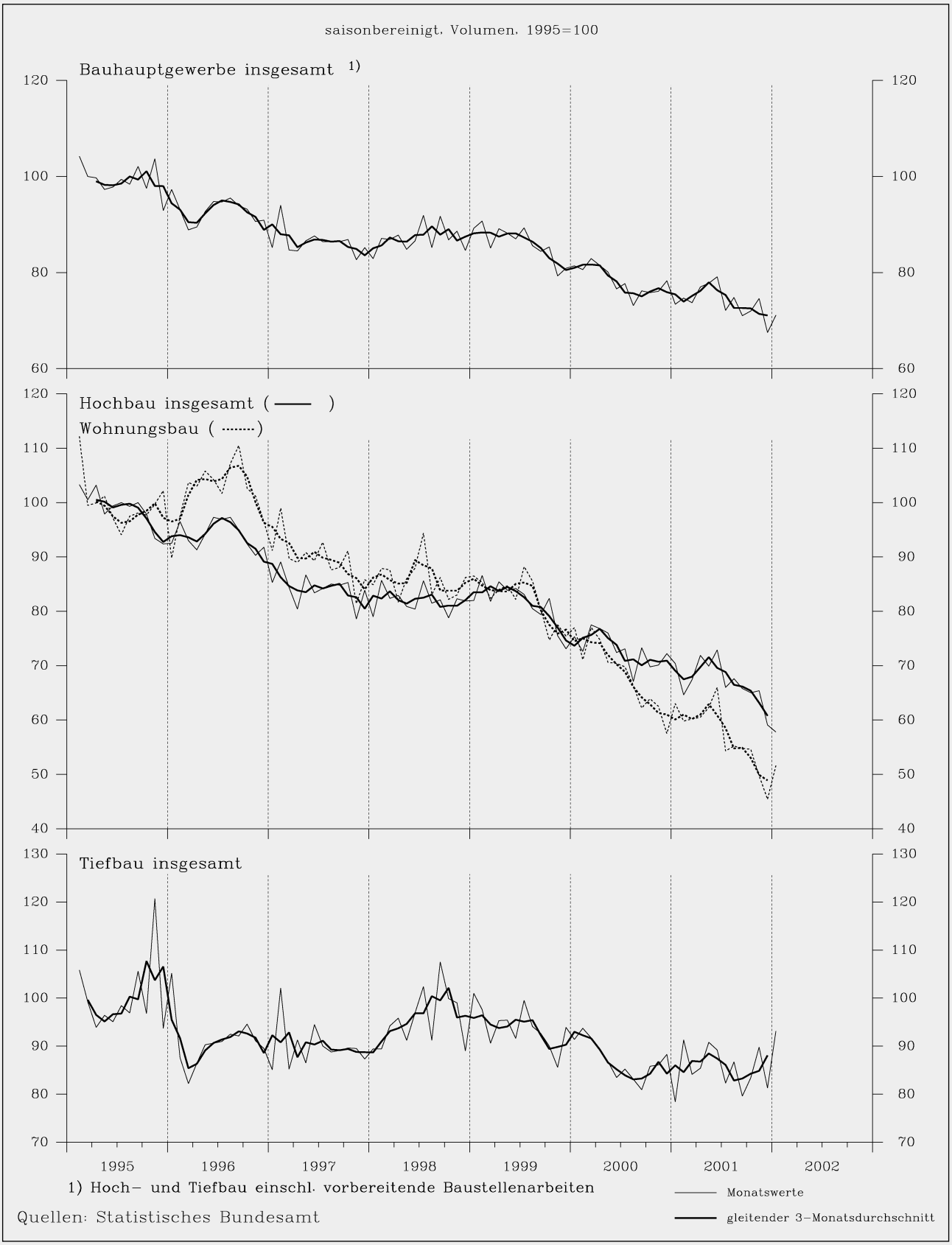
Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt [4])							
	2000			2001				2002
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Bauhauptgewerbe insgesamt	.	.	.	.	.	.	.	.
Hochbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Tiefbau	.	.	.	.	.	.	.	.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.
[1] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.
[2] Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.
[3] Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.
[4] Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.1 Bundesrepublik Deutschland



2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

Auftragseingang [2]	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt [1])							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Nov.	Dez.	Jan.	Dez./ Jan.	Nov.	Dez.[p]	Jan.[p]	Dez./ Jan.[p]
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 2,5	- 5,6	+ 2,2	- 3,5	+ 2,5	- 5,7	+ 2,2	- 3,4
Hochbau	+ 3,2	- 8,1	- 5,1	- 9,0	+ 3,4	- 8,2	- 5,0	- 9,0
Wohnungsbau	- 5,3	- 3,6	+ 13,7	+ 0,2	- 5,3	- 3,5	+ 13,5	+ 0,3
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 7,2	- 10,1	- 13,8	- 13,4	+ 7,5	- 10,2	- 13,5	- 13,2
Tiefbau	+ 1,4	- 2,0	+ 11,8	+ 4,6	+ 1,5	- 2,1	+ 11,8	+ 4,5
Straßenbau	- 2,4	- 2,5	+ 15,5	+ 3,9	- 2,3	- 2,5	+ 15,7	+ 3,9
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 3,5	- 1,7	+ 9,8	+ 4,9	+ 3,4	- 1,8	+ 10,0	+ 4,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 7,4	- 22,2	+ 18,3	- 12,2	+ 7,3	- 22,2	+ 18,2	- 12,1
Hochbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Wohnungsbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Hochbau ohne Wohnungsbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Tiefbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Straßenbau	.	.	.	.	.	.	.	.
Tiefbau ohne Straßenbau	.	.	.	.	.	.	.	.

Auftragseingang [2]	Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in % [3]							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Nov.	Dez.	Jan.	Dez./ Jan.	Nov.	Dez.[p]	Jan.[p]	Dez./ Jan.[p]
Früheres Bundesgebiet								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 2,6	- 10,6	- 5,9	- 8,6	- 2,2	- 10,0	- 5,5	- 8,0
Hochbau	- 3,5	- 14,8	- 18,3	- 16,4	- 2,9	- 14,1	- 17,7	- 15,7
Wohnungsbau	- 21,9	- 16,8	- 16,7	- 16,8	- 21,2	- 15,9	- 15,8	- 15,9
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 7,4	- 13,9	- 19,4	- 16,2	+ 8,1	- 13,2	- 18,8	- 15,6
Tiefbau	- 1,5	- 3,8	+ 18,9	+ 5,2	- 1,2	- 3,4	+ 19,4	+ 5,6
Straßenbau	- 5,9	- 11,4	+ 24,7	+ 1,5	- 5,8	- 11,2	+ 25,1	+ 1,7
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 0,4	- 0,6	+ 16,9	+ 6,6	+ 0,9	- 0,1	+ 17,6	+ 7,2
Neue Länder und Berlin-Ost								
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 5,1	- 26,2	- 5,5	- 17,8	- 3,7	- 25,2	- 4,4	- 16,6
Hochbau	- 22,9	- 32,9	- 19,7	- 27,4	- 21,4	- 31,7	- 18,4	- 26,2
Wohnungsbau	- 21,1	- 41,5	- 23,5	- 33,9	- 19,4	- 40,3	- 22,3	- 32,8
Hochbau ohne Wohnungsbau	- 23,9	- 28,2	- 17,5	- 23,8	- 22,4	- 26,9	- 16,2	- 22,6
Tiefbau	+ 16,2	- 17,5	+ 13,0	- 5,3	+ 17,6	- 16,8	+ 14,0	- 4,2
Straßenbau	+ 14,4	- 28,9	+ 44,6	- 6,0	+ 15,1	- 28,6	+ 44,6	- 5,7
Tiefbau ohne Straßenbau	+ 17,0	- 10,1	+ 1,7	- 4,7	+ 18,8	- 9,1	+ 2,8	- 3,7

Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt [4])							
	2000			2001				2002
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Früheres Bundesgebiet								
Bauhauptgewerbe insgesamt	2,5	2,6	2,5	2,5	2,5	2,7	2,7	2,7
Hochbau	2,5	2,5	2,4	2,4	2,5	2,7	2,7	2,7
Tiefbau	2,9	2,9	2,8	2,7	2,7	2,8	2,9	2,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Bauindustrie insgesamt	1,7	1,9	1,8	1,8	1,9	1,9	1,9	1,8
Hochbau	1,7	1,8	1,9	1,9	2,1	2,1	2,0	2,0
Tiefbau	1,8	2,0	1,8	1,8	1,8	1,7	1,8	1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank und Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

[1] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

[2] Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten, 1995 = 100.

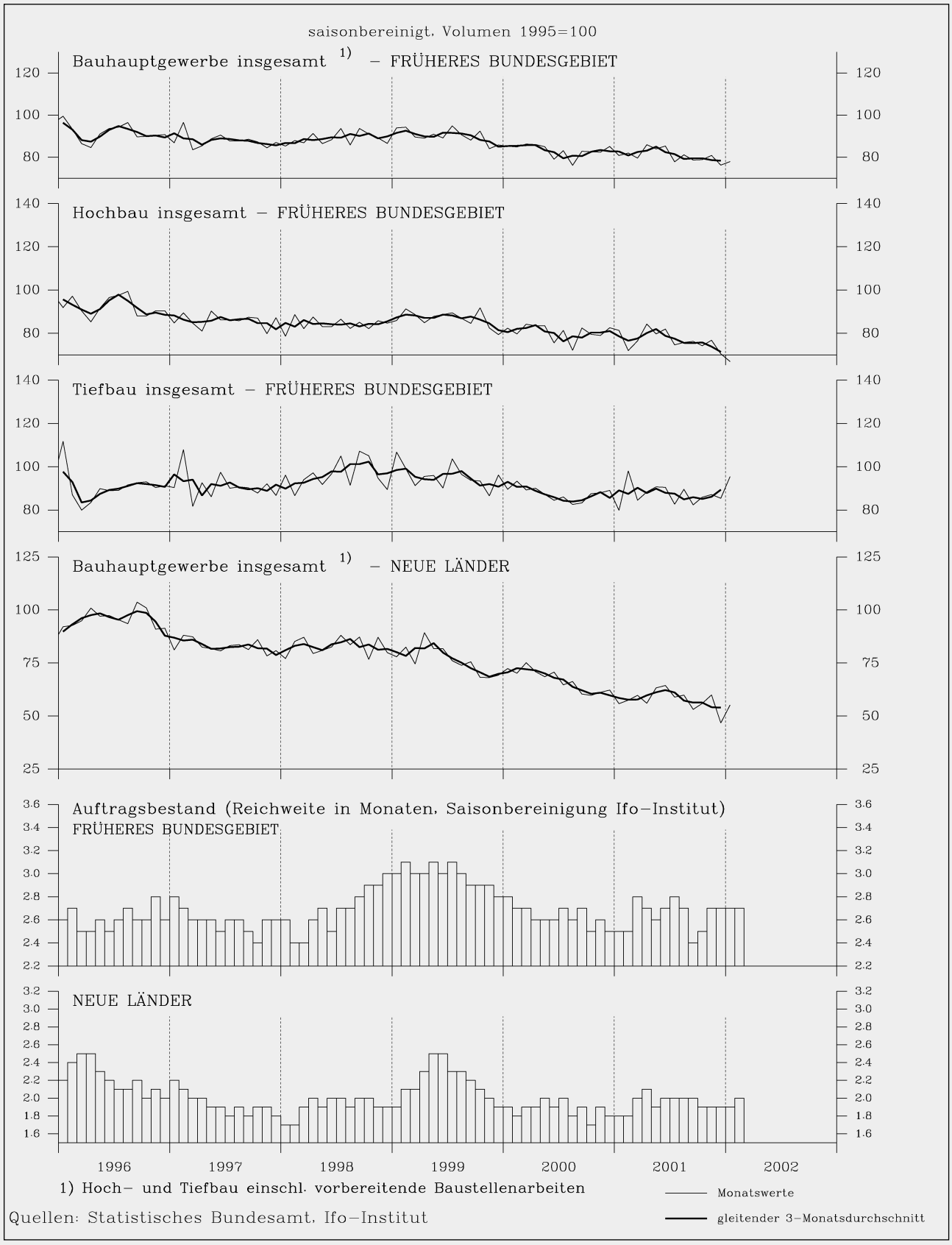
[3] Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

[4] Saisonbereinigung des Ifo-Instituts.

2 Produzierendes Gewerbe

2.3 Auftragseingang/Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes

2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost



3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

	Veränderung gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt[1])							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./ Febr.	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./ Febr.
Einzelhandel insgesamt	- 0,9	- 1,2	- 0,8	- 2,0	- 0,8	- 1,7	- 1,2	- 2,7
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	- 1,4	- 0,4	- 1,6	- 1,9	- 1,3	- 0,9	- 1,8	- 2,4
	Veränderung gegen **Vorjahreszeitraum** in %[2]							
	Werte				Volumen			
	2001/2002							
	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./ Febr.	Dez.	Jan.	Febr.	Jan./ Febr.
Einzelhandel (EH) insgesamt	+ 1,5	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	+ 0,5	- 1,1	- 1,9	- 1,4
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)	+ 1,8	+ 0,2	- 1,1	- 0,4	+ 0,7	- 1,4	- 2,8	- 2,1
EH mit Waren verschiedener Art[3 4]	+ 4,9	+ 3,7	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,1	- 0,1	- 1,6	- 0,9
Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 6,4	+ 5,5	+ 3,0	+ 4,3	+ 3,1	+ 1,4	- 0,3	+ 0,5
Sonstige Waren verschiedener Art	- 0,7	- 6,3	- 8,2	- 7,2	- 2,0	- 7,7	- 9,6	- 8,6
Fach-Einzelhandel[5] mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren[3]	+ 1,0	+ 2,9	+ 1,3	+ 2,2	- 1,8	- 0,9	- 1,8	- 1,3
Apotheken; Fach-Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln[3]	+ 9,0	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,9	+ 7,3	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,5
Sonstiger Fach-Einzelhandel[3]	- 2,9	- 3,1	- 7,1	- 5,1	- 3,7	- 4,2	- 8,3	- 6,2
darunter: Bekleidung	- 2,5	+ 0,9	- 4,9	- 1,7	- 3,2	0	- 5,8	- 2,6
Möbel, Einrichtungsgegenstände und Hausrat a.n.g.	- 3,4	- 6,4	- 7,6	- 7,0	- 5,2	- 8,5	- 9,5	- 9,0
Elektrische Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie Musikinstrumente	- 5,4	- 9,0	- 17,6	- 13,1	- 4,1	- 8,3	- 17,0	- 12,4
Metallwaren, Anstrichmittel, Bau- und Heimwerkerbedarf	- 4,1	- 1,7	- 1,1	- 1,4	- 4,8	- 2,3	- 1,6	- 1,9
Fach-Einzelhandel a.n.g.[6]	- 1,9	- 1,7	- 10,2	- 5,9	- 2,2	- 2,4	- 11,0	- 6,6
Antiquitäten und Gebrauchtwaren[3]	- 7,8	+ 8,5	- 3,5	+ 2,6	- 8,6	+ 7,3	- 4,6	+ 1,4
Nicht in Verkaufsräumen betriebener Einzelhandel[7]	- 5,1	- 7,9	+ 0,4	- 4,1	+ 3,3	- 3,2	+ 5,5	+ 0,8
Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen, Teilen und Zubehör; Tankstellen	+ 0,1	+ 2,1	+ 4,0	+ 3,1	- 1,3	+ 0,6	+ 1,9	+ 1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt.
[1] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.
[2] Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 93; 1995 = 100.
[3] In Verkaufsräumen.
[4] Breites bzw. gemischtes Warensortiment z. B.: Warenhäuser, Supermärkte u. Ä.
[5] Abgegrenztes Sortiment z. B.: Fachgeschäfte.
[6] Zum Beispiel feinmechanische und optische Erzeugnisse, Computer, Sport und Freizeitbedarf.
[7] Zum Beispiel Versandhandel, Verkaufsstände und Märkte.

3 Privater Konsum (Einzelhandelsumsätze)

1995 = 100, saisonbereinigt

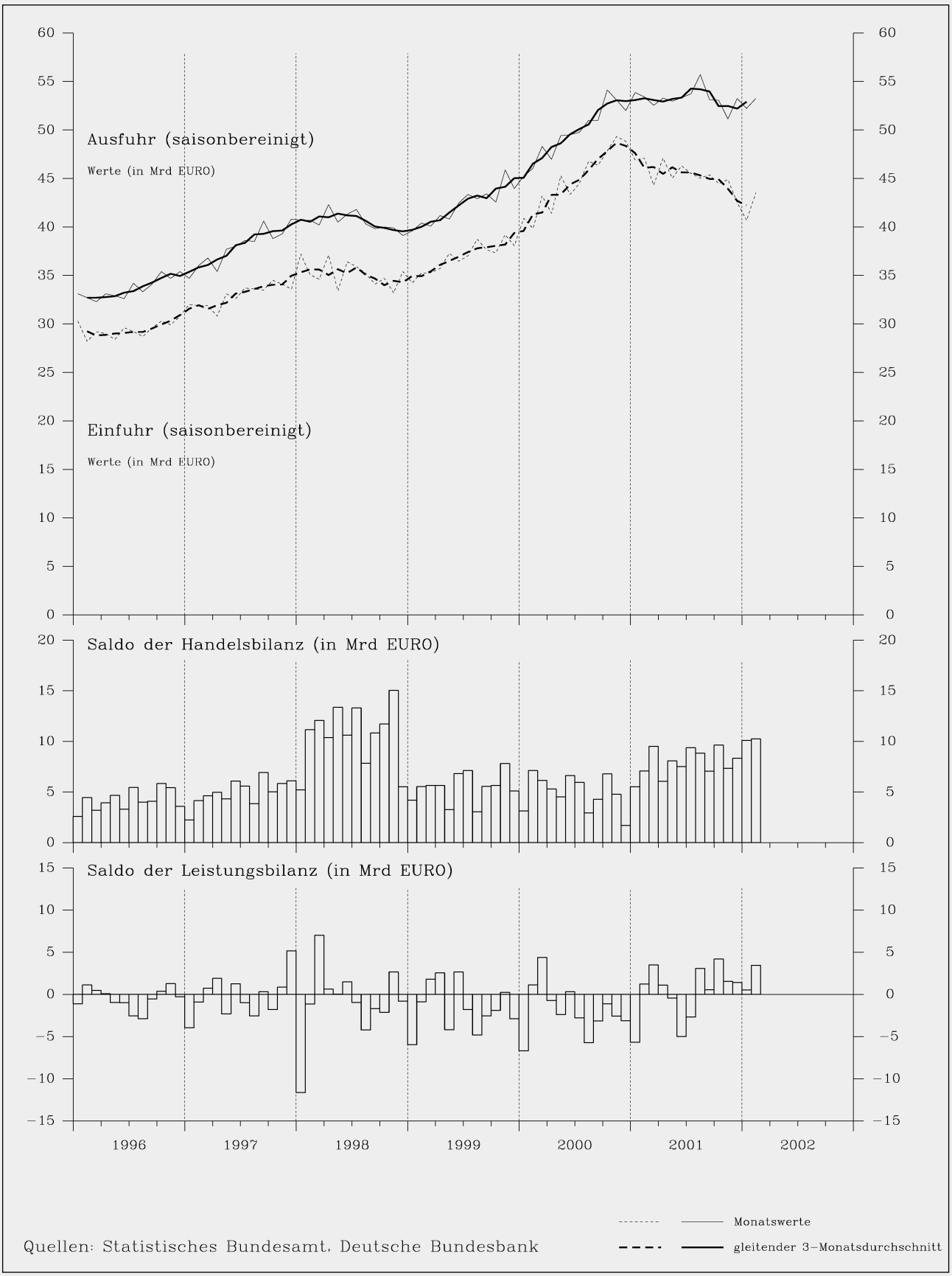
Quelle: Statistisches Bundesamt

4 Außenwirtschaft

	Werte in Mrd. €					
	2001			2002		
	Jan.	Febr.	Jan.-Febr.	Jan.	Febr.	Jan.-Febr.
Einfuhr	46,2	44,9	91,1	40,0	41,5	81,5
Ausfuhr	51,7	52,0	103,7	50,1	51,7	101,8
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 5,5	+ 7,1	+ 12,6	+ 10,1	+ 10,2	+ 20,3
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,6	- 0,5	- 1,1	- 0,4	- 0,3	- 0,8
Dienstleistungen	- 4,7	- 2,8	- 7,5	- 4,1	- 3,2	- 7,3
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 5,4	- 0,3	- 5,7	- 5,8	- 0,3	- 6,0
laufenden Übertragungen	- 0,5	- 2,2	- 2,7	+ 0,7	- 3,0	- 2,2
Leistungsbilanz	- 5,7	+ 1,2	- 4,5	+ 0,5	+ 3,4	+ 3,9
	Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum**[1]					
	2001/2002					
	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr.	Jan.-Febr.
	in Mrd. €					
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 12,1	+ 12,1	+ 6,7	+ 4,6	+ 3,2	+ 7,8
Ergänzungen zum Warenverkehr	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3
Dienstleistungen	- 0,6	+ 0,9	- 0,1	+ 0,7	- 0,4	+ 0,2
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 0,4	- 1,7	- 3,5	- 0,4	0	- 0,4
laufenden Übertragungen	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,2	- 0,7	+ 0,5
Leistungsbilanz	+ 12,6	+ 13,9	+ 4,5	+ 6,2	+ 2,2	+ 8,4
	in %					
Einfuhr	- 1,2	- 10,2	- 17,2	- 13,4	- 7,6	- 10,5
Ausfuhr	+ 7,2	- 2,0	- 3,3	- 3,1	- 0,5	- 1,8
	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in % (saisonbereinigt[2])					
	2002					
	Werte			Volumen[3]		
	Jan.	Febr.	Jan. / Febr.	Nov.	Dez.	Nov. / Dez.
Einfuhr	- 4,3	+ 7,0	- 3,6	+ 0,2	- 4,2	- 1,4
Ausfuhr	- 1,9	+ 2,0	+ 1,0	- 3,5	+ 5,0	- 1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank.
[1] Ursprungszahlen.
[2] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.
[3] Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 1991; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

4 Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

5 Arbeitsmarkt

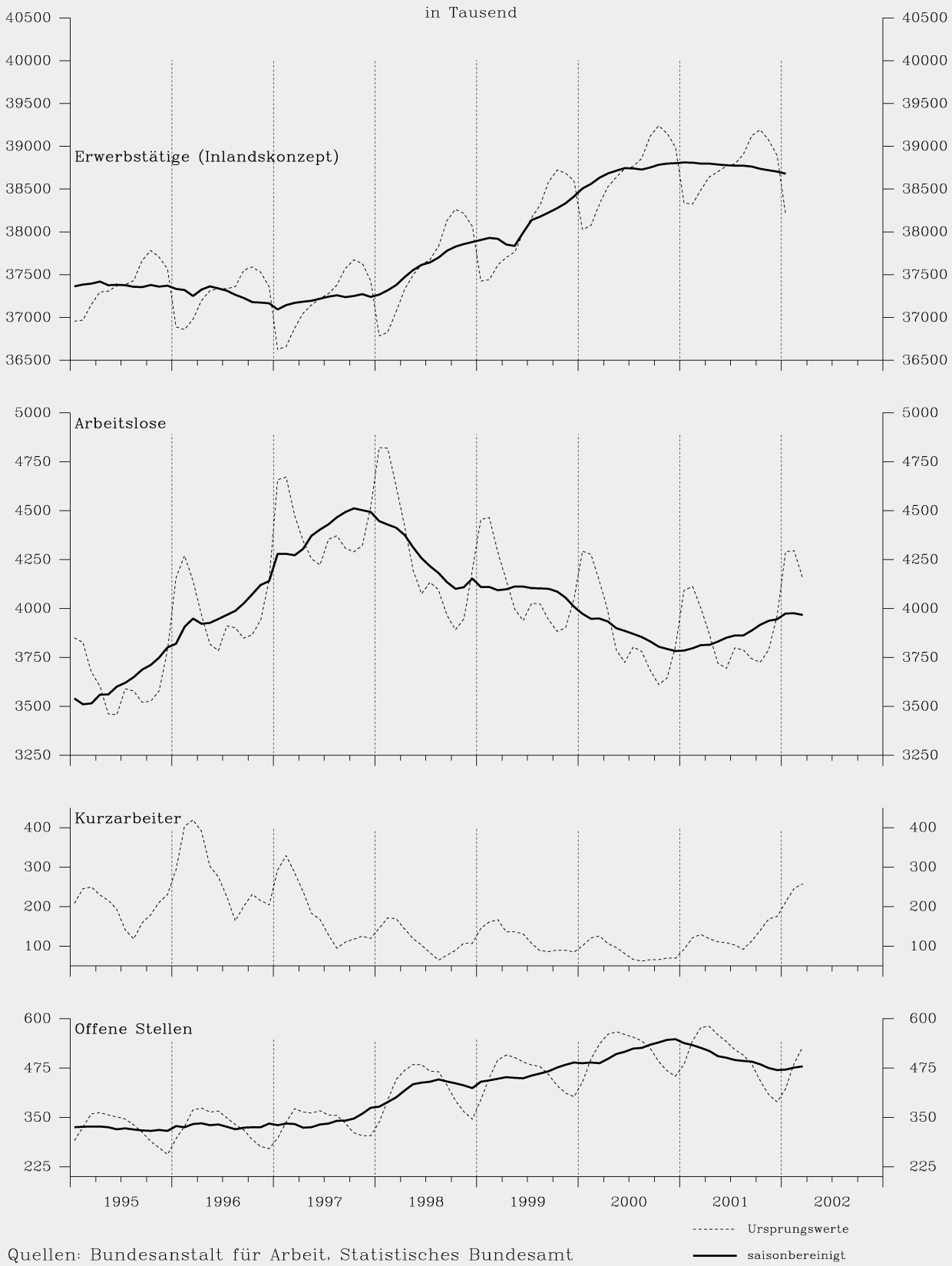
5.1 Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2001			2002		
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	38 337	38 324	38 493	38 209	.	.
Arbeitslose insgesamt	4 093	4 113	4 000	4 290	4 296	4 156
Zugänge an Arbeitslosen	807	560	558	842	1 121	1 522
Abgänge an Arbeitslosen	379	541	671	516	545	713
Arbeitslosenquote (in %[2])	10,0	10,1	9,8	10,4	10,4	10,0
Kurzarbeiter	92	122	130	212	246	258
Offene Stellen	484	544	578	422	487	527
	Veränderungen in 1.000[3]					
	gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum		
	2002					
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	- 682	.	.	- 128	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 326	+ 6	- 140	+ 197	+ 184	+ 156
Zugänge an Arbeitslosen	+ 241	+ 279	+ 402	+ 35	+ 560	+ 965
Abgänge an Arbeitslosen	+ 89	+ 29	+ 168	+ 137	+ 4	+ 42
Kurzarbeiter	+ 36	+ 35	+ 11	+ 120	+ 125	+ 128
Offene Stellen	+ 33	+ 64	+ 41	- 62	- 58	- 51
	Saisonbereinigte Zahlen in 1.000[4]					
	2001/2002					
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	38 737	38 719	38 704	38 680	.	.
Arbeitslose insgesamt	3 917	3 937	3 945	3 975	3 976	3 968
Arbeitslosenquote (in %[2])	9,5	9,5	9,5	9,6	9,6	9,6
Offene Stellen[5]	0	0	0	0	0	0
	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in 1.000 (saisonbereinigt[4])					
	2001/2002					
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	- 25	- 18	- 15	- 24	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 29	+ 20	+ 8	+ 30	+ 1	- 8
Offene Stellen[5]	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.
[1] Inlandskonzept.
[2] Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.
[3] Ursprungszahlen.
[4] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.
[5] Offene Stellen in Ostdeutschland nicht saisonbereinigt.

5 Arbeitsmarkt

5.1 Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt

5 Arbeitsmarkt

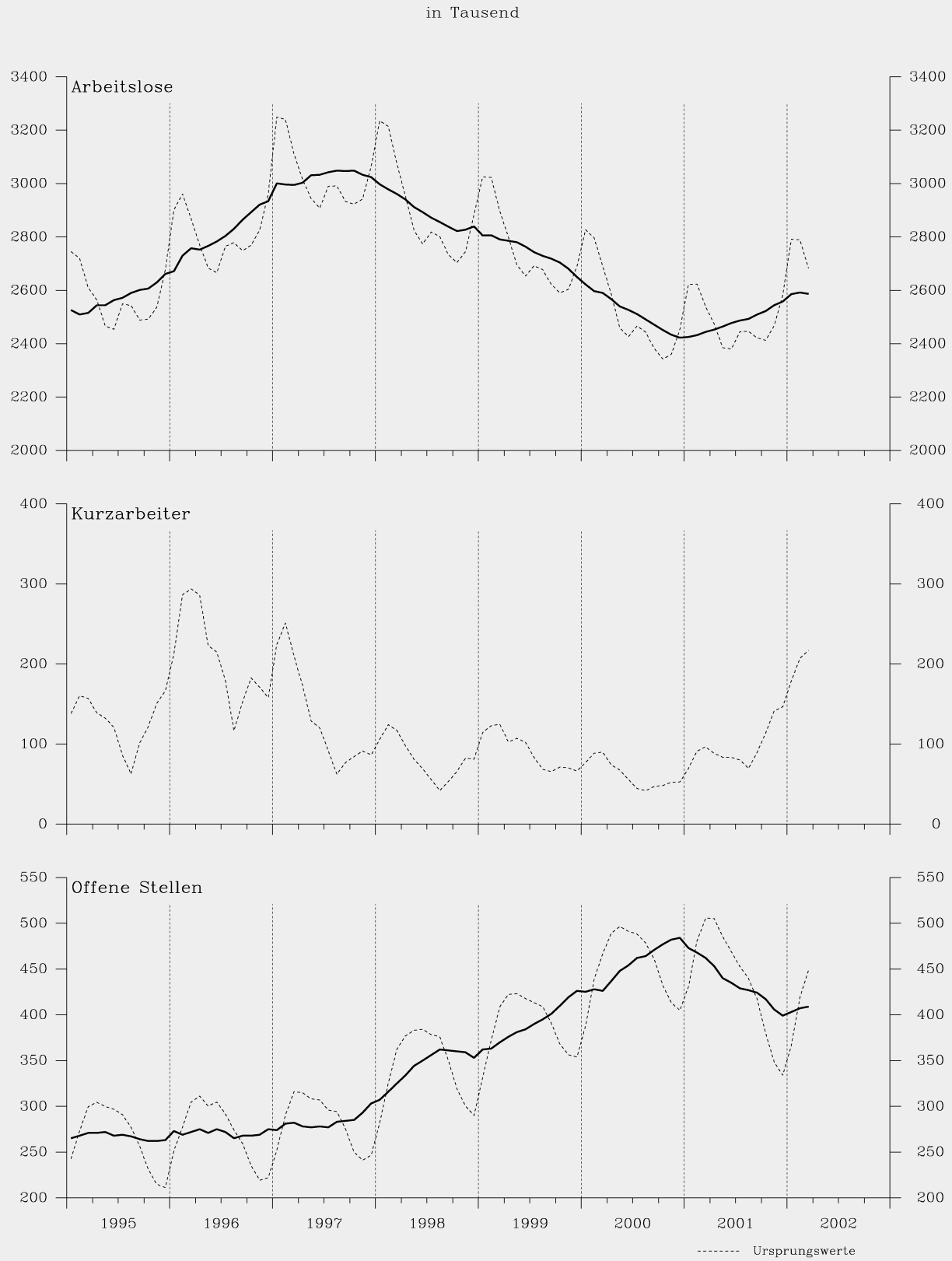
5.2 Früheres Bundesgebiet

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2001			2002		
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	2 622	2 623	2 539	2 791	2 789	2 683
Zugänge an Arbeitslosen	533	378	367	570	950	1 343
Abgänge an Arbeitslosen	364	377	451	362	382	499
Arbeitslosenquote (in %[2])	8,0	8,0	7,7	8,3	8,3	8,0
Kurzarbeiter	69	91	97	179	207	217
Offene Stellen	431	481	506	367	419	449
	Veränderungen in 1.000[3]					
	gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum		
	2002					
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 207	- 2	- 106	+ 169	+ 166	+ 144
Zugänge an Arbeitslosen	+ 161	+ 380	+ 393	+ 37	+ 572	+ 975
Abgänge an Arbeitslosen	+ 70	+ 20	+ 117	- 2	+ 5	+ 48
Kurzarbeiter	+ 32	+ 28	+ 10	+ 110	+ 116	+ 120
Offene Stellen	+ 33	+ 52	+ 30	- 64	- 62	- 57
	Saisonbereinigte Zahlen in 1.000[4]					
	2001/2002					
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	2 522	2 544	2 558	2 586	2 592	2 587
Arbeitslosenquote (in %[2])	7,5	7,6	7,6	7,7	7,7	7,7
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0
	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in 1.000 (saisonbereinigt[4])					
	2001/2002					
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 13	+ 22	+ 14	+ 28	+ 6	- 5
Offene Stellen	0	0	0	0	0	0

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.
[1] Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.
[2] Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.
[3] Ursprungszahlen.
[4] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.2 Früheres Bundesgebiet



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt

5 Arbeitsmarkt

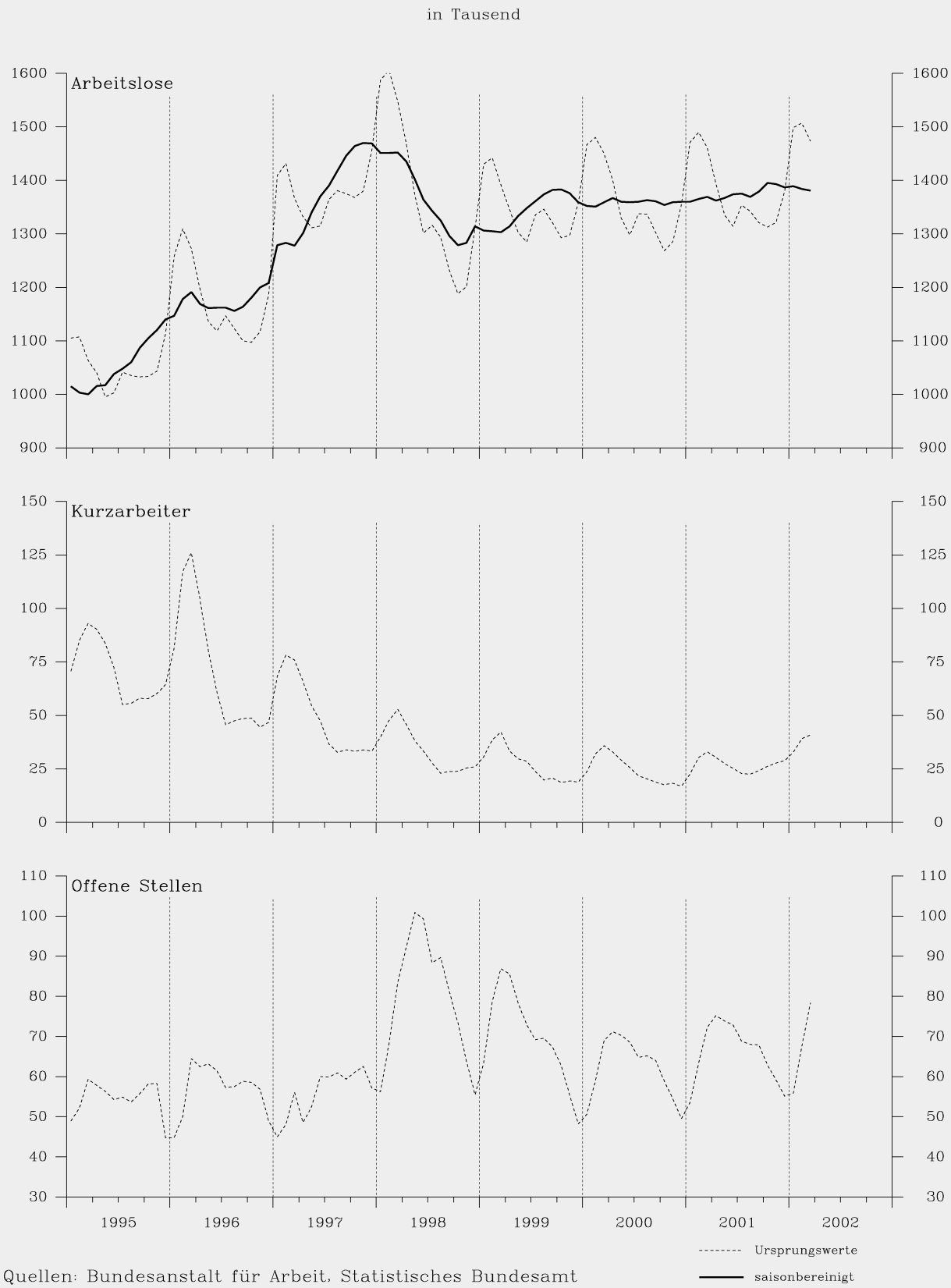
5.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Ursprungszahlen in 1.000					
	2001			2002		
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	1 471	1 490	1 461	1 499	1 507	1 473
Zugänge an Arbeitslosen	274	183	190	272	171	180
Abgänge an Arbeitslosen	15	164	219	153	162	213
Arbeitslosenquote (in %[2])	18,7	18,9	18,6	19,1	19,2	18,8
Kurzarbeiter	23	30	33	33	39	41
Offene Stellen	54	63	72	56	68	78
	Veränderungen in 1.000[3]					
	gegen Vorzeitraum			gegen Vorjahreszeitraum		
	2002					
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 119	+ 8	- 34	+ 28	+ 17	+ 13
Zugänge an Arbeitslosen	+ 80	- 102	+ 9	- 2	- 12	- 10
Abgänge an Arbeitslosen	+ 19	+ 9	+ 51	+ 138	- 1	- 6
Kurzarbeiter	+ 4	+ 6	+ 2	+ 10	+ 9	+ 8
Offene Stellen	+ 1	+ 12	+ 11	+ 2	+ 4	+ 6
	Saisonbereinigte Zahlen in 1.000[4]					
	2001/2002					
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	1 395	1 393	1 387	1 389	1 384	1 381
Arbeitslosenquote (in %[2])	17,8	17,8	17,7	17,7	17,7	17,6
Offene Stellen	67	69	71	68	69	70
	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in 1.000 (saisonbereinigt[4])					
	2001/2002					
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Erwerbstätige insgesamt [1]	.	.	.	.	.	.
Arbeitslose insgesamt	+ 16	- 2	- 6	+ 2	- 5	- 3
Offene Stellen	0	+ 2	+ 2	- 3	+ 1	+ 1

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.
[1] Nach Umstellung der Berechnungen durch die Bundesanstalt für Arbeit ist eine Gliederung nach Gebietsständen nicht mehr möglich.
[2] Basis: alle zivilen Erwerbspersonen.
[3] Ursprungszahlen.
[4] Saisonbereinigung der Deutschen Bundesbank.

5 Arbeitsmarkt

5.3 Neue Länder und Berlin-Ost



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Statistisches Bundesamt

6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise

	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in %			Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in %		
	2002					
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Preisindex für die Lebenshaltung [1]						
Insgesamt	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8
Waren	+ 1,3	0	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,6	+ 1,7
- Verbrauchsgüter	+ 2,0	0	+ 0,4	+ 3,2	+ 2,0	+ 2,1
darunter:						
Nahrungsmittel	+ 3,0	- 0,5	- 0,2	+ 6,7	+ 5,7	+ 4,3
darunter:						
Saisonwaren [2]	+ 11,9	- 1,7	- 0,7	+ 11,9	+ 10,2	+ 7,0
- Gebrauchsgüter mit mittl. Lebensdauer	+ 0,1	- 0,2	+ 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,4
- Langlebige Gebrauchsgüter	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0
Dienstleistungen	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,8
darunter:						
- Wohnungsmiete	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte [3]						
Insgesamt	+ 0,6	+ 0,1	.	- 0,1	- 0,3	.
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	+ 0,6	+ 0,1	.	- 1,8	- 2,1	.
- Energie	+ 1,5	+ 0,5	.	- 2,2	- 2,6	.
- Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,1	- 0,2	.	- 1,6	- 1,8	.
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,3	.	+ 1,5	+ 1,5	.
Konsumgüterproduzenten	+ 0,9	- 0,2	.	+ 2,2	+ 1,8	.
- Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 0,1	.	+ 2,0	+ 1,9	.
- Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	- 0,3	.	+ 2,2	+ 1,8	.
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte [3]						
Insgesamt	- 1,5	+ 1,0	.	+ 2,3	+ 0,9	.
Pflanzliche Produkte	+ 2,2	+ 2,1	.	+ 6,5	+ 7,8	.
Tierische Produkte	- 3,6	+ 0,4	.	+ 0,1	- 2,7	.
	2001/2002					
	Aug.	Nov.	Febr.	Aug.	Nov.	Febr.
Baupreise [3]						
Wohngebäude	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,4	- 0,2
Straßenbau	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	- 0,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

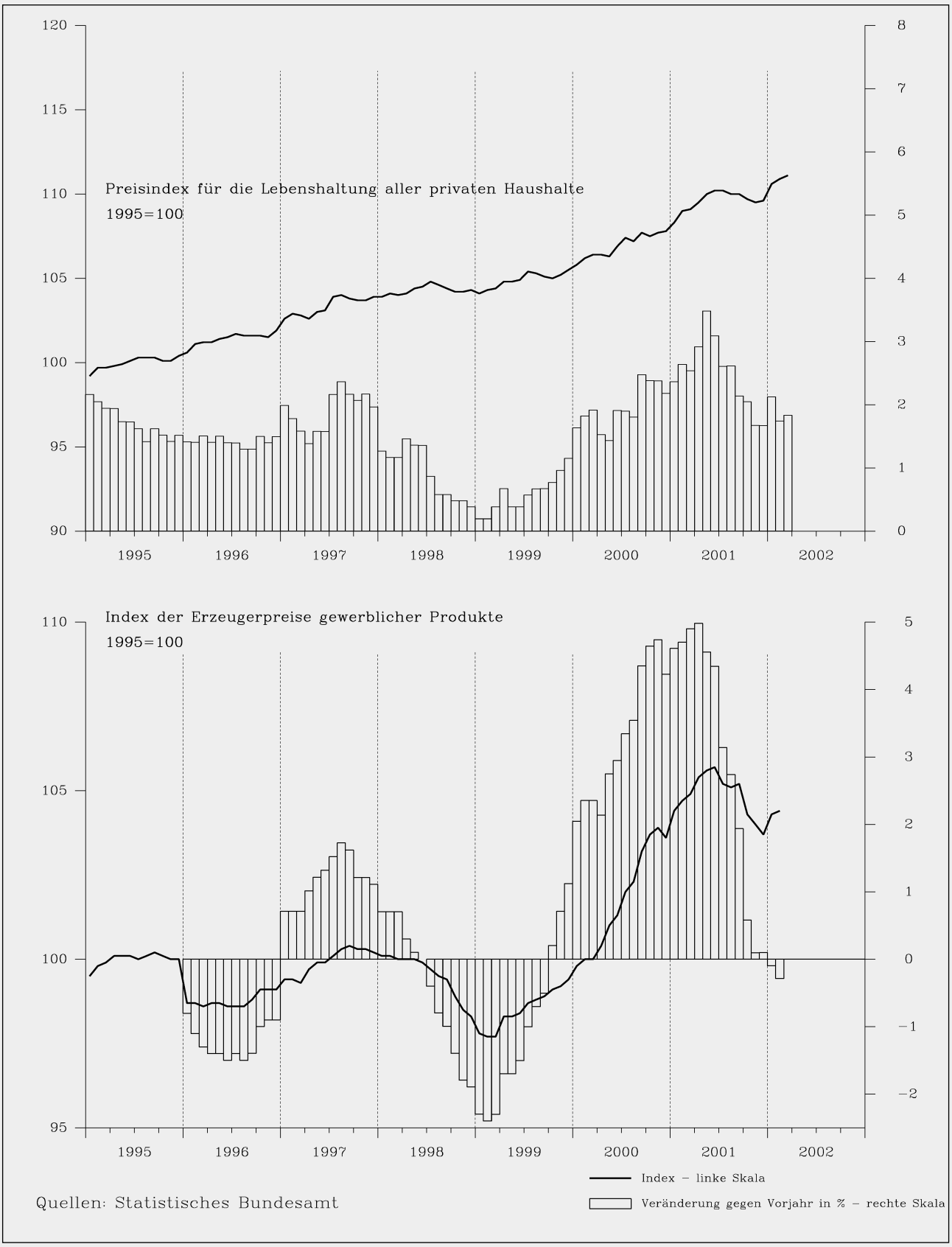
[1] Alle privaten Haushalte, 1995 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose).

[2] Obst, Gemüse (einschließlich Kartoffeln), Fische.

[3] 1995 = 100.

6 Preise

6.1 Lebenshaltung, Erzeugerpreise, Baupreise



Quellen: Statistisches Bundesamt

6 Preise

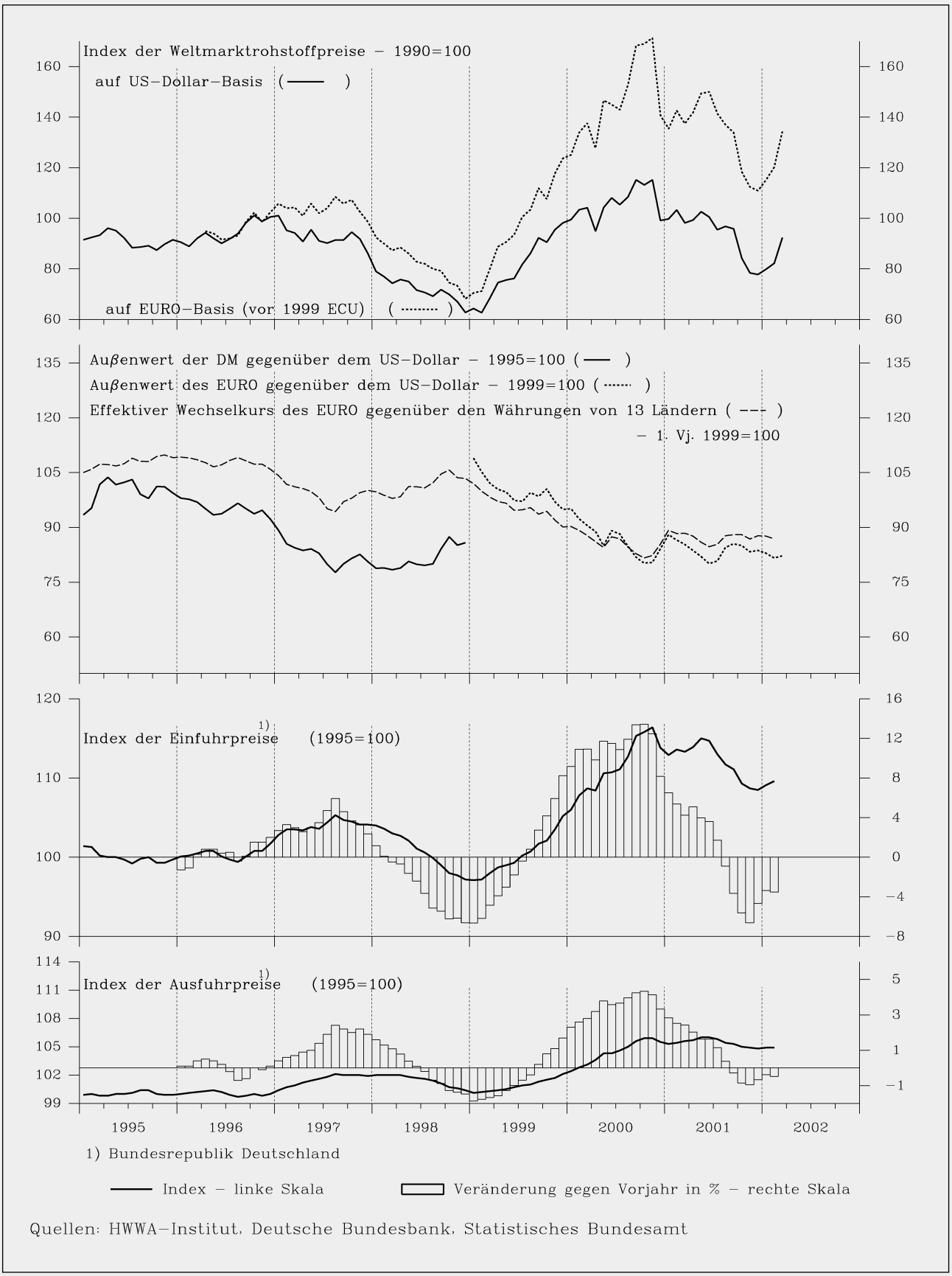
6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise

	Veränderungen gegen **Vorzeitraum** in %			Veränderungen gegen **Vorjahreszeitraum** in %		
	2002					
	Jan.	Febr.	März	Jan.	Febr.	März
Weltmarktpreise für Rohstoffe [1]						
Insgesamt	+ 2,7	+ 2,9	+ 12,4	- 19,9	- 20,4	- 5,9
- Nahrungs- und Genußmittel	+ 0,1	- 0,8	+ 3,1	- 3,6	- 3,5	+ 1,3
- Industrie-Rohstoffe	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,4	- 16,6	- 13,2	- 8,1
- Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	+ 3,1	+ 3,4	+ 17,5	- 23,0	- 24,8	- 5,9
Entwicklung des Außenwertes des Euro						
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar [3]	- 1,0	- 1,6	.	- 5,8	- 5,7	.
Effektiver Wechselkurs des Euro gegenüber den Währungen von 13 Ländern[3]	- 0,1	- 0,9	.	- 1,8	- 1,7	.
Außenhandelspreise[2]						
Einfuhrpreise insgesamt	+ 0,6	+ 0,5	.	- 3,4	- 3,5	.
darunter: Güter der Ernährungswirtschaft	+ 3,6	- 0,6	.	+ 5,3	+ 3,8	.
Güter der gewerblichen Wirtschaft	+ 0,2	+ 0,6	.	- 4,4	- 4,4	.
- Rohstoffe und Halbwaren	+ 0,8	+ 1,9	.	- 16,8	- 16,9	.
- Fertigwaren	0	+ 0,2	.	- 0,4	- 0,3	.
Ausfuhrpreise insgesamt	+ 0,1	0	.	- 0,4	- 0,5	.
Terms of Trade	- 0,5	- 0,5	.	+ 3,1	+ 3,2	.

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt.
[1] HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 1990 = 100.
[2] 1995 = 100.
[3] 1999 = 100.

6 Preise

6.2 Weltmarktpreise, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise



Quellen: HWWA-Institut, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland[1]		Erwerbsquote[2]	Erwerbslose	Erwerbslosenquote[3]	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote[4]
						gesamt	je Erwerbstätigen	je Stunde	
	Mio.	Veränderung in % p. a.	in %	Mio.	in %	Veränderung in % p. a.			in %
1991	38,5	.	51,3	2,6	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	– 1,5	50,7	3,0	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	– 1,3	50,2	3,4	7,6	– 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	– 0,2	50,4	3,7	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,6	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	– 0,3	50,4	4,0	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	– 0,2	50,7	4,4	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	4,3	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	4,1	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,9	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001[5]	38,8	0,1	51,7	3,9	7,4	0,6	0,4	1,2	20,4
1996/1991	37,4	– 0,6	50,4	3,5	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	4,1	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

[1] Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.
[2] Erwerbstätige im Inland nach + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.
[3] Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.
[4] Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).
[5] Erste vorläufige Ergebnisse.
Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.2 Preise[1]

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebenshaltung[2, 3]	Lohnstückkosten[4]	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer
	Veränderung in % p. a.							
1991	.	.	.	.	.	.	.	.
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2
1996	1,0	– 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4
1997	0,7	– 1,8	1,2	2,0	1,9	– 0,7	2,1	0,3
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4
2000	– 0,4	– 4,5	1,1	1,4	1,9	– 0,2	2,6	1,6
2001[5]	1,3	0,0	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2
2000/1995	0,6	– 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1

[1] Preisbasis 1995.
[2] Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahres.
[3] Alle privaten Haushalte.
[4] Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).
[5] Erste vorläufige Ergebnisse.
Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	– 3,54	– 17,83	26,3	26,5	– 0,2	– 1,2
1992	0,2	0,3	– 3,97	– 12,78	24,5	24,8	– 0,2	– 0,8
1993	– 4,8	– 6,5	2,87	– 9,93	22,8	22,6	0,2	– 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	– 22,73	23,6	23,3	0,3	– 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	– 16,60	24,5	23,8	0,6	– 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	– 7,44	25,3	24,3	1,0	– 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	– 1,67	27,9	26,5	1,4	– 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	– 5,21	29,0	27,6	1,5	– 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	– 15,39	29,7	28,9	0,9	– 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	– 3,92	33,7	33,3	0,4	– 0,2
2001[1]	6,1	3,0	29,58	– 3,42	35,1	33,7	1,4	– 0,2
1996/1991	3,3	2,2	7,02	– 13,90	24,1	23,7	0,4	– 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	– 6,73	29,1	28,1	1,0	– 0,3

[1] Erste vorläufige Ergebnisse.

7 Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991 bis 2001

7.4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote unbereinigt[1]	Lohnquote bereinigt[2]	Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (netto)[3]	Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			in %	in %	Veränderung in % p. a.		
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	– 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	– 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	– 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	– 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	– 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	– 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001[4]	1,4	0,1	1,9	72,7	73,4	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	– 0,5	1,1

[1] Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.
[2] Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).
[3] Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).
[4] Erste vorläufige Ergebnisse.
Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen[1]

I. Schuldenart

	Stand 28. Februar 2002 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand 31. März 2002 Mio. €
Anleihen[2]	440 393	0	0	440 393
Bundesobligationen	125 831	88	0	125 919[p]
Bundesschatzbriefe[3]	24 751	282	2 386	22 646[p]
Bundesschatzanweisungen	60 252	7 000	6 000	61 252
Unverzinsliche Schatzanweisungen	15 194	0	0	15 194
Finanzierungsschätze[4]	1 693	156	143	1 706[p]
Schuldscheindarlehen[5]	43 233	548	2 030	41 751
Medium Term Notes Treuhand	547	0	102	445
Gesamte umlaufende Schuld[6]	711 894			709 306

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 28. Februar 2002 Mio. €	Stand 31. März 2002 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	135 066	132 083
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	259 161	259 431
langfristig (mehr als 4 Jahre)	317 666	317 792
Gesamte umlaufende Schuld[6]	**711 894**	**709 306**

[p] Vorläufig.
[1] Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.
[2] Anleihen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.
[3] Bundesschatzbriefe der Typen A und B.
[4] 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.
[5] Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblastentilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundeseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAG).
[6] Einschließlich Eigenbestände.

2 Gewährleistungen

	Soll 2002 in Mrd. €	Januar bis März 2002 in Mrd. €	Januar bis März 2001 in Mrd. €
Ausfuhr	118	102,7	106,4
Internationale Finanzinstitute	47	33,3	31,7
Kapitalanlagen	40	26,1	24,3
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen	85	70,0	38,6

3 Bundeshaushalt 1997 bis 2002

Gesamtübersicht

	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
			Mrd. €			
Ermittlung des Finanzierungssaldos						
1. Ausgaben	**225,9**	**233,6**	**246,9**	**244,4**	**243,1**	**247,5**
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 3,0	+ 3,4	+ 5,7	– 1,0	– 0,5	+ 1,8
2. Einnahmen	**193,5**	**204,7**	**220,6**	**220,5**	**220,2**	**223,8**
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,4	+ 5,8	+ 7,8	– 0,1	– 0,1	1,6
darunter:						
Steuereinnahmen	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	199,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 2,2	+ 3,1	+ 10,2	+ 3,3	– 2,5	+ 2,8
3. Finanzierungsdefizit	**– 32,4**	**– 28,9**	**– 26,2**	**– 23,9**	**– 22,9**	**– 23,7**
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme (–)	**129,2**	**124,4**	**144,1**	**149,7**	**130,0**	**179,4**
5. Tilgungen (+)	**96,6**	**95,5**	**118,0**	**125,9**	**107,2**	**158,3**
6. Nettokreditaufnahme	**– 32,6**	**– 28,9**	**– 26,1**	**– 23,8**	**– 22,8**	**– 21,1**
7. Münzeinnahmen	**0,1**	**– 0,1**	**– 0,1**	**– 0,1**	**– 0,1**	**– 2,7**
8. Finanzierungsdefizit	**– 32,4**	**– 28,9**	**– 26,2**	**– 23,9**	**– 22,9**	**– 23,7**
in % der Ausgaben	14,3	12,4	10,6	9,8	9,4	9,6
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	25,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 7,6	+ 1,3	– 2,0	– 1,7	– 3,1	– 8,3
darunter:						
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Stand: Dezember 2001.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
			Mio. €			
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	**26 836**	**26 653**	**26 963**	**26 517**	**26 807**	**27 132**
Aktivitätsbezüge	20 697	20 481	20 705	20 275	20 440	20 620
Ziviler Bereich	8 205	8 300	8 387	8 196	8 414	8 374
Militärischer Bereich	12 493	12 181	12 318	12 079	12 026	12 246
Versorgung	6 139	6 172	6 258	6 242	6 367	6 513
Ziviler Bereich	2 467	2 545	2 555	2 572	2 598	2 591
Militärischer Bereich	3 672	3 628	3 703	3 670	3 770	3 922
Laufender Sachaufwand	**19 469**	**19 719**	**20 432**	**20 822**	**18 503**	**16 069**
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 690	1 786	1 655	1 641	1 619	1 592
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	6 934	7 493	7 750	7 335	7 985	7 331
Sonstiger laufender Sachaufwand	10 844	10 440	11 028	11 846	8 899	7 147
Zinsausgaben	**27 308**	**28 720**	**41 087**	**39 149**	**37 627**	**38 887**
an andere Bereiche	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
Sonstige	27 308	28 720	41 087	39 149	37 627	38 887
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	27 263	28 675	41 042	39 104	37 582	38 841
an Ausland	4	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	**122 632**	**128 618**	**129 156**	**126 846**	**132 359**	**138 443**
an Verwaltungen	29 512	29 300	16 311	16 106	13 257	14 859
Länder	5 524	5 685	5 568	5 650	5 580	5 921
Gemeinden	180	233	242	194	241	221
Sondervermögen	23 806	23 379	10 499	10 259	7 435	8 715
Zweckverbände	2	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	93 120	99 319	112 845	110 740	119 102	123 584
Unternehmen	9 181	9 338	13 488	13 275	16 674	16 874
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	25 131	24 819	24 305	21 455	20 668	20 651
an Sozialversicherung	55 603	61 866	71 651	72 590	78 143	82 311
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	750	743	749	746	672	783
an Ausland	2 455	2 552	2 652	2 674	2 940	2 965
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	**196 245**	**203 710**	**217 639**	**213 333**	**215 296**	**220 532**
Ausgaben der Kapitalrechnung*						
Sachinvestitionen	**6 224**	**6 925**	**7 110**	**6 732**	**6 905**	**6 803**
Baumaßnahmen	5 245	5 737	5 976	5 580	5 551	5 586
Erwerb von beweglichen Sachen	648	794	819	779	882	787
Grunderwerb	331	394	314	373	473	430
Vermögensübertragungen	**16 417**	**18 339**	**17 831**	**19 506**	**17 085**	**14 351**
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 538	17 636	17 225	16 579	16 509	13 905
an Verwaltungen	10 491	10 476	10 275	10 011	9 496	5 980
Länder	10 373	10 360	10 166	9 925	9 431	5 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	119	116	109	86	65	102
an andere Bereiche	5 047	7 161	6 950	6 568	7 013	7 924
Sonstige – Inland	3 205	5 335	5 074	4 729	5 370	6 028
Ausland	1 841	1 826	1 876	1 839	1 643	1 897
Sonstige Vermögensübertragungen	879	703	606	2 926	577	446
an Verwaltungen	154	18	– 6	0	0	0
Länder	0	0	– 6	0	0	0
an andere Bereiche	725	685	611	2 926	577	446
Unternehmen – Inland	342	313	222	101	167	0
Sonstige – Inland	209	216	186	2 542	183	196
Ausland	173	156	203	284	227	250

noch 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1997 bis 2002

Ausgabeart	1997 Ist	1998 Ist	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist	2002 Soll
			Mio. €			
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	**7 064**	**4 645**	**4 290**	**4 835**	**3 859**	**4 334**
Darlehensgewährung	6 345	3 964	3 661	4 205	3 185	3 699
an Verwaltungen	570	516	487	197	166	147
Länder	562	510	485	195	166	147
Gemeinden	9	6	1	1	0	1
an andere Bereiche	5 775	3 448	3 174	4 008	3 019	3 552
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	4 429	2 130	1 981	2 998	1 841	2 564
Ausland	1 346	1 318	1 194	1 010	1 178	988
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	719	681	629	630	674	634
Inland	13	3	1	19	24	52
Ausland	706	678	628	611	651	583
Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung*	**29 705**	**29 909**	**29 231**	**31 072**	**27 850**	**25 487**
Globale Mehr-/Minderausgaben	**– 1**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1 481**
Ausgaben zusammen	**225 950**	**233 619**	**246 869**	**244 405**	**243 145**	**247 500**
Abschluss der Ausgaben						
Summe Ausgaben	**225 950**	**233 619**	**246 869**	**244 405**	**243 145**	**247 500**
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	196 245	203 710	217 639	213 333	215 296	220 532
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	29 705	29 909	29 231	31 072	27 850	25 487
Globalansätze – soweit nicht aufgeteilt –	– 1	0	0	0	0	1 481
Finanzierungsrechnung						
Haushaltstechnische Verrechnungen	175	155	139	134	136	0
Rechnungsmäßige Abschlusssumme	**226 124**	**233 774**	**247 009**	**244 539**	**243 282**	**247 500**
* Darunter: Investive Ausgaben	28 826	29 206	28 625	28 146	27 273	25 041

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	**47 634**	**43 553**	**24 825**	**12 367**	**0**	**6 361**
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 898	8 371	4 108	1 304	0	2 958
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 596	2 711	431	104	0	2 176
03 Verteidigung	27 485	27 185	16 167	10 183	0	835
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 357	2 142	1 639	486	0	18
05 Rechtsschutz	328	292	215	66	0	10
06 Finanzverwaltung	2 970	2 853	2 265	224	0	364
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	**10 944**	**8 068**	**447**	**674**	**0**	**6 947**
13 Hochschulen	2 153	1 028	7	5	0	1 016
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 089	1 089	0	0	0	1 089
15 Sonstiges Bildungswesen	498	420	9	81	0	330
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 778	5 282	431	582	0	4 269
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	426	250	1	6	0	243
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	**105 997**	**104 599**	**169**	**402**	**0**	**104 027**
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	79 738	79 738	0	0	0	79 738
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 477	6 017	0	0	0	6 017
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 910	4 645	0	266	0	4 379
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	13 678	13 524	41	71	0	13 412
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	114	114	0	0	0	114
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 080	561	128	66	0	367
3 Gesundheit und Sport	**1 012**	**631**	**239**	**197**	**0**	**195**
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	353	301	140	99	0	63
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	353	301	140	99	0	63
32 Sport	196	85	0	7	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	224	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	239	101	35	52	0	14
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	**2 075**	**922**	**2**	**3**	**0**	**917**
41 Wohnungswesen	1 611	881	0	3	0	878
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	55	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	408	0	0	0	0	0
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**1 316**	**692**	**24**	**124**	**0**	**544**
52 Verbesserung der Agrarstruktur	915	356	0	2	0	354
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	178	178	0	56	0	122
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	178	178	0	56	0	122
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	223	158	24	65	0	68
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	**7 459**	**4 200**	**62**	**356**	**0**	**3 782**
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	347	329	0	210	0	119
621 Kernenergie	119	119	0	0	0	119
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	210	0	210	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 365	3 331	0	5	0	3 327
64 Handel	90	90	0	56	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	176	0	0	0	176
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 633	425	62	61	0	302

noch 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapitalrechnung*	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	**4 081**	**1 108**	**1 402**	**1 571**	**4 031**
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	527	525	2	0	527
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 885	42	1 273	1 570	2 878
03 Verteidigung	300	174	126	0	256
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	215	215	0	0	215
05 Rechtsschutz	37	37	0	0	37
06 Finanzverwaltung	117	115	1	1	117
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	**2 876**	**89**	**2 787**	**0**	**2 868**
13 Hochschulen	1 125	1	1 124	0	1 125
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	78	4	75	0	78
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 496	83	1 413	0	1 488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	177	0	176	0	177
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	**1 398**	**14**	**1 380**	**4**	**1 028**
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	460	0	460	0	460
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	265	3	260	2	15
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	154	4	147	3	33
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	519	6	513	0	519
3 Gesundheit und Sport	**381**	**204**	**176**	**0**	**375**
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	52	48	4	0	52
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	52	48	4	0	52
32 Sport	110	0	110	0	110
33 Umwelt- und Naturschutz	81	28	53	0	75
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	137	129	9	0	137
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	**1 153**	**0**	**983**	**170**	**1 153**
41 Wohnungswesen	731	0	560	170	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	15	0	15	0	15
44 Städtebauförderung	408	0	408	0	408
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	**623**	**4**	**616**	**3**	**623**
52 Verbesserung der Agrarstruktur	559	0	559	0	559
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	65	4	58	3	65
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	**3 259**	**3**	**1 056**	**2 201**	**3 259**
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	18	0	18	0	18
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	18	0	18	0	18
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	34	0	34	0	34
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 005	0	1 004	1	1 005
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	3 207	3	1 004	2 201	3 207

noch 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal-ausgaben	Laufender Sach-aufwand	Zins-ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	**9 965**	**2 893**	**1 014**	**1 229**	**0**	**651**
72 Straßen	6 879	895	0	765	0	130
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 423	763	445	267	0	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	153	153	45	8	0	99
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 168	1 076	523	189	0	364
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	**17 510**	**12 866**	**27**	**283**	**0**	**12 555**
81 Wirtschaftsunternehmen	10 910	6 407	27	36	0	6 344
832 Eisenbahnen	4 674	269	0	0	0	269
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 236	6 138	27	36	0	6 075
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 600	6 459	0	247	0	6 212
873 Sondervermögen	6 211	6 211	0	0	0	6 211
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	389	248	0	247	0	1
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	**43 589**	**42 108**	**322**	**436**	**38 887**	**2 463**
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 462	2 462	0	0	0	2 462
92 Schulden	38 955	38 955	0	68	38 887	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 172	691	322	368	0	1
Summe aller Hauptfunktionen	**247 500**	**220 532**	**27 132**	**16 069**	**38 887**	**138 443**

noch 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Haushaltssoll 2002

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben der Kapitalrechnung*	Sachinvestitionen	Vermögensübertragungen	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	* Darunter: Investive Ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	**7 072**	**5 254**	**1 818**	**1**	**7 072**
72 Straßen	5 984	4 532	1 452	1	5 984
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	660	647	13	0	660
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	0	0	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	92	75	18	0	92
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	**4 645**	**128**	**4 132**	**384**	**4 633**
81 Wirtschaftsunternehmen	4 504	21	4 098	384	4 504
832 Eisenbahnen	4 405	0	4 072	333	4 405
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	98	21	26	52	98
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	141	107	34	0	129
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	141	107	34	0	129
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
Summe aller Hauptfunktionen	**25 487**	**6 803**	**14 351**	**4 334**	**25 041**

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997[2]	1998	1999	2000[3]	2001[3]	2002[3]
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt[1]							
Ausgaben	609,5	571,0	580,6	596,9	597,8	606	611½
Einnahmen	547,2	522,8	551,8	568,9	564,0	561	570
Finanzierungssaldo	– 62,3	– 48,1	– 28,8	– 27,9	– 33,7	– 45	– 42
darunter:							
Bund							
Ausgaben	232,9	226,0	233,6	246,9	244,4	245½	247½
Einnahmen	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	223	224
Finanzierungssaldo	– 40,1	– 32,4	– 28,9	– 26,2	– 23,9	– 22½	– 23½
Länder (West)							
Ausgaben	197,2	186,3	188,3	189,9	193,7	202	200
Einnahmen	180,7	173,9	179,3	184,4	187,9	182½	187
Finanzierungssaldo	– 16,5	– 12,4	– 8,9	– 5,5	– 5,8	– 19½	– 12½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	136,0	116,2	115,7	117,9	119,8	121	124
Einnahmen	132,9	114,2	118,3	120,4	121,6	119	121
Finanzierungssaldo	– 3,1	– 2,0	2,6	2,6	1,8	– 2	– 3
Länder (Ost)							
Ausgaben	64,1	61,3	61,1	60,4	60,8	61	60½
Einnahmen	56,4	54,2	55,8	56,4	56,5	56	56½
Finanzierungssaldo	– 7,7	– 7,1	– 5,3	– 4,0	– 4,4	– 5	– 4
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	34,7	27,7	26,8	26,2	25,3	25	25
Einnahmen	33,4	26,9	26,3	26,0	25,5	25	25
Finanzierungssaldo	– 1,3	– 0,8	– 0,4	– 0,2	0,1	– 0	– ½
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	– 0,9	–	1,7	2,8	0,1	1½	1
Einnahmen	– 2,1	–	5,5	3,1	– 0,9	– ½	1½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	– 2,0	– 3,0	3,4	5,7	– 1,0	½	1
Einnahmen	– 9,0	0,4	5,8	7,8	– 0,1	1	½
Länder (West)							
Ausgaben	2,7	–	1,1	0,9	2,0	4	– 1
Einnahmen	1,9	–	3,1	2,8	1,9	– 3	2½
Gemeinden (West)							
Ausgaben	– 1,8	–	– 0,4	1,9	1,6	1	2½
Einnahmen	0,6	–	3,6	1,8	0,9	– 2	1½
Länder (Ost)							
Ausgaben	3,4	–	– 0,3	– 1,1	0,7	0	– 1
Einnahmen	5,3	–	3,0	1,1	0,1	– 1	1
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	– 3,7	–	– 3,2	– 2,2	– 3,3	– 1	½
Einnahmen	– 4,8	–	– 2,1	– 1,3	– 1,9	– 2½	½

noch 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1996 bis 2002

	1996	1997[2]	1998	1999	2000[3]	2001[3]	2002[3]
	Mrd. €						
	Anteil in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	– 3,4	– 2,6	– 1,5	– 1,4	– 1,7	– 2	– 2
darunter:							
Bund	– 2,2	– 1,7	– 1,5	– 1,3	– 1,2	– 1	– 1
Länder (West)	– 0,9	– 0,7	– 0,5	– 0,3	– 0,3	– 1	– ½
Gemeinden (West)	– 0,2	– 0,1	0,1	0,1	0,1	0	0
Länder (Ost)	– 0,4	– 0,4	– 0,3	– 0,2	– 0,2	0	0
Gemeinden (Ost)	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 0,0	0,0	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	– 10,2	– 8,4	– 5,0	– 4,7	– 5,6	– 7½	– 7
darunter:							
Bund	– 17,2	– 14,4	– 12,4	– 10,6	– 9,8	– 9	– 9½
Länder (West)	– 8,4	– 6,7	– 4,8	– 2,9	– 3,0	– 9½	– 6½
Gemeinden (West)	– 2,3	– 1,8	2,2	2,2	1,5	– 1½	– 2
Länder (Ost)	– 12,0	– 11,6	– 8,7	– 6,6	– 7,2	– 8½	– 7
Gemeinden (Ost)	– 3,9	– 2,8	– 1,7	– 0,8	0,6	– 1	– 1
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	33,2	30,5	30,1	30,2	29,5	29½	28½
darunter:							
Bund	12,7	12,1	12,1	12,5	12,1	12	11½
Länder (West)	10,8	10,0	9,8	9,6	9,6	9½	9½
Gemeinden (West)	7,4	6,2	6,0	6,0	5,9	6	6
Länder (Ost)	3,5	3,3	3,2	3,1	3,0	3	3
Gemeinden (Ost)	1,9	1,5	1,4	1,3	1,3	1	1

Stand: Finanzplanungsrat November 2001.
[1] Mit LAF, ERP, EU, FDE, KAF, Entsch. F., ELF, BEV, Steink. F., Vers.-Rücklage.
[2] Ab 1997 ohne Krankenhäuser.
[3] 2000: Ist, Länder = vorläufig Ist; 2001 und 2002 = Schätzung.
Stand: November 2001.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
	Ist-Ergebnisse								
	Mrd. €								
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	**42,1**	**80,2**	**140,8**	**148,2**	**194,4**	**205,4**	**218,4**	**233,9**	**240,9**
Veränderung gegen Vorjahr in %	8,6	12,7	2,4	5,2	.	.	6,3	7,1	3,0
Einnahmen	**42,6**	**63,3**	**122,4**	**137,9**	**169,8**	**178,2**	**198,3**	**199,7**	**215,1**
Veränderung gegen Vorjahr in %	17,9	0,2	– 0,7	12,7	0,0	0,0	11,3	0,7	7,7
Finanzierungssaldo	**0,6**	**– 16,9**	**– 18,4**	**– 10,2**	**– 24,6**	**– 27,2**	**– 20,1**	**– 34,2**	**– 25,9**
darunter:									
Nettokreditaufnahme	– 0,0	– 15,3	– 18,1	– 9,8	– 23,9	– 26,6	– 19,7	– 33,8	– 25,6
Münzeinnahmen	– 0,1	– 0,4	– 0,3	– 0,4	– 0,7	– 0,6	– 0,4	– 0,4	– 0,3
Rücklagenbewegung	–	– 1,2	–	–	–	–	–	–	–
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	0,7	–	–	–	–	–	–	–	–
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	**6,6**	**13,0**	**20,5**	**21,1**	**22,1**	**24,9**	**26,3**	**27,0**	**26,9**
Veränderung gegen Vorjahr in %	12,4	5,9	2,1	3,0	0,0	0,0	5,7	2,4	– 0,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	15,6	16,2	14,6	14,3	.	12,1	12,1	11,5	11,2
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %[4]	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
Zinsausgaben	**1,1**	**2,7**	**16,5**	**16,4**	**17,5**	**20,3**	**22,4**	**23,4**	**27,1**
Veränderung gegen Vorjahr in %	14,3	23,1	4,0	– 0,6	0,0	0,0	10,6	4,5	15,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	2,7	5,3	11,7	11,1	.	9,9	10,3	10,0	11,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %[4]	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,7
Investive Ausgaben	**7,2**	**13,1**	**17,1**	**18,5**	**20,1**	**31,4**	**33,7**	**33,3**	**31,3**
Veränderung gegen Vorjahr in %	10,2	11,0	0,4	8,4	0,0	0,0	7,0	– 1,1	– 6,0
Anteil an den Bundesausgaben in %	17,0	16,3	12,1	12,5	.	15,3	15,4	14,2	13,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %[4]	34,4	35,4	33,8	34,7	.	37,5	34,7	35,3	34,0
Steuereinnahmen[1]	**40,2**	**61,0**	**112,6**	**126,4**	**132,3**	**162,5**	**180,4**	**182,0**	**193,8**
Veränderung gegen Vorjahr in %	18,7	0,5	1,5	12,2	0,0	0,0	11,0	0,9	6,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	95,5	76,0	80,0	85,3	.	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	94,3	96,3	92,0	91,6	.	91,2	91,0	91,2	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen in %[4]	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,2
Nettokreditaufnahme	**0,0**	**– 15,3**	**– 18,1**	**– 9,8**	**– 23,9**	**– 26,6**	**– 19,7**	**– 33,8**	**– 25,6**
Anteil an den Bundesausgaben in %	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in %[4]	0,0	55,8	63,6	57,3	.	39,6	33,6	47,4	47,2
nachrichtlich: Schuldenstand[4]									
öffentliche Haushalte[3]									
darunter:	61,9	129,2	459,6	472,8	536,2	595,9	679,8	765,5	840,1
Bund	25,7	54,8	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3

[1] Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.
[2] Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.
[3] Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.
[4] Stand öffentlicher Gesamthaushalt und Schuldenstand November 2001.

noch 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2002

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
				Ist-Ergebnisse				Soll
				Mrd. €				
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	**237,6**	**232,9**	**225,9**	**233,6**	**246,9**	**244,4**	**243,1**	**247,5**
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 1,4	– 2,0	– 3,0	3,4	5,7	– 1,0	– 0,5	1,8
Einnahmen	**211,7**	**192,8**	**193,5**	**204,7**	**220,6**	**220,5**	**220,2**	**223,8**
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 1,5	– 9,0	0,4	5,8	7,8	– 0,1	– 0,1	1,6
Finanzierungssaldo	**– 25,8**	**– 40,1**	**– 32,4**	**– 28,9**	**– 26,2**	**– 23,9**	**– 22,9**	**– 23,7**
darunter :								
Nettokreditaufnahme	– 25,6	– 40,0	– 32,6	– 28,9	– 26,1	– 23,8	– 22,8	– 21,1
Münzeinnahmen	– 0,2	– 0,1	0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 2,7
Rücklagenbewegung	–	–	–	–	–	–	–	–
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	–	–	–	–	–	–	–	–
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	**27,1**	**27,0**	**26,8**	**26,7**	**27,0**	**26,5**	**26,8**	**27,1**
Veränderung gegen Vorjahr in %	0,5	– 0,0	– 0,7	– 0,7	1,2	– 1,6	1,1	1,1
Anteil an den Bundesausgaben in %	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	11,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %[4]	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,7	15,7
Zinsausgaben	**25,4**	**26,0**	**27,3**	**28,7**	**41,1**	**39,1**	**37,6**	**38,9**
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 6,2	2,3	4,9	5,2	43,1	– 4,8	– 3,9	– 3,4
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,7	11,2	12,1	12,3	16,7	16,0	15,5	15,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %[4]	38,7	39,0	40,6	42,1	59,0	58,0	55,7	56,0
Investive Ausgaben	**34,0**	**31,2**	**28,8**	**29,2**	**28,6**	**28,1**	**27,3**	**25,0**
Veränderung gegen Vorjahr in %	8,8	– 8,3	– 7,6	1,3	– 2,0	– 1,7	– 3,1	– 8,3
Anteil an den Bundesausgaben in %	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	10,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts in %[4]	37,0	36,1	36,1	35,5	36,1	35,5	34,5	31,4
Steuereinnahmen[1]	**187,2**	**173,1**	**169,3**	**174,6**	**192,4**	**198,8**	**193,8**	**199,2**
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 3,4	– 7,5	– 2,2	3,1	10,2	3,3	– 2,5	2,8
Anteil an den Bundesausgaben in %	78,8	74,3	74,9	74,7	78,0	81,3	79,7	80,5
Anteil an den Bundeseinnahmen in %	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	88,5	88,0	89,0
Anteil am gesamten Steueraufkommen in %[4]	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,2	42,5	41,9
Nettokreditaufnahme	**– 25,6**	**– 40,0**	**– 32,6**	**– 28,9**	**– 26,1**	**– 23,8**	**– 22,8**	**– 21,1**
Anteil an den Bundesausgaben in %	10,8	17,2	14,4	12,4	11,8	10,6	10,4	9,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes in %	74,5	128,3	113,0	98,8	91,3	84,5	83,6	84,3
Anteil an den Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts in %[4]	51,2	70,4	65,1	97,8	82,4	81,0	60,8	59,3
nachrichtlich: Schuldenstand[4]								
öffentliche Haushalte[3]								
darunter:	1 009,3	1 069,2	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,1	1 204,7	1 254,0
Bund	385,7	426,0	459,7	488,0	708,3	715,6	697,3	718,0

[1] Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.
[2] Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 9,4 Mrd. DM.
[3] Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.
Stand öffentlicher Gesamthaushalt und Schuldenstand November 2001.

8 Steuer- und Abgabenquoten[1, 2]

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen[3, 4]		Kassenmäßige Abgrenzung[5]	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	24,0	36,6	22,8	34,4
1975	24,8	41,0	23,6	38,6
1980	25,9	42,8	24,8	40,4
1981	25,2	42,7	24,1	40,3
1982	24,9	42,8	23,8	40,4
1983	24,9	42,3	23,7	39,9
1984	25,1	42,5	23,7	39,8
1985	25,2	42,8	24,0	40,3
1986	24,6	42,1	23,5	39,8
1987	24,7	42,3	23,5	39,9
1988	24,5	41,9	23,3	39,6
1989	25,2	42,4	24,0	40,1
1990	23,6	40,5	22,7	38,5
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	39,8
1993	22,9	41,1	23,2	40,4
1994	22,9	41,5	23,1	40,7
1995	22,5	41,3	23,1	40,9
1996[5]	22,9	42,3	22,3	40,6
1997[5]	22,6	42,3	21,8	40,3
1998[5]	23,1	42,4	22,1	40,2
1999[5]	24,2	43,3	22,9	40,9
2000[5]	24,6	43,3	23,1	40,7
2001[6]	23	41½	21½	39
2002[6]	23½	42	22	39½

[1] Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.
[2] Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.
[3] Ab 1991 in der Abgrenzung des ESVG 1995.
[4] Einschließlich Sondersteuern der Jahre 1970 bis 1974.
[5] Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2001.
[6] Schätzung, Stand: November 2001.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	1999	2000	2001[6]	2002[6]
Schulden (Mrd. €)[1]				
Öffentliche Haushalte insgesamt[2]	1 183,1	1 198,2	1 210	1 250
Bund	708,3	715,6	700	717
Länder (West)[3]	270,9	278,4	299	313
Länder (Ost)[3]	51,8	54,8	59	63
Gemeinden (West)[4]	68,4	67,3	68	70
Gemeinden (Ost)[4]	15,6	15,6	16	16
Sonderrechnungen[5]	56,3	58,3	60	63
Schulden in % der Gesamt-Schulden				
Bund	59,9	59,7	58	57½
Länder (West)[3]	22,9	23,2	24½	25
Länder (Ost)[3]	4,4	4,6	5	5
Gemeinden (West)[4]	5,8	5,6	5½	5½
Gemeinden (Ost)[4]	1,3	1,3	1½	1½
Sonderrechnungen[5]	4,8	4,9	5	5
Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt[2]	59,9	59,2	58½	58½
Bund	35,9	35,3	34	33½
Länder (West)[3]	13,7	13,7	14½	14½
Länder (Ost)[3]	2,6	2,7	3	3
Gemeinden (West)[4]	3,5	3,3	3½	3½
Gemeinden (Ost)[4]	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen[5]	2,8	2,9	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	61,3	60,3	rund 60	rund 60

[1] Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).
[2] Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.
[3] Länder (West) einschl. Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.
[4] Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.
[5] ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen (bis 1998), Erblastentilgungsfonds (bis 1998) und Steinkohlefonds (bis 1998); Schulden des Bundeseisenbahnvermögens, Erblastentilgungsfonds und Steinkohlefonds sind ab 1999 beim Bund nachgewiesen.
[6] Projektion auf der Basis Plenum Finanzplanungsrat November 2001.
Stand: November 2001.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen*

	Steueraufkommen[1, 2]			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
		davon			
	insgesamt	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“	„Direkte Steuern“	„Indirekte Steuern“
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
	Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990				
1951	13,5	6,7	6,8	49,6	50,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,4	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,3	36,5	53,7	46,3
1971	88,2	47,9	40,3	54,3	45,7
1972	100,7	56,3	44,4	55,9	44,1
1973	114,9	67,1	47,9	58,4	41,6
1974	122,5	73,8	48,7	60,3	39,7
1975	123,7	72,9	50,9	58,9	41,1
1976	137,1	82,3	54,8	60,1	39,9
1977	153,1	95,1	58,0	62,1	37,9
1978	163,2	98,2	64,9	60,2	39,8
1979	175,3	103,0	72,3	58,8	41,2
1980	186,6	109,3	77,4	58,5	41,5
1981	189,3	108,6	80,7	57,4	42,6
1982	193,6	112,1	81,6	57,9	42,1
1983	202,8	115,2	87,6	56,8	43,2
1984	212,0	120,9	91,1	57,0	43,0
1985	223,5	132,2	91,4	59,1	40,9
1986	231,3	137,4	93,9	59,4	40,6
1987	239,6	141,8	97,8	59,2	40,8
1988	249,6	148,5	101,0	59,5	40,5
1989	273,8	163,1	110,8	59,6	40,4
1990	281,5	160,6	120,9	57,1	42,9
	Bundesrepublik Deutschland				
1991	338,4	189,3	149,1	55,9	44,1
1992	374,1	209,7	164,4	56,1	43,9
1993	383,0	207,7	175,3	54,2	45,8
1994	402,0	210,7	191,3	52,4	47,6
1995	416,3	224,4	191,9	53,9	46,1
1996	409,0	213,9	195,2	52,3	47,7
1997	407,6	209,8	197,8	51,5	48,5
1998	425,9	221,9	204,0	52,1	47,9
1999	453,1	235,3	217,8	51,9	48,1
2000	467,3	243,8	223,5	52,2	47,8
2001[3]	448,9	221,3	227,6	49,3	50,7
2002[3]	462,5	228,0	234,5	49,3	50,7

* Da die Übersicht die jeweiligen gesamten Steuereinnahmen seit 1951 enthält und aufgliedert, umfassen die Angaben auch Steuern, die im Zeitraum 1951/2002 ausgelaufen oder abgeschafft worden sind. Danach ist zu unterscheiden:

[1] Entfallen sind bis ... folgende Steuerarten:
- „Direkte Steuern“: Notopfer Berlin; für natürliche Personen (30. September 1956), für Körperschaften (31. Dezember 1957); Ergänzungsabgabe: zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974), zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Sonderausgaben (LAF): Kreditgewinnabgabe (31. März 1973), Vermögensabgabe (31. März 1979), Hypothekengewinnabgabe (31. Dezember 1979); Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Stabilitätszuschlag (30. Juni 1974); Solidaritätszuschlag vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994; Vermögensteuer (31. Dezember 1996).
- „Indirekte Steuern“: Essigsäuresteuer (31. Dezember 1980); Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Spielkartensteuer (31. Dezember 1980); Kapitalertragsteuer: Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaftsteuer (31. Dezember 1991); Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

[2] Ab 1999 geltende Zusammensetzung der Steuereinnahmen:
- „Direkte Steuern“: Einkommen- und Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Feuerschutzsteuer; Gewerbesteuer; Schankerlaubnissteuer, Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer.
- „Indirekte Steuern“: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuer; Teesteuer, Zuckersteuer; Salzsteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungsteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; Sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

[3] Steuerschätzung vom 8. bis 9. November 2001 nach geltendem Steuerrecht einschließlich des zweiten Gesetzes zur Familienförderung; Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen; Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe; Gesetz zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes; 12. Euro-Einführungsgesetz.

Stand: November 2001.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltsalden

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000*	2001*	2002	2003
Deutschland	– 2,9	– 1,2	– 2,1	– 3,5	– 1,3	– 2,5	– 2,7	– 2,2
Belgien	– 8,6	– 9,0	– 5,4	– 4,4	0,1	– 0,2	– 0,2	0,1
Dänemark	– 3,2	– 2,0	– 1,0	– 2,3	2,5	2,0	1,6	2,0
Griechenland	– 2,6	– 11,6	– 15,9	– 10,2	– 1,1	– 0,4	0,3	0,8
Spanien	– 2,5	– 6,1	– 4,1	– 6,6	– 0,4	0,1	– 0,2	0,0
Frankreich	0,0	– 2,8	– 1,5	– 5,5	– 1,4	– 1,6	– 2,0	– 1,6
Irland	– 11,6	– 10,2	– 2,2	– 2,2	4,5	2,4	1,8	1,8
Italien	– 8,6	– 12,5	– 11,0	– 7,6	– 1,5	– 1,2	– 1,2	– 0,9
Luxemburg	– 0,4	6,2	4,7	1,8	6,1	4,4	2,8	3,2
Niederlande	– 4,1	– 3,5	– 4,9	– 4,2	1,5	1,3	0,5	1,4
Österreich	– 1,6	– 2,4	– 2,4	– 5,2	– 1,5	– 0,2	– 0,4	0,4
Portugal	– 8,6	– 10,3	– 5,0	– 4,5	– 1,8	– 2,0	– 1,6	– 1,4
Finnland	3,3	2,8	5,3	– 3,7	6,9	4,8	2,9	2,3
Schweden	– 3,9	– 3,7	4,0	– 7,7	4,1	3,9	1,6	1,9
Vereinigtes Königreich	– 3,4	– 2,9	– 0,9	– 5,8	1,9	1,2	0,4	0,5
Eurozone	– 3,4	– 4,8	– 4,2	– 5,0	– 0,8	– 1,1	– 1,4	– 1,0
EU 15	– 3,4	– 4,5	– 3,5	– 5,2	– 0,1	– 0,5	– 0,9	– 0,6
Japan	– 4,4	– 0,8	2,9	– 4,2	– 7,6	– 6,5	– 5,9	– 5,6
USA	– 2,6	– 5,1	– 4,4	– 3,1	1,7	– 0,3	– 3,6	– 3,4

Quelle: EU-KOM: Herbstprognose 2001, November 2001.
* für die Jahre 2000 und 2001 jeweils ohne UMTS-Erlöse.
Stand: November 2001.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP							
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	60,3	60,0	61,0	60,6
Belgien	78,3	121,8	127,7	133,4	110,3	107,0	103,9	99,4
Dänemark	36,4	69,8	57,7	69,3	46,1	43,2	42,5	40,0
Griechenland	27,7	59,8	89,0	108,7	102,7	99,8	98,5	95,1
Spanien	17,0	42,7	44,0	64,0	60,7	58,0	57,3	55,6
Frankreich	20,4	31,8	36,3	54,0	57,6	57,1	57,3	56,6
Irland	72,3	105,3	97,5	84,3	38,6	34,3	30,8	27,1
Italien	58,3	82,0	97,3	123,3	110,5	108,2	106,9	103,4
Luxemburg	9,3	9,6	4,5	5,6	5,3	5,3	5,2	4,9
Niederlande	46,3	70,5	77,4	77,0	56,1	51,8	48,9	45,3
Österreich	36,4	49,5	57,5	68,5	63,1	62,3	61,2	58,7
Portugal	34,9	66,6	63,0	64,1	53,7	53,5	53,5	53,3
Finnland	11,6	16,4	14,5	57,1	44,0	42,7	42,0	41,7
Schweden	39,6	61,6	42,1	76,6	55,7	52,7	50,5	48,2
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	51,8	42,8	39,3	37,2	34,8
Eurozone	35,1	52,8	59,1	72,9	70,2	68,8	68,4	66,7
EU 15	38,4	53,8	54,9	70,2	64,4	62,5	61,8	59,9
Japan	51,2	64,2	61,4	87,1	129,7	140,8	152,5	–
USA	37,0	49,4	55,3	72,9	57,4	55,2	54,2	–

Quelle: EU-KOM: Herbstprognose 2001, November 2001; Japan und USA für 1995 bis 2002: IWF-World Economic Outlook (Dezember 2001).
Stand: Dezember 2001.

13 Steuerquote im internationalen Vergleich[1]

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000[2]
Deutschland[3, 4]	22,8	24,8	24,0	22,7	22,3	22,9	23,1
Deutschland[3]	22,9	21,7	20,9	20,4	22,3	22,9	23,0
Belgien	25,1	30,2	31,3	28,8	30,4	31,2	31,8
Dänemark	38,8	43,2	45,7	45,7	48,3	48,3	46,2
Finnland	29,6	29,2	33,0	35,0	35,1	34,4	35,4
Frankreich	22,3	23,3	24,8	24,0	26,2	29,3	29,0
Griechenland	14,6	16,2	18,4	20,5	22,0	25,6	26,5
Irland	27,4	26,9	29,9	28,5	28,5	28,1	27,2
Italien	16,3	18,9	22,5	26,1	28,2	30,9	30,3
Japan	15,3	18,2	19,2	21,8	17,7	16,4	17,1
Kanada	28,2	29,1	29,1	32,2	32,0	33,0	32,1
Luxemburg	18,0	28,3	32,7	29,5	32,0	31,0	31,3
Niederlande	24,0	26,9	23,6	26,8	25,1	25,3	25,3
Norwegen	29,3	33,7	34,3	30,8	31,9	31,4	31,2
Österreich	26,0	27,5	28,6	27,2	28,4	28,9	28,5
Portugal	15,1	17,2	20,0	21,4	23,9	25,6	25,8
Schweden	33,8	33,8	36,4	39,0	34,8	39,0	38,1
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	21,3	22,2	23,7
Spanien	10,6	11,8	16,2	21,3	20,8	22,9	22,9
Vereinigtes Königreich	31,8	29,3	30,9	29,7	28,9	30,1	31,4
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	21,1	22,0	–

[1] Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
[2] Vorläufig.
[3] 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.
[4] In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.
Stand: November 2001.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich[1]

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1996	1999	2000[2]
Deutschland[3, 4]	34,4	40,4	40,3	38,5	40,6	40,9	40,7
Deutschland[3]	32,9	33,1	32,9	32,6	37,4	37,7	37,8
Belgien	35,1	42,5	45,8	43,1	45,0	45,7	46,0
Dänemark	40,4	43,9	47,4	47,1	49,9	50,4	48,4
Finnland	32,5	36,2	40,0	44,7	47,3	46,2	46,5
Frankreich	35,1	40,6	43,8	43,0	45,0	45,8	45,5
Griechenland	20,9	24,2	28,6	29,3	31,8	37,1	38,0
Irland	29,9	31,4	35,0	33,5	32,9	32,3	31,5
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	42,7	43,3	42,3
Japan	19,7	25,7	27,5	30,7	27,8	26,2	27,1
Kanada	31,2	32,5	33,6	36,6	37,2	38,2	37,5
Luxemburg	26,0	39,8	44,4	40,5	43,1	41,8	42,0
Niederlande	37,1	43,4	42,4	42,8	41,5	42,1	41,8
Norwegen	34,9	42,7	43,3	41,8	41,5	41,6	40,2
Österreich	34,9	39,8	41,9	40,4	43,5	43,9	43,3
Portugal	19,8	24,4	26,9	29,4	32,2	34,3	34,7
Schweden	39,8	47,5	48,5	53,6	49,8	52,2	53,3
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,9	34,4	35,9
Spanien	16,9	22,9	27,6	33,0	32,6	35,1	35,3
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,6	35,9	35,0	36,3	37,7
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,9	28,9	–

[1] Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.
[2] Vorläufig.
[3] 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.
[4] In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.
Stand: November 2001.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1997 bis 2002

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,24	80,71	80,31	81,68	93,76	95,60
davon:						
Agrarpolitik	40,62	38,81	39,78	40,51	44,02	45,02
Strukturpolitik	26,06	28,37	26,66	27,59	31,57	32,08
Interne Politiken	4,93	4,88	4,47	5,36	5,86	5,99
Externe Politiken	3,99	4,07	4,59	3,84	4,37	4,17
Verwaltungsausgaben	4,13	4,22	4,51	4,65	4,91	5,12
Reserven	0,29	0,27	0,30	0,19	0,92	0,68
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,21	0,10	0,00	1,20	2,10	2,54
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	4,53	0,59	– 0,50	1,71	14,79	1,96
davon:						
Agrarpolitik	3,94	– 4,46	2,50	1,84	8,66	2,27
Strukturpolitik	6,67	8,86	– 6,03	3,49	14,43	1,62
Interne Politiken	8,59	– 1,01	– 8,40	19,91	9,33	2,22
Externe Politiken	5,00	2,01	12,78	– 16,34	13,80	– 4,58
Verwaltungsausgaben	4,29	2,18	6,87	3,10	5,59	4,28
Reserven	20,83	– 6,90	11,11	– 36,67	384,21	– 26,09
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	– 70,00	– 52,38	– 100,00		75,00	20,95
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	50,62	48,09	49,53	49,60	46,95	47,09
Strukturpolitik	32,48	35,15	33,20	33,78	33,67	33,56
Interne Politiken	6,14	6,05	5,57	6,56	6,25	6,27
Externe Politiken	4,97	5,04	5,72	4,70	4,66	4,36
Verwaltungsausgaben	5,15	5,23	5,62	5,69	5,24	5,36
Reserven	0,36	0,33	0,37	0,23	0,98	0,71
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,26	0,12	0,00	1,47	2,24	2,66
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	80,55	84,53	86,90	92,72	93,76	95,60
davon:						
Zölle	12,24	12,16	11,71	13,11	13,63	11,82
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,93	1,95	2,15	2,16	1,97	1,42
MwSt-Eigenmittel	34,35	33,09	31,33	35,19	30,69	23,59
BSP-Eigenmittel	26,89	35,03	37,51	37,58	35,15	57,95
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	– 0,90	4,94	2,80	6,70	1,12	3,11
davon:						
Zölle	4,08	– 0,65	– 3,70	11,96	3,97	– 13,28
Agrarzölle und Zuckerabgaben	6,04	1,04	10,26	0,47	– 8,80	– 27,92
MwSt-Eigenmittel	– 5,97	– 3,67	– 5,32	12,32	– 12,79	– 23,13
BSP-Eigenmittel	27,68	30,27	7,08	0,19	– 6,47	64,86
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	15,20	14,39	13,48	14,14	14,54	12,36
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,40	2,31	2,47	2,33	2,12	1,49
MwSt-Eigenmittel	42,64	39,15	36,05	37,95	33,10	24,68
BSP-Eigenmittel	33,38	41,44	43,16	40,53	37,91	60,62

Bemerkungen:
1997 bis 2000 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.
2001 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 4/2001.
2002 Haushaltsentwurf des Rates.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Februar 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002

in Mio. €	Flächenländer (West) Soll	Flächenländer (West) Ist	Flächenländer (Ost) Soll	Flächenländer (Ost) Ist	Stadtstaaten Soll*	Stadtstaaten Ist	Länder zusammen Soll*	Länder zusammen Ist
Bereinigte Einnahmen	**163 658**	**24 114**	**50 646**	**6 581**	**–**	**3 894**	**–**	**33 538**
darunter:								
Steuereinnahmen	129 527	19 645	25 133	4 721	–	2 798	–	27 164
übrige Einnahmen	34 131	4 469	25 513	1 860	–	1 096	–	6 374
Bereinigte Ausgaben	**175 690**	**27 950**	**52 667**	**8 003**	**–**	**6 268**	**–**	**41 170**
darunter:								
Personalausgaben	70 915	13 222	13 895	2 400	–	2 369	–	17 991
Bauausgaben	2 728	166	1 652	114	–	124	–	404
übrige Ausgaben	102 046	14 562	37 120	5 489	–	3 775	–	22 775
Finanzierungssaldo	**– 12 022**	**– 3 836**	**– 2 022**	**– 1 422**	**–**	**– 2 374**	**–**	**– 7 632**

* Soll zum Haushalt 2002 liegt nicht vollständig vor.

2 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Februar 2001			Januar 2002			Februar 2002		
		Bund	Länder[3]	Insgesamt	Bund	Länder[3]	Insgesamt	Bund	Länder[3]	Insgesamt
		in Mio. DM			in Mio. €			in Mio. €		
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	**Bereinigte Einnahmen[1]**									
	für das laufende Haushaltsjahr	**60 365**	**68 511**	**124 167**	**14 332**	**18 965**	**32 076**	**28 817**	**33 538**	**60 076**
111	darunter: Steuereinnahmen	54 134	52 775	106 910	12 861	15 118	27 979	25 758	27 164	52 922
112	Länderfinanzausgleich[1]	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	45 037	14 426	59 463	16 075	4 574	20 649	27 871	8 144	36 015
12	**Bereinigte Ausgaben[1]**									
	für das laufende Haushaltsjahr	**98 449**	**80 731**	**174 471**	**32 861**	**25 054**	**56 694**	**51 901**	**41 170**	**90 791**
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	9 094	34 687	43 782	2 058	11 547	13 605	4 616	17 991	22 607
122	Bauausgaben	879	914	1 794	246	153	399	439	404	844
123	Länderfinanzausgleich[1]	–	229	229	–	150	150	–	– 107	– 107
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	108 580	12 962	121 542	12 880	4 233	17 113	20 944	7 829	28 773
13	**Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)**	**– 38 084**	**– 12 221**	**– 50 305**	**– 18 529**	**– 6 089**	**– 24 618**	**– 23 084**	**– 7 632**	**– 30 716**
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	– 850	– 850	–	– 1 029	– 1 029	–	1 162	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	255	255	–	– 737	– 737	–	– 730	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	– 1 105	– 1 105	–	– 292	– 292	–	1 893	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen[2]	– 1 106	– 1 850	– 2 956	5 718	674	6 392	6 159	– 479	5 680
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 3 628	– 3 628	–	– 5 091	– 5 091	–	– 5 511	– 5 511
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 1 800	– 1 800	–	– 1 150	– 1 150	–	– 1 150	– 1 150
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	14 942	9 448	24 390	19	5 954	5 973	5 163	6 245	11 408
32	Vorschüsse	–	12 730	12 730	–	10 132	10 132	–	9 371	9 371
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	13 611	13 611	–	9 063	9 063	–	9 792	9 792
34	Saldo (31–32+33)	14 942	10 329	25 271	19	4 885	4 904	5 163	6 666	11 829
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 24 248	– 10 274	– 34 522	– 12 792	– 7 063	– 19 855	– 11 762	– 6 213	– 17 974
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	24 248	9 645	33 893	12 792	6 952	19 744	11 762	6 969	18 731
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	186	186	–	288	288	–	244	244
56	Zusammen	24 248	9 831	34 079	12 792	7 240	20 032	11 762	7 213	18 975
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 443	– 443	0	177	177	0	1 000	1 000
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	2 999	2 999	–	2 170	2 170	–	2 167	2 167
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	2 398	2 398	–	2 132	2 132	–	2 047	2 047

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

[1] In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

[2] Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

[3] Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: Februar 2002.

3 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Februar 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Branden-burg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Nieder-sachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland[6]
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	**Bereinigte Einnahmen[1]**									
	für das laufende Haushaltsjahr	**3 976,2**	**4 934,8[9]**	**1 224,3**	**2 842,0**	**851,6**	**3 400,9**	**6 164,7**	**1 631,2**	**381,9**
111	darunter: Steuereinnahmen	3 377,4	4 111,8	1 052,7	2 275,3	446,2	2 405,2	5 196,6	1 167,6	284,0
112	Länderfinanzausgleich[1]	–	–	–	–	200,7	91,1	–	58,6	30,8
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	514,5	441,1[7]	–	–	250,0	572,0	966,0	596,3	35,9
12	**Bereinigte Ausgaben[1]**									
	für das laufende Haushaltsjahr	**4 444,1**	**5 504,6[9]**	**1 710,6**	**3 420,5**	**1 092,5**	**3 290,1**	**7 207,6**	**2 234,3**	**648,7**
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	2 642,6	2 956,6	463,9	1 426,9	351,1	1 308,7[3]	2 979,2[3]	960,8	281,8
122	Bauausgaben	26,1	62,2	33,1	32,5	10,5	20,0	1,04	7,2	6,5
123	Länderfinanzausgleich[1]	349,0	330,0	–	445,0	–	–	–	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	941,6	300,1[8]	365,1	434,6	217,6	218,2	1 939,5	485,2	214,7
13	**Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)**	**– 467,9**	**– 569,8[9]**	**– 486,3**	**– 578,5**	**– 240,9**	**110,8**	**– 1 042,9**	**– 603,1**	**– 266,9**
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	121,7	–	–	–	–	1 040,7	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	28,7	–	–	–	–	–759,0	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	93,0	–	–	–	–	1 799,7	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen[2]	– 424,2	– 5,3	– 355,9	– 418,0	32,6	293,9	– 971,6	103,1	– 178,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	204,6	– 503,8	–	– 1 757,1	–	–	– 1 799,7	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	192,4	– 1 342,8	–	0,8	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 114,6	1 358,0	230,1	872,8	4,4	216,1	1 749,5	505,0	226,8
32	Vorschüsse	2 334,4	4 419,9	– 43,5	27,4	0,3	744,2	788,7	21,7	– 0,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	302,9	5 390,6	–	929,6	115,2	1 424,6	114,2	3,0	30,5
34	Saldo (31–32+33)	– 916,9	2 328,7	273,6	1 774,9	119,3	896,5	1 075,0	486,3	258,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 1 412,0	0,0	– 568,6	– 977,9	– 89,0	1 301,2	– 939,5	– 13,7	– 187,6
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	515,0	798,0	75,0	585,0	985,1	13,8	187,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	244,0	–	–	–
56	Zusammen	–	–	515,0	798,0	75,0	829,0	985,1	13,8	187,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	– 1 412,0[5]	0,0	– 53,6[5]	– 179,9[5]	– 14,0[5]	2 130,2	45,6	0,1	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	1 400,3	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt-kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 424,6	113,4	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[1] In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – [2] Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – [3] Ohne März-Bezüge. – [4] Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – [5] Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – [6] Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – [7] Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – [8] Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 479,6 Mio. €. – [9] Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 4 901,7 Mio. €, die Ausgaben 5 458,8 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 557,2 Mio. €.
Stand: Februar 2002.

noch 3 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, Februar 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen[6]	Hamburg	Länder[6] zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	**Bereinigte Einnahmen[1]**								
	für das laufende Haushaltsjahr	**2 143,0**	**1 168,3**	**963,0**	**1 193,8**	**2 086,0**	**436,4**	**1 371,7**	**33 538,4**
111	darunter: Steuereinnahmen	1 479,5	894,6	827,1	848,2	1 337,0	306,5	1 154,3	27 164,0
112	Länderfinanzausgleich[1]	196,0	112,6	–	207,4	243,5	90,7	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	– 148,4	182,2	835,6	336,9	2 768,7	250,0	543,2	8 144,0
12	**Bereinigte Ausgaben[1]**								
	für das laufende Haushaltsjahr	**2 265,3**	**1 425,7**	**1 381,0**	**1 509,0**	**3 731,1**	**737,8**	**1 798,9**	**41 170,4**
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	742,0	440,7	665,6	402,4	1 451,2	218,2	699,1	17 990,8
122	Bauausgaben	27,5	19,4	10,8	23,3	12,3	51,5	60,4	404,3
123	Länderfinanzausgleich[1]	–	–	–	–	–	–	–	– 107,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	294,0	229,0	416,1	135,8	1 516,3	121,5	–	7 829,3
13	**Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)**	**– 122,3**	**– 257,5**	**– 418,0**	**– 315,2**	**– 1 645,1**	**– 301,4**	**– 427,2**	**– 7 632,2**
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	1 162,4
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	– 730,3
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	1 892,7
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen[2]	– 442,4	– 45,9	427,8	201,1	633,0	127,6	544,3	– 478,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	158,2	–	–	– 173,6	– 1 639,6	– 5 511,0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	– 1 149,6
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	735,8	118,1	–	54,2	– 1 289,2	233,4	115,5	6 245,1
32	Vorschüsse	441,9	– 74,5	–	4,8	–	64,0	641,9	9 370,6
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	286,6	96,1	–	46,7	71,1	133,8	846,7	9 791,6
34	Saldo (31–32+33)	580,5	288,8	–	96,1	– 1 218,1	303,2	320,3	6 666,2
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	15,8	– 14,6	168,0	– 18,0	– 2 230,2	– 44,2	– 1 202,2	– 6 212,5
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	181,9	2 266,2	33,1	1 328,0	6 968,7
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	244,0
56	Zusammen	–	–	–	181,9	2 266,2	33,1	1 328,0	7 212,7
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	15,8	– 14,6[5]	168,0	163,9	36,0	– 11,1[5]	125,8	1 000,2
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	45,5	–	–	720,9	2 166,7
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	1,2	71,1	– 61,6	498,6	2 047,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
[1] In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – [2] Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – [3] Ohne März-Bezüge. – [4] Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – [5] Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – [6] Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – [7] Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – [8] Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 479,6 Mio. €. – [9] Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 4 901,7 Mio. €, die Ausgaben 5 458,8 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 557,2 Mio. €.
Stand: Februar 2002.

Statistischer Anhang zur wirtschaftlichen Lage

@1 Eckwerte zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Ursprungszahlen), Deutschland

	1999 1)	2000 1)	2001 1)	2001 1)			
				1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj
	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %						
Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen							
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Preisen von 1995	+ 1,8	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,4	– 0,1
Erwerbstätige	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	– 0,2
Produktivität (BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen)	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1
Verdienst (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer)	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,7
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte 2))	9,9	9,8	10,2	13,6	9,6	8,7	8,9
Nachrichtlich: Erwerbslosenquote (ILO-Abgrenzung) 3)	8,2	7,5	7,4	7,9	7,3	7,3	7,3
Arbeitslosenquote (nationale Abgrenzung) 4)	10,5	9,6	9,4	9,9	9,3	9,1	9,2
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts							
in Preisen von 1995							
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,0	+ 3,6	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,4	– 0,4	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	– 1,3	+ 5,4	– 0,1	+ 3,3	+ 1,0	– 1,3	– 3,3
Baugewerbe	– 0,3	– 2,7	– 6,6	– 9,7	– 6,5	– 5,4	– 4,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 6,1	+ 4,5	+ 2,3	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 3,9	+ 4,7	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,7	+ 3,1
Öffentliche und private Dienstleister	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts							
in Preisen von 1995							
Konsum	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,3
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,2
Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	+ 6,4	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9
Konsumausgaben des Staates	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,2	+ 2,3	– 4,8	– 3,1	– 3,6	– 5,7	– 6,6
Ausrüstungen	+ 7,2	+ 8,7	– 5,0	+ 2,6	– 1,8	– 8,8	– 10,6
Bauten	+ 1,5	– 2,5	– 5,8	– 8,2	– 5,9	– 5,0	– 4,5
Sonstige Anlagen	+ 13,7	+ 8,9	+ 6,0	+ 5,9	+ 7,2	+ 6,8	+ 4,0
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	– 0,4	+ 0,4	– 0,9	– 0,2	– 0,8	– 0,8	– 1,6
Inlandsnachfrage	+ 2,6	+ 2,0	– 1,0	+ 0,1	– 0,7	– 1,4	– 2,1
Exporte	+ 5,6	+ 13,2	+ 4,7	+ 8,8	+ 7,2	+ 4,4	– 0,8
Gesamtnachfrage	+ 3,3	+ 4,6	+ 0,4	+ 2,3	+ 1,3	+ 0,1	– 1,7
Importe	+ 8,5	+ 10,0	+ 0,1	+ 5,1	+ 3,6	– 0,9	– 6,6
nachrichtl.: Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag zum BIP) 5)	– 0,7	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,9
Preisentwicklung							
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,5
Inlandsnachfrage	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,5	– 0,4	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,4	+ 0,8	+ 2,0
Verteilung des Bruttonationaleinkommens							
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,8	+ 1,1	+ 2,2
Volkseinkommen	+ 1,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,7	+ 2,0
Arbeitnehmerentgelt	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,9	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	– 1,4	+ 2,6	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,4	– 1,1	+ 4,3
Nachrichtlich: Verfügbares Einkommen	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5	+ 0,9	+ 2,1
dar. private Haushalte	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,0

1) Vorläufiges Ergebnis. – Rechenstand: Februar 2002.
2) Einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.
3) Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Berechnung in dieser Abgrenzung ist durch EU-Verordnung vorgeschrieben.
4) Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit. Vierteljahreszahlen errechnet aus den monatlichen Arbeitslosenquoten der Bundesanstalt für Arbeit in % aller Erwerbspersonen.
5) Absolute Veränderung in % des BIP der Vorjahresperiode.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001		2002		
	Januar p)	Februar p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	Januar p)	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1)	100,4	104,0	- 1,4	- 3,7	- 4,7	- 4,8	- 4,8
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen)	106,9	110,7	- 1,0	- 4,1	- 5,1	- 5,8	- 5,5
Vorleistungsgüterproduzenten	107,3	110,9	- 2,2	- 5,4	- 4,7	- 3,4	- 4,0
Investitionsgüterproduzenten	112,6	118,7	+ 0,2	- 3,4	- 6,9	- 9,6	- 8,2
Gebrauchsgüterproduzenten	93,8	97,0	0,0	- 3,3	- 8,3	- 10,5	- 9,5
Verbrauchsgüterproduzenten	99,0	99,3	- 0,9	- 3,0	- 0,9	- 0,8	- 0,8
Energie	111,2	103,9	- 3,2	0,0	- 0,8	+ 3,5	+ 1,2
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau	48,4	58,6	- 4,4	- 3,5	- 5,3	- 0,7	- 2,9
Hochbauleistungen	49,6	57,8	- 6,9	- 5,2	- 5,9	- 1,0	- 3,4
Tiefbauleistungen	45,9	60,0	+ 0,1	- 0,7	- 4,2	+ 0,2	- 1,7
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden	66,3	67,1	- 8,8	- 4,5	- 3,6	- 0,1	- 1,9
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze)	69,5	67,6	- 12,0	- 3,6	- 4,0	+ 0,7	- 1,7
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	66,2	63,7	- 14,4	- 2,7	- 4,7	- 1,1	- 3,0
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen	109,6	115,5	+ 18,3	- 9,1	+ 1,5	+ 16,0	+ 8,5
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	56,3	66,0	- 3,1	- 6,9	- 2,8	- 2,1	- 2,4
Verarbeitendes Gewerbe	107,2	110,9	- 1,0	- 4,1	- 5,0	- 5,8	- 5,4
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	101,1	97,6	+ 0,1	- 1,1	+ 3,0	+ 1,1	+ 2,1
Ernährungsgewerbe	101,8	98,1	+ 0,3	- 0,8	+ 4,0	+ 2,1	+ 3,1
Tabakverarbeitung	85,6	86,9	- 3,1	- 11,2	- 18,9	- 17,2	- 18,0
Textil- u. Bekleidungsgewerbe	75,2	78,3	- 5,7	- 9,9	- 8,0	- 7,2	- 7,6
Textilgewerbe	80,3	81,8	- 3,8	- 8,1	- 10,4	- 8,7	- 9,5
Bekleidungsgewerbe	67,2	72,8	- 9,2	- 14,7	- 2,6	- 4,5	- 3,6
Ledergewerbe	85,3	87,6	- 9,7	- 3,3	- 0,9	+ 0,8	0,0
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln)	77,2	82,9	- 5,9	- 5,4	- 9,8	- 7,4	- 8,6
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	104,3	105,8	- 3,2	- 4,8	- 5,4	- 4,3	- 4,8
Papiergewerbe	108,1	104,9	- 3,5	- 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 0,3
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe	120,2	117,3	- 8,1	- 5,1	- 1,9	+ 1,6	- 0,2
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung	100,3	96,9	+ 0,3	- 0,1	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,7
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern	102,6	106,2	- 3,2	- 5,6	- 7,7	- 6,3	- 7,0
Verlagsgewerbe	109,2	114,0	- 4,4	- 9,3	- 10,8	- 8,0	- 9,4
Druckgewerbe	97,5	100,0	- 2,5	- 3,1	- 4,9	- 4,7	- 4,7
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen	95,2	90,2	- 4,9	- 3,2	- 3,6	- 2,5	- 3,1
Chemische Industrie	120,6	124,5	- 2,8	- 5,4	+ 0,3	+ 8,2	+ 4,2
Chemische Grundstoffe	132,8	140,9	- 3,6	- 6,0	+ 0,5	+ 13,5	+ 6,9
Pharmazeutische Erzeugnisse	113,4	114,9	+ 3,8	+ 2,0	+ 4,1	+ 4,8	+ 4,5
Chemiefasern	83,7	82,5	- 15,7	- 15,6	- 22,6	- 17,3	- 20,0
Gummi- u. Kunststoffwaren	110,9	114,0	- 0,8	- 3,1	- 2,2	- 1,0	- 1,6
Gummiwaren	124,4	126,6	+ 0,5	- 2,1	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5
Kunststoffwaren	106,2	109,6	- 1,2	- 3,7	- 3,3	- 1,7	- 2,5

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.
1) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

[@]2 Produzierendes Gewerbe

[@]2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch: [@]2.1.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001		2002		
	Januar p)	Februar p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	Januar p)	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	63,6	73,6	- 6,3	- 7,3	- 9,8	- 8,3	- 9,0
Herstellung und Verarb. v. Glas	101,4	98,3	- 2,4	- 4,0	- 7,1	- 12,3	- 9,8
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips	43,0	60,5	- 9,3	- 9,3	- 16,2	- 8,7	- 11,9
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse	106,1	108,8	- 0,9	- 3,5	- 5,8	- 5,6	- 5,6
Metallerzeugung u. -bearbeitung	107,5	112,1	- 3,4	- 3,8	- 2,7	+ 0,5	- 1,1
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS)	112,1	117,0	- 7,7	- 2,0	+ 0,1	+ 5,0	+ 2,6
Gießereiindustrie	117,2	117,9	0,0	- 5,6	- 3,3	- 9,2	- 6,3
Metallerzeugnisse	105,4	107,0	+ 0,4	- 3,4	- 7,3	- 8,6	- 8,0
Stahl- u. Leichtmetallbau	75,3	80,1	- 3,0	- 5,4	- 8,4	- 9,2	- 8,8
Maschinenbau	94,6	99,2	+ 0,3	- 1,3	- 3,1	- 7,8	- 5,6
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie	98,0	102,2	+ 1,3	- 1,7	- 4,4	- 5,1	- 4,8
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen	92,8	120,8	+ 5,3	- 0,9	+ 4,4	+ 7,4	+ 6,1
Werkzeugmaschinen	95,5	102,2	- 1,4	- 6,0	+ 4,4	- 14,5	- 6,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	121,3	126,4	- 1,5	- 8,1	- 10,8	- 12,0	- 11,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen	177,7	181,1	- 14,3	- 18,9	- 24,3	- 13,4	- 19,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	111,5	114,7	+ 1,7	- 5,4	- 6,6	- 9,3	- 8,0
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	130,9	137,9	- 2,4	- 15,8	- 21,0	- 26,3	- 23,9
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	121,6	129,2	- 0,2	- 1,9	- 2,8	- 3,9	- 3,4
Fahrzeugbau	132,6	139,9	+ 3,1	- 0,8	- 5,4	- 9,3	- 7,4
Kraftwagen u. Kraftwagenteile	136,2	143,8	+ 2,5	- 1,8	- 6,6	- 10,7	- 8,8
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore	131,2	141,0	+ 2,2	- 2,6	- 7,1	- 11,4	- 9,4
Sonstiger Fahrzeugbau	106,1	110,9	+ 9,9	+ 10,2	+ 7,6	+ 6,9	+ 7,2
Schiffbau	88,5	93,4	+ 11,8	+ 12,1	+ 5,4	+ 5,8	+ 5,6
Luft- u. Raumfahrzeugbau	130,0	136,5	+ 12,5	+ 13,3	+ 10,9	+ 10,9	+ 10,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst. Erzeugnisse, Recycling	80,0	84,3	- 3,6	- 5,1	- 12,4	- 12,6	- 12,5
Möbel	74,9	78,7	- 3,6	- 5,6	- 14,1	- 15,4	- 14,8
Recycling	204,1	199,8	- 4,4	- 1,7	- 12,9	- 10,6	- 11,8
Energieversorgung	122,9	114,0	- 1,4	+ 0,8	- 0,2	+ 4,2	+ 1,9

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.
[p] = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002		2001		2002		
	Januar p)	Februar p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	Januar p)	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1)	104,8	100,2	- 1,5	- 4,0	- 4,6	- 4,6	- 4,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen)	109,2	105,2	- 1,3	- 4,5	- 5,4	- 5,1	- 5,1
Vorleistungsgüterproduzenten	94,7	104,8	- 2,6	- 5,5	- 8,3	- 5,1	- 5,1
Investitionsgüterproduzenten	135,8	111,4	+ 0,2	- 3,3	- 4,0	- 7,1	- 7,1
Gebrauchsgüterproduzenten	93,8	91,5	- 0,1	- 4,4	+ 1,5	- 7,9	- 7,9
Verbrauchsgüterproduzenten	94,3	97,8	- 1,6	- 5,2	- 4,2	+ 0,3	+ 0,3
Energie	111,7	110,1	- 3,3	+ 0,1	+ 4,6	- 1,0	- 1,0
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau	63,3	50,9	- 3,2	- 2,9	- 6,2	- 3,2	- 3,2
Hochbauleistungen	61,8	52,9	- 5,0	- 4,0	- 7,1	- 3,8	- 3,8
Tiefbauleistungen	66,2	47,0	+ 0,1	- 0,7	- 4,5	- 2,1	- 2,1
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)	70,1	64,6	- 10,0	- 6,2	- 5,8	- 4,0	- 4,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze)	67,4	65,2	- 13,6	- 6,3	- 2,9	- 5,0	- 5,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	61,3	60,8	- 17,3	- 6,1	- 3,9	- 7,5	- 7,5
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen	135,6	115,4	+ 27,7	- 7,7	+ 2,5	+ 13,4	+ 13,4
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	78,9	62,7	- 2,9	- 6,1	- 12,6	- 0,5	- 0,5
Verarbeitendes Gewerbe	111,3	105,2	- 1,3	- 5,1	- 7,3	- 5,1	- 5,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	99,9	102,9	- 0,6	- 5,6	- 4,5	+ 8,2	+ 8,2
Ernährungsgewerbe	101,1	103,3	- 0,4	- 5,3	- 3,8	+ 9,1	+ 9,1
Tabakverarbeitung	74,8	94,5	- 3,6	- 10,6	- 20,7	- 9,3	- 9,3
Textil- u. Bekleidungsgewerbe	59,4	70,6	- 6,1	- 11,6	- 12,6	- 9,6	- 9,6
Textilgewerbe	67,5	73,5	- 4,5	- 9,8	- 11,5	- 12,7	- 12,7
Bekleidungsgewerbe	47,0	66,1	- 9,0	- 15,9	- 15,0	- 3,9	- 3,9
Ledergewerbe	68,9	85,2	- 10,3	- 6,4	- 2,0	+ 0,1	+ 0,1
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln)	84,7	70,9	- 5,7	- 6,7	- 4,3	- 11,0	- 11,0
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	107,7	100,3	- 3,6	- 5,7	- 6,3	- 6,8	- 6,8
Papiergewerbe	90,7	105,2	- 4,0	- 3,4	- 3,9	- 1,4	- 1,4
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe	101,8	117,3	- 8,8	- 5,5	- 6,1	- 3,5	- 3,5
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung	83,9	97,7	- 0,2	- 1,7	- 2,1	+ 0,2	+ 0,2
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern	115,2	98,1	- 3,4	- 6,5	- 7,2	- 9,1	- 9,1
Verlagsgewerbe	115,3	104,6	- 4,5	- 10,7	- 11,2	- 13,2	- 13,2
Druckgewerbe	115,4	93,6	- 2,7	- 3,3	- 4,4	- 5,5	- 5,5
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen	102,6	88,7	- 5,9	+ 1,6	+ 3,7	- 8,8	- 8,8
Chemische Industrie	99,3	118,2	- 3,4	- 4,7	- 8,0	+ 0,1	+ 0,1
Chemische Grundstoffe	112,4	132,1	- 3,9	- 3,2	- 7,7	+ 1,3	+ 1,3
Pharmazeutische Erzeugnisse	88,7	107,6	+ 2,1	- 1,3	- 4,0	+ 2,5	+ 2,5
Chemiefasern	81,2	88,6	- 14,6	- 13,0	- 14,3	- 21,5	- 21,5
Gummi- u. Kunststoffwaren	90,3	108,4	- 2,0	- 4,8	- 7,5	- 1,6	- 1,6
Gummiwaren	90,1	123,6	- 1,2	- 4,2	- 10,7	+ 1,0	+ 1,0
Kunststoffwaren	90,4	103,0	- 2,4	- 5,0	- 6,2	- 2,7	- 2,7

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.
1) Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census-X-12-ARIMA.
2) Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.2 Früheres Bundesgebiet

	2002		2001		2002		
	Januar p)	Februar p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	Januar p)	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	67,4	62,3	- 6,5	- 8,6	- 13,6	- 10,6	- 10,6
Herstellung und Verarb. v. Glas	86,6	95,0	- 2,7	- 4,9	- 10,8	- 8,5	- 8,5
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips	56,3	43,0	- 9,5	- 10,4	- 15,2	- 15,4	- 15,4
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse	93,5	104,8	- 1,1	- 4,3	- 9,0	- 5,5	- 5,5
Metallerzeugung u. -bearbeitung	80,5	106,1	- 4,0	- 4,6	- 11,7	- 3,1	- 3,1
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS)	84,8	111,4	- 8,3	- 5,3	- 14,3	+ 1,3	+ 1,3
Gießereiindustrie	82,6	110,6	- 1,3	- 4,1	- 12,1	- 3,1	- 3,1
Metallerzeugnisse	100,5	104,0	+ 0,2	- 4,2	- 7,9	- 6,8	- 6,8
Stahl- u. Leichtmetallbau	98,6	73,2	- 3,0	- 5,6	- 3,6	- 7,1	- 7,1
Maschinenbau	146,2	94,3	+ 0,3	- 1,5	+ 0,1	- 2,5	- 2,5
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie	107,9	97,5	+ 0,7	- 2,6	- 1,2	- 3,8	- 3,8
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen	93,4	91,2	+ 5,2	+ 0,2	+ 8,1	+ 0,8	+ 0,8
Werkzeugmaschinen	170,6	92,7	- 1,1	- 9,1	- 13,8	+ 4,3	+ 4,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	131,2	116,9	- 1,9	- 10,8	- 14,9	- 12,0	- 12,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen	201,1	160,9	- 14,3	- 21,3	- 18,3	- 27,4	- 27,4
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	114,3	109,5	+ 1,5	- 7,1	- 14,3	- 7,5	- 7,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	147,0	121,6	- 3,2	- 20,7	- 25,1	- 23,1	- 23,1
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	137,4	116,2	- 0,8	- 3,8	- 5,1	- 3,1	- 3,1
Fahrzeugbau	129,1	130,3	+ 2,7	- 1,2	- 6,7	- 5,7	- 5,7
Kraftwagen u. Kraftwagenteile	132,0	133,1	+ 2,2	- 2,0	- 7,9	- 6,9	- 6,9
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore	126,3	130,5	+ 1,7	- 3,9	- 9,7	- 6,6	- 6,6
Sonstiger Fahrzeugbau	105,6	107,4	+ 10,5	+ 9,4	+ 8,4	+ 8,0	+ 8,0
Schiffbau	83,9	90,0	+ 13,9	+ 12,1	+ 9,4	+ 5,4	+ 5,4
Luft- u. Raumfahrzeugbau	128,8	126,2	+ 12,4	+ 11,8	+ 11,4	+ 11,0	+ 11,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst. Erzeugnisse, Recycling	87,1	75,8	- 4,4	- 6,3	- 6,6	- 14,7	- 14,7
Möbel	80,5	71,6	- 4,7	- 7,7	- 7,6	- 16,3	- 16,3
Recycling	199,2	194,5	- 5,6	- 6,2	- 7,9	- 21,6	- 21,6
Energieversorgung	122,5	123,1	- 1,7	+ 0,4	+ 3,7	- 0,1	- 0,1

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

@2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001		2002		
	Januar p)	Februar p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	Januar p)	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Produzierendes Gewerbe 1)	107,1	111,1	+ 1,0	- 0,6	- 2,5	+ 1,2	- 0,7
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie u. Bauleistungen)	144,5	148,7	+ 4,5	+ 0,7	- 1,1	+ 0,4	- 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten	146,8	150,8	+ 3,4	- 1,7	- 3,1	- 0,1	- 1,6
Investitionsgüterproduzenten	140,7	147,0	+ 6,9	+ 3,4	- 0,5	- 2,8	- 1,7
Gebrauchsgüterproduzenten	157,9	177,6	+ 1,0	- 1,3	- 15,7	- 6,4	- 11,0
Verbrauchsgüterproduzenten	142,9	142,2	+ 4,5	+ 2,0	+ 5,5	+ 7,0	+ 6,3
Energie	113,2	108,4	- 0,9	+ 2,4	+ 1,2	+ 9,2	+ 4,9
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- u. Tiefbau	39,7	46,6	- 8,9	- 7,1	- 13,7	- 0,9	- 7,1
Hochbauleistungen	38,1	42,0	- 14,7	- 11,7	- 15,1	- 5,2	- 10,1
Tiefbauleistungen	42,5	55,0	+ 0,3	- 0,6	- 11,5	+ 6,2	- 2,2
Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 2)	74,5	81,5	- 2,4	+ 2,9	+ 2,1	+ 18,6	+ 10,0
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- u. Thoriumerze)	95,4	99,7	- 0,3	+ 7,7	+ 6,1	+ 23,4	+ 14,3
Kohlenbergbau, Torfgewinnung	96,9	101,6	- 0,2	+ 8,4	+ 6,6	+ 24,5	+ 15,1
Gew. v. Erdöl u. Erdgas, Erbring. damit verb. Dienstleistungen	60,3	52,9	- 2,9	- 12,2	- 11,7	- 14,3	- 12,9
Erzbergbau, Gew. v. Steinen u. Erden, sonst. Bergbau	35,5	47,7	- 5,8	- 6,9	- 13,8	+ 3,7	- 4,6
Verarbeitendes Gewerbe	147,2	151,2	+ 4,7	+ 0,3	- 0,9	+ 0,4	- 0,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	133,6	128,7	+ 5,2	+ 1,9	+ 6,1	+ 4,2	+ 5,2
Ernährungsgewerbe	133,9	128,9	+ 5,2	+ 1,9	+ 6,7	+ 4,5	+ 5,6
Tabakverarbeitung	112,7	116,3	+ 3,6	- 8,0	- 27,4	- 17,3	- 22,6
Textil- u. Bekleidungsgewerbe	136,0	139,4	- 1,9	- 6,6	- 3,3	+ 1,5	- 0,9
Textilgewerbe	162,6	165,7	- 0,6	- 5,7	- 0,4	+ 3,2	+ 1,4
Bekleidungsgewerbe	52,9	57,2	- 10,2	- 14,5	- 24,2	- 11,5	- 18,0
Ledergewerbe	77,9	102,3	+ 1,2	- 9,2	- 14,0	+ 7,0	- 3,2
Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln)	140,9	142,9	- 3,7	+ 2,0	- 1,1	- 3,7	- 2,5
Papier-, Verlags-, u. Druckgewerbe	155,4	151,4	+ 0,5	0,0	+ 8,4	+ 4,6	+ 6,5
Papiergewerbe	164,4	161,1	+ 2,7	+ 3,7	+ 14,0	+ 17,8	+ 15,9
Holzstoff, Zellstoff, Karton u. Pappe	145,3	150,1	- 1,0	- 4,7	+ 20,2	+ 34,3	+ 26,9
Papier-, Karton- u. Pappeverarbeitung	189,2	175,5	+ 6,0	+ 11,1	+ 8,4	+ 3,6	+ 6,0
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielf. v. bespielt. Ton-, Bild- u. Datenträgern	152,4	148,2	- 0,1	- 1,1	+ 6,5	+ 0,5	+ 3,4
Verlagsgewerbe	131,7	127,3	- 2,4	- 5,0	+ 11,0	+ 4,2	+ 7,6
Druckgewerbe	189,8	185,1	+ 1,1	+ 1,6	+ 0,7	- 4,7	- 2,0
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung v. Spalt- u. Brutstoffen	138,8	120,4	+ 10,7	- 6,7	+ 5,2	+ 10,4	+ 7,6
Chemische Industrie	189,1	193,7	+ 6,0	- 8,7	- 1,9	+ 10,6	+ 4,0
Chemische Grundstoffe	178,2	177,7	+ 3,8	- 14,4	- 5,8	+ 4,6	- 0,8
Pharmazeutische Erzeugnisse	191,1	219,8	+ 22,0	+ 14,5	+ 7,4	+ 37,9	+ 21,8
Chemiefasern	90,6	95,2	- 29,1	- 33,3	- 33,0	- 23,5	- 28,5
Gummi- u. Kunststoffwaren	142,0	148,8	+ 3,8	- 1,0	- 12,2	- 6,8	- 9,6
Gummiwaren	158,6	149,8	+ 15,4	+ 0,2	- 16,0	- 18,6	- 17,3
Kunststoffwaren	138,5	148,6	+ 1,4	- 1,3	- 11,2	- 3,8	- 7,5

– Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschließlich Handwerk.
1) Hauptgruppen arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren Census--X-12-ARIMA.
2) Untergruppen ab „Bergbau, Gew. v. Steinen und Erden“ arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren des Statistischen Bundesamtes.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.1 Produktion des Produzierenden Gewerbes

noch @2.1.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001		2002		
	Januar p)	Februar p)	3. Vj. p)	4. Vj. p)	Januar p)	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	74,8	87,1	- 4,0	- 4,2	- 6,4	- 2,7	- 4,4
Herstellung und Verarb. v. Glas	203,2	189,6	0,0	+ 0,2	+ 3,2	+ 0,6	+ 1,9
Erzeugnisse aus Beton, Zement und Gips	44,1	60,7	- 7,0	- 9,3	- 16,5	- 9,3	- 12,5
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Metallerzeugnisse	145,7	152,7	+ 5,8	+ 1,4	- 7,3	- 4,9	- 6,1
Metallerzeugung u. -bearbeitung	181,0	178,2	+ 4,6	- 0,4	+ 5,5	+ 5,4	+ 5,5
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferrolegierungen (EGKS)	158,3	148,2	+ 1,0	+ 6,1	- 15,4	- 19,5	- 17,4
Gießereiindustrie	202,7	185,7	+ 10,2	- 4,5	- 1,6	- 9,9	- 5,8
Metallerzeugnisse	135,2	145,1	+ 6,2	+ 1,9	- 11,6	- 8,2	- 9,8
Stahl- u. Leichtmetallbau	91,8	114,7	- 1,4	- 2,4	- 14,0	- 3,0	- 8,2
Maschinenbau	109,2	113,5	+ 6,0	+ 1,2	- 4,3	- 8,0	- 6,2
Maschinen für die Erzeugung u. Nutzung v. mech. Energie	128,7	140,0	+ 11,2	+ 2,3	- 11,5	- 5,6	- 8,5
Land- u. forstwirtschaftliche Maschinen	70,9	76,7	+ 9,4	+ 6,7	+ 3,2	- 33,9	- 20,1
Werkzeugmaschinen	116,7	124,3	+ 12,1	+ 16,1	- 2,8	- 19,6	- 12,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	226,0	240,5	+ 5,5	+ 6,6	+ 4,8	+ 4,1	+ 4,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte u. -einrichtungen	609,9	649,5	- 29,0	+ 6,5	+ 32,7	+ 29,7	+ 31,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	136,6	151,8	+ 16,4	+ 15,7	- 5,1	+ 1,4	- 1,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	357,7	353,7	+ 12,4	+ 7,3	+ 11,4	+ 1,9	+ 6,5
Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	213,9	231,6	+ 6,9	- 1,7	- 1,3	- 1,7	- 1,5
Fahrzeugbau	177,5	177,5	+ 16,8	+ 2,0	- 0,3	- 3,2	- 1,8
Kraftwagen u. Kraftwagenteile	252,6	252,8	+ 20,8	+ 1,2	- 0,8	- 5,1	- 3,0
Kraftwagen u. Kraftwagenmotore	179,5	193,5	+ 43,8	- 10,2	- 23,9	- 22,0	- 22,9
Sonstiger Fahrzeugbau	89,0	88,8	+ 4,0	+ 4,9	+ 1,5	+ 3,5	+ 2,4
Schiffbau	80,8	77,0	+ 0,4	+ 2,5	+ 4,9	+ 4,2	+ 4,5
Luft- u. Raumfahrzeugbau	379,5	376,6	+ 13,8	+ 15,5	+ 12,9	+ 19,6	+ 16,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. sonst. Erzeugnisse, Recycling	128,9	127,7	+ 1,9	+ 3,2	- 6,0	- 4,6	- 5,3
Möbel	120,9	118,3	+ 3,0	- 0,5	- 10,7	- 11,7	- 11,2
Recycling	207,5	206,9	0,0	+ 11,0	+ 6,0	+ 17,2	+ 11,3
Energieversorgung	118,8	110,9	- 1,6	+ 1,0	- 0,3	+ 5,5	+ 2,5

p = Vorläufiges Ergebnis.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie[1)]

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.1 Werte

	2002		2001		2002		
	Januar	Februar p)	3. Vj.	4. Vj.	Januar	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2)	126,1	122,5	- 4,7	- 8,1	- 4,0	- 5,5	- 4,8
davon: Inland	106,4	102,1	- 4,2	- 6,8	- 4,7	- 7,4	- 6,0
Ausland	161,6	159,3	- 5,4	- 9,5	- 3,2	- 3,0	- 3,1
Vorleistungsgüterproduzenten	116,0	113,9	- 8,2	- 9,8	- 7,1	- 4,4	- 5,8
davon: Inland	103,2	99,6	- 6,1	- 9,0	- 7,9	- 7,6	- 7,7
Ausland	142,4	143,1	- 11,5	- 11,0	- 6,0	+ 0,4	- 2,9
Investitionsgüterproduzenten	142,0	135,2	- 3,1	- 8,2	- 2,3	- 6,8	- 4,5
davon: Inland	115,3	107,5	- 3,0	- 6,4	- 2,2	- 8,2	- 5,2
Ausland	178,5	172,9	- 3,3	- 9,8	- 2,5	- 5,5	- 4,0
Gebrauchsgüterproduzenten	105,2	103,2	- 1,3	- 5,0	- 6,0	- 3,5	- 4,8
davon: Inland	96,3	92,8	- 3,0	- 4,2	- 7,0	- 6,6	- 6,8
Ausland	131,0	133,2	+ 2,5	- 6,6	- 3,8	+ 3,6	- 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten	108,3	112,5	+ 0,9	+ 1,0	+ 2,7	- 3,4	- 0,5
davon: Inland	93,1	97,4	- 1,8	- 0,2	- 0,2	- 4,6	- 2,5
Ausland	156,1	160,4	+ 6,7	+ 3,4	+ 8,3	- 0,4	+ 3,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe	84,7	115,4	- 2,5	- 1,0	- 7,5	- 11,0	- 9,6
Textilgewerbe	90,1	91,6	- 6,4	- 9,5	- 9,8	- 9,8	- 9,8
Bekleidungsgewerbe	77,3	148,1	+ 1,3	+ 18,4	- 3,7	- 12,0	- 9,3
Ledergewerbe	99,8	106,6	- 1,8	- 7,1	+ 10,2	- 5,4	+ 1,5
Holzgewerbe (ohne Möbel)	85,6	87,0	- 5,2	- 2,0	- 7,0	- 4,5	- 5,8
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	117,7	112,3	- 2,4	- 2,8	- 0,8	- 0,5	- 0,7
Papiergewerbe	124,1	117,2	- 2,7	- 3,9	+ 0,4	+ 2,4	+ 1,3
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	140,2	134,8	- 7,3	- 8,5	- 1,1	+ 4,7	+ 1,6
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung	111,2	103,2	+ 2,0	+ 1,1	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	107,9	104,8	- 1,6	- 1,0	- 2,9	- 5,0	- 3,9
Chemische Industrie	116,7	111,8	- 4,4	- 9,7	- 6,9	- 4,0	- 5,5
Chemische Grundstoffe	115,5	115,3	- 7,5	- 15,5	- 14,4	- 9,9	- 12,2
Pharmazeutische Erzeugnisse	139,2	117,8	+ 5,0	+ 1,4	+ 8,5	+ 4,8	+ 6,7
Gummi- und Kunststoffwaren	114,5	113,3	- 2,0	- 3,7	- 0,8	- 0,4	- 0,6
Kunststoffwaren	113,6	111,5	- 2,8	- 4,2	- 1,6	- 1,3	- 1,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	81,4	81,8	- 7,0	- 9,3	- 11,2	- 10,0	- 10,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	117,6	112,0	- 4,2	- 10,2	- 4,9	- 3,3	- 4,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	125,3	116,3	- 7,5	- 12,0	- 4,4	- 2,4	- 3,5
Gießereiindustrie	134,5	136,8	- 2,2	- 11,5	- 8,1	- 1,6	- 4,9
Metallerzeugnisse	111,6	108,6	- 1,6	- 8,9	- 5,4	- 4,0	- 4,8
Stahl- und Leichtmetallbau	96,3	85,6	- 4,0	- 4,4	+ 2,8	- 9,9	- 3,6
Maschinenbau	119,4	113,2	- 8,9	- 6,3	- 4,8	- 4,4	- 4,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	128,2	128,9	- 15,4	- 13,4	- 8,8	- 6,7	- 7,7
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	102,2	112,8	- 25,9	- 25,9	- 25,1	- 8,5	- 17,2
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	122,6	115,4	- 9,4	- 6,7	- 4,4	- 11,0	- 7,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	146,2	156,5	- 25,2	- 25,2	- 8,3	- 2,0	- 5,1
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	132,2	135,7	- 7,2	- 2,4	- 11,3	- 3,0	- 7,3
Fahrzeugbau	171,4	160,9	+ 5,1	- 6,4	+ 1,8	- 7,4	- 2,9
Kraftwagen und Kraftwagenteile	185,0	174,8	+ 6,6	- 0,1	+ 3,9	- 5,2	- 0,7
Sonstiger Fahrzeugbau	97,0	84,7	- 8,5	- 36,6	- 16,1	- 27,0	- 21,6
Schiffbau	34,5	21,6	- 79,9	- 67,7	- 56,2	+ 91,2	- 37,6
Luft- und Raumfahrzeugbau	190,6	144,0	+ 33,4	- 34,3	- 1,7	- 31,3	- 17,1
Möbel	96,0	92,8	- 3,2	- 5,9	- 10,9	- 11,5	- 11,3

[1)] Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2)] Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
[p] = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie[1)]

@2.2.1 Bundesrepublik Deutschland

@2.2.1.2 Volumen

	2002		2001		2002		
	Januar	Februar p)	3. Vj.	4. Vj.	Januar	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2)	122,0	118,6	- 5,4	- 8,2	- 4,0	- 5,3	- 4,7
davon: Inland	104,3	100,1	- 4,9	- 7,2	- 4,7	- 7,3	- 6,0
Ausland	153,8	151,9	- 6,0	- 9,5	- 3,1	- 2,7	- 2,9
Vorleistungsgüterproduzenten	115,8	113,9	- 8,0	- 8,2	- 4,9	- 2,0	- 3,4
davon: Inland	103,6	100,3	- 5,9	- 7,7	- 5,8	- 5,4	- 5,6
Ausland	140,9	141,9	- 11,4	- 9,1	- 3,6	+ 3,4	- 0,2
Investitionsgüterproduzenten	134,5	127,9	- 4,2	- 9,5	- 3,9	- 8,1	- 6,0
davon: Inland	111,4	103,8	- 4,2	- 7,8	- 3,9	- 9,6	- 6,8
Ausland	166,2	160,9	- 4,2	- 10,8	- 3,8	- 6,7	- 5,2
Gebrauchsgüterproduzenten	99,8	97,8	- 2,7	- 6,2	- 6,9	- 4,2	- 5,6
davon: Inland	91,2	87,7	- 4,5	- 5,6	- 7,8	- 7,5	- 7,6
Ausland	124,7	127,2	+ 1,1	- 7,6	- 4,9	+ 3,2	- 0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	103,3	107,9	- 0,6	- 0,4	+ 1,6	- 4,3	- 1,6
davon: Inland	89,2	93,4	- 3,4	- 1,9	- 1,2	- 5,8	- 3,6
Ausland	147,6	153,7	+ 5,7	+ 2,9	+ 7,3	- 1,5	+ 2,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe	83,5	114,1	- 3,0	- 1,3	- 8,1	- 11,4	- 10,1
Textilgewerbe	88,8	90,5	- 7,1	- 9,8	- 10,4	- 10,0	- 10,2
Bekleidungsgewerbe	76,2	146,5	+ 1,2	+ 18,8	- 4,4	- 12,6	- 9,9
Ledergewerbe	94,2	100,5	- 4,8	- 9,0	+ 8,7	- 6,8	+ 0,1
Holzgewerbe (ohne Möbel)	88,4	90,2	- 4,9	- 0,9	- 5,5	- 2,4	- 4,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	116,2	110,9	- 2,4	- 2,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,9
Papiergewerbe	123,0	116,5	- 3,1	- 2,7	+ 3,2	+ 5,4	+ 4,3
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	143,6	138,7	- 5,3	- 4,7	+ 4,7	+ 11,0	+ 7,7
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung	106,5	98,6	- 0,7	- 0,5	+ 1,6	- 0,3	+ 0,7
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	105,7	102,5	- 1,6	- 1,3	- 3,4	- 5,9	- 4,7
Chemische Industrie	115,6	111,6	- 4,7	- 8,2	- 4,5	- 0,6	- 2,7
Chemische Grundstoffe	120,9	122,0	- 5,6	- 10,5	- 7,9	- 2,1	- 5,1
Pharmazeutische Erzeugnisse	127,5	107,9	+ 1,9	- 1,2	+ 7,5	+ 3,9	+ 5,8
Gummi- und Kunststoffwaren	113,7	112,6	- 2,8	- 4,2	- 0,5	0,0	- 0,3
Kunststoffwaren	112,6	110,5	- 3,7	- 4,5	- 1,1	- 0,8	- 1,0
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	81,3	82,0	- 8,7	- 10,1	- 12,1	- 10,4	- 11,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	116,0	110,2	- 3,1	- 8,1	- 2,3	- 1,0	- 1,7
Metallerzeugung und -bearbeitung	128,6	119,1	- 3,9	- 5,5	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,0
Gießereiindustrie	133,3	135,8	- 0,9	- 9,0	- 5,7	+ 0,8	- 2,5
Metallerzeugnisse	106,1	103,3	- 2,6	- 10,0	- 6,4	- 4,7	- 5,6
Stahl- und Leichtmetallbau	91,8	81,6	- 4,7	- 7,2	+ 2,6	- 10,0	- 3,8
Maschinenbau	110,9	104,9	- 10,0	- 7,4	- 6,1	- 5,7	- 5,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	130,6	131,3	- 15,8	- 13,9	- 9,0	- 6,9	- 7,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	133,4	144,9	- 24,5	- 24,4	- 23,7	- 8,3	- 16,4
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	118,9	111,7	- 9,4	- 7,5	- 4,8	- 11,4	- 8,1
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	159,3	169,4	- 24,5	- 23,7	- 6,6	- 1,3	- 3,9
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	123,6	126,3	- 8,2	- 2,9	- 12,2	- 4,5	- 8,4
Fahrzeugbau	159,4	149,3	+ 4,4	- 7,3	+ 0,2	- 8,7	- 4,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile	171,7	161,9	+ 6,0	- 1,1	+ 2,3	- 6,5	- 2,2
Sonstiger Fahrzeugbau	92,3	80,6	- 9,5	- 37,1	- 17,0	- 27,6	- 22,3
Schiffbau	32,8	20,6	- 80,2	- 67,9	- 56,6	+ 90,7	- 38,2
Luft- und Raumfahrzeugbau	180,9	136,3	+ 32,0	- 34,9	- 2,6	- 32,1	- 18,0
Möbel	84,2	81,3	- 6,2	- 8,6	- 13,5	- 13,9	- 13,7

[1)] Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2)] Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie[1)]

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.1 Werte

	2002		2001		2002		
	Januar	Februar p)	3. Vj.	4. Vj.	Januar	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2)	124,1	120,4	- 5,5	- 8,3	- 4,5	- 5,6	- 5,0
davon: Inland	104,4	100,2	- 4,8	- 7,1	- 5,3	- 8,1	- 6,7
Ausland	157,9	155,1	- 6,4	- 9,6	- 3,4	- 2,8	- 3,1
Vorleistungsgüterproduzenten	111,8	110,4	- 9,2	- 10,6	- 8,4	- 4,1	- 6,3
davon: Inland	98,7	96,2	- 7,0	- 9,8	- 9,5	- 8,4	- 9,0
Ausland	137,6	138,2	- 12,4	- 11,8	- 6,8	+ 2,4	- 2,4
Investitionsgüterproduzenten	142,3	134,6	- 3,9	- 8,1	- 2,3	- 7,3	- 4,7
davon: Inland	116,8	108,0	- 3,2	- 6,4	- 1,8	- 8,6	- 5,2
Ausland	175,1	168,7	- 4,6	- 9,6	- 2,5	- 6,2	- 4,4
Gebrauchsgüterproduzenten	102,9	100,8	- 1,4	- 4,7	- 5,6	- 2,6	- 4,1
davon: Inland	93,4	89,8	- 3,4	- 4,2	- 6,7	- 6,1	- 6,4
Ausland	129,3	131,4	+ 2,7	- 5,7	- 3,3	+ 4,8	+ 0,6
Verbrauchsgüterproduzenten	105,6	110,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,9	- 4,0	- 1,2
davon: Inland	89,6	94,6	- 2,6	- 0,5	- 1,5	- 5,9	- 3,9
Ausland	154,8	158,9	+ 6,4	+ 3,4	+ 8,7	- 0,4	+ 3,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe	82,1	113,7	- 2,6	- 0,8	- 7,8	- 11,7	- 10,1
Textilgewerbe	86,0	87,0	- 6,9	- 9,8	- 10,2	- 11,0	- 10,6
Bekleidungsgewerbe	77,0	149,0	+ 1,3	+ 18,5	- 3,7	- 12,1	- 9,5
Ledergewerbe	99,9	106,5	- 2,0	- 7,7	+ 10,6	- 6,1	+ 1,3
Holzgewerbe (ohne Möbel)	74,8	75,7	- 7,6	- 6,1	- 10,1	- 9,1	- 9,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	113,3	108,7	- 2,8	- 3,1	- 2,2	- 1,5	- 1,9
Papiergewerbe	119,3	113,2	- 2,9	- 4,2	- 1,1	+ 1,3	+ 0,1
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	137,9	133,1	- 6,9	- 8,1	- 2,1	+ 4,1	+ 0,9
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung	104,7	97,7	+ 1,2	+ 0,1	- 0,1	- 1,6	- 0,9
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	104,3	101,9	- 2,5	- 1,3	- 4,1	- 5,7	- 5,0
Chemische Industrie	114,1	108,9	- 5,1	- 9,4	- 7,1	- 4,5	- 5,8
Chemische Grundstoffe	112,8	112,2	- 8,7	- 15,4	- 14,2	- 10,3	- 12,3
Pharmazeutische Erzeugnisse	136,6	115,0	+ 4,3	+ 1,4	+ 8,1	+ 4,2	+ 6,3
Gummi- und Kunststoffwaren	111,2	110,1	- 3,0	- 5,0	- 1,5	- 0,8	- 1,2
Kunststoffwaren	110,6	108,2	- 3,9	- 5,2	- 2,0	- 1,8	- 1,9
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	77,2	76,6	- 7,5	- 9,8	- 11,7	- 11,4	- 11,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	113,1	108,7	- 4,8	- 11,3	- 6,8	- 3,8	- 5,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	118,6	112,9	- 8,0	- 12,9	- 7,4	- 2,4	- 5,0
Gießereiindustrie	125,1	128,0	- 3,8	- 11,7	- 8,1	- 1,1	- 4,7
Metallerzeugnisse	108,8	105,5	- 2,4	- 9,9	- 6,2	- 4,9	- 5,6
Stahl- und Leichtmetallbau	91,5	80,3	- 5,7	- 5,2	+ 1,1	- 11,5	- 5,2
Maschinenbau	119,0	112,9	- 9,2	- 6,7	- 4,6	- 4,0	- 4,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	124,4	125,4	- 16,4	- 14,1	- 9,5	- 5,4	- 7,5
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	92,8	99,9	- 24,8	- 29,0	- 27,8	- 13,1	- 20,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	121,9	114,5	- 10,8	- 7,6	- 4,5	- 7,3	- 5,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	138,0	151,4	- 26,2	- 25,7	- 10,1	- 1,9	- 6,0
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	128,8	131,4	- 8,2	- 2,5	- 11,4	- 3,2	- 7,5
Fahrzeugbau	174,1	161,8	+ 3,8	- 5,5	+ 1,9	- 8,0	- 3,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	183,3	172,4	+ 5,6	- 0,1	+ 4,6	- 5,1	- 0,3
Sonstiger Fahrzeugbau	111,9	90,1	- 13,4	- 35,4	- 20,7	- 33,9	- 27,2
Schiffbau	43,4	25,6	- 78,9	- 60,5	- 57,5	+ 137,0	- 38,9
Luft- und Raumfahrzeugbau	177,6	125,7	+ 16,4	- 34,7	- 7,4	- 39,9	- 24,3
Möbel	93,5	90,4	- 4,2	- 6,3	- 10,9	- 11,4	- 11,1

[1)] Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2)] Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie[1)]

@2.2.2 Früheres Bundesgebiet

@2.2.2.2 Volumen

	2002		2001		2002		
	Januar	Februar p)	3. Vj.	4. Vj.	Januar	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2)	119,8	116,5	- 6,2	- 8,4	- 4,5	- 5,4	- 5,0
davon: Inland	102,1	98,2	- 5,4	- 7,5	- 5,5	- 7,9	- 6,6
Ausland	150,2	147,8	- 7,1	- 9,7	- 3,4	- 2,6	- 3,0
Vorleistungsgüterproduzenten	111,5	110,3	- 9,0	- 9,1	- 6,2	- 1,7	- 4,1
davon: Inland	99,0	96,7	- 6,7	- 8,5	- 7,6	- 6,3	- 6,9
Ausland	136,1	137,0	- 12,4	- 10,0	- 4,3	+ 5,5	+ 0,4
Investitionsgüterproduzenten	134,7	127,2	- 5,0	- 9,3	- 3,8	- 8,7	- 6,2
davon: Inland	112,7	104,1	- 4,5	- 7,9	- 3,6	- 10,0	- 6,8
Ausland	163,1	156,9	- 5,5	- 10,7	- 3,8	- 7,4	- 5,6
Gebrauchsgüterproduzenten	97,7	95,7	- 2,8	- 5,9	- 6,5	- 3,3	- 5,0
davon: Inland	88,5	85,0	- 4,8	- 5,5	- 7,6	- 6,9	- 7,3
Ausland	123,2	125,5	+ 1,3	- 6,9	- 4,4	+ 4,2	- 0,2
Verbrauchsgüterproduzenten	100,7	105,9	- 1,0	- 0,5	+ 0,9	- 5,0	- 2,3
davon: Inland	85,8	90,8	- 4,1	- 2,2	- 2,5	- 6,9	- 4,8
Ausland	146,4	152,3	+ 5,3	+ 3,0	+ 7,7	- 1,5	+ 2,8
Textil- und Bekleidungsgewerbe	80,9	112,4	- 3,1	- 1,1	- 8,4	- 12,1	- 10,5
Textilgewerbe	84,7	86,0	- 7,6	- 10,2	- 10,8	- 11,2	- 10,9
Bekleidungsgewerbe	76,0	147,4	+ 1,3	+ 18,7	- 4,4	- 12,7	- 10,1
Ledergewerbe	94,3	100,4	- 5,1	- 9,6	+ 9,1	- 7,5	- 0,1
Holzgewerbe (ohne Möbel)	77,2	78,1	- 7,3	- 5,4	- 8,5	- 7,6	- 8,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	111,8	107,4	- 3,0	- 2,5	- 0,8	0,0	- 0,5
Papiergewerbe	118,1	112,4	- 3,3	- 3,1	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,9
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	141,0	136,7	- 5,2	- 4,6	+ 3,4	+ 10,3	+ 6,8
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung	100,1	93,3	- 1,4	- 1,5	- 0,6	- 1,9	- 1,2
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	102,3	99,8	- 2,4	- 1,5	- 4,6	- 6,6	- 5,5
Chemische Industrie	113,1	108,8	- 5,5	- 8,1	- 4,5	- 1,0	- 2,8
Chemische Grundstoffe	118,3	118,9	- 6,8	- 10,3	- 7,4	- 2,5	- 5,0
Pharmazeutische Erzeugnisse	125,1	105,4	+ 1,2	- 1,3	+ 7,1	+ 3,3	+ 5,4
Gummi- und Kunststoffwaren	110,5	109,4	- 4,0	- 5,4	- 1,2	- 0,5	- 0,8
Kunststoffwaren	109,7	107,3	- 4,7	- 5,6	- 1,4	- 1,3	- 1,4
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	77,0	76,5	- 9,2	- 10,8	- 12,5	- 12,1	- 12,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	111,3	107,0	- 3,8	- 9,1	- 4,3	- 1,5	- 2,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	121,3	115,6	- 4,2	- 6,5	- 1,0	+ 3,6	+ 1,2
Gießereiindustrie	124,1	127,2	- 2,6	- 9,2	- 5,7	+ 1,4	- 2,3
Metallerzeugnisse	103,4	100,3	- 3,4	- 11,1	- 7,1	- 5,6	- 6,3
Stahl- und Leichtmetallbau	87,1	76,4	- 6,4	- 7,9	+ 0,8	- 11,9	- 5,5
Maschinenbau	110,5	104,6	- 10,4	- 7,8	- 5,9	- 5,3	- 5,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	126,5	127,4	- 16,7	- 14,7	- 9,8	- 5,8	- 7,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	121,4	128,2	- 23,3	- 27,5	- 26,2	- 12,8	- 19,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	118,0	110,7	- 10,7	- 8,4	- 4,9	- 7,9	- 6,4
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	150,4	164,0	- 25,6	- 24,2	- 8,5	- 1,3	- 4,8
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	120,3	122,3	- 9,0	- 2,9	- 12,4	- 4,7	- 8,7
Fahrzeugbau	161,8	150,0	+ 3,2	- 6,5	+ 0,3	- 9,4	- 4,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	170,0	159,6	+ 5,0	- 0,9	+ 3,0	- 6,4	- 1,8
Sonstiger Fahrzeugbau	106,4	85,7	- 14,3	- 36,0	- 21,5	- 34,4	- 27,9
Schiffbau	41,3	24,3	- 79,2	- 60,7	- 57,9	+ 133,7	- 39,6
Luft- und Raumfahrzeugbau	168,6	118,9	+ 15,3	- 35,3	- 8,3	- 40,5	- 25,1
Möbel	82,0	79,2	- 7,3	- 9,0	- 13,4	- 13,7	- 13,6

[1)] Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2)] Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
[p] = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie[1)]

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.1 Werte

	2002		2001		2002		
	Januar	Februar p)	3. Vj.	4. Vj.	Januar	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2)	159,4	156,9	+ 6,8	- 5,0	+ 1,5	- 3,1	- 0,8
davon: Inland	132,0	125,4	+ 1,9	- 3,7	+ 2,2	- 1,3	+ 0,5
Ausland	297,9	314,9	+ 19,5	- 7,9	+ 0,4	- 6,3	- 3,2
Vorleistungsgüterproduzenten	182,6	169,8	+ 3,2	- 0,8	+ 7,2	- 7,7	- 0,6
davon: Inland	160,1	143,4	+ 2,6	- 1,5	+ 7,7	- 0,4	+ 3,8
Ausland	290,5	294,9	+ 5,0	+ 1,4	+ 6,6	- 20,5	- 9,0
Investitionsgüterproduzenten	135,8	144,0	+ 11,2	- 9,9	- 5,3	+ 2,0	- 1,7
davon: Inland	98,6	102,0	0,0	- 7,2	- 6,4	- 3,8	- 5,1
Ausland	315,1	345,3	+ 36,1	- 14,3	- 3,6	+ 10,9	+ 3,5
Gebrauchsgüterproduzenten	150,5	148,7	+ 0,8	- 8,7	- 10,5	- 13,7	- 12,2
davon: Inland	142,5	140,3	+ 1,9	- 5,1	- 9,3	- 11,3	- 10,3
Ausland	232,3	235,8	- 4,5	- 25,9	- 17,4	- 25,7	- 21,8
Verbrauchsgüterproduzenten	176,8	167,5	+ 10,7	+ 3,4	+ 14,3	+ 11,4	+ 12,8
davon: Inland	170,2	157,6	+ 8,8	+ 3,6	+ 18,3	+ 14,1	+ 16,2
Ausland	227,3	242,8	+ 20,5	+ 1,7	- 3,6	- 0,4	- 2,0
Textil- und Bekleidungsgewerbe	140,9	153,2	- 0,6	- 3,6	- 5,2	+ 1,0	- 2,1
Textilgewerbe	155,2	164,8	- 1,1	- 6,5	- 6,1	+ 1,9	- 2,2
Bekleidungsgewerbe	90,5	112,3	+ 2,2	+ 22,0	+ 0,9	- 3,4	- 1,6
Ledergewerbe	96,0	109,7	+ 5,6	+ 5,4	- 1,8	+ 17,0	+ 7,4
Holzgewerbe (ohne Möbel)	231,3	241,4	+ 7,8	+ 24,8	+ 9,4	+ 23,3	+ 16,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	202,2	180,4	+ 3,2	+ 1,2	+ 17,7	+ 11,7	+ 14,8
Papiergewerbe	206,2	184,7	- 0,8	- 0,1	+ 18,2	+ 14,5	+ 16,4
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	171,8	157,5	- 12,1	- 12,1	+ 10,5	+ 10,1	+ 10,3
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung	246,7	216,7	+ 11,0	+ 12,0	+ 25,4	+ 18,5	+ 22,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	193,8	171,6	+ 11,9	+ 3,8	+ 16,5	+ 6,1	+ 11,3
Chemische Industrie	169,0	171,5	+ 7,0	- 12,4	- 6,3	+ 2,3	- 2,2
Chemische Grundstoffe	156,2	163,8	+ 6,7	- 15,9	- 17,8	- 4,9	- 11,7
Pharmazeutische Erzeugnisse	207,8	190,0	+ 17,5	+ 2,6	+ 16,9	+ 16,5	+ 16,7
Gummi- und Kunststoffwaren	169,3	166,8	+ 10,4	+ 10,8	+ 7,8	+ 5,1	+ 6,5
Kunststoffwaren	160,8	161,6	+ 7,4	+ 7,7	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	115,3	124,7	- 4,0	- 6,3	- 9,5	- 1,6	- 5,6
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	177,4	155,0	+ 2,1	+ 0,2	+ 13,7	+ 1,6	+ 7,7
Metallerzeugung und -bearbeitung	220,4	164,4	- 3,6	- 2,8	+ 27,2	- 2,3	+ 12,6
Gießereiindustrie	248,0	243,1	+ 9,4	- 10,1	- 7,9	- 4,4	- 6,2
Metallerzeugnisse	147,1	148,3	+ 6,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 4,9	+ 3,6
Stahl- und Leichtmetallbau	129,5	122,4	+ 4,7	- 0,6	+ 11,6	- 1,7	+ 4,7
Maschinenbau	126,8	119,3	- 2,2	+ 1,0	- 8,6	- 10,2	- 9,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	203,9	198,5	- 0,5	- 3,0	+ 1,3	- 20,7	- 10,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	377,5	493,0	- 35,5	- 3,4	+ 1,1	+ 32,1	+ 16,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	134,2	128,8	+ 11,0	+ 7,7	- 2,5	- 41,8	- 26,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	397,5	309,6	- 5,4	- 17,3	+ 16,8	- 5,0	+ 6,2
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	213,9	237,2	+ 8,3	- 2,7	- 10,5	- 1,0	- 5,8
Fahrzeugbau	130,3	147,2	+ 30,4	- 19,0	- 0,6	+ 4,3	+ 2,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile	237,0	246,9	+ 31,4	- 2,2	- 10,0	- 5,5	- 7,7
Sonstiger Fahrzeugbau	42,6	65,2	+ 27,7	- 42,6	+ 88,5	+ 54,9	+ 66,4
Schiffbau	5,0	8,7	- 84,2	- 87,6	+ 117,4	- 32,6	- 9,2
Luft- und Raumfahrzeugbau	2073,5	2794,0	+ 584,9	- 20,5	+ 314,1	+ 794,1	+ 498,6
Möbel	131,2	127,6	+ 7,5	- 2,2	- 11,5	- 12,6	- 12,1

[1)] Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2)] Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
[p] = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.2 Auftragseingang der Industrie[1)]

@2.2.3 Neue Länder und Berlin-Ost

@2.2.3.2 Volumen

	2001		2001		2001		
	Januar	Februar p)	3. Vj.	4. Vj.	Januar	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2)	157,1	154,0	+ 5,8	- 4,7	+ 2,7	- 2,1	+ 0,3
davon: Inland	131,5	124,5	+ 1,2	- 3,7	+ 3,4	- 0,5	+ 1,4
Ausland	287,4	303,7	+ 18,5	- 7,2	+ 1,4	- 5,0	- 2,0
Vorleistungsgüterproduzenten	184,9	170,9	+ 3,4	+ 1,1	+ 10,4	- 5,0	+ 2,4
davon: Inland	163,3	145,6	+ 2,7	0,0	+ 11,0	+ 2,2	+ 6,7
Ausland	289,9	292,4	+ 5,6	+ 4,1	+ 9,7	- 18,2	- 6,3
Investitionsgüterproduzenten	130,8	138,9	+ 9,0	- 10,6	- 6,1	+ 1,6	- 2,2
davon: Inland	96,6	99,9	- 1,5	- 8,3	- 7,3	- 4,5	- 5,8
Ausland	295,4	325,9	+ 33,7	- 14,9	- 4,2	+ 11,5	+ 3,4
Gebrauchsgüterproduzenten	140,5	138,9	- 1,3	- 10,2	- 11,5	- 14,9	- 13,2
davon: Inland	133,0	130,9	- 0,5	- 6,8	- 10,3	- 12,7	- 11,5
Ausland	217,0	220,5	- 5,6	- 26,7	- 18,2	- 26,2	- 22,4
Verbrauchsgüterproduzenten	168,7	159,6	+ 8,7	+ 1,7	+ 13,4	+ 10,2	+ 11,9
davon: Inland	162,5	150,4	+ 6,8	+ 1,8	+ 17,2	+ 12,8	+ 15,1
Ausland	216,3	229,5	+ 18,9	+ 1,1	- 3,6	- 1,0	- 2,3
Textil- und Bekleidungsgewerbe	138,8	150,7	- 1,5	- 4,1	- 5,9	+ 0,2	- 2,8
Textilgewerbe	153,2	162,4	- 2,2	- 6,9	- 6,8	+ 1,2	- 2,9
Bekleidungsgewerbe	88,1	109,4	+ 1,9	+ 21,9	+ 0,1	- 4,5	- 2,5
Ledergewerbe	90,5	103,4	+ 2,6	+ 3,7	- 3,4	+ 15,7	+ 5,9
Holzgewerbe (ohne Möbel)	242,2	253,5	+ 9,5	+ 27,7	+ 11,9	+ 27,6	+ 19,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	200,2	179,0	+ 3,8	+ 2,8	+ 20,5	+ 14,2	+ 17,4
Papiergewerbe	206,6	185,8	+ 0,4	+ 2,9	+ 22,5	+ 18,6	+ 20,7
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	179,5	165,9	- 7,1	- 4,9	+ 19,7	+ 18,9	+ 19,4
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung	238,3	209,1	+ 8,2	+ 10,4	+ 25,0	+ 18,3	+ 21,8
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	187,1	165,0	+ 11,3	+ 2,8	+ 16,0	+ 5,1	+ 10,6
Chemische Industrie	168,4	171,6	+ 5,6	- 11,3	- 3,6	+ 6,4	+ 1,2
Chemische Grundstoffe	160,7	169,4	+ 6,5	- 12,6	- 13,1	+ 2,4	- 5,8
Pharmazeutische Erzeugnisse	189,5	173,6	+ 13,7	- 0,4	+ 15,4	+ 15,4	+ 15,4
Gummi- und Kunststoffwaren	167,3	165,2	+ 9,1	+ 9,8	+ 7,8	+ 5,2	+ 6,5
Kunststoffwaren	158,5	159,7	+ 6,3	+ 6,9	+ 2,7	+ 3,8	+ 3,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	114,8	124,7	- 6,0	- 7,0	- 11,0	- 2,6	- 6,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	178,0	152,1	+ 3,2	+ 2,4	+ 18,6	+ 3,5	+ 11,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	230,7	167,1	+ 0,3	+ 4,5	+ 38,8	+ 3,1	+ 21,1
Gießereiindustrie	245,0	239,3	+ 10,2	- 8,1	- 5,6	- 2,8	- 4,2
Metallerzeugnisse	140,7	141,6	+ 5,4	+ 0,7	+ 1,4	+ 4,0	+ 2,7
Stahl- und Leichtmetallbau	123,8	116,9	+ 4,3	- 3,7	+ 11,7	- 1,9	+ 4,7
Maschinenbau	117,9	110,6	- 3,6	- 0,2	- 9,7	- 11,2	- 10,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	212,3	207,6	- 2,1	- 2,7	+ 2,0	- 18,4	- 9,2
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	483,6	635,5	- 35,9	- 0,9	+ 0,4	+ 31,6	+ 16,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	131,9	126,8	+ 11,2	+ 6,8	- 3,5	- 41,2	- 26,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	432,3	335,8	- 5,2	- 15,8	+ 20,3	- 2,4	+ 9,2
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	199,0	219,9	+ 7,1	- 3,5	- 11,6	- 2,5	- 7,0
Fahrzeugbau	122,8	138,5	+ 28,7	- 19,7	- 1,4	+ 3,6	+ 1,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile	222,8	231,4	+ 29,8	- 2,8	- 10,7	- 6,3	- 8,5
Sonstiger Fahrzeugbau	40,6	62,0	+ 25,3	- 43,2	+ 85,4	+ 52,7	+ 63,9
Schiffbau	4,8	8,3	- 84,5	- 87,8	+ 118,2	- 33,1	- 9,6
Luft- und Raumfahrzeugbau	1967,9	2646,0	+ 606,9	- 21,5	+ 309,3	+ 781,7	+ 490,8
Möbel	115,5	112,2	+ 4,5	- 4,5	- 13,9	- 14,9	- 14,4

[1)] Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
[2)] Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie[1)]

@2.3.1 Bundesrepublik Deutschland

	2002		2001		2002		
	Januar	Februar p)	3. Vj.	4. Vj.	Januar	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Industrie2)	119,0	120,2	- 0,2	- 4,2	- 4,1	- 4,5	- 4,3
davon: Inland	99,4	100,0	- 1,4	- 4,2	- 6,3	- 5,9	- 6,1
Ausland	155,0	157,3	+ 1,5	- 4,0	- 1,4	- 2,8	- 2,1
Vorleistungsgüterproduzenten	111,4	110,7	- 4,1	- 8,4	- 7,6	- 6,3	- 7,0
davon: Inland	99,0	97,3	- 3,0	- 7,5	- 8,2	- 7,8	- 8,0
Ausland	137,4	138,7	- 6,0	- 9,7	- 6,7	- 4,2	- 5,4
Investitionsgüterproduzenten	130,3	134,5	+ 2,7	- 1,8	- 2,4	- 3,9	- 3,1
davon: Inland	101,8	106,7	- 0,1	- 2,0	- 6,3	- 5,3	- 5,8
Ausland	169,4	172,5	+ 5,3	- 1,6	+ 1,0	- 2,8	- 0,9
Gebrauchsgüterproduzenten	101,3	101,5	+ 2,4	- 1,5	- 1,5	- 3,4	- 2,5
davon: Inland	91,8	91,3	+ 0,3	- 2,1	- 4,3	- 4,9	- 4,6
Ausland	129,5	131,8	+ 7,1	- 0,4	+ 4,9	- 0,6	+ 2,0
Verbrauchsgüterproduzenten	112,0	109,0	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,3
davon: Inland	96,8	92,3	- 1,0	- 1,1	+ 0,4	- 1,4	- 0,4
Ausland	162,0	164,4	+ 6,1	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,6	+ 4,9
Textil- und Bekleidungsgewerbe	97,5	94,9	- 3,7	- 7,0	- 5,5	- 8,0	- 6,8
Textilgewerbe	86,9	84,1	- 3,3	- 7,2	- 10,6	- 9,2	- 9,9
Bekleidungsgewerbe	112,6	110,3	- 3,9	- 6,9	+ 0,7	- 6,7	- 3,0
Ledergewerbe	123,9	125,0	+ 2,3	+ 1,4	+ 8,1	+ 7,5	+ 7,8
Holzgewerbe (ohne Möbel)	80,4	81,2	- 7,9	- 7,7	- 5,3	- 3,9	- 4,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	110,3	106,5	- 1,2	- 2,1	- 0,5	- 1,3	- 0,9
Papiergewerbe	114,3	107,1	- 2,1	- 2,8	- 0,1	- 2,2	- 1,2
Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe	119,4	114,7	- 7,8	- 7,2	- 4,1	- 4,5	- 4,3
Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung	110,0	100,8	+ 4,0	+ 1,6	+ 3,9	+ 0,2	+ 2,0
Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- u. Datenträgern	104,3	105,5	+ 0,3	- 1,1	- 0,9	+ 0,1	- 0,4
Chemische Industrie	115,2	113,6	- 4,1	- 8,5	- 7,5	- 4,0	- 5,8
Chemische Grundstoffe	116,7	116,0	- 7,8	- 14,3	- 13,4	- 8,9	- 11,2
Pharmazeutische Erzeugnisse	131,1	126,1	+ 6,2	+ 5,4	+ 4,0	+ 3,2	+ 3,6
Gummi- und Kunststoffwaren	110,9	109,6	- 0,5	- 3,5	- 1,9	- 1,5	- 1,7
Kunststoffwaren	109,1	107,9	- 1,5	- 4,3	- 3,3	- 2,1	- 2,7
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	78,1	80,7	- 4,1	- 6,6	- 8,7	- 8,3	- 8,5
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	106,4	107,4	- 1,6	- 5,6	- 8,2	- 3,8	- 6,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	108,1	107,1	- 2,5	- 8,6	- 11,5	- 7,7	- 9,7
Gießereiindustrie	132,6	129,3	+ 7,3	- 3,3	- 5,2	- 6,4	- 5,8
Metallerzeugnisse	105,0	107,7	- 0,9	- 3,2	- 5,1	- 0,4	- 2,7
Stahl- und Leichtmetallbau	80,2	78,5	+ 1,2	- 3,7	- 7,2	- 6,5	- 6,8
Maschinenbau	106,9	108,3	+ 2,9	- 1,9	+ 1,7	- 1,0	+ 0,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	127,0	131,6	- 5,3	- 9,5	- 8,0	- 5,3	- 6,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	102,5	110,8	- 14,5	- 17,8	- 22,6	- 7,8	- 15,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	118,8	120,2	0,0	- 7,9	- 2,9	- 3,5	- 3,2
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	154,0	164,3	- 14,4	- 14,7	- 13,3	- 8,3	- 10,8
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	127,6	131,5	+ 2,9	- 0,9	- 3,7	- 3,2	- 3,4
Fahrzeugbau	159,2	162,7	+ 6,5	+ 1,1	- 1,1	- 6,8	- 4,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	161,3	164,6	+ 5,1	+ 0,2	- 2,5	- 8,3	- 5,5
Sonstiger Fahrzeugbau	143,5	149,2	+ 17,0	+ 7,8	+ 11,8	+ 8,4	+ 10,1
Schiffbau	65,4	95,9	+ 59,8	+ 67,0	+ 105,7	+ 61,4	+ 77,0
Luft- und Raumfahrzeugbau	214,0	197,2	+ 12,3	- 0,7	+ 1,6	- 2,3	- 0,3
Möbel	91,0	91,5	- 0,3	- 3,3	- 8,9	- 11,6	- 10,2

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
2) Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.3 Umsatz der Industrie[1)]

@2.3.2 Früheres Bundesgebiet, Neue Länder und Berlin-Ost

	2002		2001		2002		
	Januar	Februar p)	3. Vj.	4. Vj.	Januar	Februar p)	Januar - Februar p)
	1995 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Früheres Bundesgebiet							
Industrie2)	116,6	117,7	- 1,0	- 4,6	- 4,3	- 4,9	- 4,6
davon: Inland	96,8	97,3	- 2,2	- 4,7	- 6,9	- 6,6	- 6,7
Ausland	151,1	153,2	+ 0,4	- 4,3	- 1,4	- 2,9	- 2,1
Vorleistungsgüterproduzenten	107,7	107,0	- 5,2	- 9,0	- 8,2	- 7,0	- 7,6
davon: Inland	95,3	93,6	- 3,8	- 8,2	- 9,0	- 8,7	- 8,8
Ausland	132,6	133,8	- 6,9	- 10,4	- 7,0	- 4,7	- 5,9
Investitionsgüterproduzenten	129,1	132,9	+ 1,7	- 2,1	- 2,4	- 4,1	- 3,3
davon: Inland	100,9	105,4	- 0,8	- 2,5	- 6,7	- 5,8	- 6,2
Ausland	165,6	168,3	+ 4,1	- 1,8	+ 1,2	- 2,7	- 0,8
Gebrauchsgüterproduzenten	98,8	99,1	+ 2,4	- 1,8	- 0,9	- 3,0	- 2,0
davon: Inland	88,7	88,3	+ 0,1	- 2,4	- 4,0	- 4,5	- 4,3
Ausland	127,6	130,0	+ 7,1	- 0,2	+ 5,7	- 0,1	+ 2,7
Verbrauchsgüterproduzenten	109,9	106,9	+ 0,6	- 0,2	+ 1,8	+ 0,1	+ 0,9
davon: Inland	94,0	89,5	- 1,8	- 1,7	- 0,3	- 2,2	- 1,2
Ausland	160,7	162,5	+ 5,8	+ 3,5	+ 5,5	+ 4,3	+ 4,9
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe	95,5	92,8	- 3,8	- 7,2	- 5,4	- 8,5	- 6,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	106,3	102,8	- 1,7	- 2,7	- 1,1	- 2,0	- 1,5
Chemische Industrie	112,6	110,8	- 5,1	- 8,4	- 7,6	- 4,4	- 6,1
Gummi- und Kunststoffwaren	107,8	106,4	- 1,2	- 4,3	- 2,4	- 2,0	- 2,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	103,7	104,6	- 2,5	- 6,0	- 8,6	- 4,0	- 6,3
Maschinenbau	105,8	107,5	+ 2,6	- 2,5	+ 1,1	- 1,2	- 0,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	123,2	127,4	- 6,0	- 10,7	- 8,7	- 6,3	- 7,5
Fahrzeugbau	157,8	160,8	+ 4,9	+ 1,3	- 0,8	- 6,6	- 3,8
Neue Länder und Berlin-Ost							
Industrie2)	160,9	164,7	+ 10,8	+ 0,7	- 1,0	+ 0,5	- 0,3
davon: Inland	132,7	135,2	+ 6,2	+ 0,5	- 0,5	+ 0,8	+ 0,2
Ausland	311,3	322,0	+ 22,3	+ 0,9	- 2,3	- 0,2	- 1,2
Vorleistungsgüterproduzenten	169,1	167,9	+ 6,1	- 1,2	- 1,1	+ 1,5	+ 0,2
davon: Inland	145,3	144,0	+ 5,0	- 1,9	- 1,1	+ 1,1	0,0
Ausland	285,1	284,7	+ 8,8	+ 0,6	- 1,2	+ 2,3	+ 0,5
Investitionsgüterproduzenten	152,5	163,5	+ 16,9	+ 1,9	- 1,4	- 0,8	- 1,1
davon: Inland	113,4	122,0	+ 7,2	+ 2,2	- 0,6	+ 0,2	- 0,2
Ausland	355,9	378,7	+ 36,5	+ 1,3	- 2,3	- 2,6	- 2,5
Gebrauchsgüterproduzenten	148,9	146,8	+ 3,3	+ 0,6	- 7,3	- 8,5	- 7,9
davon: Inland	140,8	138,6	+ 2,7	+ 1,1	- 6,0	- 7,3	- 6,7
Ausland	227,2	226,4	+ 6,8	- 1,8	- 14,3	- 14,6	- 14,4
Verbrauchsgüterproduzenten	165,0	163,6	+ 12,9	+ 6,7	+ 7,0	+ 10,2	+ 8,5
davon: Inland	156,5	151,3	+ 12,0	+ 7,7	+ 10,0	+ 9,3	+ 9,6
Ausland	238,2	267,6	+ 17,7	+ 1,8	- 6,8	+ 14,2	+ 3,2
darunter:							
Textil- und Bekleidungsgewerbe	136,8	137,2	- 0,1	- 4,7	- 7,8	- 0,9	- 4,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	187,7	178,1	+ 6,3	+ 6,1	+ 7,1	+ 8,1	+ 7,5
Chemische Industrie	165,7	166,6	+ 9,2	- 10,0	- 5,0	+ 0,9	- 2,1
Gummi- und Kunststoffwaren	161,5	160,4	+ 7,3	+ 4,8	+ 3,3	+ 4,0	+ 3,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallerzeugnisse	141,2	144,2	+ 6,9	- 2,2	- 4,7	- 1,4	- 3,1
Maschinenbau	129,0	124,6	+ 7,3	+ 8,2	+ 13,7	+ 1,4	+ 7,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	201,1	212,1	+ 3,8	+ 6,7	+ 1,3	+ 8,6	+ 4,9
Fahrzeugbau	189,8	199,1	+ 33,8	- 3,6	- 18,9	- 1,9	- 1,9

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschließlich Handwerk; ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer.
2) Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen.
p = Vorläufiges Ergebnis
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.1 Bundesrepublik Deutschland

	Einheit	2002		2001		2002		
		Januar	Februar	4. VJ	Dezember	Januar	Februar	Januar – Februar
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	50,2	**58,2**	– 6,4	– 13,4	– 7,6	– **2,3**	– 4,9
Hochbau	1995 = 100	45,7	**53,7**	– 10,1	– 17,6	– 19,5	– **3,8**	– 11,7
Wohnungsbau	1995 = 100	41,1	**43,7**	– 18,7	– 21,5	– 18,6	– **15,5**	– 17,0
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	49,0	**60,9**	– 5,2	– 15,7	– 20,2	+ **3,7**	– 8,5
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Tiefbau	1995 = 100	57,6	**65,6**	– 1,4	– 6,6	+ 14,7	– **0,3**	+ 6,2
Straßenbau	1995 = 100	54,8	**69,9**	– 2,2	– 16,3	+ 28,0	+ **19,1**	+ 22,8
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	58,8	**63,8**	– 1,0	– 2,0	+ 10,3	**–7,3**	+ 0,3
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	48,4p	58,6p	– 3,5p	– 6,7p	– 5,3p	– 0,7p	– 2,9p
Hochbauleistungen	1995 = 100	49,6p	57,8p	– 5,2p	– 7,9p	– 5,9p	– 1,0p	– 3,4p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	45,9p	60,0p	– 0,7p	– 4,8p	– 4,2p	– 0,2p	– 1,7p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl	...	...	– 24,1	– 23,1	...	...	...
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m³	...	...	– 20,4	– 22,7	...	...	...
Nichtwohngebäude	1 000 m³	...	...	+ 1,5	+ 8,0	...	...	...
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	**864,0**	**839,7**	...	...	– **9,1**	– **8,7**	...
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	9,5	12,4	– 11 ,5	– 11,7	– 7,7	– 10,2	– 9,4
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	355,5	356,4	+ 6,1	+ 5,2	+ 4,9	+ 2,0	+ 4,1

1) Errichtung neuer Gebäude.
2) Volumen.
3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.
4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.
5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.2 Früheres Bundesgebiet

	Einheit	2002		2001		2002		
		Januar	Februar	4. VJ	Dezember	Januar	Februar	Januar – Februar
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)		...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	...	...	...	...	...
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	55,7	**61,3**	– 5,2	– 10,0	– 7,9	– **7,4**	– 7,7
Hochbau	1995 = 100	52,7	**60,0**	– 7,4	– 14,1	– 19,8	– **4,3**	– 12,1
Wohnungsbau	1995 = 100	49,8	**51,6**	– 17,9	– 15,9	– 17,8	– **13,1**	– 15,5
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100							
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100	**54,7**	**65,6**	– 1,5	– 13,2	**– 21,0**	**– 1,1**	**– 10,3**
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Tiefbau	1995 = 100	60,6	**63,5**	– 1,6	– 3,4	16,3	– **11,6**	+ 0,2
Straßenbau	1995 = 100	54,8	**68,7**	– 1,5	– 11,2	28,6	+ **16,6**	+ 21,7
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	63,2	**61,2**	– .1,7	– 0,1	12,5	– **20,9**	– 6,9
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	50,8p	61,9p	– 2,8p	– 6,1p	– 3,2p	– 0,6p	– 1,7p
Hochbauleistungen	1995 = 100	52,8p	62,1p	– 3,8p	– 6,9p	– 3,8p	– 0,3p	– 1,9p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	46,9p	61,4p	– 0,7p	– 4,5p	– 2,1p	– 1,3p	– 1,6p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl	...	...	...	– 18,4	...	...	...
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m³	...	...	...	– 18,7	...	...	...
Nichtwohngebäude	1 000 m³	...	...	...	+ 20,3	...	...	...
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	**640,4**	**624,5**	...	...	– **6,8**	– **6,7**	...
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	6,6	8,5	– 23,5	– 24,2	– 15,4	– 17,4	– 18,0
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	177,7	176,7	+ 6,8	+ 6,9	+ 6,0	+ 3,4	+ 5,5

1) Errichtung neuer Gebäude.
2) Volumen.
3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.
4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.
5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statisches Bundesamt.

@2 Produzierendes Gewerbe

@2.4 Lage in der Bauwirtschaft

@2.4.3 Neue Länder und Berlin-Ost

	Einheit	2002		2001		2002		
		Januar	Februar	4. VJ	Dezember	Januar	Februar	Januar – Februar
				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Baugenehmigungen 1)								
Wohn- und Nichtwohngebäude								
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	– ...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	– ...	...	...	...	...
Wohngebäude								
Wohnungen	Anzahl	...	...	– ...	...	...	...	...
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	– ...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	– ...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude								
Öffentliche Bauherren								
Rauminhalt in 1000 m14	1995 = 100	...	...	– ...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	– ...	...	...	...	...
Nichtöffentliche Bauherren (Wirtschaftsbau)								
Rauminhalt in 1 000 m³	1995 = 100	...	...	– ...	...	...	...	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	...	...	– ...	...	...	...	...
Auftragseingang 2)								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	1995 = 100	**36,1**	**50,2**	– 11,4	– 25,2	– 6,7	+ **17,0**	+ **5,9**
Hochbau	1995 = 100	**28,3**	**38,0**	– 20,5	– 31,7	– 18,7	– **2,6**	– **10,0**
Wohnungsbau	1995 = 100	**21,9**	**26,3**	– 21,3	– 40,3	– 22,3	– **25,5**	– **24,2**
Hochbau ohne Wohnungsbau	1995 = 100	**33,6**	**47,6**	20,3	– 26,9	– 16,4	+ **13,3**	– **1,2**
Gewerblicher Hochbau	1995 = 100	...	...	...	...		...	...
dar. Hochbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	...	...	...	...		...	...
Öffentlicher Hochbau	1995 = 100	...	...	...	...		...	...
Tiefbau	1995 = 100	**49,7**	**71,6**	– 1,1	– 16,8	+ 9,0	+ **43,8**	+ **27,3**
Straßenbau	1995 = 100	**55,0**	**73,0**	– 4,6	– 28,6	+ 26,4	+ **26,5**	+ **26,5**
Tiefbau ohne Straßenbau	1995 = 100	**47,6**	**71,0**	+ 0,8	– 9,1	+ 2,6	+ **...52,0**	+ **27,3**
Gewerblicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
dar. Tiefbauten für Unternehmen der Bahn und Post	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	1995 = 100	...	...	...	...	...	...	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 3)								
Insgesamt	1995 = 100	39,7p	46,6p	– 7,1p	– 9,6p	– 13,7p	– 0,9p	– 7,1p
Hochbauleistungen	1995 = 100	38,1p	42,0p	– 11,7p	– 12,0p	– 15,1p	– 5,2p	– 10,1p
Tiefbauleistungen	1995 = 100	42,5p	55,0p	– 0,6p	– 6,2p	– 11,5p	6,2p	– 2,2p
Baufertigstellungen 1)								
Wohnungen	Anzahl	...	...	...	...	...	...	...
Rauminhalt: Wohngebäude	1 000 m³	...	...	...	...	...	...	...
Nichtwohngebäude	1 000 m³	...	...	...	...	...	...	...
Beschäftigte								
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch und Tiefbau 4)	1 000	**22,3,6**	**215,2**	...	...	– **15,0**	– **13,9**	...
Offene Stellen (Bauberufe) 5)	1 000	2,9	...	+ 15,0	+ 24,1	+ 16,6	...	...
Arbeitslose (Bauberufe) 5)	1 000	177,9	...	+ 5,5	+ 3,5	+ 3,7	...	...

1) Errichtung neuer Gebäude.
2) Volumen.
3) Arbeitstäglich bereinigter Wert nach dem Verfahren X-12-ARIMA.
4) Ab März 2000 vorläufige Ergebnisse.
5) Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@3 Löhne und Gehälter

	2001			2002	2001			2002
	Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Bundesrepublik Deutschland								
Tariflohn- und –gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)								
auf Stundenbasis	105,7	174,3	105,8	106,2	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2	2,3
auf Monatsbasis	105,2	173,4	105,2	105,6	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,1	2,3
Tariflohn- und –gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)								
auf Stundenbasis	106,0	171,0	106,1	106,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,9
auf Monatsbasis	104,5	168,6	104,6	104,7	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,9
Früheres Bundesgebiet								
Tariflohn- und –gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)								
auf Stundenbasis	104,3	174,5	104,3	104,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2
auf Monatsbasis	103,9	173,8	103,9	104,2	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,2
Tariflohn- und –gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)								
auf Stundenbasis	104,8	172,2	104,8	104,8	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,9
auf Monatsbasis	103,5	170,1	103,5	103,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,9
Neue Länder und Berlin-Ost								
Tariflohn- und –gehaltsniveau in der Gesamtwirtschaft 1)								
auf Stundenbasis	113,4	170,8	113,4	114,6	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,0
auf Monatsbasis	112,2	169,0	112,2	113,3	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,9
Tariflohn- und –gehaltsniveau im Produzierenden Gewerbe (einschl. Bau)								
auf Stundenbasis	113,4	155,7	113,5	113,9	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4
auf Monatsbasis	111,8	153,5	111,9	112,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4

[1] Bei der Berechnung des Tariflohn- und -gehaltsniveaus wurden Pauschalzahlungen sowie lineare Erhöhungssätze zusammengefasst und auf die gesamte Laufzeit der Tarifverträge umgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4 Außenwirtschaft

@4.1 Einfuhr nach Warengruppen[1), 2)]

Warengruppen	2001		2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001		2002	
	Jahr	Januar	Januar		November	Dezember	Januar	Januar
	Mill. EUR				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Anteil in %
Einfuhr insgesamt	550 241	47 250	40 040	- 7 210	- 7,6	- 17,2	- 15,3	100
Güter der Ernährungswirtschaft	40 178	3 336	3 249	- 87	- 3,2	- 4,0	- 2,6	8,1
Güter der gewerblichen Wirtschaft	458 757	39 204	33 596	- 5 608	- 11,9	- 20,9	- 14,3	83,9
Rohstoffe und Halbwaren	77 488	7 288	5 741	- 1 547	- 26,6	- 27,4	- 21,2	14,3
Rohstoffe	41 791	4 162	3 236	- 925	- 25,9	- 24,4	- 22,2	8,1
Halbwaren	35 697	3 126	2 505	- 621	- 27,3	- 31,1	- 19,9	6,3
Fertigwaren	381 269	31 916	27 855	- 4 062	- 8,6	- 19,5	- 12,7	69,6
Vorerzeugnisse	59 799	4 212	3 858	- 353	- 3,7	- 33,8	- 8,4	9,6
Enderzeugnisse	321 470	27 705	23 996	- 3 708	- 9,5	- 16,8	- 13,4	59,9
Landwirtschaftsgüter	15 352	1 347	1 308	- 39	- 19,0	- 10,8	- 2,9	3,3
Vorleistungsgüter	156 916	13 051	10 875	- 2 176	- 28,1	- 13,8	- 16,7	27,2
Investitionsgüter	166 511	14 317	12 223	- 2 094	- 13,7	- 9,8	- 14,6	30,5
Gebrauchsgüter	27 536	2 139	2 009	- 130	- 12,3	+ 8,0	- 6,1	5,0
Verbrauchsgüter	78 701	6 462	6 563	+ 101	- 11,8	- 2,0	+ 1,6	16,4
Landwirtschaftsgüter	46 978	4 570	3 452	- 1 118	- 23,7	- 26,8	- 24,5	8,6
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3)	58 246	5 365	3 611	- 1 754	+ 7,5	+ 32,7	- 32,7	9,0
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd	14 355	1 248	1 230	- 18	- 10,8	- 19,1	- 1,5	3,1
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	542	52	38	- 14	+ 10,9	- 14,2	- 26,3	0,1
Fische und Fischereierzeugnisse	454	47	40	- 7	- 27,5	- 20,3	- 14,3	0,1
Kohle und Torf	1 435	98	104	+ 6	- 5,9	- 18,1	+ 5,9	0,3
Erdöl und Erdgas	33 476	3 486	2 558	- 928	- 28,1	- 23,7	- 26,6	6,4
Uran- und Thoriumerze	-	-	-	-	-	-	-	-
Erze	2 568	195	247	+ 52	- 16,2	- 39,5	+ 26,7	0,6
Steine und Erden,sonstige Bergbauerzeugnisse	1 121	93	88	- 5	- 16,4	- 15,0	- 5,6	0,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	25 447	2 087	2 007	- 79	- 0,9	+ 3,6	- 3,8	5,0
Tabakerzeugnisse	766	43	37	- 6	+ 57,3	+ 13,0	- 13,9	0,1
Textilien	12 886	1 074	987	- 87	- 9,4	- 22,4	- 8,1	2,5
Bekleidung	17 035	1 507	1 416	- 92	- 12,9	- 17,3	- 6,1	3,5
Leder und Lederwaren	6 355	501	549	+ 48	- 10,1	- 0,9	+ 9,5	1,4
Holz und Holzwaren,Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel)	4 319	348	325	- 23	- 17,2	- 18,6	- 6,7	0,8
Papier	12 063	1 144	847	- 297	- 10,5	- 11,9	- 25,9	2,1
Verlags- und Druckerzeugnisse	2 107	197	200	+ 3	- 30,2	- 41,8	+ 1,6	0,5
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	11 382	951	764	- 187	- 25,6	- 22,7	- 19,6	1,9
Chemische Erzeugnisse	55 818	3 836	4 042	+ 207	+ 3,8	- 36,2	+ 5,4	10,1
Gummi- und Kunststoffwaren	12 659	1 028	924	- 104	- 10,2	- 13,6	- 10,1	2,3
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	6 539	518	431	- 87	- 4,0	- 11,1	- 16,8	1,1
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	26 976	2 336	1 924	- 412	- 29,2	- 29,6	- 17,6	4,8
Metallerzeugnisse	12 002	976	878	- 99	- 5,2	- 10,5	- 10,1	2,2
Maschinen	37 920	3 157	2 837	- 320	- 13,6	- 18,3	- 10,1	7,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	29 440	2 968	2 408	- 561	- 19,6	- 10,2	- 18,9	6,0
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.	23 860	2 247	1 774	- 473	- 6,5	- 15,9	- 21,0	4,4
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	34 830	3 164	2 214	- 950	- 17,5	- 22,1	- 30,0	5,5
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	16 372	1 352	1 236	- 116	- 2,9	- 14,6	- 8,6	3,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	51 101	3 828	3 770	- 58	+ 1,0	- 1,3	- 1,5	9,4
Sonstige Fahrzeuge	24 389	2 301	1 602	- 700	- 2,9	- 38,2	- 30,4	4,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	13 090	1 069	927	- 142	- 0,7	- 22,0	- 13,3	2,3
Energie	686	34	25	- 9	- 4,5	- 41,8	- 27,0	0,1
Sonstige Waren 3) 4)	58 246	5 365	3 611	- 1 754	+ 32,7	+ 7,5	- 32,7	9,0

1) Vorläufige Ergebnisse.
2) Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).
3) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.
4) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.2 Ausfuhr nach Warengruppen[1), 2)]

Warengruppen	2001		2002	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	2001		2002	
	Jahr	Januar	Januar		November	Dezember	Januar	Januar
	Mill. EUR				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			Anteil in %
Ausfuhr insgesamt	637 291	51 702	50 116	- 1 587	- 3,5	- 3,3	- 3,1	100
Güter der Ernährungswirtschaft	28 083	2 137	2 215	+ 78	- 3,4	- 0,6	+ 3,6	4,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	577 435	46 911	45 365	- 1 546	- 6,8	- 7,4	- 3,3	90,5
Rohstoffe und Halbwaren	30 952	2 549	2 325	- 225	- 17,1	- 21,9	- 8,8	4,6
Rohstoffe	7 278	545	517	- 28	- 6,5	+ 2,4	- 5,1	1,0
Halbwaren	23 674	2 005	1 808	- 197	- 20,1	- 28,1	- 9,8	3,6
Fertigwaren	546 483	44 362	43 041	- 1 321	- 6,2	- 6,4	- 3,0	85,9
Vorerzeugnisse	80 672	6 969	6 061	- 908	- 9,8	- 12,8	- 13,0	12,1
Enderzeugnisse	465 811	37 393	36 979	- 413	- 5,6	- 5,4	- 1,1	73,8
Vorleistungsgüter	4 568	401	403	+ 2	- 23,7	- 26,2	+ 0,5	0,8
Investitionsgüter	190 919	16 008	14 490	- 1 518	- 12,6	- 16,0	- 9,5	28,9
Gebrauchsgüter	291 080	23 695	23 530	- 166	- 4,9	- 4,2	- 0,7	47,0
Verbrauchsgüter	23 264	1 820	1 774	- 45	- 3,9	- 4,1	- 2,5	3,5
Landwirtschaftsgüter	71 017	5 215	5 461	+ 246	+ 2,9	+ 7,1	+ 4,7	10,9
Waren, die nicht zugeordnet werden konnten 3)	8 834	750	650	- 100	- 17,9	- 26,7	- 13,3	1,3
Erzeugnisse der Landwirtschaft, gewerblichen Jagd	47 610	3 813	3 808	- 5	+ 74,9	+ 99,2	- 0,1	7,6
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	4 012	358	358	+ 0	- 21,2	- 24,5	+ 28,8	0,7
Fische und Fischereierzeugnisse	403	38	31	- 7	- 18,3	- 25,0	+ 33,5	0,1
Kohle und Torf	153	6	14	+ 8	- 79,6	- 56,9	+ 723,6	0,0
Erdöl und Erdgas	197	19	15	- 4	- 8,9	- 52,4	+ 20,0	0,0
Uran- und Thoriumerze	2 896	166	175	+ 8	+ 3,2	+ 48,7	+ 135,6	0,3
Erze	-	-	-	-	-	-	-	-
Steine und Erden,sonstige Bergbauerzeugnisse	62	4	4	- 0	- 17,9	- 41,3	- 29,3	0,0
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	842	72	73	+ 1	+ 10,2	- 20,6	+ 22,5	0,1
Tabakerzeugnisse	22 317	1 706	1 756	+ 50	+ 0,3	- 1,8	+ 3,3	3,5
Textilien	2 102	108	122	+ 14	- 3,8	+ 136,4	+ 29,8	0,2
Bekleidung	11 691	946	895	- 51	- 12,7	- 15,8	+ 10,9	1,8
Leder und Lederwaren	6 711	585	616	+ 30	- 9,8	- 13,5	- 7,1	1,2
Holz und Holzwaren,Kork und Korkwaren,Flecht- und Korbmacherwaren (ohne Möbel)	2 770	207	236	+ 29	- 4,8	- 5,0	+ 15,2	0,5
	3 646	268	254	- 15	- 11,7	- 6,7	+ 23,3	0,5
Papier	13 457	1 157	1 036	- 121	- 12,6	- 14,7	+ 13,3	2,1
Verlags- und Druckerzeugnisse	4 160	334	388	+ 54	- 19,7	- 17,7	+ 12,1	0,8
Kokereierzeugnisse, Mineralerzeugnisse, Spalt- und Brutstoffe	5 235	507	412	- 95	- 23,8	- 48,4	+ 99,9	0,8
Chemische Erzeugnisse	78 910	6 440	6 039	- 401	- 2,9	- 3,5	+ 16,4	12,1
Gummi- und Kunststoffwaren	19 547	1 470	1 494	+ 24	- 11,7	- 14,2	+ 22,0	3,0
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	8 178	617	599	- 19	- 7,0	- 10,5	+ 16,5	1,2
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	29 722	2 531	2 126	- 405	- 14,0	- 17,3	+ 41,7	4,2
Metallerzeugnisse	18 712	1 473	1 397	- 77	- 4,0	- 7,6	+ 22,6	2,8
Maschinen	90 583	7 049	7 160	+ 111	- 3,7	- 11,5	+ 9,5	14,3
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	16 746	1 622	1 294	- 328	- 19,8	- 24,3	+ 38,6	2,6
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. ä.	31 390	2 693	2 440	- 252	- 9,6	- 15,0	+ 14,7	4,9
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	33 281	2 786	2 349	- 437	- 29,0	- 4,6	+ 77,9	4,7
Medizin-, meß-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren	24 958	1 872	1 983	+ 110	- 0,1	- 1,1	+ 17,9	4,0
Kraftwagen und Kraftwagenteile	116 132	9 424	9 706	+ 282	+ 2,1	- 0,4	+ 5,6	19,4
Sonstige Fahrzeuge	29 422	2 640	2 500	- 140	- 10,4	+ 10,1	+ 16,3	5,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	10 942	732	789	+ 57	+ 4,2	+ 2,6	+ 23,1	1,6
Energie	506	56	47	- 9	- 54,3	- 39,9	- 11,8	0,1
Sonstige Waren 3) 4)	47 610	3 813	3 808	- 5	+ 74,9	+ 99,2	+ 39,9	7,6

1) Vorläufige Ergebnisse.
2) Ernährungswirtschaft und Gewerbliche Wirtschaft. – Ab Position „Vorleistungsgüter“ Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (Stand 1995).
3) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.
4) Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.

@4 Außenwirtschaft

@4.3 Einfuhr nach Ländergruppen und Ländern*)

Ländergruppe Ursprungsland	2001	2001	2002	2001			2002	
	Jahr	Januar	Januar	Januar	November	Dezember	Januar	Januar
	Mill. EUR			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %
Einfuhr insgesamt	637 291	51 702	50 116	– 1 587	– 3,5	– 3,4	– 3,1	100,0
EU-Länder	351 486	29 473	28 237	– 1 236	– 5,5	– 4,4	– 4,2	56,3
Frankreich	70 672	6 192	5 668	– 524	– 8,6	– 6,7	– 8,5	11,3
Niederlande	39 296	3 323	3 041	– 283	– 8,6	– 9,8	– 8,5	6,1
Italien	47 515	4 087	3 776	– 310	– 3,0	– 2,7	– 7,6	7,5
Vereinigtes Königreich	53 271	4 072	4 260	+ 188	– 3,5	+ 3,3	+ 4,6	8,5
Irland	3 962	317	352	+ 35	– 6,2	+ 14,6	+ 11,0	0,7
Dänemark	10 343	827	848	+ 21	+ 0,6	– 3,9	+ 2,5	1,7
Griechenland	5 122	360	496	+ 136	+ 1,6	+ 5,1	+ 37,7	1,0
Portugal	6 405	538	552	+ 14	+ 7,2	+ 1,3	+ 2,6	1,1
Spanien	28 388	2 329	2 270	– 59	– 7,5	+ 0,7	– 2,5	4,5
Schweden	12 932	1 163	1 067	– 96	– 2,9	– 7,0	– 8,3	2,1
Finnland	6 766	584	506	– 78	– 14,1	+ 3,7	– 13,4	1,0
Österreich	32 644	2 728	2 556	– 172	– 6,0	– 7,8	– 6,3	5,1
Belgien	31 385	2 731	2 622	– 109	– 4,2	– 12,0	– 4,0	5,2
Luxemburg	2 786	222	223	+ 1	– 10,0	– 8,0	+ 0,4	0,4
EFTA-Länder	33 122	2 476	2 311	– 165	+ 1,7	+ 2,1	– 6,6	4,6
Island	298	22	20	– 3	– 12,0	+ 8,2	– 12,3	0,0
Norwegen	4 898	338	330	– 8	+ 6,5	– 11,1	– 2,4	0,7
Liechtenstein	315	25	25	+ 0	+ 5,3	– 7,6	+ 1,6	0,1
Schweiz	27 611	2 091	1 936	– 154	+ 1,0	+ 4,3	– 7,4	3,9
Andere europäische Länder [1])	11 933	984	821	– 163	28,1	– 19,8	– 16,6	1,6
darunter:								
Türkei	6 006	550	413	– 137	– 47,2	– 30,0	– 24,9	0,8
Russische Föderation	10 257	518	789	+ 271	+ 52,0	+ 42,8	+ 52,4	1,6
Ukraine	2 026	116	146	+ 31	+ 36,3	+ 12,6	+ 26,5	0,3
Belarus	789	41	63	+ 22	+ 27,2	+ 10,2	+ 53,0	0,1
Estland	527	32	39	+ 7	+ 19,7	+ 2,6	+ 22,7	0,1
Lettland	814	44	55	+ 11	+ 34,2	+ 22,1	+ 25,9	0,1
Litauen	1 248	66	104	+ 38	+ 26,9	+ 25,1	+ 57,6	0,2
Polen	15 228	1 177	1 165	– 12	+ 3,2	– 2,4	– 1,0	2,3
Tschechische Republik	14 938	1 118	1 148	+ 30	+ 5,6	– 4,0	+ 2,7	2,3
Slowakei	3 927	281	267	– 15	+ 12,0	+ 0,2	– 5,2	0,5
Ungarn	10 519	812	829	+ 17	– 10,2	– 14,1	+ 2,1	1,7
Rumänien	3 115	201	228	+ 27	+ 11,7	+ 11,1	+ 13,5	0,5
Bulgarien	1 040	64	100	+ 36	+ 16,0	+ 20,7	+ 56,0	0,2
Slowenien	2 403	196	179	– 17	+ 6,4	– 2,8	– 8,7	0,4
Kroatien	1 549	109	110	+ 2	+ 4,9	– 3,2	+ 1,5	0,2
Außereuropäische Länder	240 751	18 770	18 747	– 22	+ 0,8	– 1,7	– 0,1	37,4
darunter:								
Vereinigte Staaten	67 307	5 971	5 256	– 715	– 9,7	– 6,0	– 12,0	10,5
Kanada	5 103	322	477	+ 155	+ 58,1	+ 51,3	+ 48,1	1,0
Südafrika	4 430	306	341	+ 35	+ 3,5	+ 1,9	+ 11,5	0,7
China	12 064	822	1 073	+ 250	+ 16,5	– 2,6	+ 30,4	2,1
Japan	13 072	1 102	938	– 164	– 18,2	– 2,8	– 14,9	1,9
Australien	3 619	259	273	+ 14	+ 24,7	+ 10,3	+ 5,2	0,5
Neuseeland	566	39	35	– 4	+ 7,0	+ 26,5	– 11,2	0,1
Nachrichtlich:								
Mittel- und osteurop. Länder	65 830	4 555	5 041	+ 486	+ 10,7	+ 4,5	+ 10,7	10,1
Entwicklungsländer [2])	85 522	6 535	6 714	+ 179	+ 0,9	– 4,9	+ 2,7	13,4
OECD-Länder [3])	534 819	44 421	42 238	– 2 184	– 5,8	– 4,1	– 4,9	84,3
Ostasiatische Schwellenländer [4])	17 188	1 498	1 300	– 199	– 17,8	– 16,3	– 13,2	2,6
OPEC-Länder [5])	13 656	958	1 113	+ 155	+ 30,7	+ 10,4	+ 16,1	2,2
NAFTA-Länder [6])	77 732	6 760	6 180	– 580	– 6,1	– 2,6	– 8,6	12,3
ASEAN-Länder [7])	11 990	999	831	– 168	– 6,8	– 11,0	– 16,8	1,7

*) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.
1) Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.
2) Gemäß Liste der UN.
3) EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.
4) Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.
5) Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
6) Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.
7) Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.4 Ausfuhr nach Ländergruppen und Ländern*)

Ländergruppe Ursprungsland	2001 Jahr	2001 Januar	2002 Januar	2001 Januar	2001 November	2001 Dezember	2002 Januar	2002 Januar
	Mill. EUR			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil in %
Ausfuhr insgesamt	550 241	47 250	40 040	– 7 210	– 7,6	– 17,2	– 15,3	100,0
EU-Länder	286 844	24 089	20 445	– 3 644	– 7,6	– 15,6	– 15,1	51,1
Frankreich	51 668	4 429	3 835	– 593	– 0,3	– 14,2	– 13,4	9,6
Niederlande	46 279	4 130	3 442	– 689	– 14,0	– 9,3	– 16,7	8,6
Italien	35 675	2 977	2 575	– 401	– 2,8	– 18,5	– 13,5	6,4
Vereinigtes Königreich	38 203	3 286	2 613	– 672	– 13,0	– 7,7	– 20,5	6,5
Irland	16 627	796	660	– 136	+ 38,9	– 50,3	– 17,1	1,6
Dänemark	9 108	848	706	– 142	– 15,8	– 9,5	– 16,8	1,8
Griechenland	1 694	170	133	– 38	– 20,4	+ 4,7	– 22,1	0,3
Portugal	5 468	490	372	– 118	– 0,3	– 23,8	– 24,0	0,9
Spanien	15 617	1 443	1 293	– 150	– 16,8	– 19,3	– 10,4	3,2
Schweden	9 116	854	679	– 175	– 20,5	– 32,6	– 20,5	1,7
Finnland	6 357	502	389	– 113	– 37,8	– 16,4	– 22,6	1,0
Österreich	20 754	1 598	1 515	– 84	– 10,2	– 10,8	– 5,2	3,8
Belgien	28 446	2 432	2 074	– 359	– 4,3	– 7,2	– 14,7	5,2
Luxemburg	1 832	133	159	+ 26	– 5,7	+ 0,2	+ 19,7	0,4
EFTA-Länder	31 995	2 646	2 487	– 159	– 3,0	– 10,6	– 6,0	6,2
Island	371	34	27	– 7	– 6,3	– 15,6	– 21,2	0,1
Norwegen	11 486	1 107	898	– 209	– 20,2	– 19,4	– 18,9	2,2
Liechtenstein	346	26	24	– 2	+ 9,7	– 10,9	– 8,1	0,1
Schweiz	19 792	1 480	1 539	+ 59	+ 10,5	– 3,9	+ 4,0	3,8
Andere europäische Länder [1]	10 948	830	888	+ 58	+ 11,2	– 16,3	+ 6,9	2,2
darunter:								
Türkei	6 547	507	555	+ 48	+ 14,0	– 17,1	+ 9,5	1,4
Russische Föderation	14 521	1 585	1 013	– 372	– 22,2	– 19,6	– 26,9	2,5
Ukraine	847	67	60	– 7	– 16,2	– 36,3	– 11,0	0,1
Belarus	315	29	24	– 4	– 21,3	– 21,0	– 14,4	0,1
Estland	302	22	22	– 1	+ 57,0	– 16,3	– 2,3	0,1
Lettland	464	35	36	+ 1	+ 11,6	+ 5,3	+ 3,2	0,1
Litauen	709	57	47	– 10	+ 12,1	+ 7,5	– 17,4	0,1
Polen	13 503	1 032	992	– 39	+ 21,4	+ 1,2	– 3,8	2,5
Tschechische Republik	14 510	1 056	1 125	+ 59	+ 21,7	– 1,4	+ 5,5	2,8
Slowakei	4 179	319	335	+ 16	+ 27,9	+ 49,4	+ 4,9	0,8
Ungarn	11 973	981	879	– 102	+ 4,4	– 23,3	– 10,4	2,2
Rumänien	2 315	172	174	+ 2	+ 11,9	– 5,8	+ 1,3	0,4
Bulgarien	694	53	69	+ 16	+ 23,8	– 2,9	+ 29,8	0,2
Slowenien	2 591	186	197	+ 11	+ 20,4	– 13,5	+ 5,7	0,5
Kroatien	678	59	50	– 8	+ 11,4	– 21,8	– 14,2	0,1
Außereuropäische Länder	220 454	19 684	16 220	– 3 464	– 9,0	– 20,2	– 17,6	40,5
darunter:								
Vereinigte Staaten	45 450	4 193	3 057	– 1 137	– 18,6	– 32,6	– 27,1	7,6
Kanada	3 322	352	252	– 99	– 8,1	– 15,2	– 28,2	0,6
Südafrika	3 277	307	176	– 131	– 17,8	– 18,8	– 42,8	0,4
China	19 738	1 723	1 712	– 12	+ 14,9	– 5,6	– 0,7	4,3
Japan	22 598	2 162	1 435	– 726	– 18,2	– 35,2	– 33,6	3,6
Australien	1 243	70	119	+ 49	– 12,1	– 33,2	+ 70,2	0,3
Neuseeland	563	34	36	+ 2	+ 9,2	+ 4,6	+ 6,1	0,1
Nachrichtlich:								
Mittel- und osteurop. Länder	66 106	5 376	4 899	– 477	+ 4,5	– 8,7	– 8,9	12,2
Entwicklungsländer [2]	82 476	7 607	6 514	– 1 093	– 11,1	– 16,4	– 14,4	16,3
OECD-Länder [3]	448 943	38 029	32 215	– 5 814	– 7,1	– 17,2	– 15,3	80,5
Ostasiatische Schwellenländer [4]	17 408	1 789	1 444	– 346	– 21,1	– 11,6	– 19,3	3,6
OPEC-Länder [5]	8 209	771	478	– 293	– 34,2	– 40,0	– 38,0	1,2
NAFTA-Länder [6]	50 326	4 684	3 418	– 1 266	– 17,8	– 30,6	– 27,0	8,5
ASEAN-Länder [7]	15 768	1 574	1 249	– 325	– 16,4	– 16,2	– 20,7	3,1

*) Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, einschließlich Zusatzschätzung für Befreiungen.
1) Ohne EFTA-Länder, einschließlich mittel- und osteuropäische Länder.
2) Gemäß Liste der UN.
3) EU, EFTA, Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Türkei, Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko, Japan, Republik Korea, Australien, Neuseeland.
4) Hongkong, Singapur, Republik Korea, Taiwan.
5) Algerien, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.
6) Vereinigte Staaten, Kanada, Mexiko.
7) Myanmar, Thailand, Laos, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.5 Struktur des Außenhandels nach Warengruppen (Warenverzeichnis für den Außenhandel)[1)]

Warengruppen	2001			2002	2001			2002
	Jahr	November	Dezember	Januar	Jahr	November	Dezember	Januar
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				Anteil an der gesamten Einfuhr/Ausfuhr in %			
Einfuhr insgesamt	+ 2,2	- 7,6	- 17,2	- 15,3	100	100	100	100
Ernährungswirtschaft	- 3,1	- 3,2	- 4,0	- 2,6	7,3	7,2	8,5	8,1
Gewerbliche Wirtschaft	- 2,6	- 11,9	- 20,9	- 14,3	83,4	83,6	83,1	83,9
Rohstoffe	+ 0,3	- 25,9	- 24,4	- 22,2	7,6	6,9	7,9	8,1
Halbwaren	- 10,8	- 27,3	- 31,1	- 19,9	6,5	5,8	6,0	6,3
Fertigwaren	- 2,1	- 8,6	- 19,5	- 12,7	69,3	70,9	69,3	69,6
Vorerzeugnisse	+ 1,5	- 3,7	- 33,8	- 8,4	10,9	11,0	9,0	9,6
Enderzeugnisse	- 2,7	- 9,5	- 16,8	- 13,4	58,4	59,9	60,3	59,9
Ausfuhr insgesamt								
Ernährungswirtschaft	+ 6,7	- 3,5	- 3,3	- 3,1	100	100	100	100
Gewerbliche Wirtschaft	+ 0,2	- 3,4	- 0,6	+ 3,6	4,4	4,5	4,9	4,4
Rohstoffe	+ 3,2	- 6,8	- 7,4	- 3,3	90,6	90,6	90,0	90,5
Halbwaren	+ 11,7	- 6,5	+ 2,4	- 5,1	1,1	1,2	1,2	1,0
Fertigwaren	- 6,8	- 20,1	- 28,1	- 9,8	3,7	3,6	3,3	3,6
Vorerzeugnisse	+ 3,6	- 6,2	- 6,4	- 3,0	85,8	85,8	85,5	85,9
Enderzeugnisse	- 1,2	- 9,8	- 12,8	- 13,0	12,7	12,2	11,4	12,1
	+ 4,5	- 5,6	- 5,4	- 1,1	73,1	73,7	74,1	73,8

[1)] Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.6 Index der tatsächlichen Werte, des Volumens und der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr[1)]

Index	2001			2002	2001			2002
	Jahr	November	Dezember	Januar	Jahr	November	Dezember	Januar
	1995 = 100				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Einfuhr								
Index der tatsächlichen Werte	102,2	107,3	89,3	89,3	+ 2,2	- 7,6	- 17,2	- 15,2
Index des Volumens	102,4	112,5	93,7	92,9	+ 2,4	+ 0,9	- 9,6	- 9,0
Index der Durchschnittswerte	99,8	95,4	95,2	96,1	- 0,2	- 8,4	- 8,5	- 6,9
Ausfuhr								
Index der tatsächlichen Werte	106,7	110,2	97,2	100,7	+ 6,7	- 3,5	- 3,3	- 3,0
Index des Volumens	104,7	109,2	96,1	97,9	+ 4,7	- 2,4	- 3,2	- 4,5
Index der Durchschnittswerte	101,9	100,9	101,1	102,9	+ 1,9	- 1,2	- 0,1	+ 1,6
Terms of Trade [2)]	102,1	105,8	106,2	107,1	+ 2,1	+ 7,8	+ 9,3	+ 9,0

[1)] Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.
[2)] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in % des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4.7 Handelsbilanzsaldo[1)] (in Mio. DM)

Monat, Vierteljahr, Halbjahr, Jahr	1999		2000		2001		2002	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	+ 4 170	x	+ 3 120	x	+ 4 453	x	+ 10 076	x
Februar	+ 5 521	+ 9 691	+ 7 121	+ 10 241	+ 6 463	+ 10 916		
März	+ 5 628	+ 15 319	+ 6 131	+ 16 372	+ 8 889	+ 19 805		
1. Vierteljahr	+ 15 319	x	+ 16 372	x	+ 19 805	x		
April	+ 5 632	+ 20 952	+ 5 296	+ 21 668	+ 5 404	+ 25 209		
Mai	+ 3 249	+ 24 200	+ 4 503	+ 26 171	+ 7 418	+ 32 627		
Juni	+ 6 813	+ 31 014	+ 6 607	+ 32 778	+ 6 870	+ 39 497		
2. Vierteljahr	+ 15 694	x	+ 16 406	x	+ 19 692	x		
Juli	+ 7 103	+ 38 117	+ 5 943	+ 38 721	+ 8 762	+ 48 259		
August	+ 3 025	+ 41 142	+ 2 920	+ 41 640	+ 8 272	+ 56 531		
September	+ 5 545	+ 46 687	+ 4 254	+ 45 894	+ 6 472	+ 63 003		
3. Vierteljahr	+ 15 673	x	+ 13 116	x	+ 23 506	x		
Oktober	+ 5 637	+ 52 324	+ 6 794	+ 52 688	+ 8 999	+ 72 002		
November	+ 7 805	+ 60 129	+ 4 765	+ 57 453	+ 6 717	+ 78 718		
Dezember	+ 5 082	+ 65 211	+ 1 675	+ 59 128	+ 8 333	+ 87 051		
4. Vierteljahr	+ 18 524	x	+ 13 234	x	+ 24 048	x		
2. Halbjahr	+ 34 197	x	+ 26 350	x	+ 47 554	x		
Jahr	+ 65 211	x	+ 59 128	x	+ 87 051	x		

[1)] Einschließlich nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis und Zuschätzung für Befreiungen.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@4 Außenwirtschaft

@4.8 Leistungsbilanzsaldo (in Mio. Euro)

	1998		1999		2000		2001	
	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ	Saldo	Kumulativ
Januar	– 4 419	– 4 419	– 7 943	– 7 943	– 5 309	– 5 309	+ 510	+ 510
Februar	– 264	– 4 683	+ 765	– 7 178	+ 1 336	– 3 973	+ 3 427	+ 3 937
März	+ 1 651	– 3 032	+ 3 913	– 3 265	+ 3 140	– 833		
1. Vierteljahr	– 3 032	x	– 3 265	x	– 833	x		
April	+ 2 681	– 351	– 1 710	– 4 975	+ 1 989	+ 1 156		
Mai	– 3 778	– 4 129	– 3 241	– 8 216	+ 170	+ 1 326		
Juni	+ 2 846	– 1 283	+ 191	– 8 025	– 4 592	– 3 266		
2. Vierteljahr	+ 1 749	x	– 4 760	x	+ 2 433	x		
Juli	– 1 158	– 2 441	– 3 027	– 11 052	– 2 418	– 5 684		
August	– 4 379	– 6 820	– 5 936	– 16 988	+ 2 936	– 2 748		
September	– 2 585	– 9 405	– 2 035	– 19 023	+ 586	– 2 162		
3. Vierteljahr	– 8 122	x	– 10 998	x	+ 1 104	x		
Oktober	– 1 708	– 11 113	– 591	– 19 614	+ 4 027	+ 1 866		
November	– 179	– 11 292	– 2 313	– 21 927	+ 1 540	+ 3 406		
Dezember	– 3 127	– 14 419	– 6 683	– 28 610	+ 1 384	+ 4 790		
4. Vierteljahr	– 5 014	x	– 10 929	x	+ 6 951	x		
2. Halbjahr	– 13 136	x	– 21 927	x	+ 8 055			
Jahr	– 14 419	X	– 32 856	X	+ 9 655			

Quelle: Deutsche Bundesbank.

@4.9 Zahlungsbilanz und Währungsbestände

	2001	2001				2002	
	Jahr	September	Oktober	November	Dezember	Janauar	Februar
	Mill. DM	Mill. Euro					
Zahlungsbilanz							
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten [1] (Zunahme: –)	+ 6 032	– 2 474	– 1 001	+ 204	+ 2 882	– 1 747	67
Leistungsbilanz	+ 2 276	+ 541	+ 4 175	+ 1 540	+ 1 384	+ 510	3 427
Außenhandel [2]	+ 94 195	+ 7 051	+ 9 634	+ 7 337	+ 8 333	– 10 067	10 236
Ergänzungen zum Warenverkehr [3]	– 4 887	– 424	– 98	– 284	– 172	– 448	334
Dienstleistungsbilanz	– 47 757	– 3 653	– 3 998	– 2 811	– 2 536	– 4 081	3 231
Erwerbs– und Vermögenseinkommen	– 12 606	+ 480	+ 1 282	+ 53	– 2 603	– 5 760	276
Laufende Übertragungen	– 26 667	– 1 953	– 2 793	– 2 754	– 1 637	– 724	2 968
Vermögensübertragungen	– 967	– 47	– 140	– 180	– 156	+ 477	151
Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: –)							
Direktinvestitionen	– 12 786	+ 3 566	– 7 120	– 2 565	+ 8 785	+ 7 884	2 570
Wertpapiere	– 15 762	+ 16 336	+ 7 623	+ 10 605	– 33 168	– 9 725	13 170
Finanzderivate	– 6 073	– 1 033	– 175	– 1 106	+ 475	+ 1 072	1 035
Kreditverkehr	– 22 907	– 32 989	– 1 991	– 29 398	+ 10 950	– 962	717
Sonstige Kapitalanlagen	– 1 353	– 194	– 223	– 91	– 18	– 236	134
Saldo der gesamten Kapitalbilanz	– 46 084	– 12 248	– 1 886	– 17 425	– 12 977	– 1 698	15 558
Restposten der Zahlungsbilanz	+ 38 743	+ 14 227	+ 1 148	+ 15 861	+ 8 867	+ 2 458	12 215
Bestandsangaben							
Auslandsposition der Deutschen Bundesbank							
Bruttowährungsreserven	.	.	.	.	.	.	.
Kredite und sonstige Forderungen an das Ausland	.	.	.	.	.	.	.
Auslandsverbindlichkeiten	.	.	.	.	.	.	.
Netto–Auslandspositionen	67 396	103 387	104 704	97 841	67 396	87 658	88 036
Saldo der kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten inländischer Kreditinstitute	– 168 823	– 192 141	– 196 562	– 180 425	– 168 823	– 201 218	– 197 756

[1] Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.
[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Ausfuhr (fob.), Einfuhr (cif.).
[3] Hauptsächlich Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

@5 Arbeitsmarkt

@5.1 Früheres Bundesgebiet

	2001		2002		2001		2002	
	November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsmarkt 1)								
Arbeitslose insgesamt	2 467,7	2 584,0	2 791,3	2 789,1	+ 4,6	+ 5,3	+ 6,4	+ 6,3
Männer	1 364,8	1 462,7	1 622,8	1 631,3	+ 6,4	+ 7,5	+ 8,7	+ 8,7
Frauen	1 102,9	1 121,2	1 168,5	1 157,8	+ 2,3	+ 2,6	+ 3,4	+ 3,2
Arbeitslosenquote								
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	8,2	8,6	9,3	9,2	–	–	–	–
Männer	8,5	9,1	10,1	10,1	–	–	–	–
Frauen	7,8	8,0	8,3	8,2	–	–	–	–
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	7,4	7,7	8,3	8,3	–	–	–	–
Kurzarbeiter insgesamt	141,5	146,6	179,0	207,2	+ 171,7	+ 177,9	+ 157,9	+ 127,3
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	224,6	199,2	174,3	154,5	X	X	– 13,5	– 28,9
Offene Stellen insgesamt	348,4	334,0	366,6	419,0	– 15,7	– 17,5	– 14,9	– 12,8
Beschäftigte								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	5 744p	5 707p	5 647p	...	– 0,9p	– 1,2p	– 2,0p	...
Vorleistungsgüterproduzenten	2 550p	2 531p	2 521p	...	– 1,0p	– 1,4p	– 1,9p	...
Investitionsgüterproduzenten	2 017p	2 007p	1 990p	...	+ 0,6	+ 0,3p	– 0,5p	...
Gebrauchsgüterproduzenten	257p	255p	254p	...	– 3,6	– 3,9p	– 3,7p	...
Verbrauchgüterproduzenten	924	914p	882p	...	– 2,9p	– 3,0p	– 4,7p	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1000 7)	...	...	640,4	624,5	...	...	– 6,8	– 6,7
Geleistete Arbeitsstunden 5)								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	472 444p	391 182p	447 243p	...	– 4,7p	– 6,9p	– 5,2p	...
Vorleistungsgüterproduzenten	226 312p	391 182p	215 456p	...	– 4,9p	– 7,5p	– 5,8p	...
Investitionsgüterproduzenten	158 476p	130 327p	148 267p	...	– 4,1p	– 6,6p	– 4,4p	...
Gebrauchsgüterproduzenten	22 406p	17 803p	21 378p	...	– 7,2p	– 7,9p	– 5,8p	...
Verbrauchgüterproduzenten	65 250p	57 572p	62 142p	...	– 4,7p	– 5,2p	– 4,6p	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7)	...	...	42,4	47,2	...	...	– 10,3	– 9,5
darunter: Wohnungsbau Mill. Std. 7)	...	...	17,5	19,1	...	...	– 10,7	– 9,9
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)	...	...	14,8	15,9	...	...	– 10,4	– 9,3
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)	...	...	10,1	.12,2	...	...	– 9,5	– 9,2

1) Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.
2) Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.
3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.
4) Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.
5) 1 000 Std.
6) Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.
7) Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@5 Arbeitsmarkt

@5.2 Neue Länder und Berlin-Ost

	2001		2002		2001		2001	
	November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
	1 000				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsmarkt 1)								
Arbeitslose insgesamt	1 321,2	1 379,5	1 498,6	1 507,1	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,2
Männer	645,6	697,0	792,7	803,5	+ 5,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 3,8
Frauen	675,6	682,5	705,9	703,5	– 0,0	– 1,3	- 1,6	– 1,7
Arbeitslosenquote								
Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen	18,2	19,0	20,6	20,7	–	–	–	–
Männer	17,3	18,7	21,2	21,5	–	–	–	–
Frauen	19,1	19,3	20,0	19,9	–	–	–	–
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen	16,9	17,6	19,1	19,2	–	–	–	–
Kurzarbeiter insgesamt	27,7	28,9	32,8	39,2	+ 51,6	+ 71,1	+ 44,7p	+ 29,3
Arbeitsvermittlungen insgesamt 2).	67,3	55,4	44,8	42,6	X	X	– 15,5	– 29,0
Offene Stellen insgesamt	59,1	55,1	55,8	67,5	+ 8,6	+ 11,4	+ 4,2p	+ 6,5
Beschäftigte								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)	632p	628p	623p	...	+ 1,5p	+ 1,5p	+ 1,0p	...
Vorleistungsgüterproduzenten	284p	282p	280p	...	+ 2,0p	+ 1,6p	+ 1,3p	...
Investitionsgüterproduzenten	192p	192p	191p	...	+ 1,6p	+ 2,0p	+ 1,3p	...
Gebrauchsgüterproduzenten	26p	26p	26p	...	+ 5,2p	+ 4,5p	– 1,2p	...
Verbrauchgüterproduzenten	129p	129p	127p	...	– 0,3p	+ 0,1p	+ 0,6p	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1 000 7)	...	...	223,6	215,2	...	...	– 15,0	– 13,9
Geleistete Arbeiterstunden 5)								
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau, Gew. v. Steinen u. Erden 3)4)6)	64 668p	51 796p	62 196p	...	– 1,0p	– 3,1p	– 1,3p	...
Vorleistungsgüterproduzenten	30 381p	23 944p	29 167p	...	– 1,0p	– 3,5p	– 1,4p	...
Investitionsgüterproduzenten	19 323p	15 215p	18 469p	...	– 0,7p	– 3,2p	– 2,2p	...
Gebrauchsgüterproduzenten	2 815p	2 149p	2 702p	...	+ 0,6p	– 2,7p	– 4,4p	...
Verbrauchgüterproduzenten	12 149p	10 488p	11 858p	...	– 1,8p	– 2,2p	+ 1,1p	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau Mill. Std. 7)	...	...	15,5	17,3	...	...	– 20,5	– 9,5
darunter: Wohnungsbau Mill. Std. 6)	...	...	5,4	5,6	...	...	– 22,1	– 13,6
Gewerblicher und industrieller Bau Mill. Std. 7)	...	...	5,5	6,2	...	...	– 21,9	– 11,0
Öffentlicher und Verkehrsbau Mill. Std. 7)	...	...	4,6	5,5	...	...	– 16,5	– 2,8

1) Falls nicht anders vermerkt, nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit.
2) Ab Januar 2001 einschließlich Vermittlung durch „Stellen-Informations-Service“ (SIS) und „Arbeitgeber-Informations-Service“ (AIS); daher mit Vorjahreswerten nur eingeschränkt vergleichbar.
3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, einschließlich Handwerk. Ab 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. Die Vorjahresveränderungen sind auf der Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden.
4) Einschließlich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.
5) 1 000 Std.
6) Der Nachweis beschränkt sich auf tatsächlich geleistete Arbeiterstunden.
7) Ab März 2001 vorläufige Ergebnisse.
p = Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

@6 Preise

	2002	2001	2002			2001	2002		
	März	4. Vj.	Januar	Februar	März	4. Vj.	Januar	Februar	März
	1995 = 100	Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr bzw. dem Vormonat in %				Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,1	– 0,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,8
Nahrungsmittel, und alkoholfreie Getränke	108,2	– 0,5	+ 2,5	– 0,5	– 0,2	+ 5,0	+ 5,8	+ 4,9	+ 3,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	113,0	+ 0,1	+ 3,2	– 0,2	+ 0,1	+ 1,5	+ 4,4	+ 3,3	+ 3,3
Bekleidung und Schuhe	103,8	+ 1,0	+ 0,0	– 0,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	114,9	– 0,4	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung)	104,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4
Gesundheitspflege	112,6	+ 0,1	– 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,4
Verkehr	119,0	– 1,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,5
Nachrichtenübermittlung	81,9	– 0,2	+ 0,2	– 0,1	– 0,2	– 2,2	– 1,7	– 1,8	– 0,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	107,8	– 1,2	+ 0,0	+ 1,7	– 0,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,2
Bildungswesen	123,8	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	110,3	– 1,8	+ 1,8	+ 0,5	– 0,1	+ 2,0	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,7
Andere Waren und Dienstleistungen	111,9	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,6
Index der Einzelhandelspreise	105,6	– 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte[1]	...	– 1,1	+ 0,6	+ 0,1	...	+ 0,3	– 0,1	– 0,3	...
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	...	– 2,2	+ 0,6	+ 0,1	...	– 1,2	– 1,8	– 2,1	...
Investitionsgüterproduzenten	...	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	...	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,5	...
Konsumgüterproduzenten	...	– 0,1	+ 0,9	– 0,2	...	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,8	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	...	– 2,5	+ 1,4	– 0,4	...	+ 3,5	+ 4,7	+ 4,3	...
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	...	– 0,7	+ 0,5	+ 0,0	...	– 0,4	+ 0,1	– 0,2	...
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	...	– 3,6	+ 1,0	+ 0,2	...	+ 3,3	– 1,7	– 1,8	...
Preisindex für Wohngebäude	...	– 0,2[3]	.	.	.	– 0,4[3]	.	.	.
Preisindex für Straßenbau	...	– 0,1[3]	.	.	.	– 0,3[3]	.	.	.
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte[1]	...	– 1,2	– 1,5	+ 1,0p	...	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,9p	...
pflanzlicher Produkte	...	– 0,6	+ 2,2	+ 2,1p	...	+ 5,0	+ 6,5	+ 7,8p	...
tierische Produkte	...	– 1,4	– 3,6	+ 0,4p	...	– 0,6	+ 0,1	– 2,7p	...
Index der Einfuhrpreise	...	– 2,8	+ 0,6	+ 0,5	...	– 5,6	– 3,4	– 3,5	...
Güter der Ernährungswirtschaft	...	+ 0,6	+ 3,6	– 0,6	...	+ 0,5	+ 5,3	+ 3,8	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	...	– 3,2	+ 0,2	+ 0,6	...	– 6,4	– 4,4	– 4,4	...
Rohstoffe und Halbwaren	...	– 11,9	+ 0,8	+ 1,9	...	– 21,7	– 16,8	– 16,9	...
Fertigwaren	...	– 0,5	+ 0,0	+ 0,2	...	– 1,0	– 0,4	– 0,3	...
Index der Ausfuhrpreise	...	– 0,6	+ 0,1	+ 0,0	...	– 0,8	– 0,4	– 0,5	...
dar. Fertigwaren	...	– 0,3	+ 0,1	+ 0,0	...	– 0,1	+ 0,1	+ 0,0	...
HWWA-Index der Weltmarktpreise[2]	101,2	– 16,5	+ 2,7	+ 2,9	+ 12,4	– 26,6	– 19,8	– 20,3	– 5,9

[1] Ohne Umsatzsteuer.
[2] Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung; berechnet auf Dollarbasis.
[3] Ergebnis für November 2001.
p = Vorläufiges Ergebnis.

@7 Zinssätze

	2000		2001				2002	
	November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
	in % p.a.							
Bundesbankzinsen								
Diskontsatz	.	.	.	.	.	.	.	.
Lombardsatz	.	.	.	.	.	.	.	.
Pensionssatz [1]	.	.	.	.	.	.	.	.
Geldmarktzinsen								
Dreimonatsgeld, Frankfurt/ Main [2]	5,07	4,92	4,75	4,74	3,37	3,33	3,32	3,34
Dreimonatsgeld, Fibor [3][4]	.	.	.	.	.	.	.	.
Sechsmonatsgeld Fibor [3][4]	.	.	.	.	.	.	.	.
Kapitalmarktzinsen [5]								
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten	5,4	5,1	4,9	4,9	4,3	4,6	4,8	4,8
dar. Anleihen der öffentlichen Hand	5,2	5,0	4,8	4,8	4,3	4,6	4,7	4,8
Sollzinsen der Banken [6]								
Kontokorrentkredite [7]	10,19	10,27	10,30	10,15	9,77	9,64	9,62	9,58
Wechseldiskontkredite [8]	7,01	6,98	6,99	6,98	6,43	6,23	6,34	6,36
Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke [9]								
Festzinsen 5 Jahre	6,45	6,19	5,93	5,90	5,20	5,42	5,52	5,66
Festzinsen 10 Jahre	6,64	6,44	6,22	6,17	5,70	5,87	5,95	6,05
Gleitzinsen	6,86	6,81	6,72	6,71	6,12	6,15	6,13	6,14
Habenzinsen der Banken [6]								
Festgelder (1 – 3 Monate) [10]	3,97	4,05	3,96	3,87	2,77	2,76	2,73	2,66
Spareinlagen (mit Mindest-/ Grundverzinsung [11]	1,26	1,25	1,26	1,25	1,11	1,08	1,07	1,06

[1] Ungewogener Durchschnitt aus den Zinssätzen der pro Monat getätigten Wertpapierpensionsgeschäfte mit einmonatiger bzw. ab Oktober 1992 mit zweiwöchiger Laufzeit; einheitlicher bzw. ab September 1988 marginaler Zuteilungssatz (Zinstender) und Festsatz (Mengentender).
[2] Ungewichtete Monatsdurchschnitte der täglichen Angaben am Frankfurter Bankplatz.
[3] Frankfurt Interbank Offered Rate.
[4] Seit 2. Juli 1990 von Telerate auf breiterer Basis als früher ermittelter und nach der Zinsmethode 365/360 Tage berechneter Satz.
[5] Tarifbesteuerte Schuldverschreibungen mit längster Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, sofern die mittlere Restlaufzeit noch mehr als 3 Jahre beträgt. Gewogen mit den Umlaufsbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen.
[6] Ungewichtetes arithmetisches Mittel von 90 % der gemeldeten Zinssätze; jeweils 5 % der Meldungen mit den höchsten und niedrigsten Zinssätzen werden ausgeklammert.
[7] Bis einschließlich Dezember 2001 von 200 000 DM bis unter 1 Mio. DM, ab Januar 2002 von 100 000 € bis unter 500 000 €.
[8] Bis einschließlich Dezember 2001 bundesbankfähige Abschnitte bis unter 100 000 DM, ab Januar 2002 bis unter 50 000 €.
[9] Effektivverzinsung.
[10] Bis einschließlich Dezember 2001 von 100 000 DM bis unter 1. Mio. DM, ab Januar 2002 von 50 000 € bis unter 500 000 €.
[11] Bei vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten. Es wird lediglich eine Mindest-/Grundverzinsung aber keine Prämie bzw. kein Bonus gewährt.
Quelle: Deutsche Bundesbank.

Herausgeber:
Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
http://www.bundesfinanzministerium.de

Redaktion:
Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, April 2002

Gestaltung:
trafodesign, Düsseldorf

Satz und Druck:
MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X